



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

126. Sitzung

7. Wahlperiode

Freitag, 11. Juni 2021, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Birgit Hesse, Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt	B e s c h l u s s
 29
	Antrag der Fraktion der AfD
	Stärkung des Faches Niederdeutsch
	an allgemeinbildenden Schulen
	– Drucksache 7/6158 – 29
Aktuelle Stunde	
Gute Ideen für gute Arbeit –	
Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen 4	Jörg Kröger, AfD 29, 32
Jochen Schulte, SPD 4, 15	Ministerin Bettina Martin 30
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig 6	Simone Oldenburg, DIE LINKE 30
Nikolaus Kramer, AfD 10	Andreas Butzki, SPD 31
Bernhard Wildt, CDU 12	Holger Arppe, fraktionslos 32
Holger Arppe, fraktionslos 13	B e s c h l u s s 33
Henning Foerster, DIE LINKE 14	
Lorenz Caffier, CDU 17	
	Antrag der Fraktion DIE LINKE
	Konzept für die Schule nach der
	Pandemie gemeinsam entwickeln
	– Drucksache 7/6178 – 33
Unterrichtung durch die Landesregierung	
Bericht und Empfehlungen	
des MV Zukunftsrates	
– Drucksache 7/6084 – 18	Simone Oldenburg, DIE LINKE 33, 41
Ministerpräsidentin Manuela Schwesig 19	Ministerin Bettina Martin 35
Dirk Lerche, AfD 22	Jens-Holger Schneider, AfD 38
Wolfgang Waldmüller, CDU 23	Marc Reinhardt, CDU 39
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 25	Andreas Butzki, SPD 39
Thomas Krüger, SPD 26	B e s c h l u s s 42

Antrag der Fraktion der AfD Kinder- und Jugendhilfe – Interessenlagen von Kindern und Jugendlichen stärker in den Fokus nehmen – Drucksache 7/6163 –	43	Torsten Koplín, DIE LINKE	61, 66
Jens-Holger Schneider, AfD	43, 46	Ministerin Stefanie Drese	63
Ministerin Stefanie Drese	44	Thomas de Jesus Fernandes, AfD	64
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	45	Dr. Matthias Manthei, CDU	65
Philipp da Cunha, SPD	45	Jörg Heydorn, SPD	65
B e s c h l u s s	47	B e s c h l u s s	67
Antrag der Fraktion DIE LINKE Karow als Bahnkreuz reaktivieren – durchgängige Südbahn und länderübergreifende Regionalbahn gemeinsam mit Brandenburg einrichten – Drucksache 7/6175 –	47	Antrag der Fraktion DIE LINKE Ausbildungsförderung an Realitäten anpassen – BAföG endlich grundlegend reformieren – Drucksache 7/6179 –	67
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	47, 55	Karsten Kolbe, DIE LINKE	67, 71
Minister Christian Pegel	49	Ministerin Bettina Martin	68
Stephan J. Reuken, AfD	51	Stephan J. Reuken, AfD	69
Dietmar Eifler, CDU	51	Daniel Peters, CDU	70
Jochen Schulte, SPD	54	Dirk Stamer, SPD	70
B e s c h l u s s	57	B e s c h l u s s	72
Antrag der Fraktion der AfD Kulturelle Identität bewahren und fördern – eine Akademie für Sprache und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern gründen – Drucksache 7/6157 –	57	Antrag der Fraktion der AfD Festung Dömitz in Landesbesitz überführen – Drucksache 7/6162 –	72
Dr. Ralph Weber, AfD	57, 60	Jens-Holger Schneider, AfD	72, 74
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	58	Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	73
Daniel Peters, CDU	59	Egbert Liskow, CDU	73
Holger Arppe, fraktionslos	60	B e s c h l u s s	75, 77
B e s c h l u s s	61	Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Tourismusorten und Tourismusregionen (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 7/6168 –	76
Antrag der Fraktion DIE LINKE Ergebnisse des Tages der Menschen mit Behinderungen in der künftigen Arbeit berücksichtigen – Drucksache 7/6177 –	61	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit (5. Ausschuss) – Drucksache 7/6241 –	76
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU – Drucksache 7/6242 –	61	B e s c h l u s s	76

Beginn: 9.02 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen, dass wir beginnen können.

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 126. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute starten wir in den letzten regulären Sitzungstag dieser Legislaturperiode. Wir stehen am Ende einer Wahlperiode, die uns allen ganz bestimmt noch lange Zeit in Erinnerung bleiben wird – so viel Unerwartetes, Überraschendes, aber auch Tragisches und Herausforderndes, das uns hier bewegt und beschäftigt hat. Dazu habe ich am Mittwoch ja bereits ausgeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für einige von uns steht bereits fest, dass sie dem nächsten Landtag nicht wieder angehören werden. Sie verzichten auf eine erneute Kandidatur und haben das auch bereits öffentlich mitgeteilt. Nach einer Wahlperiode Zugehörigkeit zu unserem Parlament scheiden Dirk Friedriszik, Holger Kliewe, Bernhard Wildt, Karsten Kolbe, Wolfgang Weiß, Ralf Borschke, Jürgen Strohschein und Gunter Jess aus. Ich danke Ihnen für die geleistete Arbeit und wünsche Ihnen für Ihre Zukunft alles Gute.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Christel Weißig, ebenfalls 2016 in den Landtag gewählt,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

sei für ihr Wirken als Alterspräsidentin während der konstituierenden Sitzung im Herbst 2016 gedankt. Auch Ihnen alles Gute! Und selbstverständlich habe ich Sie nicht vergessen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Susann Wipermann blickt auf zwei Wahlperioden in unserer Mitte zurück. Im Januar 2014 war sie als Nachrückerin ins Parlament gelangt und erwarb sich schnell Respekt und Vertrauen. So übertrug ihr die SPD-Fraktion das Amt der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Liebe Susann, alles Gute für dich!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und auf der Regierungsbank)

Manfred Dachner hat zwar ebenfalls „nur“ zwei Legislaturperioden im Gepäck, wenn er sein Büro räumt, aber er war das Gesicht einer zentralen Schnittstelle zwischen Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern. Als Vorsitzender des Petitionsausschusses stand er auch in dieser besonderen Wahlperiode für ein wichtiges Anliegen unserer Verfassung und unserer Demokratie, dass die Menschen sich mit Wünschen und Kritik direkt an den Landtag wenden können. Das schafft nicht nur eine

Menge Arbeit, lieber Manfred, sondern vor allem schafft es Vertrauen in das Parlament als Institution. Dafür dir ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch Dietmar Eifler gehörte dem Landtag seit 2011 an. Durchgängig wirkte er als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Landtages zum Wohle unseres Landes. Sein Ausschuss, zuständig für Wirtschaft, Gesundheit und Tourismus, war und ist seit dem Frühjahr 2020 in besonderer Weise mit der Corona-Pandemie befasst. Lieber Dietmar, danke dir für dein Wirken!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Nach nun 15 Jahren an Bord des Landesparlamentes mustert Kapitän Burkhard Lenz im Herbst bei uns ab. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion und Sprecher für Tourismus, Umweltpolitik und Fischerei genießt dann hoffentlich in vollen Zügen das Leben jenseits des Politikbetriebes auf Rügen, seiner Insel. Lieber Burkhard, auch dir ein herzliches Dankeschön!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Seit Jörg Heydorn 2002 in den Landtag eingezogen ist, treiben ihn soziale Fragen um. Die Arbeit der Enquete-Kommissionen „Älter werden in M-V“ und „Die Zukunft der medizinischen Versorgung in M-V“ sind und bleiben eng mit seinem Namen verbunden. Die Ergebnisse werden auch den künftigen Landtag beschäftigen. Lieber Jörg, vielen herzlichen Dank für dein Wirken!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Und auch Egbert Liskow ist seit vier Wahlperioden geachtetes Mitglied des Landtages. Klug wie ruhig hat sich der ausgewiesene Haushaltsexperte über Fraktionsgrenzen hinweg Respekt und Anerkennung erarbeitet. Die Haushalts- und Finanzpolitik der seit 2006 bestehenden Regierungskoalition aus SPD und CDU trägt maßgeblich seine Handschrift. Und seit 2016 gehört auch sein Sohn unserem Parlament an, eine Besonderheit, die deutschlandweit nur sehr selten vorkommt. Lieber Egbert, auch dir wünsche ich für die Zeit nach dem politischen Amt alles erdenklich Gute.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Thomas Schwarz kann wie die beiden zuvor genannten Abgeordneten auf 19 Jahre Mitgliedschaft in unserem Parlament zurückblicken. „Schwarz, und zwar direkt“, das war bei jeder Landtagswahl sein Weg in den Landtag. Nah dran an den Menschen zu sein, dem gelerntem Busfahrer macht da niemand etwas vor. Finanzen, Energie, Innen und Europa, das waren und sind seine Themen. Lieber Thomas, du wirst uns fehlen. Wir wünschen dir alles erdenklich Gute.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Dr. Schwenke haben wir zu Beginn ihrer dann zweiten Wahlperiode zur Vizepräsidentin gewählt. Verankert in der Kommunalpolitik hat sie diese Erfahrungen ins Parlament eingebracht. Es gab keine Debatte zur Energie-, Verkehrs- oder Umweltpolitik, in der sie sich nicht leidenschaftlich mit Überzeugung eingebracht hat. Gerade in dieser Legislaturperiode hatte sie gemeinsam mit der Ersten Vizepräsidentin Frau Schlupp – ich sprach am Mittwoch ja bereits davon – einiges zu schultern. Gemeinsam haben sie mich beim Start in das Amt als neue Landtagspräsidentin bestmöglich unterstützt. Frau Dr. Schwenke habe ich dabei immer als sehr positiv und zugewandt erlebt. Liebe Frau Dr. Schwenke, ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für die gute, von hoher gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenarbeit bedanken und wünsche Ihnen alles erdenklich Gute.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Mit Peter Ritter erreichen wir gewissermaßen das Parlamentszeitalter der Urgesteine im Landtag. Er wirkt seit 1994 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und ist aus unseren Reihen eigentlich gar nicht wegzudenken. Wenn er nun das Schloss verlässt, verliert seine Fraktion ihren langjährigen Parlamentarischen Geschäftsführer und unser Parlament einen absoluten Insider, einen leidenschaftlichen Streiter und einen konstruktiven Kritiker, einen, aus dem hin und wieder der Philosoph hervorbrach und der nie um einen Zwischenruf verlegen war. Er hat eine Regierung mitgetragen und andere kontrolliert. Hart, aber stets fair, mit allen Wassern gewaschen war er politischen Partnern eine wichtige Stütze und Kontrahenten harter Gegner mit klarem Kompass. Lieber Herr Ritter, lassen Sie es sich gut gehen, genießen Sie das, was nun kommt! Vielen Dank für Ihr langjähriges Wirken hier im Landtag!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn sich der Begriff „Urgestein“ noch steigern ließe, hieße der Superlativ an dieser Stelle – jetzt raten Sie alle mal! – Lorenz Caffier. Er ist von Beginn an Mitglied dieses Parlamentes, hat also als Mann der ersten Stunde alle sieben Wahlperioden erlebt, 31 bewegte Jahre. Im Laufe der Jahrzehnte war er streitbar und ein taktisch beschlagener Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion, sportpolitischer Sprecher, Spitzenkandidat seiner Partei, Innenminister und als solcher treibende Kraft des NPD-Verbotsverfahrens. Dem Parlamentarier Lorenz Caffier haben wir dafür zu danken, dass er sich während seiner Zeit als PGF stets für ein selbstbewusstes Auftreten des Parlamentes eingesetzt hat. Dass der Landtag erste Gewalt und zentraler Ort politischer Debatten und Entscheidungen ist, das waren und sind für ihn mehr als nur Worte. Lieber Lorenz, deine Erfahrung, dein Mut auch zu unbequemen Entscheidungen, deine Schlitzohrigkeit und deine Herzlichkeit werden uns fehlen. Du wirst uns fehlen! Pass gut auf dich auf und genieße den neuen Lebensabschnitt!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vielen herzlichen Dank, dass Sie diese kleine Rückschau und die Verab-

schiedung in dieser würdigen Art und Weise mit mir begangen haben. Uns ist ein Fehler passiert. Ich habe fälschlicherweise jemanden schon verabschiedet, der doch wieder kandidiert.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Und zwar ist das Holger Kliewe. Dafür entschuldigen wir uns selbstverständlich. Also Herr Kliewe wird sich dem Landtag auch in der nächsten Wahlperiode wieder stellen wollen.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das wissen Sie auch nicht, dass er noch weiter kandidiert, oder?)

Insofern sehen Sie es mir nach, dass uns hier ein kleiner Fehler passiert ist.

(Andreas Butzki, SPD:
Das Schreiben war von seiner Frau. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen recht herzlich, dass Sie gemeinsam mit mir jetzt unsere Kolleginnen und Kollegen verabschiedet haben, und ich fände es schön, wenn wir noch einmal einen großen Applaus für alle erklingen lassen können, die dem neuen Landtag nicht mehr angehören.

(Die Anwesenden
erheben sich von ihren Plätzen. –
lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE, im Präsidium und auf der Regierungsbank)

Vielen herzlichen Dank!

Noch aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir nicht am Ende der Sitzung. Wir haben noch einiges vor. Vor uns liegt der letzte Tag einer dicht gepackten Sitzungswoche. Deshalb lassen Sie uns jetzt bitte in die Tagesordnung übergehen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 48**: Aktuelle Stunde. Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Gute Ideen für gute Arbeit – Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen“ beantragt.

**Aktuelle Stunde
Gute Ideen für gute Arbeit –
Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen**

Das Wort hat der Abgeordnete für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Einführung in die heutige Landtagssitzung ist es manchmal natürlich schwierig, dann in den – ich will das in Anführungszeichen setzen – normalen Parlamentsbetrieb wieder einzutreten, aber ich glaube, gerade die Kolleginnen und Kollegen, die eben angesprochen, geehrt worden sind, sind diejenigen, die am besten dafür Verständnis haben, weil das ist in erster Linie natürlich ein Ort zum Arbeiten. Und das haben wir ja auch in den letzten

zwei Tagen bewiesen und werden wir ja heute auch noch mal beweisen, dass wir hier dazu auch nicht nur qualitativ in der Lage sind, sondern angesichts der Sitzungszeiten auch quantitativ das immer wieder unter Beweis stellen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, „Gute Ideen für gute Arbeit – Mecklenburg weiter voranbringen“ – ein Journalist des NDR schrieb im Vorfeld angesichts der Überschrift der heutigen Aktuellen Stunde, es wäre ein „Klassiker aus der sozialdemokratischen Themenkiste“ zu erwarten. „Die“ – so weiter – „SPD will ein echtes Tariftreue-Gesetz. Danach soll es öffentliche Aufträge nur für Firmen geben, die ihren Beschäftigten ... Tarif zahlen.“ Und weiter hieß es: „Für den Koalitionspartner CDU wäre das gleich ein ganzer Kröteich.“

Nun ist es kein Geheimnis, meine Damen und Herren, dass die SPD-Fraktion tatsächlich ein echtes Tariftreuegesetz bei öffentlichen Aufträgen will. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir bereits vorgestellt und auch an unseren Koalitionspartner überreicht. Und tatsächlich konnte man den Eindruck gewinnen, dass der Gesetzentwurf für unseren Koalitionspartner eine echte Kröte darstellte, die er zumindest in dieser Wahlperiode nicht bereit war zu schlucken. Aber das ist fast, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, fast irrelevant für uns, auch, dass unser Koalitionspartner weiterhin keine Einsicht zeigt, trotz der besseren, aus unserer Sicht besseren Argumente – geschenkt –, denn für meine Fraktion ist eines klar: Die Forderung nach tariflichen Löhnen bei der Abarbeitung öffentlicher Aufträge bleibt für uns als SPD eine grundlegende Forderung, jetzt und auch für eine eventuelle Koalitionsvereinbarung in der kommenden Wahlperiode.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und dann, sehr geehrte Damen und Herren, bin ich ja gespannt, welche potenziellen Gesprächs- und Koalitionspartner gegebenenfalls diese Kröte küssen werden.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Wieso gehen Sie davon aus,
dass Sie da drin sind?!)

Und dann, meine Damen und Herren, wird vielleicht auch, um bei diesem Beispiel zu bleiben, aus der Kröte ein strahlender Märchenprinz, zumindest für eine Vielzahl von Beschäftigten in diesem Land, der zwar nicht auf einem Schimmel kommen, aber dafür echte Verbesserungen bringen wird.

Meine Damen und Herren, um bei dem Beispiel des Kröteichs zu bleiben: Das eine oder andere, ohne dass ich jetzt damit sagen will, dass dies immer Kröten für unseren Koalitionspartner waren, ganz im Gegenteil, haben wir in dieser Wahlperiode erreicht. Wir haben den Vergabemindestlohn von 8,84 Euro seit Beginn des Jahres 2017 auf inzwischen 10,35 Euro gesteigert. Das sind 17 Prozent, 17 Prozent mehr Lohn für die betroffenen Beschäftigten! Und auch,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

und auch die Zahlung von Fördermitteln, und auch die Zahlung von Fördermitteln haben wir zum Teil an eine tarifliche Entlohnung geknüpft. Auch dies ist eine echte Verbesserung und heißt, mehr Lohn in unserem Land.

Nur ein Beispiel von vielen ist hier die Richtlinie zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Ersteinstellung von Personal mit Hochschulabschluss in einer technischen Facheinrichtung.

Ich würde mir vielleicht für die nächste Wahlperiode etwas kürzere Namen für die Richtlinien wünschen, der Inhalt ist aber gut, weil dort wird nämlich sichergestellt, dass bei diesen Neueinstellungen tatsächlich tariflohnverpflichtend gezahlt werden muss, ansonsten gibt es keine Fördermittel. Und die Fördermittel, die dort zur Verfügung stehen, sind immerhin 45.000 oder bis zu 45.000 Euro in 24 Monaten für die kleinen und mittelständischen Unternehmen unseres Landes.

Meine Damen und Herren, es ist vielleicht nicht geplant, aber ist schon sinnbildlich für die Situation unseres Landes: Die heutige Aktuelle Stunde unter der Überschrift „Mecklenburg weiter voranbringen“ steht nicht nur auf der Tagesordnung passenderweise zwischen der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zur aktuellen Corona-Virus-Lage am Mittwoch und dem sich unmittelbar an diesen Tagesordnungspunkt anschließenden Bericht des Zukunftsrates.

Corona hat, das wissen wir alle, die vergangenen Monate dominiert. Es hat unser Leben in vielen Bereichen auf den Kopf gestellt. Einerseits hat die Corona-Krise Probleme temporär verdeckt, die bereits vorher bestanden, wie etwa der Fachkräfteengpass, andererseits haben wir, meine Damen und Herren, gesehen, dass diejenigen, die bereits vor der Krise aufgrund ihres niedrigen Einkommens gesellschaftlich schlechter dastanden, auch in der Krise häufig wieder zu den Verlierern gehörten. Der, dessen Lohn bereits vor der Krise kaum zum Leben reichte, hatte durch die plötzliche Kurzarbeit endgültig kein Auskommen mehr mit seinem Einkommen. Und derjenige hat sich in der Krise nach einem anderen Arbeitsplatz in einer anderen Branche dann gegebenenfalls auch umgesehen. Auch das zeigt sich heute, meine Damen und Herren, in einzelnen Branchen, wie zum Beispiel in Teilen der Gastronomie.

Und wenn wir sehen, dass nachweislich überall dort, wo Tariflöhne gezahlt werden, die Löhne auch signifikant höher sind – im Monat macht das dann bis zu 850 Euro für die gleiche Arbeit in der gleichen Branche aus –, dann läppern sich diese Beträge in einem Jahr bis zu einem Gesamtbetrag von 10.000 Euro zusammen. Und daran, meine Damen und Herren, sehen Sie dann auch, dass Tariftreue und Tarifbindung auch gerade bei öffentlichen Aufträgen eben nicht nur ein richtiger und wichtiger Schritt zur Verbesserung der Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land sind, sondern für die volkswirtschaftliche Situation unseres Landes insgesamt richtig sind. Dann tragen tatsächlich Tariftreue und Tarifbindung auch zur Stabilisierung unserer Wirtschaft bei.

Und damit am Ende nicht genug. Tariftreue und Tarifbindung bringen dem einzelnen Beschäftigten am Ende des Monats mehr Geld ins Portemonnaie, aber – und das sehen wir gerade jetzt im Abklingen der Corona-Krise – sie bringen dann auch denjenigen Unternehmen, die wiederum vom Konsum leben, mehr Möglichkeiten, wieder aus der Krise zu kommen. Mehr Geld im Portemonnaie jedes Beschäftigten ist auch mehr volkswirtschaftliches Einkommen, das dem Konsum in diesem Land dient und das letztendlich auch dem Wirtschafts-

wachstum in diesem Land dient, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Aber, sehr geehrte Kollegen – ich weiß gar nicht, wer da jetzt rumbürllt –, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn ein Mehr an Tarifbindung und Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen ein sinnvoller und notwendiger Schritt für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist, um diese weiter voranzubringen, es wird allein, auch das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, es wird allein deswegen nicht ausreichend sein, weil auch in unseren unmittelbaren Nachbarregionen der Bedarf an Fachkräften, an qualifiziertem Personal für die Unternehmen weiter wächst. Wenn wir unser Land gerade auch wirtschaftlich weiter voranbringen wollen, dann müssen wir in unserem Land auch, aber eben nicht nur gute Löhne zahlen. Wir brauchen mehr Wertschöpfung in unserem Land, wir brauchen mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze, gerade und vor allem vor dem Hintergrund der bestehenden umwelt- und Klimaschutzpolitischen Herausforderungen, denen wir uns, da führt kein Weg dran vorbei, gemeinsam stellen müssen.

Wenn wir über die Zukunft unseres Landes nachdenken, wenn wir Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen, wenn wir gute Ideen für gute Arbeit nicht nur denken, sondern auch umsetzen wollen, dann, bitte schön, brauchen wir keine Konzepte von vorgestern oder von vorgestern, nein, meine Damen und Herren, wir brauchen Lösungen für das Morgen und natürlich mit guten Ideen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Insofern ist auch der heute auf der Tagesordnung stehende Bericht des Zukunftsrates ein Mosaikstein für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes. Und wenn wir die Ressourcen unseres Landes für eine erfolgreiche, auch wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft betrachten, dann besteht neben den gut ausgebildeten Menschen, insbesondere auch in den natürlichen Gegebenheiten Mecklenburg-Vorpommerns, ein Pfund, mit dem wir nicht nur wuchern können, meine Damen und Herren, ein Pfund, mit dem wir tatsächlich auch wuchern müssen. Es gibt in Deutschland kein anderes Land, das so mit dem Begriff oder mit den Vorzügen einer gesunden Umwelt verbunden ist wie Mecklenburg-Vorpommern. Wir als Land sind geradezu dazu prädestiniert, wir sind dazu verpflichtet, eine Wirtschaftspolitik auf Nachhaltigkeit auszurichten und damit Wirtschaftswachstum für unser Land zu schaffen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, das sind keine neuen Erkenntnisse. Gerade wir als SPD-Landtagsfraktion haben schon 2016 eine Studie in Auftrag gegeben, wie industrielles Wachstum im Bereich „Erneuerbare Energien“ für Arbeitsplätze in diesem Land sorgt. Und, meine Damen und Herren, genau diese Zukunftschancen sind auch im Bereich von Themen wie Wasserstoffwirtschaft und Digitalisierung. Da können wir gut bezahlte Arbeitsplätze in diesem Land schaffen.

Aber eins sage ich an dieser Stelle auch, und da grenzen wir uns dann deutlich auch von anderen ab, zum Beispiel

von den GRÜNEN in diesem Land: Ich stehe auf dem Standpunkt, wir stehen auf dem Standpunkt, das bedeutet nicht, dass man die klassischen Industrien vergessen kann. Gerade maritime Wirtschaft hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie zukunftsfähig ist mit neuen Aggregaten, mit neuen Modellen, die dem Klimaschutz dienen. Und wer heute sich hinstellt und sagt, wir müssen uns davon verabschieden, weiß nicht, wie die Industrie und die wirtschaftliche Situation dieses Landes sind, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich komme, meine Damen und Herren, ich komme damit auch schon zum Ende. Wir als SPD-Fraktion – ich könnte dieses jetzt noch weiter ausführen – haben nicht nur gute Ideen, wir haben einen Plan für die Zukunft. Und dieser Plan bedeutet, mit neuen Arbeitsplätzen in den Zukunftsbereichen Wasserstoff und erneuerbare Energien mit festen Sozialstandards und Tarifbindungen als Bindeglied für öffentliche Aufträge Investitionen zu schaffen, Arbeitsplätze zu schaffen und dieses Land weiter voranzubringen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte!

Das Wort hat jetzt für die Landesregierung die Ministerpräsidentin Frau Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Das Thema „Gute Arbeit“ ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung in der ganzen Legislaturperiode und es hat natürlich mit dem Thema „Einkommen, Existenz“ zu tun. Das Thema „Gute Arbeit“ ist aber viel breiter. Es fängt an damit, dass natürlich Menschen arbeiten und am Ende von dem, was sie dafür bekommen, dem Lohn, leben wollen und ihre Familie ernähren wollen und sich auch mal kleine Dinge gönnen wollen, zum Beispiel in den Urlaub fahren. Es geht weiter damit, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber mit ihrer Arbeit auch verbinden wollen ihr Familienleben, dass also Beruf, Familie und Arbeit funktioniert.

Es geht weiter mit dem Thema Leistungsgerechtigkeit. Ich finde, ein zentrales Prinzip unseres Sozialstaates, aber auch der Arbeitswelt ist, dass der, der arbeitet, mehr haben muss als der, der nicht arbeitet, im Lohn und später in der Rente.

Und, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es hat auch mit dem Thema Respekt zu tun. Jede und jeder möchte für die Arbeit, die er macht, wertgeschätzt werden – in einem ordentlichen Umgang, in guten Arbeitsbedingungen, aber eben auch im Sinne von guten Löhnen.

Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, hat das Thema „Gute Arbeit“ sehr, sehr viele Facetten und ist ein ganz zentrales Thema dafür, ob unser Land Zukunft hat, ob Menschen hierbleiben, hier sich niederlassen, hier Familien gründen oder ob sie weggehen.

Wir alle haben das erlebt nach der Wende. Ich habe oft hier am Rednerpult davon gesprochen, dass ich das selber als junges Mädchen erlebt habe, wie es ist mit Arbeitslosigkeit, wie es ist, wenn Eltern sich mit gering

bezahlter Beschäftigung durchschlagen müssen, wie es ist, wenn Freunde und Familien abwandern. Und die gute Nachricht ist, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir haben nicht mehr Abwanderung, sondern es kommen Menschen zu uns ins Land. Wir müssen alles weiter dafür tun, gerade nach dieser Pandemie, dass Menschen in unserem Land Arbeit haben, gute Arbeit, von der sie leben können und wo sie sich respektiert fühlen. Das ist Ziel der Landesregierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wenn man in diesen Tagen Stellenanzeigen liest, stellt man fest, es gibt viel Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Köche und Köchinnen, Kellnerinnen und Kellner werden gesucht. Der Tourismus geht wieder los. In der Metallindustrie sind Stellen ausgeschrieben, vor allem in kleineren und mittleren Betrieben. Handwerker werden gesucht und in der Pflege werden immer qualifizierte Kräfte gebraucht.

Und ich will das noch mal hervorheben, weil es eben, wie ich es angesprochen habe, nicht immer so war. 2005 war der Tiefpunkt der Arbeitsmarktentwicklung in unserem Land. Wir hatten eine Arbeitslosigkeit von fast 26 Prozent. Junge Menschen haben unser Land verlassen. Und es ist gut, dass sich das grundlegend gewandelt hat. Alle jungen Menschen können in unserem Land einen Ausbildungsplatz finden. Und die Arbeitslosigkeit ist immer weiter zurückgegangen.

Vier Zahlen möchte ich dazu in Erinnerung rufen: Im Mai 2006, vor 15 Jahren, hatten wir 166.000 Arbeitslose, vor 10 Jahren, im Mai 2011, 106.000 Arbeitslose, weitere 5 Jahre später, im Mai 2016, 78.000 Arbeitslose und heute, im Mai 2021, nur noch 66.400.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wegen dem demografischen Wandel.)

Hinter diesen 66.400 Arbeitslosen, sehr geehrte Damen und Herren, stehen allerdings Frauen und Männer, junge Menschen, die wir nicht vergessen dürfen. Gleichwohl zeigen die Zahlen eindrucksvoll, wie stark unser Land an Wirtschaftskraft gewonnen hat und wie deutlich die Arbeitslosigkeit in diesem Land zurückgegangen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und trotz Corona sind die Arbeitslosenzahlen heute immer noch niedriger als zu Beginn dieser Legislaturperiode. Und dazu hat auch beigetragen, dass Länder und Bund gemeinsam sofort mit Beginn der Pandemie darüber gesprochen haben, was müssen wir tun, um Arbeitsplätze zu sichern, weil natürlich auf der Hand lag, dass, wenn Dinge schließen müssen, Arbeitsplätze in Gefahr sind. Und deshalb ist es sehr gut, dass die Bundesregierung in der Krise auf das Kurzarbeitergeld gesetzt hat und die Belegschaften in den Betrieben gehalten hat.

Und es macht sich auch bemerkbar, dass Bund und Land mit dem größten Hilfspaket in der Geschichte unseres Landes die Wirtschaft und die Arbeitsplätze stabilisiert haben. Und es ist auch gut, dass wir uns gemeinsam, auch hier das Parlament und wir als Landesregierung, dafür eingesetzt haben, dass das Kurzarbeitergeld aufgestockt wird, dass es höher ist und dass wir sogar als einziges Bundesland mit der Neustart-Prämie ein zusätzliches Instrument geschaffen haben mit Unterstützung,

auf Vorschlag von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, um die Kurzarbeiter zu unterstützen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und jetzt, wo wir die Corona-Pandemie wieder fest im Griff haben und Schritt für Schritt rauskommen – dazu habe ich in der Regierungserklärung gesprochen –, muss unsere Aufgabe sein, das, was Corona an Schäden angerichtet hat, insbesondere in der Arbeitswelt, in der Wirtschaft, zu beseitigen. Wir werden dazu am nächsten Montag mit den Sozialpartnern im Zukunftsbündnis sprechen.

Und wir müssen gleichzeitig unsere Unterstützungsleistungen, die Hilfsinstrumente für die Wirtschaft, für die Arbeitsplätze dahin gehend ausrichten, dass es wirklich gelingt, dass alle Betriebe, alle Arbeitsplätze möglichst durch diese Pandemie kommen. Deshalb ist es wichtig, dass als Allererstes die Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen kann. Und unser Ziel ist klar, wir wollen schnell an die wirtschaftliche Entwicklung, an die Arbeitsmarktentwicklung vor der Pandemie anknüpfen und dann weiter vorangehen, denn es ist und bleibt die wichtigste Aufgabe für die Zukunft unseres Landes, Arbeitsplätze zu sichern und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Und das ist auch die wichtigste Aufgabe für die kommenden Jahre.

Meine Damen und Herren, in den Stellenanzeigen, die ich gelesen habe, war von überdurchschnittlicher Bezahlung, von leistungsgerechter Bezahlung oder guter Bezahlung die Rede. Und auch bei den Löhnen haben wir in unserem Land Fortschritte gemacht. Das Durchschnittseinkommen hat sich seit 1991 verdreifacht, das Pro-Kopf-Einkommen ist von 45 Prozent auf 85 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus gestiegen. Fakt ist aber auch, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern immer noch das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen aller Bundesländer. Nur 23 Prozent der Betriebe bezahlen nach Tarif für 44 Prozent der Beschäftigten.

Und deshalb ist es richtig, dass die SPD-Fraktion das Thema „Gute Arbeit und gute Löhne“ noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wir haben immer wieder hier im Parlament darüber debattiert, was können wir tun, dass wir nicht nur gute Arbeit, sondern auch gute Arbeit mit guten Löhnen haben. Und natürlich gibt es da verschiedene Vorschläge, verschiedene Instrumente. Und, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie uns nicht so debattieren, dass ein Vorschlag sofort abgelehnt wird,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ach, wohl nur die von den LINKEN?!)

sondern lassen Sie uns gemeinsam schauen, können nicht Vorschläge so umgesetzt werden in unserem Land, dass sie helfen, die Wirtschaft zu unterstützen, aber auch helfen, dass wir Arbeitsplätze mit guten Löhnen haben. Das sollte unser gemeinsames Ziel sein, darüber zu debattieren und Dinge voranzubringen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deshalb hat die Landesregierung in dieser Legislatur, aber auch schon in den Perioden davor, immer wieder mit Instrumenten unterstützt, das Thema „Gute Ar-

beit, gute Löhne“ voranzubringen. Nachdem sich das Land zum Glück vom Werben mit Niedriglöhnen verabschiedet hat, ist das Land vor vielen Jahren, vor allem unter Ministerpräsident Erwin Sellering, den Kurs gegangen, stärker auch auf die Löhne zu schauen. Denn erinnern Sie sich, wir haben zigtausend Pendler, die pendeln aus unserem Land heraus, zum Beispiel oft nach Hamburg. Sie pendeln nicht, weil sie hier nicht gerne wohnen. Sie pendeln nicht, weil sie nicht hier für ihre Kinder gute Kitas oder Schulen finden. Sie pendeln in der Regel, weil sie woanders noch besser bezahlt werden. Und deshalb muss unsere Anstrengung sein, die Lohnsituation im Land zu verbessern.

Und dazu gibt es verschiedene Faktoren. Es ist nicht das eine Instrument. Es fängt damit an, dass wir vor allem Arbeitsplätze brauchen, die gut bezahlt werden, wo die Lohnstruktur gut ist, dass wir uns aber auch einsetzen, dass Arbeitsplätze, die noch nicht gute Lohnstrukturen haben, aber wo wichtige Arbeit gemacht wird, wie zum Beispiel in der Pflege, bessere Lohnstrukturen bekommen.

Und auch ein dritter Punkt ist, dass Unternehmen nicht bestraft werden, wenn sie gute Löhne bezahlen, sondern dass sie besser unterstützt werden, wenn sie gute Löhne und Tariflöhne zahlen. Auch das ist ein Prinzip unserer Politik hier im Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deshalb will ich daran erinnern, welche Schritte unser Land gegangen ist. Ich kann mich noch gut erinnern, dass ich als Arbeitsministerin für die Einführung des Mindestlohnes gekämpft habe. Damals war es auch sehr umstritten und ein heiß umkämpftes Thema. Ich war sehr froh, dass ich der Bundesregierung angehören durfte, die dann in der Großen Koalition den Mindestlohn durchgesetzt hat, bundesweit. Viele Menschen, gerade in unserem Land, in Ostdeutschland haben davon profitiert und der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt hat es nicht geschadet.

Und damals war schon unser Argument, der Staat kann nicht die Löhne festlegen, aber Politik, der Staat muss dafür sorgen, dass es Lohngrenzen gibt, die niemand unterschreitet, dass es Lohnbedingungen gibt, die nicht unterschritten werden, und dass die, die gute Löhne zahlen, dass die nicht zum Beispiel bei öffentlichen Aufträgen bestraft werden, weil gesagt wird, ja, ihr zahlt zwar gute Löhne, zahlt sogar Tarif, das ist schön für die Leute, aber es ist uns zu teuer, wir nehmen lieber den, der billiger ist. Das darf nicht passieren, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es geht nicht um Bestrafung von Betrieben, sondern es geht darum, die Betriebe zu unterstützen, die gute Löhne zahlen und die vor allem eben auch Tariflöhne zahlen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und das, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, haben wir eingeführt. Mecklenburg-Vorpommern hat schon, bevor der bundesweite Mindestlohn eingeführt wurde, hier ein Vergabegesetz eingeführt, das an den Mindestlohn geknüpft war. Da waren wir schon Vorreiter. Das war in der vorletzten Legislaturperiode. Und als der Bund dann den bundesweiten Mindestlohn eingeführt hat, haben wir darüber gesprochen, dass wir auch den Vergabemindestlohn einführen. Der ist dann 2018 einge-

führt worden und seitdem mehrmals erhöht, von 9,54 Euro auf 10,35 Euro gestiegen. Wer also im Land öffentliche Aufträge bekommen will, muss dafür seinen Beschäftigten mindestens die 10,35 Euro zahlen.

Und wir haben auch in der Wirtschaftsförderung stärker auf gute Arbeit geschaut und die Wirtschaftsförderung mit einem Bonussystem für Unternehmen belohnt, die ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen. Es geht darum, Anreize für bessere Löhne zu schaffen, und das haben wir bereits durchgesetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben auch darauf geachtet, dass Menschen, die arbeiten gehen und deshalb auch Unterstützung brauchen, nicht dafür bestraft werden. Und auch das ist die Idee gewesen von der gebührenfreien Kita, natürlich auch, dass es einen gebührenfreien Bildungsweg gibt von der Krippe über Kindergarten, Schule bis hin zur Hochschule und Ausbildung, aber auch, dass es eben nicht so ist, wie uns immer wieder junge Mütter und Väter geschrieben haben, wie die alleinerziehende Mutter, die berichtet, dass sie morgens aufsteht, noch eine halbe Stunde pendelt, Fahrtkosten hat, ihr Kind in die Kita bringt und dann unter dem Strich weniger hat, als wenn sie nicht arbeiten gehen würde, durch die Gebühren. Und deshalb war es richtig, dass wir die Gebühren abgeschafft haben, weil wir können nicht nur von der Wirtschaft fordern, tut etwas für gute Löhne/Familienfreundlichkeit, und selbst als Land Gebühren haben. Und deswegen haben wir mit der gebührenfreien Kita dafür gesorgt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Kinder in unserem Land haben – das sind Eltern von über 100.000 Kindern –, mehr im Portemonnaie von ihrem Lohn behalten. Und deshalb ist die beitragsfreie Kita auch unser glaubwürdiger Beitrag, dass wir wollen, dass Arbeiten sich lohnt und die Leute ihren Lohn in der Tasche behalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und die beitragsfreie Kita sollte auch dafür sorgen, dass Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden, weil das Argument, wenn wir Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlen, auch Tarife bezahlen, dann werden die Eltern belastet, wegfällt. Und ja, dadurch ist es für die öffentliche Hand teurer – in der Kommune, im Landkreis und im Land –, aber ich sage Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, das ist richtig so. Wir wollen, dass Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden. Deswegen brauchen wir Systeme, dass die Fachkräfte eben auch Tariflöhne bekommen. Und ich bin froh, dass durch die beitragsfreie Kita mehr Tarifbindung in diesem Bereich entstanden ist, die Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden. Auch das ist ein Erfolg dieses gemeinsamen Projektes.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, sehr geehrte Damen und Herren, jetzt muss man überlegen, was sind die nächsten Schritte. Die nächsten Schritte sind, dass wir so, wie es gerade die Große Koalition im Bund vormacht, darauf schauen, dass noch mehr Bereiche Anreize bekommen, die eben diese Tarifbindung haben. Deshalb bin ich sehr froh, dass heute im Deutschen Bundestag das Gesetz zur Tarifbindung in der Pflege beschlossen wird. Ab nächstem Jahr werden Pflegeeinrichtungen nur noch öffentliche Bezahlung be-

kommen, wenn sie dort auch den Tariflohn zahlen. Ich hätte mir, das will ich sagen, nach den jahrelangen Debatten zur besseren Bezahlung in der Altenpflege gerne den Flächentarifvertrag für ganz Deutschland gewünscht.

Und ich will es auch sagen, die Caritas hier in unserem Land ist ein ganz wichtiger sozialer Arbeitgeber und sie machen so tolle Arbeit. Ich habe nicht verstanden, warum Caritas Deutschland das abgelehnt hat. Aber umso besser ist es, dass die Große Koalition im Bund sich entschieden hat, nicht aufzugeben, sondern dieses Gesetz beschließen wird. Und das wird dazu führen, dass Einrichtungen jetzt Tariflohn in der Altenpflege zahlen müssen, wenn sie die öffentliche Förderung bekommen. Und der Bund stellt dafür mehr Bundeszuschüsse zur Verfügung, damit es nicht auf dem Rücken der Pflegebedürftigen ausgetragen wird.

Und das, sehr geehrte Damen und Herren, das ist der richtige Weg, Anreize zu schaffen, dass dort, wo öffentliche Steuermittel sind, öffentliche Sozialabgaben eingesetzt werden, auch die Beschäftigten gut bezahlt werden und nach Tariflohn bezahlt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deshalb müssen auch wir über den Vorschlag nachdenken, spätestens in der nächsten Legislaturperiode, ob nicht auch unsere öffentlichen Aufträge, das schon bestehende Vergabegesetz stärker als Anreizsystem entwickelt werden soll, dass eben auch dort, wo öffentliche Aufträge ausgeschrieben werden und vergeben werden, nicht nur der Vergabemindestlohn, den wir eingeführt haben, sondern eben auch der Tariflohn eine zentrale Rolle spielen soll. Noch mal, es geht um Anreizsysteme und nicht Bestrafungssysteme. Und die grundsätzliche Überlegung, dort, wo öffentliche Gelder sind, dürfen sie nur ausgegeben werden, wo gute Bezahlung ist, wo Tarifbezahlung ist – so, wie wir es jetzt auch bei den Bürgschaften bei der Werftenrettung machen, das machen wir doch, weil es tarifbezahlte, gute Löhne sind –, dieser Ansatz ist ein guter Ansatz, den ich unterstütze.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist ein Instrument, ein anderes: Wir müssen dort Kosten abschaffen, wo Arbeitnehmer sozusagen sie haben, weil sie arbeiten. Dazu gehört übrigens auch, Arbeitnehmer zu unterstützen, die pendeln. Und deshalb bin ich sehr stolz, dass es das Land Mecklenburg-Vorpommern war, was in der Verhandlung zum Klimapaket – und die war schwierig genug – sich dafür eingesetzt hat, dass die Pendlerpauschale nicht gestrichen wird. Damals war schon eine Partei in Deutschland der Meinung, die Pendlerpauschale muss weg, weil sie nicht genau nahe genug bei den Menschen ist in der Landbevölkerung, die nämlich morgens aufstehen – wir können froh sein, dass wir die Leute haben –, die morgens aufstehen, oft für wenig Geld pendeln, ihre Familie ernähren, aber in unserem Land bleiben. Es gibt halt nicht in jedem 35-Seelen-Dorf einen Job. Das ist unrealistisch. Die Leute müssen in einem Flächenland pendeln, und deshalb muss weiter die Pendlerpauschale bestehen. Dafür hat sich die Landesregierung immer eingesetzt, und das wird auch so bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Bernhard Wildt, CDU)

Und dass dieselben, die damals den Vermittlungsausschuss angerufen haben und die Forderung hatten, die Pendlerpauschale zu streichen, jetzt sagen, wenn es nicht über die Pendlerpauschale läuft, dann machen wir die Spritpreiserhöhung, das geht nicht, sehr geehrte Damen und Herren. Auch dagegen wird sich die Landesregierung wehren. Wir wollen, dass sich Leistung lohnt. Wir wollen, dass sich Arbeit lohnt, und die vielen Pendlerinnen und Pendler in unserem Land dürfen nicht bestraft werden, sondern sie müssen unterstützt werden, weil sie tragen ihren Beitrag dazu bei, dass sie selbst und ihre Familien ernährt werden, aber dass wir auch eine gute wirtschaftliche Entwicklung haben. Das verdient Unterstützung, und Bestrafung ist nicht der richtige Ansatz.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Dietmar Eifler, CDU)

Letzter Punkt, sehr geehrte Damen und Herren: Die Lohnstruktur hat auch damit zu tun, welche Arbeitsplätze man hat.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wer hier regiert!)

Und deshalb ist es sehr, sehr wichtig, dass wir in unserem Land, was Wirtschaftsstrukturen angeht, breit aufgestellt sind, dass wir auf verschiedene Branchen setzen. Und deshalb haben wir sehr früh als Landesregierung die Initiative auch der Industrie- und Handelskammern unterstützt, dass Mecklenburg-Vorpommern auch Industrieland ist. Und auch das ist ein Thema, was uns im Zukunftsbündnis nächste Woche gemeinsam mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften beschäftigen wird. Und ich freue mich auch sehr, dass wir in diesem Jahr Ausrichter der norddeutschen Ministerpräsidentenkonferenz sind, denn auch in dieser MPK, länderübergreifend und auch parteiübergreifend, spielt das Thema „neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze (Industriearbeitsplätze) und gute Bezahlung“ eine Rolle. Hier werden wir noch im Juni gemeinsam mit Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und eben Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder sprechen.

Und eins unserer Kernthemen ist, wir müssen das Thema Energiewende als eine große Chance nutzen für unser Land. Wir brauchen keine Angst zu haben vor dem Klimaschutz, wir brauchen auch keine Angst vor der Energiewende zu haben, darin steckt Potenzial. Die OECD hat uns berechnet, wir können in Norddeutschland Weltmarktführer beim Thema „erneuerbare Energien“ sein. Und wir sind es schon in vielen Bereichen, wenn es darum geht, Windkraft zum Beispiel an Land und auf dem Wasser zu haben.

Aber jetzt muss es darum gehen, diese Technologie über die Wasserstofftechnologie zu nutzen für eine saubere Industrie. Die Wirtschaft, die Industrie in Deutschland weiß längst, dass sie klimaneutral produzieren muss. Das ist gar nichts mehr, wogegen debattiert wird. Sie fragen nur, wie kann es gehen und wo kann es gehen. Und da liegt die große Chance. Wenn es uns gelingt, nicht nur die Wasserstofftechnologie marktfähig zu entwickeln, sondern auch hier zu produzieren, dann gibt es hier die ersten Ansiedlungen.

Und das ist eine Idee für ganz Ostdeutschland. Deshalb haben auch die ostdeutschen MPs länder- und parteiübergreifend die Bundesregierung aufgefordert, dass wir

einen Wasserstoffstrang in Ostdeutschland bekommen. Hier ist unsere Chance und wir sehen, dass diese Chance erste Pflanzen hat, wie zum Beispiel in Rostock bei APEX, bei Rostock-Laage, wo das größte europäische Wasserstoffkraftwerk ist. Und da gibt es die erste Ansiedlung. Unternehmen werden immer mehr fragen: Wo kann ich klimaneutral produzieren? Wo ist der Zugang zu erneuerbaren Energien? Und da, sehr geehrte Damen und Herren, liegt unsere Chance, in neuen, zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und in Ansiedlungen der sauberen Industrie. Lassen Sie uns diese Chance gemeinsam nutzen, damit wir gute Arbeitsplätze für gute Löhne in unserem Land schaffen! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Die Ministerpräsidentin hat die angemeldete Redezeit um elfeinhalb Minuten überschritten. Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Fraktionsvorsitzende Herr Kramer.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das ist eine Missachtung des Parlaments, die Redezeit um mehr als das Doppelte zu verlängern. Eine Schande, so was!)

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Zunächst einmal muss ich feststellen, das war schon ein cleverer Schachzug von der SPD-Fraktion, am Mittwoch hier die Regierungserklärung abzuhalten und dann am Freitag so quasi als Bonbon vor den Wahlen hier mit der Aktuellen Stunde um die Ecke zu kommen.

(Thomas Krüger, SPD:
Wie kommen Sie da drauf? –
Jochen Schulte, SPD: Langjährige
parlamentarische Erfahrungen.)

Das sei Ihnen auch so unbenommen zugestanden. Da haben Sie ja die Mehrheiten, haben Sie auch die parlamentarische Erfahrung uns voraus, das muss ich neidvoll anerkennen, aber kommen wir jetzt zur Aktuellen Stunde. Ich habe gar nicht, ich habe es bereut – ich habe bei der Bundeswehr nähen gelernt –, dass ich gar kein Nähzeug dabei hatte. Ich wollte mir die Taschen zunähen, die Sie uns hier vollgehauen haben, also sowohl Herr Schulte als auch die Ministerpräsidentin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wahnsinn! Wahnsinn!

Und lassen Sie mich, bevor Sie jetzt wieder anfangen umherzuquieken, dass wir das jetzt hier wieder auf Corona schieben und so, das lasse ich jetzt mal total außen vor, das Corona-Thema lasse ich jetzt mal total außen vor. Ich bin der Kollegin Frau Oldenburg sehr dankbar für die Kleine Anfrage „Sozioökonomische Entwicklung“, die im Januar 2020 beantwortet wurde. Und wenn ich mir diese Beantwortung der Kleinen Anfrage angucke, dann sehen wir überall Mecklenburg-Vorpommern entweder auf dem letzten Platz oder auf dem vorletzten Platz – ob es das Bruttoinlandsprodukt ist, ob es die Löhne und Gehälter sind. Und dann steht die Ministerpräsidentin hier

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Klopft sich auf die Schulter.)

und klopft sich selbst auf die Schulter und redet von Weltführerschaft. Also das ist doch schon fast größensinnig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wir sind überall auf dem letzten oder vorletzten Platz, in allen Statistiken, und die Ministerpräsidentin dieses Landes – Herr Schulte, hören Sie zu! –, des Landes Mecklenburg-Vorpommern, da komme ich auch gleich noch mal drauf zurück, redet von Weltführerschaft.

(Patrick Dahlemann, SPD: Weltmarktführer! –
Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD:
Das kommt noch.)

Nein, sie hat von Weltführerschaft gesprochen, Herr Dahlemann.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Und dann möchte ich auch gleich noch mal auf Herrn Schulte eingehen. Einmal lasse ich Ihnen das durchgehen, wenn Sie sagen – die Überschrift dieser Aktuellen Stunde lautet „Gute Ideen für gute Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern“ –, ich lasse Ihnen das einmal durchgehen, wenn Sie Vorpommern sozusagen hinten runterfallen lassen, aber Sie haben es zweimal, dass Sie lediglich von Mecklenburg gesprochen haben. Es gibt aber auch noch den östlichen Teil, der da Vorpommern heißt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das tut mir, als Pommer tut mir das weh, und gerade Sie, wo Sie doch den Vorpommernstaatssekretär haben, aber da komme ich auch noch zu.

In unserem Land haben wir kaum börsennotierte Unternehmen. Wir haben kaum kapitalstarke Unternehmen. Feinkost Waren wandert nach Polen ab, die Kleinunternehmen verlassen unser Land. Und Sie stellen sich hier hin

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Wir wollen klimaneutral produzieren.)

und sagen, wir wollen klimaneutral produzieren. Die einzige Idee, die ich gehörte habe von Herrn Schulte und von der Ministerpräsidentin – vielleicht kommt ja noch was –, war die Rede von Tariftreuegesetzen. Und dann stellt sich die Ministerpräsidentin hier hin und erzählt, wie toll doch das ist, dass man sich durchgesetzt habe, dass die Pendlerpauschale im Klimapaket enthalten sei. Das ist ein Hohn, meine Damen und Herren, das ist ein totaler Hohn!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sie hätten sich hier hinstellen können, da hätten Sie von mir Applaus gekriegt, wenn Sie sich hier hingestellt hätten und gesagt hätten, wir haben dieses Klimaschutzpaket verhindert, meine Damen und Herren,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

aus dem die CO₂-Besteuerung rausgeht. Die Spritpreise gehen in die Höhe und die Pendler, die in unserem Land hin- und herfahren, denen helfen Sie nicht mit der Pendlerpauschale, wenn Sie auf der anderen Seite die Spritsteuern erhöhen, die CO₂-Steuer erhöhen. Wir haben weltweit die höchsten Stromkosten aufgrund dieses Klimaschutzpaketes und Sie stellen sich hier hin und sagen, wir haben die Pendlerpauschale enthalten!

Also, meine Damen und Herren, meine Fraktion wollte zum Beispiel die Selbstständigkeit stärken durch bessere Mikrodarlehen, die Richtlinie ist nach wie vor schlecht – haben Sie abgelehnt. Meine Fraktion wollte eine bessere Verteilung der GRW-Zuschüsse – haben Sie abgelehnt. Meine Fraktion wollte ein besseres Landesmarketing haben, um das regionale Konsumbewusstsein zu stärken – haben Sie abgelehnt. Und Sie stehen hier, lehnen unsere guten Ideen, unsere Lösungen

(Thomas Krüger, SPD: Welche Lösungen?)

lehnen Sie ab und präsentieren uns hier, das Einzige, was Sie präsentieren, sind die Pendlerpauschale und die Tariftreue.

(Thomas Krüger, SPD: Sie haben keine Lösung präsentiert!)

Und dann kommt die Ministerpräsidentin und erzählt, dass wir jetzt hier also die Vorreiter sind und der Tourismus geht wieder los, und erzählt was von Tariftreue. Erzählen Sie mal was von Tariftreue den 42 Prozent der Mitarbeiter in der Tourismusbranche, die heute noch in Kurzarbeit sind aufgrund der pandemischen Lage, die Sie hier ausgerufen haben, aufgrund der Beschränkungen, die Sie hier mit der Axt ans Bein an die Tourismuswirtschaft gelegt haben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Erzählen Sie das den Unternehmern aus der Tourismusbranche! Jedes dritte Unternehmen steht vor der Insolvenz aufgrund Ihrer Maßnahmen. Erzählen Sie denen mal was von Tariftreue!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die machen einen großen Haufen auf Tariftreue, die wollen arbeiten und das können sie nicht aufgrund Ihrer Maßnahmen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und schlussendlich, schlussendlich, Ihre Ideen, die Sie hier hatten, ja, das haben wir gesehen, die Idee hatte zwar die CDU mit dem Vorpommernstaatssekretär, aber Sie als SPD haben sich diese Idee übernommen, und da haben Sie einen Arbeitsplatz geschaffen, einen sehr gut bezahlten Arbeitsplatz mit dem Vorpommernstaatssekretär.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Einen Ungelernten.)

Dann das Aufblähen der Verwaltung: Das Land Mecklenburg-Vorpommern leistet sich im Ländervergleich zu allen anderen Bundesländern die größte oder die zweitgrößte Verwaltung, die zweitgrößte Verwaltung. Man spricht hinter vorgehaltener Hand von einem „Hofstaat Königin Manus“.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wenn ich dann die Social-Media-Abteilung sehe, die nur allein der Ministerpräsidentin zukommt – das sind wirklich gute Ideen, aber für Leute mit Ihrem Parteibuch, meine Damen und Herren, und nicht für unsere Menschen da draußen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Das ist falsch,
das ist falsch! Das ist schlicht gelogen!)

Das sind Ihre guten Ideen für gute Arbeit! Und dann steht die Ministerpräsidentin hier und sagt, wir müssen überlegen, was wir in Zukunft machen: kleine Schritte, die nächsten Schritte.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Abgewählt werden!)

Sie hatten 25 Jahre Zeit, Frau Ministerpräsidentin. Sie sind seit 25, nein, seit 26 Jahren in Regierungsverantwortung und nach 26 Jahren fangen Sie an zu überlegen, was man machen könnte.

(Thomas Krüger, SPD:
Das ist doch falsch!
Die Ministerpräsidentin hat doch
dargestellt, was gemacht worden ist.)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen wärmstens ans Herz legen, schauen Sie in das Wahlprogramm der AfD der Landes Mecklenburg-Vorpommern!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Da finden Sie gute Ideen, da finden Sie gute Lösungen, da finden Sie zum Beispiel unsere Forderung, den Bürokratieaufwand zu verringern, wo jeder Kleinunternehmer sich darüber echauffiert. Ich habe mich mal – Küstenfischer ist auch so ein Thema, Sie wollen hier Traditionsberufe erhalten –, ich habe mich mit Küstenfishern unterhalten und die haben auch zu mir gesagt, Herr Kramer, wissen Sie, für uns ist der größte Knebel, dass ich mit meinem Küstenfischerboot, was zwölf Meter lang ist, ein Logbuch führen muss, weil diese Logbuchführpflicht für Schiffe gilt, die größer als zehn Meter sind, und das ist so ein bürokratischer Aufwand. Und da könnte ich Ihnen unzählige Beispiele nennen aus so vielen Unternehmen.

Das werden wir verändern. Wir setzen uns ein für eine gezieltere und transparentere Vergabe von Fördermitteln. In unserem Wahlprogramm finden Sie, dass wir als freiheitliche Partei uns für Freiheit einsetzen statt Zwang, was die Zwangsmitgliedschaften in Berufsgenossenschaften betrifft. Dann setzen wir auf Qualitätstourismus mit verbesserter Infrastruktur. Dazu gehört für uns aber auch, dass der Gesundheitstourismus gestärkt werden muss. Wie auch schon in der Debatte am Mittwoch, die wir führten und wo wir heute noch zum zweiten Mal auch über Ihren Gesetzentwurf sprechen werden, sprechen wir uns gegen die Tourismussteuer aus.

Und dann habe ich auch ein ganz tagesaktuelles Beispiel, was also die SPD-Fraktion für gute Ideen für bessere Arbeitsplätze in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern hat. Wenn es zum Beispiel um die Spielhal-

len geht, da haben Sie mit einem Federstreich circa 600 Arbeitsplätze, vornehmlich lebensältere Frauen, mit einem Handstreich zerstört. Sie sind nicht auf die Anhörung eingegangen, auf den Verband der Automatenaufsteller, der da gute Ideen hatte, Sie sind nicht auf den Änderungsantrag der Linksfraktion eingegangen, Sie sind nicht auf die Anregungen eingegangen, die dort in den Ausschüssen diskutiert worden.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Vernichten mit einem Federstich hier circa 600 Arbeitsplätze und erzählen uns hier was in Ihrer Aktuellen Stunde von „gute Ideen für gute Arbeit“, meine Damen und Herren! Wir brauchen Problemlösungen und die werden wir Ihnen hier in diesem Hause und für die Bürger unseres Landes ab dem 26.09. bieten.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Vorpommern wird dauernd vergessen.)

Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Wildt.

Bernhard Wildt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin! Herzlichen Dank an den Koalitionspartner für die Wahl des Themas. Das Wachstum der Wirtschaft, das Wachstum der Einkommen, das Wachstum von Wohlstand, das ist das Brot-und-Butter-Thema der CDU seit über 70 Jahren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Also einen größeren Gefallen können Sie uns überhaupt nicht tun, und zwar genau auch in der Reihenfolge, erst kommt das Wirtschaftswachstum und dann, wenn was erarbeitet wurde, dann wird es auch verteilt – genau in der Reihenfolge, darauf legen wir großen Wert.

Und was ist denn nun die Voraussetzung für Wirtschaftswachstum? Und das kennen wir alle, das hat ja auch hier in unserem Bundesland seit 30 Jahren stattgefunden: Wir brauchen wettbewerbsfähige Unternehmen, die am Markt hier im Lande, aber auch international Bestand haben können, und dazu braucht es Unternehmertum, also Wagemut, Risikobereitschaft, Innovation, technischen und organisatorischen Fortschritt, Kreativität, Leistungsbereitschaft – ganz wichtig, dass das Leistungsprinzip nicht außer Kraft gesetzt wird –, aber auch Teamgeist und die Motivation des gesamten Teams, denn nicht der Unternehmer alleine ist für den Erfolg zuständig, sondern jeweils das gesamte Team.

Was steuert der Staat bei? Rechtssicherheit, Infrastruktur, und dabei muss man nicht nur an die Autobahn denken, sondern insbesondere auch an den Breitbandausbau und an den Mobilfunk – da ist noch Luft nach oben bei uns –, aber auch an die soziale Gerechtigkeit durch die Umverteilungsmaschinerie, die ja bei uns in Deutschland sehr gut läuft. Die starken Schultern tragen eben mehr als die schwachen, nicht aber durch Überregulie-

rung und Überbürokratisierung. Das ist nicht das, was die Wirtschaft braucht, um zu wachsen und um wettbewerbsfähig zu bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und deswegen setzt sich meine Fraktion gerade in der heutigen Zeit – wir sind noch in der Corona-Pandemie, viele Unternehmen sind schwer getroffen und müssen nun erst mal langsam wieder Luft bekommen und wieder Tritt fassen –, und deswegen setzen wir uns für ein Belastungsmoratorium ein. Im Moment ist nicht die Zeit dafür, Unternehmen zu belasten und irgendwie noch zusätzlich in Schwierigkeiten zu bringen.

Nicht gemeint mit der Überbürokratisierung sind die Tarifverträge. Tarifverträge sind was Gutes, aber solange sie – so, wie es im Grundgesetz vorgesehen ist – Tarifautonomie und der Koalitionsfreiheit unterliegen, dann ist es was Gutes, wenn sich die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände einigen und gemeinsame Lösungen finden, wie denn der betriebliche Alltag zu organisieren sei, denn da geht es ja nicht nur um die Löhne und Entgelte, da geht es auch um Arbeitszeiten in der Woche, am Tag, um Urlaubszeiten, um Eingruppierungsfragen, um viele organisatorische Dinge. Und deswegen ist auch die Frage, warum steigen so viele Unternehmen aus den Arbeitgeberverbänden aus und wollen nicht mehr am Tarifvertrag teilnehmen. Das ist ja nicht nur ein Thema hier in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in ganz Deutschland, auch in Ländern, die viel stärker industriell geprägt sind als wir. Und warum gehen so viele Arbeitnehmer nicht mehr in die Gewerkschaft?

Diese Fragen – und, Frau Ministerpräsidentin, die Politik bekommt ja diese Fragen häufig oder häufig Arbeitsaufträge aus dem Bereich der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaft –, man muss auch mal die Frage zurückgeben, die müssen sich auch anstrengen, Lösungen zu finden für die neuen Herausforderungen, die sich finden, und die sind eben viel flexibler als die alten Flächentarifverträge der Vergangenheit.

Und ich möchte mal drei Herausforderungen nennen, auf die man meiner Meinung nach noch nicht ausreichend in den Tarifverträgen eingegangen ist. Das ist zum Beispiel die Digitalisierung. Wir sehen das heute, gerade nach der Corona-Zeit, viele Arbeitsplätze sind ins Homeoffice gewandert, man organisiert sich im Homeoffice, digitalisiert, aber wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Es ist ja nicht nur die Freiheit, zu Hause zu arbeiten, sondern wir wissen, dass viele Arbeitnehmer sich selber quasi ausbeuten, indem sie viel länger zu Hause arbeiten, als sie das jemals im Büro getan hätten, weil sie eben nach einer kurzen Pause sagen, ach, das schaffe ich auch noch, mache ich auch noch weg – das ist das Ergebnis von vielen soziologischen Untersuchungen dazu –, oder auch die Vereinzelung, die Gefahr, dass man seine Kollegen nicht mehr kennt, dass man sich gerade nicht mehr zusammenschließt, um vielleicht gemeinsame Interessen auch mal durchzusetzen, so, wie das früher war. Genau das sind ja Schwierigkeiten, die durch diesen Bereich aufgetreten sind und die in den Tarifverträgen heute noch nicht enthalten sind.

Die Projektorientierung: Die Mitarbeiter schließen sich zusammen oder werden zusammengestellt in Projekten, die nur zeitlich befristet so arbeiten und dann aber vielleicht auch über eine Projektpremie ganz anders bezahlt

werden als über den klassischen Tarifvertrag. Auch das ist noch nicht ausreichend überall enthalten.

Und schließlich der demografische Wandel: Denken Sie an die Diskussion, die wir geführt haben, was macht man, wenn man einen jungen Lehrer in den ländlichen Raum bekommen möchte, der soll eine extra Prämie kriegen. Damit zerstört man aber den Betriebsfrieden, weil die älteren Lehrer diese Prämie nicht bekommen. Das Gleiche gilt doch für die Unternehmen. Auch dort bringen wir natürlich durch den demografischen Wandel Schwierigkeiten in den Betriebsfrieden. Und das sind alles Gründe, die nicht gegen Tarifverträge sprechen, sondern für Tarifverträge, aber für Tarifverträge, die diese Herausforderungen annehmen.

Und deswegen müssen wir sagen, gerade im ländlichen Raum würden kleine Unternehmen zusätzlich benachteiligt, wenn sie quasi in die Tarifverträge gezwungen werden. Kleine Unternehmen, mittlere Unternehmen im ländlichen Raum sind häufig benachteiligt, sie haben weitere Wege zu den Berufsschulen, sie haben weitere Wege zu ihren Absatzmärkten, das müssen sie alles zusätzlich wuppen und sie müssen die Fachkräfte bekommen. Und wenn man sie nun zwingen würde, unbedingt in eine feststehende tarifvertragliche Ordnung zu gehen, ist das ein Nachteil.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Und insofern, insofern, Herr Schulte, muss ich sagen, die Kröte, die sich in einen Prinzen verwandelt, die gibt es eben nur im Märchen. Jedes kleine Mädchen weiß, wenn es eine Kröte küsst, dann bleibt es eine Kröte, und zwar in 100 Prozent aller Fälle. Kröte bleibt Kröte, und da hilft das Märchen nicht weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ein Wort noch ganz kurz zu den Pendlern: Frau Ministerpräsidentin, Sie haben es angesprochen, die Pendler, die zum Beispiel auch nach Hamburg pendeln, das ist natürlich ganz normal, im Umland von München pendeln die Leute auch nach München. Dass nun in unserem Fall da eine Landesgrenze zwischenliegt, ist weiter gar nicht schlimm. Die müssen wir nicht abhalten davon, nach Hamburg zu pendeln, das ist die normale Welt, so, wie es sein muss, aber richtig ist, dass es sehr gut ist, dass die Pendlerpauschale erhalten bleibt, und das muss auch so bleiben, denn wir sind ein Flächenland und unsere Arbeitnehmer und unsere Bewohner hier im Land müssen pendeln. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Wildt!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

(Der Abgeordnete Holger Arppe wendet sich an das Präsidium.)

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! In der Zeitung war neulich, vor einigen Tagen zu lesen, mit dem SPD-Abgeordneten Schwarz würde der letzte Vertreter der klassischen ehemaligen Klientel der Sozialdemokratie, also vom beruflichen Hintergrund her,

(Thomas Krüger, SPD: Ich bin Schlosser!)

den Landtag verlassen. Stand in der Zeitung. Und wenn ich mir die SPD-Fraktion vor allen Dingen so angucke, also Sie wirken wie alles Mögliche, also schon äußerlich, Sie wirken wie alles Mögliche, aber doch nicht wie die Interessenvertreter der kleinen Leute.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Das sind Sie schon längst nicht mehr. Und weil das immer mehr von den sogenannten kleinen Leuten erkennen, sind Sie ja in Sachsen-Anhalt auch mit Mühe gerade mal über die 5-Prozent-Hürde gehopst, und in diese Richtung wird das hier auch gehen, dessen bin ich mir sicher.

(Thomas Krüger, SPD:
Oh, Sie haben eine Glaskugel?!)

Ja! Ja!

Nun, Herr Kramer hat es,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Herr Kramer hat die Metapher von einem Hofstaat hier schon erwähnt. Es kommt mir in der Tat ein bisschen so vor wie früher, so, wie der Hochadel in Versailles sich wohl darüber unterhalten hat, wie man den armen Leuten draußen so ein bisschen ein paar Brosamen zukommen lassen kann.

Das Problem ist doch gar nicht, dass die Leute zu wenig verdienen. Es ist ja schön, dass Sie wollen, dass die Leute mehr, höhere Löhne, höhere Einkommen haben. Aber was passiert denn damit? Die werden ihnen doch sofort wieder aus der Tasche herausgezogen. Und wenn man sich mal so anguckt, was sich da schon so andeutet, was nach der Bundestags- und Landtagswahl da so auf dem Programm steht, auch in Richtung Steuererhöhungen, das war ja neulich auch im „Focus“ zu lesen, dass, wenn die SPD-Pläne dann umgesetzt werden, 52 Prozent, also über die Hälfte des Einkommens der Menschen vom Staat wieder kassiert werden. Das ist doch das Problem! Die Steuerlast der Menschen ist viel zu hoch, und deswegen nützt es auch nichts, da mal ein bisschen mehr Einkommen irgendwie zuzuschustern, wenn es auch aus der anderen Tasche gleich wieder herausgezogen wird.

Von anderen Belastungen wollen wir ja gar nicht reden. Herr Kramer hat es erwähnt, die Strompreise, aber auch das Rentenproblem. Das Rentensystem ist kurz vor dem Zusammenbruch. Wissenschaftler haben ja schon gesagt, in welche Richtung da extreme Belastungen auf die Bevölkerung zukommen müssen, es sei denn, der Staat wird fürderhin die Hälfte seines Haushaltes – das muss man sich mal vorstellen, die Hälfte seines Haushaltes – für die Bezuschussung des Rentensystems ausgeben. Das kann er gar nicht, also werden die Renten und die Belastungen der Bürger in Zukunft noch weiter steigen.

(Thomas Krüger, SPD:
Oh, Sie und Ihre Glaskugel!)

Und da nützen auch Ihre schönen Pläne nichts. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, unbestritten sind gute Ideen für gute Arbeit von Vorteil, wenn es darum geht, unser Land in den kommenden Jahren voranzubringen. Und Etliches von dem, was hier insbesondere von der SPD vorgetragen wurde, kann ich inhaltlich durchaus unterschreiben.

Allerdings ist das eine ja, eine Idee zu haben. Das ist der erste Schritt. Der zweite, der sich dann eigentlich logisch anschließen muss, ist deren Umsetzung,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
So weit sind die noch nicht!)

und da gibt es dann doch allzu oft eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Nach 27 Jahren Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und einer gefühlten Ewigkeit andauernder Großer Koalitionen im Bund beschäftigen uns immer noch zahlreiche Probleme. Deshalb tut es mir leid, wenn ich jetzt doch einiges an Wasser in den SPD-Wein schütten muss und das Bild, welches hier und da draußen mit ihrer Plakatkampagne gezeichnet wird, an der einen oder anderen Stelle dann auch korrigieren muss.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Zunächst, es war die SPD, die einst in einer Koalition mit den GRÜNEN die Hartz-Gesetzgebung eingeführt hat und den Arbeitsmarkt zulasten vieler Beschäftigter dereguliert hat. Und trotz zahlreicher Versprechen ist bislang weder dieses System überwunden worden, noch haben Sie die Versprechungen aus Ihrem Regierungsprogramm 2017 auf der Bundesebene einlösen können. Demnach sollte unbefristete Arbeit, sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt, wieder zum Normalfall der Beschäftigten werden. Und davon sind wir – leider, möchte ich ergänzend sagen – immer noch ein ganzes Stück entfernt.

Und deswegen ärgert es mich auch kolossal, wenn Ihre Direktkandidaten für Bund und Land im Wahljahr 2021 hier in Schwerin an der Crivitzer Chaussee stehen und Schilder hochhalten, auf denen so unbestritten wichtige Dinge stehen wie „mehr Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen“, „sachgrundlose Befristungen abschaffen“, „Hartz IV überwinden“ oder „den gesetzlichen Mindestlohn anheben“, denn das sind alles Themen, die wir hier genauso wie unsere Fraktion in Berlin unzählige Male beantragt haben und die Sie jedes Mal abgelehnt haben. Die sachgrundlosen Befristungen abzuschaffen, wäre eine gute Idee für gute Arbeit, allerdings sah die SPD-Fraktion in diesem Hohen Haus sich diesbezüglich nicht in der Lage, Regelungen zur Eindämmung selbiger selbst in den eigenen Ministerien und Landesbehörden zu treffen, wie vom DGB Nord und meiner Fraktion unter Berufung auf das Hamburger Modell gefordert.

Zum Thema „Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen“ erinnere ich Sie an unseren alternativen Gesetzentwurf und den Vorschlag, den vergabespezifischen Mindestlohn an eine Tarifgruppe im TV-L zu koppeln. In Ihrem Flyer „Gute Ideen für gute Löhne“ loben Sie sich für eine gestiegene Tarifbindung.

Mehr Tarifbindung ist unzweifelhaft auch eine gute Idee für gute Arbeit, dazu ist allerdings anzumerken, dass die Zahl der Betriebe mit Tarifbindung laut Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage 7/5614 vom 28. Dezember 2020 binnen eines Jahres deutlich abgenommen hat. 2018 waren es 27 Prozent, jetzt sind es wieder 23 Prozent. Und auch bei der Zahl der Beschäftigten mit Tarif stellt sich die Entwicklung ähnlich dar. Im Jahr 2015 arbeiteten 311.000 oder 47 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit Tarifbindung, im Jahr 2019 waren es nur noch 304.000 beziehungsweise 44 Prozent, kein Grund also, sich auf die Schultern zu klopfen, denn es bleibt eine Herausforderung, hier endlich voranzukommen.

Ein hohes Niveau öffentlicher Aufträge ist ebenfalls eine gute Idee für gute Arbeit, zum Beispiel im Reinigungs-gewerbe. Stattdessen haben wir aber gerade dieser Tage erlebt, dass nach den Beschäftigten nun auch die Arbeitgeber aus dem Handwerk gegen die Streichung von Reinigungsleistungen protestiert und eine entsprechende Petition an die Landtagspräsidentin übergeben haben. Ausgerechnet in Corona-Zeiten reduzierte das Land die Reinigungsleistungen um 50.000 Stunden. Künftig sollen die Angestellten in den Ministerien mit Blick auf längere Reinigungszyklen nun lieber selbst zum Staubsauger greifen.

Auch die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns ist eine gute Idee für gute Arbeit. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass uns die SPD-Bundestagskandidaten Erik von Malottki und Johannes Arlt bei der geforderten Höhe inzwischen weit links überholen. Während meine Fraktion auf der Basis von konkreten Fakten zur Vermeidung von Altersarmut nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine zügige Anhebung auf 13 Euro fordert, sind die beiden Herren jetzt schon bei 15 Euro

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und wollten das auch so mit Olaf Scholz diskutieren. Der kam allerdings an besagtem Tag nicht zum Wahlforum, vermutlich ist ihm der Schreck in die Glieder gefahren, denn möglicherweise hätten die beiden ihn auch an das 2019 beschlossene Sozialstaatskonzept erinnert, das ein Bürgergeld mit weniger Sanktionsmöglichkeiten bei Wahrung des sozioökonomischen und soziokulturellen Existenzminimums vorsah.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dass die Sanktionen die 30-Prozent-Marke nicht mehr überschreiten dürfen, ist aber kein SPD-Verdienst, sondern einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes geschuldet. Eine gute Idee für gute Arbeit wäre, die Arbeitsschutzbehörden im Land personell und sächlich wieder besser auszustatten. Einen entsprechenden Antrag haben Sie aber gerade in der letzten Landtagssitzung erst abgelehnt. Selbst eine digitale Arbeitsschutz-anzeige, für die es ja bereits ein entsprechendes Tool zur freiwilligen Nutzung für Arbeitgeber gibt, wollten Sie unter Verweis auf die vermeintlich überbordende Bürokratie in den Unternehmen eben nicht verpflichtend einführen.

Auch starke Betriebsräte sind immer eine gute Idee für gute Arbeit. Neun von zehn Betrieben in diesem Land haben aber keinen. Initiativen, die darauf gerichtet waren,

das Wirken von selbigen bekannter zu machen, zum Beispiel durch einen Betriebsrätetag oder einen Betriebsrätepreis M-V, fanden bei der SPD weder in den Haushaltsberatungen noch bei entsprechenden Landtagsanträgen die entsprechende Zustimmung, ebenso wenig wie das Ansinnen, die betriebliche Gesundheitsfürsorge und -vorsorge gerade für kleine und Kleinstunternehmen durch personelle Unterstützung vom Land zu fördern, und das, obwohl das von zentraler Bedeutung ist, wenn es darum geht, Know-how-Träger möglichst lange gesund im Betrieb zu halten.

Eine gute Idee für gute Arbeit ist auch eine Industriestrategie für Mecklenburg-Vorpommern. Auch eine diesbezügliche Initiative meiner Fraktion haben Sie hier im Landtag abgelehnt, obwohl Sie wissen, dass unser Land mit 43 Industrieunternehmen je 1.000 Einwohner die geringste Industriedichte aller Flächenländer aufweist

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

und Jobs in der Industrie in aller Regel gut und zumeist auch tariflich bezahlt werden. Dass es sie trotzdem geben wird, ist der Beharrlichkeit der Vereinigung der Unternehmerverbände und dem DGB im Zukunftsbündnis und nicht der SPD-Landtagsfraktion geschuldet.

Man kann sich guten Ideen für gute Arbeit natürlich auch mit Blick auf infrastrukturelle Voraussetzungen nähern. Mehr Anstrengungen in Sachen Digitalisierung wären dafür ein wichtiger Beitrag. Reichlich Fördermittel hat das SPD-geführte Energieministerium in Berlin abgeholt, in der Umsetzung konkreter Vorhaben mangelt es aber nach wie vor an Tempo. Im April konnte man beim NDR hören, dass unser Land im Ländervergleich immer noch weit hinten liegt. Der Breitbandatlas für schnelles Internet weist nur bei uns noch Regionen aus, in denen weniger als die Hälfte der Haushalte überhaupt Zugang zu schnellem Internet hat. Bei uns haben zurzeit rund 80 Prozent der Nutzer Zugriff auf ein einigermaßen schnelles Netz, wobei das ja auch im Auge des Betrachters liegt, was schnell ist, das haben wir ja jetzt auch in der Corona-Zeit leidvoll erfahren müssen. Im Bundesdurchschnitt sind es 95 Prozent.

Zwei gute Ideen, die mir für gute Arbeit noch einfallen, sind eine aktive Strukturpolitik und ein hohes Niveau öffentlicher Investitionen. Gerade Regionen, die in der Vergangenheit massive Abwanderung erlebt haben, müssen lebendig bleiben, damit nicht noch mehr Menschen diesen Regionen den Rücken kehren. Und das bedeutet, der Staat muss mit öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen auch im ländlichen, strukturschwachen Raum sichtbar bleiben und darf nicht nach dem Motto „Spare in der Not, dann hast du nach dem Tod“ verfahren,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

denn ohne eine vernünftige Infrastruktur und erreichbare öffentliche Dienstleistungen wird es schwer, Ansiedlungen zu befördern. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Mobilität muss gesichert sein, sonst fehlt es dem jeweiligen Standort an Attraktivität, auch für die so dringend benötigten Fachkräfte.

Man könnte und man müsste eigentlich noch viele Dinge mehr aufzählen. Ich würde festhalten wollen, an guten Ideen mangelt es nach meiner Auffassung auch in die-

sem Parlament nicht, aus wohlklingenden Worten müssen aber irgendwann auch Taten werden, sonst ist Verdross die logische Konsequenz. Dass dabei nicht alles von jetzt auf gleich geht, ist auch klar, aber einfach anfangen muss man, wie ein langjähriger Kollege von mir einmal sagte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Foerster!

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, an dieser Stelle noch mal auf die eine oder andere Äußerung hier in der heutigen Debatte einzugehen.

Ich will vielleicht einmal kurz auf Herrn Abgeordneten Kramer eingehen, weil hier angeblich nicht dargelegt worden wäre, was vielleicht auch aufgrund der Kürze der Zeit, die die Aktuelle Stunde mit sich bringt,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

nicht im ausreichenden Maße vielleicht sogar geschehen ist. Aber, Herr Kollege Kramer, wir sind ja nicht das erste Mal hier und diskutieren über dieses Thema, und deswegen will ich an dieser Stelle noch mal deutlich machen: Wir sind in diesem Land – damit meine ich jetzt nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, sondern die Bundesrepublik Deutschland, das gilt aber auch global – an einem Schnittpunkt, wo wir wirklich uns der Frage stellen müssen, wie verbinden wir die klimapolitischen, Klimaschutz- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen/Herausforderungen, vor denen wir stehen, mit wirtschaftlichen Chancen, die sich daraus ergeben können.

Und wir haben an dieser Stelle häufig darüber diskutiert, und ich sage es hier für Sie noch mal, weil aus welchen Gründen auch immer ist es ja offensichtlich bei Ihnen noch nicht angekommen: Meine Fraktion und auch ich persönlich stehen auf dem Standpunkt, Klimaschutz/Umweltschutz ist keine Bedrohung für ein wirtschaftlich gesundes System, für ein wirtschaftlich erfolgreich agierendes Land, es ist vielmehr eine Chance, die sich uns bietet, eine Chance, nicht nur im regionalen Wettbewerb mit unseren Nachbarbundesländern, sondern eine Chance, die weit, weit darüber hinausgeht, die tatsächlich – und da hat die Ministerpräsidentin das völlig zu Recht angerissen –, die uns tatsächlich auch im globalen Markt Chancen bietet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wenn Sie das nicht verstehen, weil der Horizont Ihres Vorstellungsvermögens irgendwo am Nachbardorf endet, dann mag das sein, ändert aber nichts an diesen Chancen und den damit verbundenen Herausforderungen. Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen.

Es ist ja kein Geheimnis, dass ich aus den alten Bundesländern bin und ähnliche Diskussionen in Nordrhein-Westfalen Anfang der 80er-Jahre schon einmal miterlebt habe. Großes Bohei damals, als Anfang der 80er-Jahre aus emissionsschutzrechtlichen und umweltpolitischen Gründen gesagt wurde, bei den Unternehmen im Bereich Montan müssen Emissionsfilter eingebaut werden in die Schornsteine. Die Unternehmen haben sich hingestellt,

haben gesagt, das ist alles ganz schrecklich, das vernichtet Arbeitsplätze, wir sind nicht mehr konkurrenz- und wettbewerbsfähig.

(Holger Arppe, fraktionslos:
Hat es ja auch!)

Nein, das ist Blödsinn. Das Gegenteil ist eingetreten.

(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)

Natürlich mussten diese Unternehmen erst mal investieren, aber dadurch, dass in Nordrhein-Westfalen beispielsweise Unternehmen entstanden sind, die genau in diesem Bereich neue Produkte entwickelt haben, nämlich diese Emissionsschutzfilter, sind nicht nur die alten Arbeitsplätze in dem Bereich der Schwerindustrie erhalten geblieben, sondern es sind neue Arbeitsplätze entstanden, und diese Produkte, die dort entwickelt und produziert und verkauft wurden, sind nicht nur deutschlandweit, sondern europa- und weltweit verkauft worden. Und das ist wirtschaftlich erfolgreiche Politik!

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Chancen bieten sich letztendlich für unser Land genauso. Und wir müssten geprügelt werden, wenn wir diese Chancen nicht ergreifen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und ich will das noch mal deutlich machen an Beispielen, einmal am Beispiel einer klassischen Industrie, Schiffbau/Werften. Wenn sich die Bundestagskollegin Müller hinstellt und sagt, das ist alles ganz schrecklich im Grunde, da muss man das gar nicht mehr unterstützen, die sind nicht zukunftsfähig, das sind Dreckschleudern – die Dame weiß offensichtlich nicht, wovon sie redet.

(Beifall Bernhard Wildt, CDU)

Hier bei uns in diesem Land werden hochmoderne Schiffsbauaggregate gebaut, die emissionsarm sind, viel, viel besser als das, was in vielen alten Kreuzfahrtschiffen derzeit noch auf dem Markt unterwegs ist. Und wir wissen alle, dass in diesem Bereich in den kommenden Jahren Veränderungen stattfinden werden, das ist keine Frage mehr. Die Voraussetzungen sind unter anderem durch die IMO schon geschaffen worden. Diese Schiffe werden entweder umgerüstet oder aus dem Verkehr gezogen. Und damit sind die Standorte, die moderne Aggregate produzieren, im Vorteil, weil sie das verkaufen können. Und das ist eine wirtschaftliche Perspektive für unser Land, und deswegen ist auch in solchen Branchen tatsächlich Zukunftsfähigkeit gegeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, ein weiteres Beispiel, weil ich mir nicht vorwerfen lassen will, das ist dann nur in einem Bereich: Nehmen wir das Beispiel erneuerbare Energien.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nehmen wir doch mal die AWO, da zahlen noch nicht mal Sie Tariflohn!)

Nehmen wir doch mal das ...

Wer ist der Mensch, der da rumkrakeelt?

(Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD)

Nehmen wir doch mal ein anderes Beispiel, nehmen wir doch mal erneuerbare Energien. Ich habe das ja eben schon einmal gesagt, 16.000 Arbeitsplätze waren im Bereich erneuerbare Energien, Industrie- und gewerbliche Arbeitsplätze, 16.000 neue Arbeitsplätze waren in dem Bereich im Jahr 2016 schon in diesem Land zusätzlich entstanden. Und jetzt mache ich mal ein Beispiel auf: Wir werden viel mehr erneuerbare Energien in der Zukunft brauchen. Jeder von Ihnen benutzt ein Smartphone, jeder von Ihnen benutzt ein Tablet. Das Gerät, das verbraucht nicht viel Strom, aber die Rechnerkapazität, die dahintersteht, verbraucht immense Mengen an Strom, und die wachsen tagtäglich an Bedarfen. Und die erneuerbaren Energien, die unter anderem sauber in diesem Land produziert werden können, sind auch industrielle Chancen für dieses Land und Chancen für neue Arbeitsplätze.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und, meine Damen und Herren, wer das nicht begreift, lebt einfach im Gestern.

Und, Herr Kollege Wildt, Sie haben an einer Stelle gesagt, Tarifverträge müssen flexibler sein. Da kann man drüber reden. Nur diejenigen, die die mangelnde Flexibilität von Tarifverträgen beklagen, die müssen dann in die Tariflandschaft rein, um das zu verändern, die dürfen nicht in die OT-Bereiche reingehen und sagen, ich habe da nichts mit zu tun. Dann stehen sie am Rande des Spielfeldes und werden nicht mehr mitspielen.

Und zu dem Punkt „Kröte bleibt Kröte“ vielleicht noch eine Anmerkung, Herr Kollege Wildt: Jedes Märchen, das wissen Sie vielleicht auch, hat einen wahren Kern.

(Heiterkeit bei Bernhard Wildt, CDU)

Und der wahre Kern besteht unter anderem darin, dass man Umstände, die man gegeben vorfindet, ändern kann.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es!)

Und genau das ist der Punkt. Wir können uns nicht hinstellen und sagen, wir nehmen alles als gegeben hin, die Kröte bleibt eine Kröte. Von mir aus küssen wir sie auch, Hauptsache, es wird für die Beschäftigten in diesem Land hinterher besser.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und einen, einen letzten Satz noch, Herr Kollege Foerster: Dass das Beispiel von Ihnen kommt mit den Reinigungskräften bei den Büros der Landesregierung, Gott, ich hätte es an Ihrer Stelle auch getan. Aber jetzt möchte ich mal auf der anderen Seite vielleicht die Kollegin Rösler später im Finanzausschuss erleben, wenn es irgendwann darum geht, wenn der Landesrechnungshof das kritisiert, dass auf der einen Seite soundso viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung ins Homeoffice geschickt worden sind, die Büros nicht genutzt worden sind, und dann nicht darüber nachgedacht wird, ob die Reinigungskapazität an der Stelle reduziert wird. Da muss man doch mal ganz ehrlich sein, das ist das, dass ein Finanzminister darüber nachdenkt, das würde auch – nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich

das so deutlich sage –, das würde auch ein Finanzminister tun,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee, in der Zeit macht man Grundreinigung!)

der von der Fraktion DIE LINKE gestellt wird, das ist wohl gar nicht mehr die Frage.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und einen letzten Satz, einen letzten Satz gestatten Sie mir an der Stelle noch. Und das ist im Grunde für mich die Kernintention der Debatte: Wir müssen drei Dinge miteinander verbinden und, ich glaube, da sind wir gar nicht so weit, selbst die Kollegen von der CDU gar nicht so weit weg. Natürlich sind wir in einem System der Marktwirtschaft, das will keiner von uns ändern. Aber wir müssen die soziale Komponente dieser Marktwirtschaft stärken und aufrechterhalten und wir müssen die ökologischen Rahmenbedingungen, die sich da bieten, nutzen, dann haben wir tatsächlich in diesem Land Erfolg, und zwar nicht Erfolg für uns, sondern für die Menschen in diesem Land, die arbeiten und von ihrer Arbeit leben wollen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte!

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion der CDU Herr Caffier.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Eine Aktuelle Stunde soll aktuelle Themen aufgreifen beziehungsweise blickt nach vorne. Mit meiner letzten Rede hier im Haus möchte ich natürlich ein Stück Rückblick halten. Ich gehöre dem Haus 30 Jahre an. Die Wahrnehmung mancher Politikfelder ist sicherlich eine andere als die von jüngeren Kolleginnen und Kollegen in der heutigen Zeit, aber das ist ein Stück weit selbstverständlich. Zukunftssicher, liebe Kolleginnen und Kollegen, lässt sich Politik aber nur gestalten, wenn man auch zurückblickt, wenn man auch guckt, was ist nicht gut gelaufen, was muss man möglicherweise verändern.

Als ich 1990 in den Landtag einzog, gab es in dem Land eine Arbeitslosenquote, die sich gar nicht so sehr von der heutigen unterschied. Ja, wir hatten 1990 eine hohe Beschäftigtenzahl, aber es gab eben eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit. Die strukturellen Folgen des real existierenden Sozialismus haben wir spätestens mit der hohen Arbeitslosenquote Anfang der 2000er-Jahre gesehen. Glücklicherweise sind diese Schreckenszahlen Vergangenheit. Die Beschäftigung steigt kontinuierlich und mit ihr auch das reale Einkommen.

Das alles war aber erst in der sozialen Marktwirtschaft möglich, die Freiheit, Eigenverantwortung, aber auch soziale Sicherheit garantiert. Doch ohne die Bereitschaft der Menschen hier im Land, hier im Osten, sich diesen Veränderungen zu stellen, den Wandel mitzugestalten, wäre der heutige Erfolg, den wir im Land erreicht haben, zu keinem Zeitpunkt möglich gewesen. Viele Errungenschaften, mit denen sich Politik gerne schmückt, sind

vielmehr das Verdienst der Frauen und Männer in diesem Land, die angepackt haben, statt rumzuklagen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Egbert Liskow, CDU: So ist es.)

die Neustrukturierung der Landwirtschaft, der Fischerei, die Neustrukturierung der Schule und des Hochschulwesens, das Tourismusland Nummer eins, Umbau der kommunalen Verwaltung, wirtschaftlicher Aufschwung und Rekordsteuereinnahmen und, und, und, vieles mehr. Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land haben Großartiges geleistet dafür, dass sich unser Land so positiv entwickeln konnte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Natürlich will ich dabei auch nicht die Verdienste dieses Parlaments und der verschiedenen Landesregierungen verschweigen. Die Infrastruktur wurde umfassend ausgebaut, auch wenn wir uns in dem einen oder anderen Bereich möglicherweise mehr Tempo wünschen. Milliarden Euro wurden in die Wirtschaftsförderung gesteckt, Polizei und kommunale Ebene wurden für die Zukunft umstrukturiert.

Und natürlich haben wir auch eine Vielzahl von schwierigen Zeiten, von Krisen durchzustehen gehabt: Werttenkrise, Finanzkrise, Flüchtlingslager, Hochwasserlage, Waldbrände, Corona-Pandemie, Rostock-Lichtenhagen und, und, und. Ich war bei den Ereignissen mehr oder weniger dabei, habe sie als Abgeordneter und in Regierungsverantwortung miterlebt, in Regierung und in Opposition. Ich habe erlebt, in welch rasantem Tempo sich unser Land entwickelt hat. Wer will, kann sich heute zehn Telefonanschlüsse in seine Wohnung legen lassen. 1990 war das noch anders. Von Hamburg nach Schwerin wurde quasi für jede Fraktion eine Standleitung gelegt, damit wir damals in die Bundeshauptstadt Bonn telefonieren konnten, weil das mit den damaligen Telefonleitungen nicht möglich war.

Als Parlamentarischer Geschäftsführer hatte ich schon ein Mobiltelefon zur damaligen Zeit. Es hatte das Volumen eines Brotlaibes

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

und eine Steckdose musste in der Nähe sein, weil nach 30 Minuten war der Akku leer. Immerhin! Und wenn man Schwerin verlassen hat, war der Mobilempfang sowieso zu Ende. Immerhin, die Akkuleistung hat sich verbessert, die Mobile sind kleiner geworden, das Funkloch, wenn man Schwerin verlässt, ist immer noch geblieben.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Lieber Christian, es gibt noch viel zu tun an der Stelle!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Unvergessen sind die ewigen Papierberge, die zwischen den Behörden hin und her geschoben wurden. Damals wurde überall diktiert, es wurden unzählige Schreibmaschinen verschlissen, kilometerweise Aktenordner angelegt. Heute gibt es E-Mail, Autokorrektur, Videoschalten

und, und, und. Es ist ein Arbeiten mit einer viel höheren Taktzahl und natürlich damit auch mit einer viel höheren Zahl von Problembearbeitung, der sich alle stellen müssen.

Und dann werden sich die Älteren aus Vorpommern erinnern, dass der Trip in die Landeshauptstadt früher eine halbe Weltreise war. Von Rügen nach Westmecklenburg zu fahren, da saß man nicht selten einen halben Tag im Auto. Und dank unzähliger Schlaglöcher war man dann auch noch reif für die Physiotherapie.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Dank A 20 und A 14 sind es nun in aller Regel zwei bis drei Stunden, und bequemer ist es allemal geworden.

Ich möchte Sie aber nicht mit Anekdoten langweilen, sondern zum Abschluss Sie als Mitglieder des Landtages in die Pflicht nehmen. Wichtig für zukunftsorientierte Politik in Mecklenburg-Vorpommern wird sein, dass das, was wir hier im Parlament Anfang der 90er-Jahre gelebt haben, eine bunte Mischung aus allen Berufsgruppen und Praxisnähe und fachliche Expertise, weitergelebt wird. Mich beschleicht manchmal das Gefühl, dass der Landtag theoretischer oder zu theoretisch geworden ist. Ich betrachte das mit Sorge. Überall werden Arbeitsgruppen gebildet, Konzepte geschrieben, neue Aufgaben erfunden. Natürlich kann das helfen, um herausstehende Anforderungen zu bewältigen. Mein Eindruck ist aber oftmals, dass man sich dann mit Dingen beschäftigt, die nicht die Menschen im Lande bewegen. Das können wir uns in den Zeiten,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

das können wir uns in diesen Zeiten aber nicht leisten. Grundsatzdiskussionen über die Sprache, über Sternchen in der Sprache sind mir beispielsweise zu theoretisch. Mecklenburg-Vorpommern geht doch praktisch voran. Die Bundeskanzlerin hat ihren Wahlkreis in unserem Land, wir haben eine Ministerpräsidentin, Frauen spielen in der Politik, in Polizei und Verwaltung und Kommunen eine große Rolle, und das alles eben auch ohne Sternchen. Und wer,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Horst Förster, AfD)

und wer E-Mobilität erreichen will, muss sich nicht um gut verdienende Großstadtkinder sorgen, sondern Lösungen für die vielen Menschen auf dem Land entwickeln, die sich 40.000 Euro für eine neue elektrische Familienkutsche eben nicht leisten können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der
CDU, AfD und Andreas Butzki, SPD)

Das sind unsere Aufgaben, die uns bewegen. Politik muss nah am Menschen sein, egal, wie kompliziert das Thema ist. Wir müssen erläutern, erklären und überzeugen. Und das macht man nicht mit PowerPoint in dunklen Zimmern, sondern im Gespräch mit den Nachbarn. Wir dürfen uns nicht in Debatten verlieren, die hier im Landtag von Funktionären mit großem Tamtam geführt werden, für die aber schon die eigene Parteibasis heute gar kein Verständnis mehr hat,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD)

weil die Sorgen und Nöte der Menschen eben andere sind.

Und verflucht noch mal, wir sollten aufhören, unseren Mitbewerbern Ehre, Anstand und Charakter abzusprechen, nur, weil sie eine andere politische Auffassung haben, ausgenommen natürlich extremistische Ansichten! Ich gehe mal vom Guten im Menschen aus. Wir wollen alle nur das Beste für unsere Leute im Land, und darum sollten wir kritisch, offen, gerne auch pointiert, aber vor allem stets konstruktiv um den richtigen Weg ringen.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern wird maßgeblich davon abhängen, dass wir Politikerinnen und Politiker mehr Vertrauen in unsere Bürgerinnen und Bürger haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Wir brauchen keine Überregulierung. Wir brauchen keine Berliner Diskussion über die Mündigkeit der Wähler im Osten. Wir brauchen keine Anbiederung an andere Länder und wir brauchen keine Fremdbestimmung über unsere Köpfe hinweg.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und AfD)

Landespolitik schafft den Rahmen, nicht weniger und eben auch nicht mehr. Das gilt auch für die Aktuelle Stunde, was den Rahmen betrifft.

Ich danke den Menschen im Land für die 30 Jahre, den Mitarbeitern und Ihnen einen herzlichen Dank!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE –
Die Anwesenden erheben sich
von ihren Plätzen.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen herzlichen Dank an Lorenz Caffier!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich es nicht versäumen, unserem heutigen Geburtstagskind ganz herzlich zu seinem runden Geburtstag zu gratulieren. Lieber Daniel Peters, herzlichen Glückwunsch zu deinem 40. Geburtstag!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 49:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Bericht und Empfehlungen des MV Zukunftsrates, Drucksache 7/6084.

**Unterrichtung durch die Landesregierung
Bericht und Empfehlungen
des MV Zukunftsrates
– Drucksache 7/6084 –**

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben auf der Besuchertribüne Mitglieder und Gäste des MV Zukunftsrates

Platz genommen, die ich an dieser Stelle recht herzlich begrüßen möchte. Schön, dass Sie heute hier sind!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Gemäß Paragraph 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 58 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Ministerpräsidentin Frau Schwesig.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die Rede von Lorenz Caffier, weil er noch mal deutlich gemacht hat, was Mecklenburg-Vorpommern erreicht hat, was vor allem durch die Bürgerinnen und Bürger erreicht worden ist, und dass es Aufgabe der Politik ist, letztendlich die Rahmenbedingungen zu setzen für gute wirtschaftliche Entwicklung, für gute Arbeitsplätze, für soziale Gerechtigkeit, aber auch für ökologische Verantwortung.

Und deshalb, lieber Lorenz, haben wir gemeinsam in der Landesregierung entschieden, dass wir nicht nur als Landesregierung gute Rahmenbedingungen setzen wollen, sondern dass wir vor allem, so, wie du es eben angesprochen hast, mit Bürgerinnen und Bürgern direkt sprechen wollen über die Zukunft des Landes. Und deshalb sind wir auch einen neuen Weg gegangen. Wir haben gute Formate in unserem Land – die gemeinsamen Beratungen mit Verbänden zu ganz verschiedenen Themen, Sie als Parlament, wir als Regierung. Aber uns war es wichtig, wenn es um die Zukunft des Landes geht – dazu gehört das, was Lorenz Caffier hier gesagt hat –, dass man rückschaut und schaut, was ist uns gelungen und wo sind noch die Baustellen, aber dass man vor allem darüber nachdenkt, wie müssen wir unser Land aufstellen für die Zukunft, denn das ist das, was die Menschen bewegt, wie geht es in Zukunft weiter, und dass wir das eben nicht alleine im kleinen Kämmerchen beraten oder in den üblichen Runden, die wir haben, sondern dass wir die Bürgerinnen und Bürger direkt fragen.

Und daraus ist die Idee entstanden, einen Zukunftsrat zu bilden mit 49 Frauen und Männern, die sozusagen direkt von der Basis kommen, Unternehmerinnen und Unternehmer, Leute, die sich im Umweltbereich engagieren, im sozialen Bereich, ganz verschiedene Facetten. Und deshalb möchte ich auch Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, danken, den Fraktionen von SPD, CDU und Linksfraktion, die uns auch Empfehlungen für die Besetzung des Zukunftsrates gegeben haben. Und am Ende durften wir einen Zukunftsrat einberufen unter Leitung von Professor Vöpel und Frau Dr. Tanneberger und eben weiteren Bürgerinnen und Bürgern hier aus unserem Land, aber auch außerhalb unseres Landes. Uns war beides wichtig, die Expertise aus unserem Land, aber auch mal der Blick von außen auf unser Land.

Und ich möchte mich als Allererstes bei diesen 49 Frauen und Männern des Zukunftsrates bedanken, die vollständig ehrenamtlich in der Corona-Pandemie in nur ein paar Monaten ein Konzept entworfen haben, Vorschläge entworfen haben für die Zukunft unseres Landes, die wir hier beraten können, heute im Parlament, und die natür-

lich für uns wertvolle Impulse sind für die weitere Arbeit. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und geplant waren viele Bürgerveranstaltungen, die wegen Corona nicht stattfinden konnten. Aber der Zukunftsrat hat das gemacht, was sozusagen alle dann auch in der Pandemie gemacht haben: Wir haben vor allem auf digitale Zusammenarbeit gesetzt, auf digitale Gesprächsrunden, auch mit Verbänden, mit dem Parlament, aber vor allem auf eine Onlinebürgerbeteiligung. Und ich will mich auch bei den Bürgerinnen und Bürgern, die an dieser Bürgerbeteiligung teilgenommen haben, herzlich bedanken.

Und zu unserer Überraschung, in der Hochphase der Corona-Pandemie ging es in dieser Beteiligung kaum um Corona, sondern man hat gespürt, dass die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass wir uns eben nicht allein nur mit Corona beschäftigen, sondern mit den großen Zukunftsfeldern für unser Land, wie geht es wirtschaftlich weiter, wie geht es weiter am Arbeitsmarkt, wo können wir soziale Gerechtigkeit verbessern, und vor allem, wie sieht es aus mit der ökologischen Verantwortung, mit der Nachhaltigkeit, mit dem Schutz von Natur, Umwelt und dem, was unsere Heimat so besonders macht.

Und diese Sitzung wird per Livestream durch den Landtag übertragen und Bürgerinnen und Bürger können auf unserer Plattform „mv2030.mitdenken.online“ die Debatte kommentieren und die Ergebnisse des Zukunftsrates diskutieren. Vielen Dank den Mitgliedern, aber auch den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich daran beteiligen!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Die „Zukunft beginnt genau jetzt! ... Mecklenburg-Vorpommern (kann) ein echtes Zukunftsland sein ...“, in dem die Welt von morgen gedacht, entwickelt und miteinander gelebt wird.“ Das sind Sätze aus dem Abschlussbericht des MV Zukunftsrates. Kreative, selbstbewusste und konkrete Ergebnisse haben wir uns erhofft, so, wie es Lorenz Caffier eben geschildert hat, Dinge, die praktisch funktionieren in unserem Land, die bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Und genau solche Ergebnisse sind entstanden.

Manche Vorschläge des Zukunftsrates unterstreichen, wie wichtig es ist, bestehende Errungenschaften zu bewahren. Und an anderen Stellen hat der Zukunftsrat spannende neue Ideen entwickelt. Und genau darum muss es gehen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Über die Zukunft zu diskutieren, zu beraten und auch neue Weichen zu stellen, daraus muss man keine Angstdebatte führen. Es geht nicht darum, über die Köpfe der Menschen hinweg etwas zu entwickeln, aber Zukunft muss gedacht werden. Wir dürfen, wir als politische Verantwortliche dürfen nicht im Heute stehenbleiben, sondern müssen nach vorne denken. Und deshalb ist das nichts, was auch Menschen Angst machen muss, wenn gleichzeitig das – und das hat der Zukunftsrat getan –, was den Bürgern so wichtig ist, was wichtig ist zu erhalten, auch eine Rolle spielt.

Und viele dieser Vorschläge sind Aufträge natürlich an die nächste Regierung des Landes und sicherlich auch

noch an die übernächste, denn darum ging es: M-V 2030 denken. Man kann nicht nur immer in vier oder fünf Jahren denken. Die großen Themen gehen weit über die Legislatur hinaus, und deshalb ist es richtig, dass wir sie weiterdenken und weiterdiskutieren. Sie werden die politische Debatte bereichern.

Und die Grundlinien, die der Zukunftsrat beschreibt, sind die großen Linien, die wir auch in der Zukunft brauchen: ökologische Verträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Und das Spannende ist, dass der Zukunftsrat – und das unterstütze ich aus voller Überzeugung – aus diesen Dingen keine Gegensätze macht, so, wie es gerne debattiert wird, sondern dass sie zusammen gedacht werden müssen. Die Zukunft unseres Landes liegt darin, dass wir starke Wirtschaft, gute Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammen denken und zusammen leben. Davor muss niemand Angst haben, das sind große Chancen und Perspektiven.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und der Zukunftsrat sagt auch, wir können sie miteinander in Einklang bringen, diese drei Themen. Unsere Generation ist die erste, die die drastischen Folgen der Klimakrise schon jetzt zu spüren bekommt. Und wir sind diejenigen, die darüber entscheiden, wie es mit dem Leben auf der Erde und damit auch bei uns ganz konkret in Mecklenburg-Vorpommern, in unseren Städten und Dörfern weitergeht.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Eine große Verantwortung! Und der Zukunftsrat macht uns eben keine Angst und keine Nörgelei, sondern er macht Mut. Wir können uns dieser Verantwortung mit Zuversicht stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, viele Veränderungen brauchen Zeit, sie müssen beraten, geplant, finanziert werden, und sie brauchen Zeit, um zu wirken. Aber wir haben auch die erste Botschaft des Zukunftsrats verstanden und uns sofort zu Herzen genommen: Was lange dauert, muss eben jetzt begonnen werden. Wir haben uns deshalb im Kabinett gefragt, wo können wir jetzt schon anfangen, vor den nächsten Wahlen und vor den nächsten Haushaltsberatungen. Ein Feld sind wir selbst, die Landesverwaltung. Unser Ziel ist es, bis 2030 als Landesverwaltung klimaneutral zu werden.

Der erste Schritt war, erst einmal festzustellen, wie viel CO₂ die Landesverwaltung überhaupt verursacht und welche Bereiche dafür maßgeblich sind. Wir haben deshalb eine erste CO₂-Bilanz der Landesverwaltung erstellt und fertiggestellt. Heizung, Arbeitswege und Fahrzeuge sind zusammen für mehr als 60 Prozent des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Da müssen und wollen wir mit Veränderungen ansetzen. Wir haben mit dem Homeoffice, mit Telefon- und Videokonferenzen im vergangenen Jahr bereits gute Erfahrungen gemacht. Das wollen wir weiter ausbauen. So können Arbeitswege und auch Heizkosten eingespart werden. Wir arbeiten an Angeboten für klimaneutrale Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zum Beispiel durch Job-Tickets, aber natürlich ist auch ein Schwerpunkt die Umstellung des landeseigenen Fuhrparks auf E- beziehungsweise Hybridautos. Und beim Heizen unserer Gebäude setzen wir auf eine weitere Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien.

Das zweite Thema, das wir sofort angegangen sind und weiter verstärken wollen, ist sauberer Wasserstoff. Ich habe bereits in der Aktuellen Stunde über die Perspektiven gesprochen. Und der Zukunftsrat hat uns hier zwei Leitlinien mit auf den Weg gegeben. Zum einen ist das Ziel, Wasserstoff wirtschaftlich zu produzieren. Und wir brauchen einen Ansprechpartner im Bereich der Landesregierung, der alle Anliegen rund um Wasserstoff bündelt und vorantreibt. Das werden wir in Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Energieministerium noch in dieser Legislaturperiode umsetzen. Und wir werden eine Wasserstofftransferstelle einrichten, so, wie es der Zukunftsrat empfiehlt, eine Kompetenzstelle, die Know-how bündelt und Synergien schafft, die Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung vernetzt, um die großen Zukunftschancen optimal zu nutzen, die uns die Wasserstoffproduktion für unser Land bietet.

Und ich habe es eben in der Aktuellen Stunde ansprechen dürfen, dass es diese Chance ist für unser Land, für ganz Ostdeutschland, eben auch Industrien wieder anzusiedeln, weil die Wirtschaft längst danach fragt, wie kann ich zukünftig sauber produzieren, wie kann ich klimaneutral produzieren, wo kann ich das. Da haben wir beste Voraussetzungen.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, das sind wichtige Impulse aus dem Zukunftsrat, aber das sind auch gleichzeitig genau die Themen, die wir mit den Sozialpartnern längst beraten im Zukunftsbündnis. Ich habe die Ministerpräsidentenkonferenz der norddeutschen Ministerpräsidenten gemeinsam mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften angesprochen. Also wer in den Debatten immer so tut, als ob das irgendwie eine Idee ist, die aus der Politik kommt, das ist längst eine Idee, die von den Sozialpartnern, von den handelnden Personen kommt und die wir eben über gute Rahmenbedingungen unterstützen müssen.

Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, eine Industriepolitik, die klimaneutrale Industrie fördert, ist ein Paradebeispiel, wie Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung zusammengehen. Industrie für Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg, klimaneutrale Industrie für den Schutz unserer Lebensgrundlagen und eben gute Jobs für höhere Löhne, und das auf der Grundlage dessen, was wir in Mecklenburg-Vorpommern bereits haben: erneuerbare Energien. Wir sind das Bundesland, was schon längst sich vollständig mit erneuerbaren Energien versorgen kann, im Übrigen rein rechnerisch höher, als unser eigener Bedarf ist. Und das macht uns damit zu einem idealen Standort für das Thema Wasserstofftechnologie. Und ich bin sehr froh, dass wir in der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin darüber gesprochen haben, dass auch der Netzausbau in Deutschland beschleunigt werden muss und dass die ostdeutschen MPs sich eben für einen eigenen Wasserstoffstrang in Ostdeutschland einsetzen.

Ich habe deshalb mehrmals die Wasserstofffabrik APEX in Rostock-Laage besucht, und mich freut, dass APEX zusammen mit seinen Partnern eines der Projekte auf den Weg bringt, die im Rahmen des gemeinsamen europäischen Wasserstoffprojekts vom Bund gefördert werden. Im Land wollen wir eine wirtschaftsnahe Forschungsfabrik Wasserstoff M-V aufbauen. Dabei arbeiten wir mit dem Hafen Rostock ebenso zusammen wie mit dem Düngemittelhersteller Yara in Poppendorf, der sein

Ammoniak mithilfe von Wasserstoff sauberer und nachhaltiger herstellen will.

Meine Damen und Herren, Wasserstoff ist nur ein Baustein unserer Ideen für die Zukunft der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben die besten Voraussetzungen für erneuerbare Energien, wir haben eine gute Infrastruktur in Straßen und Häfen und wir haben uns in den vergangenen Jahren wirtschaftlich gut entwickelt. Und auf dieser Basis wollen und müssen wir weiter wachsen – leistungsfähig, nachhaltig und sozial zugleich. Und daran arbeiten wir eben gemeinsam mit den Sozialpartnern in der sozialen Marktwirtschaft, nämlich mit den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften im Zukunftsbündnis in Mecklenburg-Vorpommern.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir uns fragen, was hat unser Land, was andere nicht haben, dann ist es eine Antwort: die Weite. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Bundesland mit der geringsten Bevölkerungsdichte in Deutschland. Das hat Chancen, das hat Herausforderungen. Wir können Fläche anbieten, zum Beispiel für Unternehmen. Bis vor Kurzem waren bei Unternehmensansiedlungen die drei F entscheidend: Fläche, Förderung, Fachkräfte. Heute fragen Unternehmen nach hundert Prozent Versorgung mit erneuerbaren Energien für ihren neuen Standort. Auch kreative Selbstständige, vor allem aus den Metropolen, entdecken die Ruhe und Weite.

Aber Weite und Fläche sind weniger wert, wenn sie abgelegen und wenig angebunden sind. Das wussten wir, wenn es um die Straßen geht. Deshalb war es auch richtig, zum Beispiel die A 14, A 20 zu bauen. Lorenz Caffier hat es geschildert. Aber angebunden heißt heutzutage auch, digital angebunden. Weite braucht WLAN, Weite braucht 5G an jeder Milchkanne. Der Zukunftsrat sagt deshalb, Digitalisierung ist eine Chance für unser Flächenland Mecklenburg-Vorpommern. Die Voraussetzung dafür ist eine gute Breitbandversorgung im ganzen Land. Und damit sind wir vor große Herausforderungen gestellt. Wir kommen gut voran, aber unser Ziel muss eine hundertprozentige Versorgung sein. Mit unseren Investitionen und unserer Landesstrategie haben wir die Versorgung mit schnellem Breitband auf etwa drei Viertel des Landes erweitert, und wenn alle derzeit laufenden Förderprojekte abgeschlossen sind, werden es 90 Prozent sein.

Und ich bin sehr froh über die Initiative auch hier aus dem Landtag heraus, dass wir Funkmasten für den Handyempfang errichten mit einer eigenen Landesgesellschaft, denn wir haben Erfahrungen aus dem Breitbandausbau, dass, wenn wir auch auf die Ausschreibungen der kommunalen Ebene angewiesen sind, es sehr unterschiedlich läuft, bei dem einen schneller, bei dem anderen dauert es. Und deshalb ist es, glaube ich, gut, dass man beim Mobilfunk jetzt mit einer Landesgesellschaft vorangeht, und wir werden dort Funkmasten errichten, wo es eben kommerzielle Anbieter nicht tun, und das ist ja oft dort, wo wir eben weniger Besiedlung haben.

Digitalisierung betrifft alle Bereiche unserer Wirtschaft und unseres Alltags. Zwei Beispiele für die Vielfalt und Kreativität in M-V:

Das Land unterstützt sechs Innovativzentren für Gründerinnen und Gründer, vor allem die, die auf Digitalisierung setzen. Es gibt aber auch eine Initiative „Smart Doerp“,

die auf dem Land in alten Gutshäusern Räume für kreative vernetzte Zusammenarbeit einrichtet.

Oder ein Beispiel aus der Gesundheitswirtschaft: Die Universitätsmedizin Greifswald und das Kreis Krankenhaus Wolgast tragen gemeinsam ein telemedizinisches Kompetenznetzwerk Pädiatrie, in dem kinder- und jugendärztliche Möglichkeiten und Wissen in der Region gebündelt werden. Die Digitalisierung soll nicht den Arzt oder den Pfleger, die Ärztin oder die Krankenschwester ersetzen, aber die Digitalisierung ermöglicht, hoch spezialisiertes Fachwissen, was in M-V oder in Deutschland vorhanden ist, zu nutzen und dieses Wissen in jedes Dorf, in jede Stadt zu holen. Das ist die Idee von Telemedizin.

Und, meine Damen und Herren, wir haben Weite und immer besseres WLAN, wir haben Wind für erneuerbare Energien, wir produzieren Wasserstoff für eine nachhaltige Wirtschaft. Was haben wir noch? Wir haben Wasser, rund 2.000 Kilometer Küstenlinie und etwa 2.200 Seen. Aber wir haben in den letzten drei trockenen Jahren gemerkt, dass unser Wasser nicht selbstverständlich ist. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn die Kinder zu Hause mal so Wasser laufen lassen, dann zuckt man zusammen, weil man weiß, dass es eigentlich nicht selbstverständlich ist, dass sauberes Wasser, das in der Regel sogar Trinkwasser ist, aus unseren Leitungen kommt.

(Dietmar Eifler, CDU: Ein Lebensmittel.)

Aber deshalb ist es wichtig, dass wir uns um das Thema Wasser stärker kümmern. Die Bauern leiden unter der Dürre, die Wälder geraten schneller in Brand, der Klimawandel verstärkt diese Entwicklung. Wir haben das bei uns im Land schmerzvoll erlebt. Wenn wir also das Land des Wassers bleiben wollen, müssen wir uns besser um das Wasser kümmern. Der Zukunftsrat hat eine sehr gute Nachricht für unser Land, ich zitiere: „Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, zeitnah und ohne massive wirtschaftliche und soziale Einschnitte Klimaneutralität zu erreichen.“ Zitatende.

Und dabei spielt Wasser eine Schlüsselrolle. Wenn wir den Mooren wieder die Chance geben, Wasser zu speichern, bleibt das Wasser länger in der Landschaft und fließt nicht so schnell ab. Gleichzeitig speichern Moore CO₂. Und der Zukunftsrat empfiehlt uns nasse Moore und dichte Wälder, um den CO₂-Ausstoß der Industrie, der Haushalte und des Verkehrs natürlich auszugleichen.

Diese Empfehlungen knüpfen an das an, was wir schon tun. Die Initiative „Unser Wald in M-V“ ist seit Oktober mit 20 Millionen Euro auf dem Weg. Seit 2007 gibt es Waldaktien, seit 2011 die MoorFutures, mit denen sich Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen am Wiederaufbau von Wäldern und Mooren beteiligen können. Und darüber müssen wir auch in den nächsten Jahren beraten, wie wir unser Trinkwasser besser schützen und verwenden können.

Meine Damen und Herren, für den sozialen Zusammenhalt müssen wir nach Corona noch mehr darauf achten, dass niemand abgehängt wird, nicht die Menschen, die Sorgen um ihre Arbeitsplätze haben, aber vor allem nicht die Kinder und Jugendlichen, deren Bildung, deren Freizeit, deren Beteiligung unter den Corona-Einschränkungen besonders gelitten haben. Vieles, was Jugendliche gerne

tun – ausgehen, feiern, sich treffen –, war lange nicht möglich, weil wir diejenigen schützen mussten, für die Corona besonders gefährlich ist, vor allem die Älteren und die Kranken. Und die Kinder und die Jugend haben das mitgetragen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Aufgezwungen.)

Ich habe mich schon in der Regierungserklärung für diese Solidarität der jungen Generation bedankt, aber es ist jetzt unsere Verantwortung als ganze Gesellschaft, gerade dieser Generation wieder etwas zurückzugeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deshalb tun wir gut daran, die Kinder und Jugendlichen selbst zu fragen, was sie von der Zukunft erwarten. Und wenn Kinder mich am Kindertag regelmäßig in der Staatskanzlei besuchen und ich sie frage, was sie sich am meisten wünschen, dann ist es nie ein Wunsch, der sie selbst betrifft. Man stellt fest, Kinder und Jugendliche stellen oft keine Maximalforderungen für sich selbst, sie denken oft erst an andere, an Kinder, denen es schlechter geht, die arm sind, was mit dem Wald ist, was mit dem Müll in den Weltmeeren ist. Davon können wir Erwachsenen viel lernen. Und so bin ich ganz beim Zukunftsrat, der eine Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung empfiehlt. Kindern und Jugendlichen gehört die Zukunft, und ihnen die besten Chancen für ein gutes Leben mitzugeben, ist unsere Pflicht, aber sie vor allem zu beteiligen.

Und wir leben in einem Fachkräftejahrzehnt, qualifizierte Arbeitskräfte sind knapp und werden mit dem Wandel, dem demografischen Wandel noch begehrter. Bessere Bildung bringt wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit zusammen, denn je besser jemand ausgebildet ist, desto besser sind die Chancen, später im Beruf Erfolg zu haben und gut zu verdienen. Deshalb wollen wir mitten in der Corona-Pandemie schon die Weichen für die Bildung in der Zukunft stellen, mit dem Bildungspakt für Gute Schule 2030. Messlatte ist die Lehrbedarfsprognose für die Jahre 21 bis 35. Wir müssen in den nächsten fünf Jahren pro Jahr zwischen 600 und 800 Lehrerinnen und Lehrer einstellen, und das können wir schaffen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Da bin ich gespannt, Frau Ministerpräsidentin!)

2020 gab es 877 Neueinstellungen, so viele wie noch nie in der Geschichte unseres Landes. Wir haben einen besonderen Bedarf bei Grundschullehrerinnen und -lehrern, deshalb bin ich Ihnen dankbar, dass Sie unseren Vorschlag unterstützt haben, hier auf eine bessere Bezahlung als Anreiz zu setzen. Und gemeinsam mit den Lehrerverbänden und den Gewerkschaften werden wir daran arbeiten, dass wir dieses Tempo halten und ausbauen. Und gleichzeitig verbessern wir auch mit dem Schulbauprogramm des Landes die äußeren Lernbedingungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Wasser und Weite in M-V, wir entwickeln die Wasserstofftechnologie für unsere Wirtschaft, wir investieren in WLAN und Wissen. Aber das Allerwichtigste, was wir haben, sind die Menschen in unserem Land.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Es ist deshalb gut, dass der Zukunftsrat auf Selbstbestimmung und Eigeninitiative verweist, denn unsere Zukunft, das sind wir. Und was wir daraus machen, kann und will der Staat ermöglichen und unterstützen, aber wir können es nicht alleine umsetzen. Unsere Zukunft beginnt, wenn jemand sich mit einem Handwerksbetrieb selbstständig macht oder mit einem Start-up im Internet. Unsere Zukunft beginnt, wenn unsere bodenständigen Menschen in M-V, wie es der Zukunftsrat schön beschreibt, „gärtnern, imkern, jagen, angeln, Holz machen“ und „Tiere halten“, Verbindungen zur Natur haben. Unsere Zukunft beginnt, wenn ein paar Menschen ihre Instrumente nehmen und zusammen musizieren. Zum Glück ist Kultur endlich wieder möglich. Und unsere Zukunft ist, wenn Jung und Alt, Klein und Groß in Sportvereinen oder in der freiwilligen Feuerwehr zusammenhalten oder wenn sich junge Leute in die Gemeindevertretung wählen lassen.

Wir sind Mecklenburg-Vorpommern. Wir machen die Zukunft, jede und jeder für sich, aber vor allem gemeinsam, jeden Tag. Und deshalb herzlichen Dank für die Anregungen des Zukunftsrates, die wir gerne aufgreifen, wie wir unsere Zukunft besser gestalten können! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin!

Die Ministerpräsidentin hat die angemeldete Redezeit um drei Minuten überschritten.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Herrn Lerche.

(Andreas Butzki, SPD:
Die Allzweckwaffe aus Stralsund! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Er ist
doch eher für das Erbe zuständig
als für die Zukunft, oder was?! –
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Dirk Lerche, AfD: Werte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! Auch meine Fraktion möchte sich bei den Mitgliedern des Zukunftsrates mit Frau Dr. Tanneberger und Herrn Professor Vöpel an der Spitze für ihre Arbeit bedanken.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich persönlich war ja an einer Sitzung beteiligt und konnte in einem Statement Gedanken zur Zukunftsentwicklung unseres Landes äußern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Echt?!)

Herausgekommen ist ein Werk „MV – Unsere Zukunft ist jetzt! Für ein nachhaltiges, digitales und gemeinwohlorientiertes Mecklenburg-Vorpommern.“ Und diese Überschrift – nachhaltig, digital und gemeinwohlorientiert –, auch da finden wir, die AfD-Fraktion, uns voll wieder. Das wollen wir auch für die Zukunft.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Und kommen wir jetzt zu den Details, die dann letztendlich entwickelt worden sind. Aus dieser Zukunftsempfehlung kann sich jetzt jede Fraktion Ideen für ihre politische

Arbeit für die Zukunft des Landes entnehmen. Und auch da wird es dann unterschiedliche Sichtweisen geben. Und ich bin dort ganz bei Herrn Caffier, der hier in seiner Rede auch erwähnt hat, dass wir in Zirkeln nicht irgendwelche Ideen entwickeln sollten, die an der Wirklichkeit der Menschen irgendwo weit weg vorbeigehen.

(Thomas Krüger, SPD:
Was heißt denn das?)

Und deswegen ...

Das kann auch jeder wieder für sich interpretieren, Herr Krüger.

(Thomas Krüger, SPD: Ja, das ist doch genau das Problem. Sagen Sie doch mal, wann!)

Wir werden uns jedenfalls dieser Sprache, die in diesem Werk jetzt veröffentlicht wurde, werden wir uns oft nicht annehmen. Wir werden uns dieses „innen“, was wir eigentlich gar nicht brauchen, das werden wir uns nicht aus diesem Werk entnehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Das ist auch nicht der Kern!)

Und wir werden auch die vielen Anglizismen, die da drin vorkommen, nicht so verwenden.

(Thomas Krüger, SPD: Aber darum geht es doch hier gar nicht!)

Doch! Wenn man einen Prospekt veröffentlicht ...

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Sprache beeinflusst Denken! –
Dr. Ralph Weber, AfD: Das beurteilt jeder für sich, worum es hier geht.)

Genau.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wir werden auch keine Diversitätsstrategie für den öffentlichen Dienst unterstützen mit Einführung von Quoten, für wen auch immer.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir stehen für Leistung, und der Beste und Leistungsfähigste, der soll an der Spitze stehen.

(Beifall Christel Weißig, fraktionslos: Genau.)

Und ob das jetzt eine Frau, ein Mann oder ein Diverser ist, das ist mir ganz egal.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Wir werden auch ein Jugendmitwirkungsgesetz nicht unterstützen, weil da ja das Wahlalter mit 16 Jahren gefordert ist und das Wahlrecht für Menschen mit Aufenthaltsrecht nach drei Jahren geregelt werden soll. Wir orientieren uns an Punkten wie Abbau bürokratischer Hürden für Ehrenamtsengagement, Stärkung des Sports, hauptsächlich Stärkung des ländlichen Raumes und,

damit das alles funktioniert, Entwicklung und Stärkung von Industrie und Innovationszentren, Nachhaltigkeit zur Allgemeinnorm, ja, und bei der Aufstellung des Landeshaushaltes, auch dort das Achten auf Nachhaltigkeit. Damit habe ich den Standpunkt meiner Fraktion hier dargelegt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, das war ja nicht doll! War ja nicht doll!)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: War gar nichts zu entnehmen von Innovativem! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Waldmüller.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Jetzt kommt bestimmt mal was Konstruktives. Endlich mal! –
Wolfgang Waldmüller, CDU: Was? –
Henning Foerster, DIE LINKE: Jetzt kommt bestimmt mal was Konstruktives, habe ich gesagt. –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Zukunftsrates! Bevor wir zu der Unterrichtung der Landesregierung zum Zukunftsrat kommen, möchte ich doch eine Bemerkung machen, insgesamt natürlich zur Zukunft. Ich glaube, das ist eigentlich unsere Aufgabe hier im Parlament, sich über die Zukunft, über die Zukunft des Landes Mecklenburg-Vorpommern, über die Belange der Bevölkerung eben sich Gedanken zu machen. Und ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, das tun Sie wahrscheinlich nicht. Ich komme gleich mal auf Sie.

Diese rasanten Entwicklungen, die wir haben aufgrund der Digitalisierung, natürlich auch aufgrund der Klimaveränderungen, aber so auch, wie es auf dem Papier steht, aufgrund der globalen Veränderungen, aber vor allen Dingen auch der gesellschaftlichen Veränderungen, ist es für uns, ich sage mal, entscheidend, für die Politik entscheidend, hier die richtigen Weichen zu legen.

Sie, jetzt komme ich auf Sie, Sie tun das eben nicht. Herr Kramer hat vorhin, in seinen Worten hat er gesagt, den Vorwurf gemacht, das hätten Sie doch schon vor 30 Jahren tun können. Und da sieht man mal, dass Entwicklung, das haben Sie nicht verstanden,

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Entwicklung ist eben doch Professor Dr. ...

(Jochen Schulte, SPD: Weber. –
Dr. Ralph Weber, AfD: „Weber“ ist der Name, aber vielleicht fällt es Ihnen auch noch ein.)

Ich weiß nicht, ob ich mir das noch merken muss.

(Heiterkeit bei Jochen Schulte, SPD, und Simone Oldenburg, DIE LINKE –
Jochen Schulte, SPD: Das müssen Sie jetzt nicht, das ist die letzte Landtagsitzung!)

Aber nein, zurück. Ich meine das jetzt ernst: Eine Entwicklung ist eben nicht statisch und die können Sie eben nicht auf 30 Jahre voraussehen. Wenn Sie heute sagen, Sie haben 30 Jahre Zeit gehabt, das suggeriert ja, als wenn man vor 30 Jahren schon gewusst hätte, welche Entwicklung wann und wie eintritt.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Und das ist eben nicht der Fall, denn Politik ist eben eine ständige Anpassung an neue Entwicklungen und dergleichen. Und deswegen ist es wichtig,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

und deswegen ist es wichtig, dass man sich permanent da Gedanken macht. Und insofern sind Sie da, glaube ich, ist die Expertise der AfD, sofern es die gibt, was Zukunft und zukünftige Bewältigung

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

von Aufgaben ist, nicht gegeben.

Zu dem Zukunftsrat, zu dem Papier: Frau Schwesig hat schon umfassend berichtet. Ich werde mich auf kurze Worte beschränken. Im Kabinett ist vor einem Dreivierteljahr die Einrichtung des Zukunftsrates beschlossen worden. Zahlreiche Persönlichkeiten – einige sitzen hier oben – haben, so, wie Sie es gesagt haben, aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft, aus Mecklenburg-Vorpommern, haben ihre Expertise, ihren Sachverstand in diesem Expertengremium eingebracht für das Land. Und ich möchte hier im Namen der CDU-Fraktion ganz, ganz herzlich danken für diese Mühe, für die Zeit, die Sie da aufgebracht haben, und vor allen Dingen Ihren Sachverstand, den Sie in diesen Bericht investiert haben. Ganz herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Frau Schwesig hat das schon gesagt, es sind zwei Punkte, die hier auch unmittelbar umgesetzt sind. Da geht es eben um Wasserstoff und um klimaneutrale Verwaltung. Ansonsten ist das Papier natürlich so etwas, wenn ich jetzt da reingucke und gucke insbesondere beispielsweise erst mal bei Wirtschaft, da fallen mir ad hoc drei Punkte auf, die könnten wir sogar ins Wahlprogramm mit reinschreiben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Na sicher!

Und da geht es beispielsweise im ersten Punkt darum, dass der Zugang zur digitalen Infrastruktur zum Grundrecht erhoben werden soll. Das steht auf Seite 37. Ich finde das großartig, weil nämlich andernfalls der ländliche Raum möglicherweise weiter abgehängt wird, und hier muss was getan werden. Und ein Grundrecht mal etwas konkreter gedacht, auf Breitband, auf LTE-Ausstattung, ist, glaube ich, ein toller Ansatz. Man muss sich dann nur noch über das Wie und welche Bandbreiten in welchen Regionen, darüber muss man sich dann unterhalten.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Also insofern, eine Breitbandgarantie ist eine wunderbare Sache.

Oder ein zweites Beispiel, die Förderung von dezentraler Energieerzeugung. Das ist auch ein Thema, was wir hier im Landtag ja auch schon behandelt haben. Und wir haben das auf Seite 38 beispielsweise sogar, da ist eine Forderung aus diesem Haus, wir haben sogar eine Landtagsdrucksache dazu. Und was wäre denn eigentlich nahe liegender für den ländlichen Raum, als Energie dezentral und regenerativ zu erzeugen und sie dann mittels Elektrolyse zum Beispiel in Wasserstofftanks zu speichern? Können wir sofort umsetzen!

Ein drittes Beispiel und ein letztes Beispiel: die Verabschiedung eines Strukturwandelstärkungsgesetzes. Das ist ein vielleicht ein bisschen umständlicher Name, aber das würde ja die Unterstützung bedürftiger Räume in den Wirtschaftsfeldern nach sich ziehen. Das wäre eine großartige Sache. Das steht auf Seite 40. Einen ganz praktischen Anfang haben wir eigentlich hier in Mecklenburg-Vorpommern auch gemacht. Wir haben beispielsweise die GRW-Förderung in ländlichen Räumen, ich sage mal, erhöht. Das ist schon eine Strukturbeeinflussung, die wir haben. Und wie wäre es daneben mit einem Regionalbonus, zum Beispiel in einem Vergabegesetz? Insofern gibt es viele Beispiele.

Letztendlich gibt es aber auch Punkte, die mit Sicherheit auch zur Diskussion führen werden. Und es gibt Punkte, ich sage mal, die möglicherweise so einfach nicht umsetzbar sind, zum einen, weil sie natürlich etwas nach sich ziehen:

Beispielsweise ein Punkt ist, wenn eben Verwaltungsstrukturen geändert, eingegriffen oder neu geschaffen werden müssen, da muss man überlegen, inwieweit das zusammenpasst, oder letztendlich bei all den Punkten, wo man tatsächlich in die Haushaltshoheit eingreift. Und Sie wissen, wie unser Haushalt ist. Wir haben Corona gehabt, wir haben Ausgaben gehabt. Wir haben einen Haushalt, mit dem wir sehr sorgsam umgehen müssen und wo wir ganz klar – und das wird die nächste Legislatur zeigen –, wo wir Prioritäten setzen müssen, wenn gleich Zukunft immer Priorität Nummer eins ist. Aber dennoch werden immer gewisse Punkte unter Haushaltsvorbehalt stehen. Und es gibt dann noch ein Drittes – und das wird der neue Landtag tun – bei all den Punkten: In einem Parlament braucht es auch immer noch die politische Einigung, also den politischen Willen dazu, und insofern sind auch manche Punkte von der politischen Einigung des zukünftigen Parlaments dann abhängig.

Meine Damen und Herren, ich denke mal, das Papier spricht dann für sich. Wir sind auf jeden Fall gut beraten, mit dem Papier anders zu verfahren, als es, ich sage mal, der formale Stand der Abstimmung vorgibt. Wenn ich in meine Unterlagen schaue, dann steht da, wir machen das verfahrensmäßig, machen wir eine Erledigterklärung. Das ist natürlich der formale Abschluss dieses Berichtes. Ich empfehle, dass wir mit diesem Bericht anders umgehen. Das haben wir auch vor, das haben wir auch alles gesagt und es ist auch in dem Sinne, dass wir in der nächsten Legislatur diese Anregungen, die uns der Rat hier auf den Weg gegeben hat, in die politische Diskussion mit einbringen.

Und dann sage ich zum Schluss noch einmal ganz herzlichen Dank für die Vorlage. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Philipp da Cunha, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, lautet eines der berühmtesten Zitate von Helmut Schmidt. So begann Frank Breuner im „Nordmagazin“ vom 19. März seinen Bericht über die Vorstellung der Empfehlungen des Mecklenburg-Vorpommern Zukunftsrates. Man soll Journalisten ja nicht kritisieren, aber um es freundlich zu formulieren, finde ich dieses Zitat nicht geeignet, um auf die Arbeit des Zukunftsrates einzugehen.

Die 49 in den Rat berufenen Einzelpersonen haben für meine Begriffe etwas Erstaunliches zustande gebracht. Der Bericht inklusive der Empfehlungen ist nicht von Visionen durchzogen, aber durchaus visionär. Man muss nicht mit jedem einzelnen Punkt einverstanden sein, aber alle Empfehlungen scheinen mir zumindest praktisch umsetzbar. Ich muss zugeben, dass ich anfangs ziemlich skeptisch war, was da wohl herauskommen würde. Umso beeindruckter bin ich vom Ergebnis und froh, dass wir heute darüber diskutieren.

„Unsere Zukunft ist jetzt!“, beginnt der Titel. Wir haben damit Zukunftsbilder und ein Zukunftsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern erhalten, die auf Nachhaltigkeit als durchgängiges Prinzip aufbauen, Nachhaltigkeit im Sinne von Arbeiten und Wirtschaften, sozialem Miteinander im Einklang mit Natur und Umwelt und nicht auf deren Kosten. So etwas hat die Koalition bedauerlicherweise in den letzten fünf Jahren nicht zustande gebracht. Sie erinnern sich vielleicht, dass meine Fraktion einen Antrag eingebracht hatte, die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes auf unser Land herunterzurechnen.

Nun haben wir eine Nachhaltigkeitsstrategie, allerdings nur dann, wenn sie nicht – wie so viele andere kluge Dokumente – im Nirwana oder einfach in untersten Schubladen verschwindet. Der Bericht enthält Vorschläge für Themen und ressortübergreifendes Handeln, Initiativen in einzelnen Politik- und Verwaltungsbereichen, Ideen auf Projektebene, also all das, was vorausschauende und zukunftsorientierte Politik auf allen Ebenen braucht. Es ist schon erstaunlich und äußerst ergiebig, was da in wenigen Monaten und noch dazu unter Corona-Bedingungen entstanden ist.

Die Regierung verspricht auch sofort – und die Ministerpräsidentin hat es ja noch mal gesagt –, zwei Maßnahmen kurzfristig umzusetzen beziehungsweise einzuleiten: erstens die Errichtung einer landesweit tätigen Wasserstoff-Transferstelle, welche die wirtschaftliche Anwendung von Wasserstoff als Energiespeicher und verbindendes Element der Sektorenkopplung befördert – hierfür Kooperation und Vernetzung von Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung –, und zweitens die Erarbeitung eines Maßnahmenkonzepts „Klimaneutrale Landesverwaltung“ zur Vermeidung

und Verringerung von Treibhausgasemissionen der Landesverwaltung.

Gerade der Punkt „Klimaneutrale Landesverwaltung“ war eine wichtige Forderung meiner Fraktion auch in dieser Legislatur. All unsere Initiativen, das wissen Sie alle, sind abgelehnt worden. Den dringenden Handlungsbedarf bescheinigen nun auch die 49 Persönlichkeiten des Zukunftsrates.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Hört, hört!)

Ich zitiere aus dem Bericht: „Weitere Empfehlungen des Zukunftsrates werden aus Sicht der Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode durch den dann neu gewählten achten Landtag Mecklenburg-Vorpommern und die von ihm für diese Legislaturperiode gewählte Landesregierung zu erörtern und zu entscheiden sein“, lautet das Fazit der Landesregierung.

So sieht auch das Fazit meiner Fraktion aus. Ich mache es mal konkret: Den Vorschlägen des Zukunftsrates – Jugendbeteiligungsgesetz, Klimaschutzgesetz, Strukturwandelstärkungsgesetz, Moratorium für den Holzeinschlag in alten Laubwäldern, aufsuchende Bildung, internationales Freiwilligenjahr, mehr Wiedervernässung von Mooren, mehr Moorschutz, Landesinitiative für Moorklimawirtschaft, Erweiterung der Öko-Wertpapiere im Land, Internationales GREENTECH FESTIVAL, Dorfwerke und vieles mehr –, all dem kann sich meine Fraktion sofort anschließen. Wie gesagt, einiges davon hätten wir auch schon bis zum Ende dieser Legislatur haben können, wenn Sie unseren Vorschlägen gefolgt wären. Aber, und hier muss ich auch ein bisschen mal in Richtung CDU gucken, dass Wahlmotto Ihrer Partei „C wie Zukunft“ hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als einmal als Blockademotto erwiesen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
In welcher Zeit leben Sie denn?!)

Der Zukunftsrat gibt uns als erste Weichenstellung an die Hand, dass Nachhaltigkeit „zum verpflichtenden Kriterium politischen und institutionellen Handelns“ in Mecklenburg-Vorpommern werden muss. Sehr einverstanden!

Die zweite Weichenstellung sieht der Zukunftsrat darin: „Digitale Infrastruktur wie mobile Netzversorgung, Datensicherheit und datenbasierte Dienstleistungen“ soll „zum Grundrecht erhoben“ werden. „Ein Flächenland mit 6.000 Dörfern muss hier Spitzenreiter sein, denn diese neue Form der Vernetzung hat enormes Potenzial für Teilhabegerechtigkeit, Wirtschaftswachstum und Innovationskraft.“ Das schreibt uns der Zukunftsrat ins Stammbuch. Auch dieser Prämisse kann meine Fraktion nur zustimmen. Wir müssen es einfach nur machen!

Die dritte wesentliche Weichenstellung im Bericht ist: Gemeinwohlorientierung soll „zum leitenden Prinzip der Daseinsvorsorge“ werden. Ich zitiere: „Generationengerechtigkeit und Bildungserfolg müssen als Ausdruck von Würde und Teilhabe zu verpflichtenden Indikatoren werden. Es ist ein dauerhafter Auftrag der Politik, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und individuelle Chancen in allen Lebenslagen strukturell zu fördern.“ Auch an dieser Stelle spricht mir der Zukunftsrat aus der Seele. Gemeinwohlorientierung in allen Lebensbereichen, Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, für Seniorinnen und Senioren, für Menschen mit

Behinderungen, um Menschen der Armutsfalle zu entziehen, gute Löhne für gute Arbeit, gute Rahmenbedingungen für nachhaltiges Unternehmertum, all das brauchen wir für eine gute und nachhaltige Zukunft in diesem Land.

Und damit stellt sich die Frage, wie dieses Parlament und das nächste mit dem Bericht des Zukunftsrates umgehen soll. Für meine Fraktion kann ich versprechen, dass es für uns nicht bei der heutigen Debatte bleiben wird. In der nächsten Legislatur wird Ihnen die Linksfraktion auch wieder Gesetzentwürfe und Anträge unterbreiten, die Forderungen des Zukunftsrates aufgreifen. Wir können uns zudem durchaus vorstellen, dass zukünftige Landesregierungen ebenfalls einen solchen Zukunftsrat berufen, quasi als Beirat institutionalisieren. Zum Beispiel könnten Themen wie die Zukunft der Bildung in Mecklenburg-Vorpommern, die demografische Entwicklung oder wie es uns gelingen kann, die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen und zu verbessern, Klimaschutz voranzubringen und die Lasten solidarisch zu verteilen, mit einem weiteren Zukunftsrat diskutiert werden.

Die dafür berufenen Persönlichkeiten sollten wechseln und das Parlament sollte sein Vorschlagsrecht behalten. Und wir brauchen ein besseres Zusammenwirken von Zukunftsrat und Landes- und Kommunalparlamenten. Meiner Fraktion reicht es jedenfalls nicht, den vorgelegten Bericht einmal im Parlament zu diskutieren. Wiedervorlage in der nächsten Legislatur und eine verpflichtende Überweisung in alle Landtagsausschüsse, Erarbeitung von Stellungnahmen und Zeitleisten, wie bis wann was umzusetzen ist, das brauchen wir!

Zum Schluss möchte ich mich für die tolle Arbeit des Zukunftsrates bei allen 49 Persönlichkeiten bedanken. In Gesprächen mit Mitgliedern im Zukunftsrat ist deutlich geworden, dass es zum großen Teil der straffen, fachkompetenten und zielführenden Leitung der Diskussionen durch Frau Dr. Tanneberger vom Greifswalder Moor Centrum und Professor Dr. Vöpel aus Hamburg zu verdanken ist, dass unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie in dieser kurzen Zeit ein solches Ergebnis erreicht werden konnte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Dieses Land braucht eben doch Visionen! Die klugen Menschen, die das dann in realistische Politikansätze übersetzen, die haben wir.

Enden möchte ich mit einem Zitat aus dem Bericht: „Zukunft beginnt genau jetzt! Nicht erst nach der Wahl oder in der nächsten Legislaturperiode. Was lange dauert, muss jetzt begonnen werden.“ Bitte vergessen Sie das nicht! – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Dagmar Kaselitz, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Dr. Schwenke, Sie haben hier Helmut Schmidt zitiert. Ich bin ein großer Fan von Helmut Schmidt. Und in der Tat hat Helmut Schmidt gesagt: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“ Helmut Schmidt war ein kluger Mann, und er war so klug, dass er sich im hohen Alter hier korrigiert hat und deutlich gemacht hat, dass das aus seiner Sicht ein Satz war, den er da geprägt hat, der nicht klug war. Das hat er selbst noch gesagt. Und ich finde, das sollten wir anerkennen. Helmut Schmidt, wie gesagt, ist ein kluger Mann.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das war ja keine Kritik an ihm,
sondern an der Verwendung
in diesem Zusammenhang.)

Nein, nein, nein, nein, ich wollte das nur klarstellen, weil Sie deutlich gemacht haben, dass wir Visionen brauchen, um Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Und ja, wir brauchen Visionen, um Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Und auch ein kluger Mann wie Helmut Schmidt hat am Ende gesagt, ja, so was braucht man, um Zukunft zu gestalten. Das wollte ich nur deutlich machen.

Meine Damen und Herren, jeder Weg fängt mit dem ersten Schritt an. Es gibt aber Wege, die erscheinen so lang, dass mancher vielleicht sagt, das ist mir zu lang, das ist mir zu beschwerlich. Und Lorenz Caffier hat hier gerade beschrieben in seiner Abschiedsrede, welche langen, welche steinigten Weg wir die letzten Jahrzehnte miteinander gegangen sind. Meine Damen und Herren, insofern ist das, was der Zukunftsrat uns hier vorlegt, eine Herausforderung, aber eine Herausforderung, die wir annehmen sollten. Und wir sollten nicht begründen, warum das eine oder andere nicht geht, sondern es sollte genau darum gehen abzuklopfen, was wir miteinander hier hinbekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD)

Das Abschlussdokument ist eine Sammlung von Empfehlungen und Ideen der Experten. Es soll für uns eine Richtungsbestimmung sein, eine Richtungsbestimmung, um Wege zu finden in eine gute, eine sichere, eine nachhaltige Zukunft, mit den Menschen in einer Gesellschaft, die beieinanderbleibt – das ist mir immer sehr wichtig –, und einer Wirtschaft, die nachhaltig und innovativ aufgestellt ist. Das, was die Experten beschreiben, ist kein leichter Weg, dennoch glaube ich, dass wir das schaffen können.

Meine Damen und Herren, die Expertenkommission hat ihre Arbeit erst im Herbst aufgenommen und legte bereits im Frühjahr das Abschlussdokument vor. Ich weiß, dass dazwischen eine sehr intensive Arbeitsphase gelegen hat, eine Arbeitsphase, die in hoher gegenseitiger Wertschätzung der Mitglieder untereinander stattgefunden hat. Das ist mir in mehreren Gesprächen von mehreren unabhängig voneinander gesagt worden, dass das Arbeitsklima von wirklich außerordentlich hoher Wertschätzung der Mitglieder untereinander geprägt war. Vielleicht ist es das Erste, was wir übernehmen sollten, diese gegenseitige Wertschätzung, wenn wir an dem Dokument weiterarbeiten. Diese gegenseitige Wertschätzung könnten auch wir hier im Parlament sicherlich dann verstärkt auch leben.

Meine Damen und Herren, die Teilnehmer berichteten mir, dass bei ihren Diskussionen es nicht nur darum ging

zu sagen, was nicht geht, sondern eben darum, sich zu ergänzen und darüber zu diskutieren, was geht, also ein Klima der Offenheit, wenn es um die Zukunftsaufgaben geht und darum, gemeinsam Lösungsansätze zu finden. Dabei hat sicherlich geholfen, dass die Expertinnen und Experten aus ganz verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens kommen. Diese gegenseitige Wertschätzung und Offenheit in der Diskussion sollte uns inspirieren, eben auch diesen offenen Diskussionsprozess zu führen.

Ich möchte an dieser Stelle auch der Landesregierung danken für ihren Mut, diesen in Deutschland einmaligen Prozess zu ermöglichen. Keine Landesregierung hat bisher einem Expertengremium solch einen Raum gegeben, mit einem solch umfassenden Zukunftsentwurf, also die Möglichkeit, einen solch umfassenden Zukunftsentwurf zu entwickeln, frei von Vorgaben und frei von Einschränkungen. Und diesen Freiraum haben die Mitglieder des Zukunftsrates ja auch intensiv ausgefüllt mit Ideen, mit Visionen und natürlich auch mit Hinweisen auf Versäumnisse in der Landespolitik. Das gehört natürlich auch dazu.

Was wir verhindern müssen, und das ist mir wichtig, ist, dass das Papier einfach nur zur Kenntnis genommen wird. Das haben ja meine Kollegen von CDU und LINKEN eben auch gesagt, das darf eben nicht einfach nur zwischen zwei Aktendeckeln verschwinden. Daher will ich das mal ganz konkret machen, was wir vielleicht tun könnten. Ich schlage vor, dass der Landtag zu Beginn der 8. Legislaturperiode direkt nach der Konstituierung in den Ausschüssen Expertengespräche macht. Zu den Expertengesprächen könnten dann die Experten des Zukunftsrates eingeladen werden, da könnten offene Fragen geklärt und diskutiert werden. Der Ausschuss könnte sich eine Agenda geben und zur konkreten Umsetzung beispielsweise öffentliche Anhörungen durchführen.

Das ist ein ganz konkreter Vorschlag, wie wir hier miteinander weiterarbeiten können, wie wir dafür sorgen, dass die Ideen, die dort aufgeschrieben worden sind, eben nicht verloren gehen, sondern hier im Parlament diskutiert werden, einzeln diskutiert werden, wo Initiativen entstehen. Meine Damen und Herren, wir selbst haben es in der Hand, ob das Papier nur eines von vielen wird oder unsere Agenda und die Richtungsbestimmung für die nächsten Jahre. Ich werbe hier für eine intensive Weiterarbeit im Landtag.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Frau Dr. Tanneberger und Herrn Professor Vöpel für ihre Arbeit als Leitungsteam und natürlich bei jedem einzelnen Mitglied des Zukunftsrates bedanken. Es war sicher keine leichte Zeit. Es war sicherlich schwierig, in so kurzer, nur begrenzt zur Verfügung stehender Zeit und unter den Bedingungen der Pandemie zu arbeiten. Dennoch haben sie das geschafft. Dafür meinen herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, im Dokument finden sich so viele Ideen und Handlungsempfehlungen, dass ich hier nur auf ganz wenige eingehen kann, und das will ich vor allem bei Vorschlägen machen, die für meine Fraktion besonders wichtig sind.

Sie haben in ihrem Papier die Klima- und Biodiversitätskrise angesprochen. Wichtig wäre es eigentlich, meine Damen und Herren, dass wir bei dieser großen Aufgabe – und das ist wirklich eine große, das ist eigentlich, ja, eine existenzielle Aufgabe –, dass wir hier alle an einem Strang ziehen. Wir haben heute früh Herrn Kramer gehört, wir haben eben Herrn Lerche gehört. Das ist leider nicht so, es gibt zumindest eine Fraktion, die die menschengemachte Klimaerwärmung leugnet.

(Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Es wird dann darauf ankommen, dass die konstruktiven Fraktionen hier im Parlament zusammenarbeiten und dies dann auch konkret und konsequent tun.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Experten bestärken uns hier.

Nun müssen Sie, nun müssen Sie doch nicht so aufgeregt sein! Dass Sie die menschengemachte Klimaerwärmung nicht anerkennen, das haben Sie hier mehrfach deutlich gemacht. Dass Sie damit diesen Weg nicht mitgehen, hat Ihr Redner deutlich gemacht. Lassen Sie es,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Horst Förster, AfD,
Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
Jens-Holger Schneider, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

lassen Sie es dann doch dabei! Lassen Sie dann doch bitte die konstruktiven Fraktionen arbeiten und krähen Sie nicht einfach dazwischen! Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, die Experten bestärken uns hier, den bereits eingeschlagenen Weg noch konsequenter fortzusetzen. So war Mecklenburg-Vorpommern das erste Bundesland, das Öko-Wertpapiere herausgegeben hat. Inzwischen sind diese Öko-Wertpapiere ein Verkaufsschlager. Unsere Aufgabe ist es, hier für eine Verbreiterung des Angebotes und eine Professionalisierung des Verkaufs zu sorgen, beispielsweise durch eine eigene Geschäftsstelle – ein Vorschlag, den ich ausdrücklich unterstütze!

Ein zweiter Punkt, den ich benennen möchte, sind die Vorschläge der Expertenkommission zur Emissionsminderung in den trockenen Mooren. Unsere trockenen Moore, meine Damen und Herren, sind der größte Emitent in Mecklenburg-Vorpommern. Der eine oder andere wird sich erinnern, dass ich gerade in der letzten Legislaturperiode sehr dafür gekämpft habe, dass wir an dieser Stelle weiterkommen, und wir haben ja auch schon einiges erreicht. Wir haben 30.000 Hektar Moore in unserem Land renaturiert. Das sind etwa zehn Prozent der gesamten Moorfläche in unserem Bundesland. Wir sind uns aber dessen bewusst, dass das noch nicht ausreichend ist, dass wir hier weiterkommen müssen, dass wir hier nachlegen müssen. Deswegen werden wir in den nächsten zehn Jahren 8.000 Hektar landeseigene Flächen aus der Bewirtschaftung nehmen, um sie aufzuforsten, zu renaturieren, Moor- und Umweltschutz zu betreiben und

die Moore anderweitig zu nutzen. Gleichzeitig soll aber unter der neuen Bedingung an der einen oder anderen Stelle auch weiterhin eine Bewirtschaftung erfolgen. Wir kämpfen beispielsweise darum, dass wiedervernässte Flächen, die wir nutzen, auch weiterhin im System der Agrarförderung verbleiben.

Dritter Punkt, den ich hier erwähnen möchte: Die Expertenkommission schlägt uns als Einkommensalternative vor, dass neue Wertschöpfungsketten und neue Produkte entstehen sollen. Diese Idee finde ich gut und würde sie auch gerne mit den Experten diskutieren wollen. Wir müssen dabei aber auch die Rahmenbedingungen im Blick behalten, also die ökonomische Machbarkeit, die rechtlichen Grenzen der Fördermöglichkeit und den Markt, der die Produkte dann abnehmen muss. All das muss sauber austariert werden und dann schließlich am Markt wachsen können. Nur so entstehen nachhaltige Produkte in stabilen Firmen. Also auch das ein spannender Prozess, den wir hier begleiten können.

Vierter Bereich: Klimaschutz und Diversität. Zum Bereich Klimaschutz und Diversität gehören auch der Waldumbau und die Waldmehrung.

Übrigens, an dieser Stelle sei mir der Hinweis gestattet, auch auf vernässten Moorböden kann man Wald anpflanzen, die Schwarzerle wächst da hervorragend. Und damit hätten wir schon etwas, was wirtschaftlich nutzbar ist. Das ist natürlich ein Rohstoff, der im Vergleich zu jährlich zu erntenden Pflanzen sehr langsam wächst, aber immerhin, wir müssen an dieser Stelle weiterkommen.

Wir haben für die nächsten Jahre 20 Millionen Euro für diese Aufgabe bereitgestellt. Auch hier, da bin ich der festen Überzeugung, haben wir bereits einen Weg eingeschlagen, der uns auch von den Experten vorgeschlagen wird. Mir sind in diesem Zusammenhang insbesondere Feldhecken und andere Formen der Biotopverbünde sehr wichtig. Meine Kollegin Frau Aßmann, hat hier ja mal zu Agroforstsystemen gesprochen, auch das ist ein wichtiger Beitrag, wo wir in der nächsten Legislaturperiode noch mal diskutieren sollten, wie wir hier weiterkommen können.

Einen weiteren Bereich möchte ich nennen: Die Expertinnen und Experten fordern die „Förderung“ – und jetzt möchte ich zitieren –: „dezentraler Energieerzeugung, -speicherung und -wandlung, Kreislaufwirtschaft, Reststoffverwertung zur Nutzung der Ressourcen und Bioökonomie ... Nutzung des Überschusses an erneuerbaren Energien für die Ansiedlung von energieintensiven Branchen und Technologieentwicklung sowie Energiespeicher“. Zum Bereich der Energieerzeugung hat die Ministerpräsidentin schon viele richtige Dinge gesagt. Das spare ich mir hier mal.

Im Großen und Ganzen finde ich das, was die Experten gesagt haben, gut. Ich bin zudem der Meinung, dass wir Branchen brauchen, die in die Regionalität der Produktionsabläufe passen. Hier zu schauen, was unter den Gegebenheiten der Regelungen von EU und Bund noch mehr möglich ist, um Mecklenburg-Vorpommern als Standort noch attraktiver zu machen, finde ich spannend. Ich sage aber auch hier, dass sich diese Vorgaben mittelfristig dann auch am Markt tragen müssen. Aber ob sich etwas am Markt trägt oder nicht, auch dazu sind die Bedingungen auf Bundes- und Landesebene natürlich vorhanden

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die ganzen erneuerbaren Energien
tragen sich am Markt.)

und auch diese Bedingungen müssen dann auf den Prüfstand, weil durch die Rahmenbedingungen erst das eine oder andere marktfähig wird. Also auch da ein spannender Prozess, den wir hier miteinander gehen können.

Bei einigen Vorschlägen sehe ich noch Klärungsbedarf, zum Beispiel der Aufbau von Dorfwerken. Mein Bauch sagt mir sofort, das ist eine tolle Idee, das ist etwas Sympathisches, das finde ich gut. Ich denke mal, gemeint ist damit vor allem, dass wir mehr Daseinsvorsorge in die kommunale Hand nehmen sollen,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

uns dann wirtschaftlich betätigen. Das unterstütze ich sehr. Vor dem Hintergrund eines liberalisierten Marktes muss das aber auch dann wiederum wettbewerbsfähig sein. Daher gehe ich weniger von Dorfwerken als eher von kommunalen Zusammenschlüssen aus, die dann gemeinsam und dezentral Daseinsvorsorge regeln. Wie gesagt, das muss dann diskutiert werden.

Ich will nicht verhehlen, meine Damen und Herren, dass ich an einer Stelle ein Störgefühl hatte, als ich die Vorschläge der Kommission gelesen habe. Da ist von „energieintensiven Branchen“ die Rede, die wir hier in Mecklenburg-Vorpommern ansiedeln wollen. Und wenn ich an energieintensive Branchen denke, denke ich zuallererst an Aluminiumhütte.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD –
Andreas Butzki, SPD: Halt doch
einfach mal deine Klappe!)

Ich habe inzwischen festgestellt, darum soll es nicht gehen. Inzwischen weiß ich, darum soll es nicht gehen. Es geht wohl eher darum, was der Kollege Schulte heute früh in seinem Vortrag hier berichtet hat, nämlich, dass man so etwas wie Rechenzentren ansiedelt, die einen immensen Strombedarf haben und die hier ins Land auch wunderbar passen würden. Dafür die Rahmenbedingungen zu setzen, dass diese Branche hier wirtschaftlich wachsen kann, auch das ist wiederum spannend.

Meine Damen und Herren, die Experten haben uns im Abschlussdokument drei Säulen beschrieben, Säulen, die gleichberechtigt nebeneinanderstehen, Säulen, die sich bedingen, Säulen, die uns ein Fundament für alle Entscheidungen liefern sollen. Das ist die Ökonomie, die immer geklärt sein muss. Das ist die Säule des Sozialen, die unser soziales Zusammenleben regelt, und es ist die Säule der Nachhaltigkeit, damit auch die Kinder und Enkelkinder in diesem Land noch in Zukunft vernünftig leben können. Diese drei Säulen sind das Fundament unserer Zukunft, ein Gleichgewicht aus Ökonomie, Sozialem und Nachhaltigkeit, Säulen, die sich bedingen und niemals einzeln stehen dürfen.

Meine Damen und Herren, dies ist die letzte reguläre Landtagssitzung der 7. Legislaturperiode. Alles, was wir heute beschließen würden und was nicht bis zum September umgesetzt ist, unterliegt der Diskontinuität. Deshalb möchte ich das Bekenntnis meiner Fraktion noch einmal bekräftigen: Wir wollen zum Beginn der nächsten

Legislaturperiode Expertenanhörungen zu den einzelnen Vorschlägen in den Ausschüssen. Damit soll eine Agenda erarbeitet werden, wie wir die Vorschläge der Expertenkommission bewerten und umsetzen können. Darauf freue ich mich bereits heute. Herzlichen Dank, meine Damen und Herren! Und nochmals einen herzlichen Dank an die Mitglieder der Kommission!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich gehe davon aus, dass wir die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 7/6084 nach der jetzigen Aussprache – und vor dem Hintergrund der Aussprache, betone ich noch mal ausdrücklich – verfahrensmäßig für erledigt erklären. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und die Unterrichtung durch die Landesregierung verfahrensmäßig für erledigt erklärt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 50:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Stärkung des Faches Niederdeutsch an allgemeinbildenden Schulen, Drucksache 7/6158.

**Antrag der Fraktion der AfD
Stärkung des Faches Niederdeutsch
an allgemeinbildenden Schulen
– Drucksache 7/6158 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Werte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Werte Gäste! Leiwie Mäkelborger un Vörpommern! Wi hebben grad uns Plattdütsche Woch hinner uns för dit Johr. Allein dat wier all Anlass nauch wäst för einen Andrach in uns Heimatsprak. De plattdütsche Sprak tau schützen un tau plägen, is ein iernst to nähm' Ansinen in uns Lannesverfatung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In Artikel 16 Absatz 2 un denn ok noch in de Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen ward se upfährt. Dat dor wükdlich an arbeit' warden möt, ward ok klor, wenn man süht, dat Plattdütsch ok in 'ne ort rode List upfährt ward, un twors in den Atlas der gefährdeten Sprachen der UNESCO steiht se as „vulnerabel“, un wat dit Wurt bedüd, weit siet Corona jeder.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist so.)

Un dat dü'd sick ok all an, dat dat in de nächste Tied noch leeger kamen ward. Uns ward dat woll so gahn as de Sorben mit dat Niedersorbische, dat intwischen binah utstorben is. Woans süht dat nu bi uns ut? In 2016 is dat mal hinnerfracht wurden. Dunn hääben 20 Prozent hiertolan' meint, se snacken noch gaut bet siehr gaut Platt. 25 Prozent meinten, noch ein gaatlich Platt tau spreken. Oewer mihr as de Hääft, nämlich 54 Prozent, könn kein Platt mihr. Ümmerhen 70 Prozent hiertolan' hebben angäben, dat se dat Plattdütsche noch verstahn könn, wobie dat mihr de Ollen as de Jungen meinten.

Interessant is, dat in disse Ümfrach ok hinnerfracht worden is, ob de Lüüd de Meinung sünd, dat mihr för dat Plattdütsche dahn warden möt. Hier hebben 85 Prozent secht, dat de Fall wier. Dormit hebben de Minschen hier ein klores Votum för ehr Heimatsprak afgäwen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

un noch mihr, se hebben ok secht, dat de Schaulen dör för de beste Urt is, wat för dat Plattdütsche to daun. Kiekt man öwer in de Schaulen, denn fählen de Liehrers hier för.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich kann ja Seiteneinsteiger machen für Platt!)

In't vergangn' Schauljohr harr'n wi grad mal 54 Liehrers mit Taulutung in't ganze Land för Plattdütsch. Dorvon wieren all 39 oewer 50 Johr olt un blots 3 unter 35. Dormit is denn grad mal an jede achte öffentliche allgemeinbildende Schaul in't Land Plattdütschünnericht möglich, tomeist ok noch dorvon Nahmeddags uterhalf vön'n Ünnericht. So kümmt denn am Enn' dorbi rut, dat grad mal en bäten oewer ein Prozent von uns Schäulers an dat Plattdütschangebot deilhaftig warden könn.

Mit unsen Andrach wullen wi dat Plattdütschangebot ierst mal för mihr Schaulen taugänglich maken, taumindest as ein uterünnerrichtlich Angebot. Wi gahn dormit in de Richtung von de Verwaltungsvörschrift „Niederdeutsch in der Schule“, wo insteiht, de Schaul sall, ich zitiere, „insbesondere die Fähigkeit fördern, Niederdeutsch zu sprechen“, Zitatende. Dortau brukt dat vielleicht nich ümmer glik dat Ünnerrichtsfack, oewer – so heit dat denn wedder in de Vörschrift – dat sall, ich zitiere, „an allen Schulen ein durchgängiges Unterrichtsprinzip sein“, Zitatende.

Dat dat grad in de Schaulen passieren möt, liggt ok doran, dat de Öllern öwerweigend tau de Grupp hören, de kum noch Platt snacken. Mit unsen Andrach willn wi grad de öllere Generatschon gewinn', de dat Plattdütsche noch as Ümgangssprak kennen liehrt hett. Bi de välen Plattsnackers, de dat landup und landdal gift, sünd gewiss ok väle ehemaligen Liehrers dorbi. Wenn wi de gewinn' könn, hebben wi ganz näbenbi ok glik noch Facklüd mit pädagogisch-didaktischen Kenntnissen un Erfohrungen dorbi. Oewer dat möten nich all Liehrers wäsen un ok nich all de Plattsnackers, de wi gewinn' könn, sünd Liehrers. Oewer ick weit, dat dor väle giern mal ut iehr'n Dunstkries rut willen. Un de Schäulers hiertolann wat bitobringen, is nich de schlechteste Möglichkeit dortau. Dat bedröppt twors den' uterünnerrichtlichen Deil, de hett mihr mit dat Praktische to daun un dat Interesse bi de Schäulers antauspreken un se vielleicht ok mal an dat Läsen von Reuter, Brinkmann un Tarnow ranntoföhren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Christel Weißig, fraktionslos)

Un wi denken mit unsen Andrach ok an de Liehrantsstudenten. Dor seihn wir dörch oewertügende Werbekampagnen de Möglichkeit, dat Interesse för dat Bifack Plattdütsch to wecken. Dorbi könn dörchut 'n poor Anrieze in't Spill bracht warden, taun Bispill oewer de Stellenvergaw, denn grad ok för Plattdütsch utbill't Liehrers bruken wi tauhop. In Greifswald wier'n hierför in't Wintersemester 2019/2020 grad mal 23 Studenten inschräben und 5 Plätze sünd för niege Studenden man blots vör-

seihn, 5 Plätze. Dat heit, dat ok hier mihr dan warden möt.

Denn gift dat an de Uni in Greifswald uterdem noch dat Kompetenzzentrum för Niederdeutschdidaktik, dat woll ierstlich för de Weiterbildung dacht is. Dor har ick mi ok mal för ein' Kurs anmellt, de dann utfollen is, wiel sick to wenige mellt har'n. Wenn 'n sick de Umstänn alltosamen so ankieckt, is dor noch väl to daun, dormit wi unsen Updrach ut de Lannesverfatung nakamen.

In dissen Sinn bidd ick üm Taustimmung tau unsen Andrach. – Välen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Martin.

Einen Moment, Frau Martin! Ich war so beeindruckt von dem Vortrag und habe gerade überlegt, wie das Protokoll das Ganze dann auch aufnimmt,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD)

dass ich vergessen habe anzusagen, dass nach Paragraph 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine Aussprachezeit von 58 Minuten vorgesehen ist. Ich sehe und höre auch hier keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Und somit kann ich dann auch guten Gewissens Frau Martin das Wort geben.

Ministerin Bettina Martin: Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Gesellschaft und unsere Kultur befinden sich in einem ständigen Wandel, und Neues kommt hinzu und ergänzt jenes, das schon da ist. Die niederdeutsche Sprache ist zweifellos ein wichtiges Kulturgut unseres Landes. Sie ist für viele Menschen in unserem Land ein echtes Stück Heimat. Und weil das so ist, legen wir an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern sehr großen Wert darauf, dieses Stück Heimat an die junge Generation auch weiterzugeben, und das in einer Form, die modern ist und zeitgemäß.

Niederdeutsch wird an Grundschulen einstündig im Rahmen des Ganztagsangebotes sowie als Neigungs- und als Ersatzunterricht angeboten. Das Land unterstützt die Förderung von Unterrichtsmaterialien und ermöglicht regelmäßige Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer. Niederdeutsch ist und bleibt ein fester Bestandteil in den Rahmenlehrplänen für Grundschulen und ist ein wichtiger Baustein in der Konzeption für Grundschulen, die als Ganztagschulen arbeiten. Gleiches gilt für Regionalschulen, wo Niederdeutsch ein Bestandteil des Faches Deutsch ist. Die aktuellen Rahmenpläne sehen dabei vor, dass Niederdeutsch nicht nur als separates Unterrichtsfach betrachtet wird, sondern auch fachübergreifend und fächerverbindend unterrichtet wird.

Die AfD interpretiert hier also die Zahlen, die vorliegen, etwas falsch. Schon heute engagieren sich viele externe Lernpartnerinnen und -partner an unseren Schulen. Deren Angebote sind eine wichtige Ergänzung des schuli-

schen Bildungsauftrages. Die Ziele des 2016 verabschiedeten Landesprogramms „Meine Heimat – Mein modernes Mecklenburg-Vorpommern“ ermöglichen hier den Rahmen, in dem das Lernen an außerschulischen Lernorten, Projekte, Schulfahrten sowie die Teilnahme am Plattdeutsch-Wettbewerb unterstützt und ermöglicht werden.

Dieses Landesprogramm, meine Damen und Herren, ist ein Erfolg. Hierüber wurden 1.500 Heimatschatzkisten für Kindertagesstätten und Horte angeschafft. Und wer das sich mal angeschaut hat, wie die Kinder mit dieser Schatzkiste arbeiten, spielen, spielerisch an das Niederdeutsch herangeführt werden, das ist schon beeindruckend, das ist ein wunderbares Projekt. Es ermöglichte bereits die Einrichtung von fünf Profilschulen, in denen ein Abitur in Niederdeutsch abgelegt werden kann. Das ist, soweit ich weiß, einmalig. Dass wir im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern Abitur in Niederdeutsch machen können, das ist hervorragend. Es ermöglichte die Weiterentwicklung des Niederdeutschbeirates zum Heimatpflege- und Niederdeutschbeirat Mecklenburg-Vorpommern, mit dem mein Haus und ich auch selbst in sehr engem Kontakt stehen. Und es ermöglichte die Einrichtung des Studienfaches Niederdeutsch für das Grundschullehramt an der Universität Greifswald und wird mit einer eigenen Stelle begleitet. Das haben wir gerade gehört, das hat Herr Kröger ja auch beschrieben.

Ich habe mir gerade vor, ich glaube, es ist eine Woche her, in Greifswald das Haus der Grundschule angeguckt der Universität Greifswald, wo wirklich toll die Grundschullehrkräfte an die unterschiedlichen Fächer herangeführt werden. Da ist auch das Thema Niederdeutsch ein Thema. Insofern kann ich die Ansicht nicht teilen, die hier gerade gesagt wurde, dass das nicht ausreichend wäre. Dieser Studiengang, dass das möglich ist, zusätzlich bei uns im Land auch Grundschullehrkräfte im Bereich Niederdeutsch auszubilden, ist wirklich ein großer Fortschritt. Ich erinnere daran, dass an der Universität Greifswald auch das Kompetenzzentrum Niederdeutsch dauerhaft errichtet wurde. Auch davon war ja gerade die Rede. Das Land Mecklenburg-Vorpommern engagiert sich hier mit jährlich 165.000 Euro.

Das Land tut also viel für ein reiches Angebot an Möglichkeiten, unsere jungen Generationen an das Niederdeutsche heranzuführen, und deswegen halte ich den Antrag für entbehrlich und bitte um Ablehnung. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na denn man tau!)

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Niederdeutsch gehört zu Mecklenburg-Vorpommern wie die Ostsee, Tourismus, wie die Kutter- und Küstenfischerei.

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Aber im Gegensatz zur Fischerei steht unser Plattdeutsch – und einen Teil hat die Ministerin eben gesagt – noch sehr gut da. Also von einem Untergang kann man nicht reden. Ein Untergang ist nicht in Sicht.

Wir müssen darauf achten, dass unsere Identität, unsere Geschichte ihren ganz besonderen Stellenwert behält. Will man die Tradition, die Lebensweise und auch die Lebensgefühle vermitteln, will man Geschichte erleben, lernen und auch nicht vergessen, ist auch der Gebrauch des Niederdeutschen unerlässlich. Aber bei allem, was in diesem Land für den Erhalt der plattdeutschen Regionalsprache getan wird, ist ein stiefmütterlicher Umgang nicht abzusehen, und den kann man zum Glück auch nicht herbeireden. Es gab sogar einmal einen Koalitionsantrag, dass Ortsnamen auf Ortseingangsschildern ins Plattdeutsche übersetzt werden können. Ob das nun sinnvoll war und wie viele Gemeinden das überhaupt gemacht haben und ob das zu dem Erhalt des Niederdeutschen beiträgt, das wage ich zu bezweifeln, aber es war der Wille zu erkennen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag der AfD-Fraktion suggeriert aber, dass das Niederdeutsche vom Aussterben bedroht ist. Auf welche Informationen berufen Sie sich, Herr Kröger?

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Weil hier keiner Plattdeutsch spricht, außer Herrn Kröger.)

Nein, nein.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das stimmt! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine Frage ist, auf welche Informationen Sie sich berufen. Wie viele Schülerinnen und Schüler und wie viele ausgebildete Lehrkräfte werden unterrichtet beziehungsweise unterrichten in diesem Schuljahr das Fach Niederdeutsch? Ich habe in der Parlamentsdatenbank nachgesehen und fand von Ihrer Fraktion keine einzige Anfrage dazu. Allerdings sagen die Antworten auf die Anfragen meiner Fraktion Folgendes aus:

Es gibt das Landesprogramm „Meine Heimat – Mein modernes Mecklenburg-Vorpommern“, in dem das Plattdeutsche eine ganz zentrale Rolle spielt. Jährlich werden circa 20 Studierende im Beifach ausgebildet, 14 Lehrkräfte wurden 2019 fortgebildet, an 69 allgemeinbildenden Schulen wird Niederdeutsch unterrichtet, 2.112 Schülerinnen und Schüler erlernen und pflegen insgesamt diese Regionalsprache. Seit knapp vier Jahren gibt es sechs Profilschulen, an denen das Fach Niederdeutsch bis zum Abitur erlernt werden kann, und an diesen sechs Schulen haben vor drei Jahren 552 Schülerinnen und Schüler am Niederdeutschunterricht teilgenommen. Und im Schuljahr 2018/19 haben dort dann noch mal 30 Kinder und Jugendliche mehr, also 582, Niederdeutsch gelernt. Dort, wo Niederdeutsch als Wahlfach unterrichtet wird, ist es für zwei bis drei Stunden wöchentlich geplant. Deutsch hingegen als Pflichtfach umfasst fünf bis sechs Stunden in der Woche, Mathematik, ebenfalls ein Pflichtfach, vier bis fünf Stunden. Wenn zum Beispiel jedes Jahr 20 zukünftige Lehrkräfte in Greifswald Niederdeutsch studieren, aber nur 30 das Fach Deutsch, nur 9 Physik und nur 21 das Fach Mathematik, dann müssen wir uns um die Pflichtfächer wirklich einen ganz, ganz großen Kopf machen, aber nicht um Niederdeutsch.

Hätten Sie das alles recherchiert, hätten Sie es meiner Meinung nach auch gemerkt. Ihr Antrag kann dieses Problem wirklich nicht herbeireden, und deshalb, denke ich – Sie konnten das jetzt auch schon zwischen den Zeilen erahnen –, liegt das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion auf der Hand.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor der Landtagswahl im September entdeckt die AfD wieder die Themen Heimat und Niederdeutsch. Man möchte wieder gerne in diesen beiden Bereichen punkten.

Aber, meine Herren der AfD, Sie kommen reichlich spät mit diesem Antrag. Wir haben schon des Öfteren zu dieser Thematik hier im Landtag diskutiert. 2013 stellte beispielsweise die Fraktion DIE LINKE, ich glaube, Professor Tack war das,

(Zuruf von Jörg Kröger, AfD)

hier den Antrag dazu. 2016 hat der damalige Bildungsminister Mathias Brodtkorb einiges auf den Weg gebracht. Dazu zählen zum Beispiel der Rahmenplan „Niederdeutsch für die Sekundarstufen I und II“. Es gibt eine Heimatschatzkiste, die Ministerin hat davon gesprochen, für Kindergärten und Grundschulen mit entsprechenden Materialien. Wir haben also einen Plan von der Kita bis zum Abitur. Der Heimatverband attestiert unserem Land, dass es deutschlandweit einmalig und vorbildlich ist, eine schulische und frühkindliche Sprachförderung in Niederdeutsch, die so investiert. Es gibt selbstverständlich auch das Heimatprogramm oder das Landesprogramm „Meine Heimat – Mein modernes Mecklenburg-Vorpommern“, das haben wir auch schon gehört. Und Niederdeutsch ist auch laut KMK ein Abiturprüfungsfach, ersetzt allerdings nicht die zweite Fremdsprache.

Von den Anfragen will ich jetzt mal absehen, Kollegin Oldenburg. Die Zahlen haben wir gehört, die will ich jetzt nicht noch mal wiederholen.

Und deswegen brauchen wir diesen Antrag der AfD nicht. Alle Forderungen werden bereits erfüllt. Es gibt ein Landesprogramm mit entsprechender Zielsetzung. Es gibt einen Rahmenplan mit entsprechenden Vorgaben, es gibt die Möglichkeit, in Wahlpflichtkursen an den Schulen dort zu unterrichten, und es gibt natürlich die Ganztagschule, wo man solche Angebote in Niederdeutsch vorhalten kann.

Und wenn Sie sich mal die Mühe machen, den Rahmenplan genau anzuschauen, dann werden Sie feststellen, es gibt klare Vorgaben zur Methodik, zu den Kompetenzen und zu den Grundsätzen. Es werden verschiedene Inhalte vermittelt, und das auch auf verschiedenen Anforderungsniveaus. Im Rahmen der Selbstständigen Schule kann jede Schule ihre eigenen Schwerpunkte setzen. Einige Schulen sind sportinteressiert, andere legen den Schwerpunkt auf Musik. Manche Schulen

haben das Hauptaugenmerk im MINT-Bereich und andere Schulen legen Wert auf gesunde Ernährung oder nachhaltige Entwicklung.

Wenn das Niederdeutsche für Sie so wichtig ist und Sie das für alle verbindlich machen wollen, dann müssen Sie das Schulgesetz ändern. Und ich erinnere mich, glaube ich, dunkel daran, dass wir vor zwei Tagen über eine Schulgesetzänderung diskutiert haben, und ich habe keinen Änderungsantrag Ihrer Fraktion dazu gehört. Also ist das heute bloß ein Placeboantrag und wir werden selbstverständlich ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Butzki!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)

Steht bei mir leider nicht drauf. Dann klären wir das.

Herr Kröger, würden Sie noch einen Moment warten, wir prüfen mal, ob Herr Arppe einen Redebeitrag angemeldet hat.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, ich habe nur die Unterlagen, die ich hier habe, und deswegen wird mir doch hoffentlich die Zeit für eine Prüfung eingeräumt. Danke!

(Unruhe im Präsidium)

Gut, dann bitte ich um Entschuldigung. Ich habe das nicht absichtlich gemacht, sondern bin nach meinem Redezettel vorgegangen. Aber selbstverständlich, Herr Arppe, Sie haben jetzt das Wort.

(Der Abgeordnete Holger Arppe wendet sich an das Präsidium.)

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Also das ist ja nicht ganz richtig, da muss ich doch noch mal dazwischengrätschen, was jetzt hier eben vom Kollegen Butzki unterstellt wurde, dass die AfD sich jetzt hier, die AfD-Fraktion sich jetzt hier auf den letzten Metern noch mit dem Thema „Pflege der niederdeutschen Sprache“ beschäftigt. Also mitnichten! Also ich persönlich erinnere mich da an den Mai 2017, an einen Antrag, wo es darum ging, den schriftlichen Nachlass von Fritz Reuter in die Liste des Weltdokumentenerbes im Rahmen des UNESCO-Programms „Memory of the World“ aufzunehmen, der damals abgelehnt worden ist, freilich. Also das ging schon recht ...

(Andreas Butzki, SPD: Und was hat das mit Niederdeutsch in der Schule zu tun?)

Was quitschen Sie denn jetzt dazwischen schon wieder?

(Andreas Butzki, SPD: Weil Sie Quatsch erzählen.)

Ich beziehe mich auf Ihren Vorwurf, dass die AfD sich bis zum heutigen Tage noch nicht um das Thema Niederdeutsch gekümmert hat, und das ist falsch.

(Andreas Butzki, SPD:
Das ist Quatsch, weil sich
das auf die Schule bezieht.)

Und dann wollte ich noch hinzufügen, dass es natürlich so ist, dass an den Schulen zweifelsfrei schon einiges getan wird, aber man kann das ja von außen – und das gehört sehr wohl zum Thema – auch noch zusätzlich flankieren. Und da möchte ich doch noch mal genau daran erinnern und das doch zum Vorschlag bringen, sich in der Zukunft noch einmal mit dieser Problematik zu beschäftigen, ob es nicht sinnvoll wäre, auch, um den Status der plattdeutschen Sprache zu erhöhen und auch die Menschen, auch an den Schulen und an sonstigen Einrichtungen

(Andreas Butzki, SPD:
Mehr als Abitur geht nicht!)

die Menschen zu begeistern, sich mehr mit der niederdeutschen Sprache zu beschäftigen, indem man sich dieses Projektes in der Zukunft noch einmal annimmt, also sich um die Aufnahme des schriftlichen Nachlasses von Fritz Reuter auf eben jene Liste zu bemühen. Oder, was auch noch nicht geschehen ist – und das verstehe ich überhaupt nicht, wenn Ihnen hier allen die niederdeutsche Sprache so wichtig ist –, bis heute ist zum Beispiel die niederdeutsche Sprache, hat man noch nicht versucht, die niederdeutsche Sprache auf die Liste des immateriellen Kulturerbes der UNESCO zu bringen. Das hat jetzt natürlich nichts oder nicht direkt was mit der konkreten Bildungsarbeit an Schulen zu tun, aber das ist ja ähnlich wie mit der Welterbesgeschichte von Schwerin, das gibt natürlich so einer Sprache und dem ganzen Drumherum noch einmal einen zusätzlichen Schub, auch an den Schulen.

Schleswig-Holstein hat immerhin einen kleinen Schritt in diese Richtung schon mal gemacht, und zwar ist in Schleswig-Holstein das Niederdeutsche Theater auf der Liste des immateriellen Kulturerbes gelandet. Und vielleicht wäre das auch noch mal eine Idee, damit die Begeisterung in den zukünftigen Generationen für das Niederdeutsche wächst. – Danke!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Christel Weißig, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Aber jetzt ganz sicher für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Werte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Werte Gäste! Uns Fru Minister un ok de meisten annern Redners hebben uns nu vertellt, wat al' all för uns Lannessprak daun ward. Dat fröt uns ok. Man blots, dat nich nauch is, üm uns Sprak tau erhollen, as uns Lannesverfatung dat för uns prat höllt.

Denn hebben wi ok noch hört, dat wi totied ganz anner Sorgen mit Schaul un Ünnerriicht hebben un Liehrers as nu grad ok noch Plattdütsch. Dormit sünd wi wedder bi de Frach', blots dor, wo dat wullt is, ward ok wat dahn. Väl to oft fählt dat an Lösung'n. Wenn dat dor kniepen ward, gahn ji nu un gäben Geld, und so ward sick denn ut de Verantwortung stahlen: Uns Geld – juch Problem.

Oewer is dat alltau hop all wükdlich nauch? Schön un gaut, dat wi söss Schaulen hebben, in denn' Platt sowiet liehr ward, dat dor ok Abiturprüfungen möglich sünd. Ick weit oewer von keine Schaul, de de Plattdütsche Woch all mal taun Anlass nahm hätt, hierföör mal 'n Projekt antaufangen, üm dor vielleicht wat Duerhaftes ut tau maken. Man kann ok doroeower strieden, ob dat wat bröcht harr, Platt as tweite Frömdsprak antauerkennen, üm so siene Bedüüdung antauhäben.

(Andreas Butzki, SPD:
Hat nicht geklappt in der KMK.)

Doch denn kamen wi wedder an den Punkt, dat wi tau wenige Liehrers dorföör hebben. Un dormit sünd wi wedder bi dat Anliggen von unsen Andrach.

(Andreas Butzki, SPD: Da ist Sächsisch
auch eine zweite Fremdsprache.)

Wi möten dat Plattdütsche so gaut an uns Kinner ranbringen, dat se dor Interesse an fin'n, süss droht uns all bald mit den Ünnergang von de Sprak ok de Verlust von uns Heimatkultur.

Ick spor mi wägen de Tied nu noch deipere sprakgeschichtliche Afhandlungen. Oewer wil dit mine letzte Räd in disse Runn' is, erlauf ick mi noch ein' lütten Utluch un wil hei ok 'n bäten wat von ne Brüch ore taumindest 'n Katerstieg tau unsen Dömser Andrach, de noch kümmt, hett: Tau'm Afschied secht man hiertolann „Tschüss“. Dat „Tschüss“ is oewer dat Plattdütsche in uns Sprak kamen. Un in dat Plattdütsche is dat in de Franzosentied kamen, de Reuter thematisiert hett, un de hett je in Döms in de Festung setten. Oewer woans ist dat nu mit dat „Tschüss“? Ut dat franzö'sche „adieux“ is tauierst 'n „adjes“ wor'n. Dor hett sick denn mit de Johren ein „Adschüss“ ut entwickelt. Un dat hett sick to „Tschüss“ verkört.

Oewer nu bidd ick nochmals üm Taustimmung föör unsen Andrach, bevör ick „Tschüss ok alltausamen“ sech. – Välen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD,
Andreas Butzki, SPD, Holger Arppe, fraktionslos,
und Christel Weißig, fraktionslos)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Kröger!

Allerdings sage ich, bevor ich die Aussprache schließe, Tschüss, weil ansonsten passt es nachher nicht mehr rein.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Also Tschüss, Herr Kröger!

Und jetzt schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/6158. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/6158 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und der beiden fraktionslosen Abgeordneten und ansonsten Ablehnung abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 51:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Konzept für die Schule nach der Pandemie gemeinsam entwickeln, Drucksache 7/6178.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Konzept für die Schule nach der
Pandemie gemeinsam entwickeln
– Drucksache 7/6178 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich im April hörte, dass die Bildungsministerin den „Bildungspakt für Gute Schule 2030“ verkündete, da fiel mir sofort ein Intro ein aus einer Serie, die mich in meiner Kindheit begleitet hat: „Der Weltraum, unendliche Weiten.“

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Oi, Westfernsehen geguckt!)

„Dies sind die Abenteuer des Raumschiffs Enterprise, das mit seiner 400 Mann starken Besatzung fünf Jahre lang unterwegs ist“,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

„um neue Welten zu erforschen, neues Leben und neue Zivilisationen.“ Ende des Zitats.

Nicht nur, dass die immer wieder gleiche Verkündung des gleichen Inhalts genau wie „Raumschiff Enterprise“ eine Serie zu sein scheint, gleichen sich auch beide darin, dass man sich in unendliche Weiten flüchtet, immer schön weit weg, immer schön im Konjunktiv und immer schön die Zukunft fest im Blick, aber nicht die Gegenwart. Alles bereits Bekannte wurde aufgezählt, alle Probleme wurden tatsächlich benannt, Lösungsvorschläge auch, aber dabei bleibt es dann, denn geändert wird nichts. Die 400 Mann starke Besatzung wird vermutlich am Boden bleiben, weil folgende Aussage alles, was zuvor benannt wurde, zunichtemacht, ich zitiere: „Um allgemein- und berufsbildende Schule als ... relevantes Thema gut und sicher aufzustellen, sind weitere Ressourcen notwendig. ... Sollten“, ich wiederhole: „Sollten sich in den nächsten Jahren ... weitere finanzielle Spielräume ergeben, sind sich die Partner darüber einig, dass der Ausbau und die Erweiterung der vereinbarten Maßnahmen eine hohe Priorität genießen“, Ende des Zitats.

Alles das, was bis 2030 verändert werden könnte, bleibt also so lange Utopie, solange sich keine finanziellen Spielräume entwickeln. Das, sehr geehrte Damen und Herren ...

(Die Abgeordneten
Thomas de Jesus Fernandes und
Peter Ritter fotografieren im Plenarsaal.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment, Frau Fraktionsvorsitzende! Ich muss Sie leider unterbrechen.

Also ich bin ja relativ großzügig bei unserer letzten Sitzung gewesen, aber wenn jetzt hier alle Abgeordneten sich gegenseitig filmen, dann finde ich das nicht mehr lustig. Also das ist völlig unangemessen. Es gibt norma-

erweise die Regelung, dass das grundsätzlich zu unterlassen ist.

(Die Abgeordnete Simone Oldenburg wendet sich an das Präsidium.)

Wir kriegen das irgendwie hin mit der Zeit, aber es ist notwendig. Wir sind wirklich jetzt bald am Ende des letzten Sitzungstages, trotzdem bitte ich um die notwendige Ernsthaftigkeit. Also ansonsten ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich bin fertig mit Fotografieren.)

Wunderbar! Ich hoffe, dass jetzt alle fertig sind, denn dieser Hinweis gilt. Und wie gesagt, meine Großzügigkeit ist schamlos ausgenutzt worden,

(Heiterkeit bei Rainer Albrecht, SPD: Oh!)

und von daher bitte ich nicht, sondern sage, dass das für heute jetzt zu unterbleiben hat, damit wir auch ordnungsgemäß die Sitzung noch beenden können.

Und jetzt können Sie fortfahren, ...

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Danke schön!

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... Frau Fraktionsvorsitzende.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ich mache das wie bei einer Serie, ich wiederhole noch mal das,

(Dietmar Eifler, CDU: Oh nö!)

was ich bisher gesagt habe.

(Heiterkeit bei Susann Wippermann, SPD,
und Christel Weißig, fraktionslos)

Also es geht um die Spielräume, dass man also nur, wenn man finanzielle Mittel findet, wenn sich Spielräume ergeben, dann wird etwas gemacht, und das, sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, das ist wirklich der falsche Ansatz. So werden alle dringend notwendigen und überfälligen Maßnahmen in den unendlichen Weiten des Universums verschwinden, und zwar auf Nimmerwiedersehen. Denn welche Spielräume, und da müssen Sie ehrlich sein, sollte ein Haushalt, der durch eine Milliarden-Corona-Verschuldung gebeutelt ist, denn bieten? Bildung darf nicht von Spielräumen abhängig sein. Bildung wurde jahrelang auf Verschleiß gefahren. Bildung ist nicht verhandelbar, in sie muss investiert werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren, Corona hat doch nur die zahlreichen Baustellen in der Bildung offengelegt. Bekannt sind sie seit vielen, vielen Jahren. Und natürlich gab es auch Verbesserungen, und die möchte ich auch noch einmal ganz, ganz deutlich benennen: Die Grundschullehrkräfte wurden nach Jahren der Ungleichbehandlung endlich besser vergütet, an den Gymnasien gab es zusätzliche Stellen zur Begabtenförderung und ältere Lehrkräfte erhielten zusätzliche Anrechnungsstunden. Das alles darf nicht verschwiegen werden, aber es darf auch kein Feigenblatt dafür sein, dass genug getan wurde und die Lösung der zahlreichen Probleme so lange

verschoben wird, bis uns das System irgendwann droht um die Ohren zu fliegen.

Die Kinder und Jugendlichen, die brauchen jetzt verbesserte Lernbedingungen. Die Eltern brauchen sofort Gewissheit, dass ihre Kinder einen Schulabschluss erreichen, der kein Corona-Notabschluss ist, sondern einer, der sie mit Wissen und Kenntnissen bepackt ins Leben starten lässt. Die Lehrkräfte brauchen jetzt bessere Arbeitsbedingungen, damit sie nicht weglaufen, damit sie in diesem Land arbeiten und damit sie sich eben nicht vier, fünf Jahre früher in die Rente flüchten. Und dazu kann das in der vergangenen Woche verkündete 4-Säulen-Programm „Stark machen und Anschluss sichern“ eine Chance sein, eine Möglichkeit sein, aber eben nur eine von vielen.

Frau Martin, warum kommen Sie so spät damit um die Ecke?

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Zwei Wochen vor Ende des Schuljahres! Warum nicht zu Beginn des letzten Lockdowns? Dann hätte man sagen können, so geht es weiter. Dann hätten Eltern und Kinder und auch die Lehrkräfte gewusst, wie es vielleicht weitergehen könnte, denn da hatten wir doch schon wochenlang keinen Präsenzunterricht. Und auf Distanzunterricht möchte ich da jetzt gar nicht großartig eingehen. Wir wissen beide, wie das gelaufen ist, wir wissen beide, welche Art von Distanzunterricht es gegeben hat. Wir brauchen jetzt eine Inventur, sonst nimmt das Unglück seinen Lauf.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Jetzt müssen wir alles in Angriff nehmen und es wirklich nicht in weite Ferne schieben, nicht in das nächste Schuljahr, nicht in das übernächste Schuljahr und auch nicht in die nächste Legislaturperiode. Zum sofortigen Handeln gehört auch, dass die Lernstandserhebungen noch in diesem Schuljahr hätten durchgeführt werden müssen, so, wie wir es gefordert haben.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Es liegt doch auf der Hand: Nur, wenn ich weiß, wo die Lücken sind, macht doch überhaupt ein Ferienlernprogramm Sinn. Und erst nach den Lernstandserhebungen weiß ich auch, ob ein Abschluss der Jugendlichen tatsächlich gefährdet ist. Erst dann kann man ihnen das Angebot unterbreiten, an der Förderschule das freiwillige 10. Schuljahr zu belegen, so, wie Sie es in Ihrem 4-Säulen-Programm beschreiben.

Schulabschlüsse sind wichtig, ja, aber auf der anderen Seite lässt die Landesregierung gleichzeitig es zu, dass fast 300 Plätze im produktiven Lernen ungenutzt bleiben, und damit werden die Chancen von fast 300 Jugendlichen auf einen Schulabschluss verhindert. Warum ändern Sie dieses so erfolgreiche Angebot des produktiven Lernens so, dass Sie den Schülerinnen und Schülern nicht einmal mehr die Möglichkeit geben, hier den höherwertigen Schulabschluss der Mittleren Reife künftig noch zu erreichen? Das, was bisher in diesem Land hervorragend funktioniert hat, das wird ohne Not über Bord geworfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in einem weiteren Punkt wird wieder vorrangig auf Lehramtsstudierende gesetzt,

nämlich wenn es darum geht, die Wissensdefizite bei den Kindern und Jugendlichen zu beheben. Die Lehramtsstudierenden sind doch aber keine ausgebildeten Lehrkräfte. Es sind Studentinnen und Studenten. Sie sind am Anfang oder in der Mitte ihrer Ausbildung. Da können sie doch gar nicht die Lücken erkennen oder gar beheben, das sollen sie doch alles erst im Studium lernen!

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Sie studieren Lehrerin oder Lehrer, um das zu werden, nicht, weil sie es schon sind! Dann müssten sie nicht dieses Studium absolvieren. Und in der praktischen Arbeit, die unbenommen ganz notwendig ist, darf man sie nicht alleinlassen, darf man sie nicht als Lückenbüsser nehmen,

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

sondern in jeder praktischen Stunde müssen diese zukünftigen Lehrkräfte begleitet werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD und DIE LINKE)

Frau Martin, an diese Stelle gehören zusätzliche Lehrkräfte, und diese hätten längst ausgeschrieben werden müssen.

Warum lassen wir uns immer so viel Zeit? Warum können wir nicht mal präventiv arbeiten? Warum muss immer alles erst in Richtung Brunnen gehen, damit wir dann mit vereinten Kräften entweder diesen Brunnen abdecken oder aber wieder versuchen, alles rauszuholen, was in der Zeit da reingefallen ist? Warum?! Wir brauchen umgehend Maßnahmen, umgehend Maßnahmen, die die Schulabschlüsse sichern und zuvor das nötige Wissen vermitteln. Und dazu braucht das gesamte Schulsystem tatsächlich diese Inventur: Was gibt es? Was brauchen wir? Was muss neu geschaffen werden?

Das, sehr geehrte Damen und Herren, das kann niemand alleine. Das erwartet auch niemand. Deswegen schlagen wir eine Bildungskonferenz aller an Schule Beteiligten vor. Dann nehmen wir das Bündnis für „Gute Schule“ ernst, wir nehmen die Forderungen genauso ernst wie die des Zukunftspaktes 2030, wie das 4-Säulen-Programm und wie die Vorschläge unserer Fraktion, die seit Januar auf dem Tisch liegen. Einige wenige möchte ich hier gerne noch einmal wiederholen: 300 zusätzliche Lehrkräfte zur individuellen Förderung, eine Verlängerung des Schuljahres bis zu den Herbstferien, eine Vorschule für zukünftige Erstklässler, Schulsozialarbeit an jeder Schule. Gemeinsam können wir aus diesen zahlreichen Vorschlägen einen Stundenplan entwickeln, wann wird was durch wen unterrichtet, erarbeitet, geprüft und vor allem auch finanziert. Ja, auch darüber muss geredet werden, denn mit Haushaltsresten und mit zufällig übriggebliebenem rettet man nicht die Bildung der Kinder und Jugendlichen.

(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Nehmen Sie jetzt all Ihren Mut zusammen und lassen Sie uns Kurs auf die Gegenwart nehmen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 55 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Frau Martin.

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gerade gelernt, dass wir beide was gemeinsam haben. Sie sind mit „Star Trek“ aufgewachsen, ich auch. „Raumschiff Enterprise“, zwei Trekkies, das ist wunderbar!

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sie durften das, ich nicht!)

Ich durfte es schauen

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

und ich schaue es immer noch. Sie können es jetzt auch schauen.

(Andreas Butzki, SPD: Es war nicht verboten. Es war nicht erwünscht. –
Zuruf von Dietmar Eiffer, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die vergangenen 15 Monate haben der gesamten Gesellschaft, uns allen, enorm viel abverlangt. Doch es waren vor allem die Kinder und die Jugendlichen, die die größten Entbehrungen hinnehmen mussten. Über Nacht wurde ihr Alltag völlig umgekrempelt, wochen- und monatelang konnten sie nicht oder nur eingeschränkt in die Schule gehen, sie durften ihre Freunde nicht treffen, nicht in den Fußballverein, nicht zum Turnen, mussten oft alleine von zu Hause aus den Lernstoff bewältigen.

Ich denke, wir sind uns hier alle einig darüber, dass es keinen vollwertigen Ersatz gibt für den Unterricht in der Schule und den persönlichen Kontakt zu den Lehrerinnen und Lehrern. Und deshalb ist es so wichtig, dass wir von Anfang der Pandemie an bei allen notwendigen Entscheidungen immer die Leitlinie hatten, Kinder und Jugendliche haben Priorität, und deshalb haben wir auch jetzt, als wir die Öffnungsschritte Schritt für Schritt gestartet haben, dass wir zuerst die Öffnung der Kitas und zuerst die Öffnung der Schulen vorgenommen haben. Alle Schülerinnen und Schüler gehen seit zwei Wochen wieder täglich in die Schule und man mag sagen, na ja, sind ja auch bald Ferien, aber ich sage Ihnen, jeder Tag zählt. Und genau so wollen wir nach den Ferien auch wieder starten in ein Schuljahr mit so viel Normalität wie möglich, mit Präsenzunterricht jeden Tag, fünf Tage die Woche, natürlich mit den Hygienemaßnahmen, die zu diesem Zeitpunkt notwendig sein werden.

Aber für mich ist ganz klar, der wichtigste Schritt, um sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler den Anschluss nach diesen schwierigen Monaten schaffen und keine langfristigen Nachteile für ihre Bildungslaufbahn haben, der wichtigste Schritt ist, dass der Schulbetrieb im neuen Jahr abgesichert wird.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Abgesichert?!)

Und deshalb ist es so wichtig, dass inzwischen alle Lehrkräfte an allen Schulen in M-V ein Impfangebot erhalten

haben. Das bringt uns bereits jetzt eine neue Qualität der Sicherheit in die Schulen. Und wenn im neuen Schuljahr die Impfquote in der Gesellschaft insgesamt hoch ist und höher, viel höher als jetzt noch, dann schützen wir damit auch gemeinsam unsere Kinder und Jugendlichen und ihren täglichen Schulbetrieb.

Und ich bin auch sehr froh, dass es inzwischen einen Impfstoff gibt, der freigegeben ist für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren, mit der neuen STIKO-Empfehlung, dass sich vor allem Jugendliche und Kinder mit Vorerkrankungen impfen lassen sollten.

(Horst Förster, AfD: Vor allem nur für die ist die Empfehlung, nicht für alle.)

Dies ...

Alle anderen dürfen aber auch nach einer Beratung mit den Ärzten.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
Horst Förster, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD –
Glocke der Vizepräsidentin)

So ist das.

Dies ist ein wichtiger Schritt, gerade nämlich für die Schülerinnen und Schüler, die seit Monaten aufgrund von eigenen Vorerkrankungen oder aufgrund von Erkrankungen ihrer Eltern und besonderen Gefährdungen in der Familie, die sitzen nämlich seit Monaten und haben Distanzunterricht, und deswegen ist es so wichtig, dass die sich jetzt auch impfen lassen dürfen.

Und weil wir wissen, dass das Virus nach dem Sommer wohl trotzdem leider noch nicht völlig verschwunden sein wird, bereiten wir natürlich auch für die Zeit nach den Ferien angemessene Schutzmaßnahmen zur Absicherung des Unterrichts vor.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Klar ist aber auch, viele Eltern und viele Schülerinnen und Schüler fragen sich nun, wie die Lernlücken, die in diesem Jahr aufgetreten sind, aufgeholt werden können. Sie sorgen sich darum, dass sie den Anschluss nicht schaffen. Lehrkräfte sorgen sich vor allem um die Schüler, die nicht so gut zurechtgekommen sind wie andere mit dem Distanzlernen, von denen sie vielleicht auch wenig gehört haben, die über die Zeit des sogenannten Distanzlernens gar nicht oder nur ein wenig erreichbar waren. Vor allen Dingen bei denen haben die Lehrkräfte, die Pädagoginnen und Pädagogen große Sorge, wie wir die wieder zurück in den normalen Schulalltag holen.

Es steht also völlig außer Zweifel, die vergangenen Monate haben Lücken, haben Probleme verursacht, nicht bei allen Schülern, vor allen Dingen nicht bei allen Schülern in gleichem Maße. Es ist deshalb jetzt das wichtigste Ziel für die ersten Wochen und Monate des neuen Schuljahres, aber auch weit darüber hinaus, dass wir mit einem klugen Konzept den Anschluss aller Schülerinnen und Schüler sichern. Und deshalb hat die Landesregierung das Aktionsprogramm „Stark machen und Anschluss sichern“ aufgelegt, das vielfältige verschiedene Maßnahmen umfasst, denn wir müssen an mehreren Schrauben drehen. Es ist nicht die eine Maßnahme, es wird nicht die eine Maßnahme geben, und dann ist alles

wieder paletti. Die Schülerinnen und Schüler sind sehr unterschiedlich von den Auswirkungen der Pandemie betroffen – ich habe es ja bereits kurz umrissen –, und je nach Klassenstufe, je nach Alter haben sie auch unterschiedlich viel Zeit für das Aufholen und für das Ausgleichen. Ein Schüler, der im nächsten Jahr die Mittlere-Reife-Prüfung vor sich hat, muss im kommenden Schuljahr vor allem sehr konkret und gezielt auf die Prüfungen vorbereitet werden. Kinder, die noch viele Jahre Schulzeit vor sich haben, haben einfach mehr Zeit.

Und ich kann Ihnen versichern, niemand muss glauben, dass die Lehrerinnen und Lehrer im neuen Schuljahr so tun, als hätte es Corona nie gegeben. Sie wissen alle besser als wir hier im Saal, dass es jetzt darum gehen muss, die Kinder abzuholen nach dieser schwierigen Zeit, festzustellen, wo sie stehen, und sie im neuen Schuljahr gut zu begleiten, damit sie den Anschluss schaffen. Und dafür werden wir ihnen die notwendigen Instrumente und Möglichkeiten an die Hand geben und sie dabei unterstützen.

Die Landesregierung wird in diese wichtige Aufgabe rund 38 Millionen Euro investieren, davon etwa die Hälfte aus Landesmitteln und rund 19 Millionen Euro allein für die Lernförderung aus dem neuen Bund-Länder-Programm „Aufholen nach Corona“. Hinzu kommen noch mehr als 5 Millionen Euro, die das Sozialministerium aus dem Programm erhält, um auch durch die Jugendarbeit und vor allem auch durch die Schulsozialarbeit zusätzlich die Kinder auffangen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen hier nur kurz die wichtigsten Schwerpunkte unseres Programms „Stark machen und Anschluss sichern“ vortragen. Das ist ein großes, ein langes Programm, es gibt ein Papier dazu, deswegen werde ich mich hier auf die wichtigsten Schwerpunkte konzentrieren. Schon im Sommer 2020 hatten wir ein Programm aufgelegt, das Schülerinnen und Schülern ermöglicht hat, zusätzliche Lern- und Förderangebote bei privaten Bildungsträgern kostenfrei wahrzunehmen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dieses Programm haben wir auch jetzt schon begleitend in der Schulzeit, aber jetzt auch für die Ferien, für die Sommerferien zur Verfügung gestellt.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Hatte! Hatte!)

Es ist nicht alles zu, die Bildungsträger sind offen. Insofern können jetzt in den Ferien die Kinder freiwillig ihr Wissen in dieser Zeit auch festigen.

Zweitens. Nicht nur im Bereich der Wissensaneignung müssen wir unterstützen, es muss jetzt auch um das soziale und um das kulturelle Lernen gehen. Deshalb freue ich mich sehr, dass der Bund das Programm „Kultur macht stark“ noch einmal aufgestockt hat und Kurse und Aktivitäten für Kinder und Jugendliche in diesem Bereich unterstützt. Wir als Ministerium werben bei den Trägern der kulturellen Bildung dafür

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und wir haben auch im Land eine Anlaufstelle für diese Träger, wo sie sich informieren können und sich bei der

Umsetzung des Programmes auch unterstützen lassen können. Wir wollen, dass unsere Kinder und Jugendlichen im Land möglichst viel von diesem Bundesprogramm profitieren können und in den Ferien einiges nachholen können, was sie eben auch wirklich schmerzlich vermisst haben in den letzten Monaten: Kultur, soziales Miteinander und außerschulisches Lernen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Mathe! Deutsch!)

Sehr froh bin ich darüber, dass das Sozialministerium in den Ferien wieder das Programm „MV kann schwimmen“ durchführt, denn auch der Schwimmunterricht – und sehr stark war der betroffen – hat gelitten in den letzten Monaten. Es haben die Kleinen in der 3. und 4. Klasse keinen Schwimmunterricht oder überhaupt nur sehr eingeschränkten Schwimmunterricht haben können. Das heißt, wir müssen dringend dafür sorgen, dass diese Kinder das Schwimmen noch erlernen können. Deshalb haben wir zusätzliche Ferienkurse. Dank an das Sozialministerium! Wir werden aber auch als Bildungsministerium 1,6 Millionen Euro zusätzlich investieren, um den Schwimmunterricht dann in den nachfolgenden Klassen, vor allen Dingen in der 6. Klasse dann anzubieten, damit die Kinder das nachholen können.

Viertens. Die ersten vier Wochen in den Ferien werden wir als sogenannte Anschlusswochen organisieren.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Im neuen Schuljahr, meinen Sie!)

Nach der ...

Habe ich da „in den Ferien“ ...?

(Andreas Butzki, SPD: Nach den Ferien!)

Nein, nein, ich meine – Entschuldigung, keine Panik da draußen! –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Ich wollte nur sagen, ich höre zu!)

nein, nach den Ferien die ersten vier Wochen der Schulzeit werden Anschlusswochen sein. In dieser Schulzeit können die Lehrkräfte die Zeit nutzen, die Kinder wieder an den Schulalltag heranzuführen, Lernstandserhebungen durchzuführen, Lehrerkompetenztests nachzuholen und auch mal diese Dinge, die Kompetenzen, die im vergangenen Schuljahr eben nicht gefestigt werden konnten, in diesen Wochen zu festigen. Wie schon gesagt, es wird keine atemlose Aufholjagd geben an den Schulen, die alle überfordert,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das ist aber schlecht. Die brauchen wir!)

es geht darum, Schritt für Schritt und auch mittel- und langfristig die Kinder in den Anschluss an die Bildungslaufbahn heranzuführen.

Ein Wort zu Prüfungsjahrgängen: Die Prüfungsjahrgänge, ich habe es gesagt, haben weniger Zeit, sich vorzubereiten. Wir haben im nächsten Jahr dann die Prüfungen. Hier geben wir sehr früh –

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

bis zum Beginn des Schuljahres – die Vorabinweise rein. Wir werden es ermöglichen, dass konkret und konzeptionell auf die Prüfungen vorbereitet werden kann, sehr konzentriert.

Sechster Punkt ist die personelle Verstärkung an den Schulen. Wir werden – Frau Oldenburg hat darüber gesprochen – die Möglichkeit erweitern oder zeitlich auch ausdehnen, dass Lehramtsstudierende als zusätzliche Hilfe in die Schulen gehen, und dort als zusätzliche individuelle Förderung auch das anbieten.

Wir werden siebte ein Budget, was es jetzt schon gab an den Schulen, weiterführen, dass jede Schule ein zusätzliches Budget erhält, um externe Unterstützung einzukaufen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Dieses Budget werden wir erhöhen, bei großen Schulen sogar verdoppeln von 2.500 auf 5.000 Euro.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Verdoppeln Sie doch mal die Lehrer!
Da ist doch viel besser geholfen mit.)

Wir haben natürlich selbstverständlich sehr viele Lehrerstellen ausgeschrieben. Im Moment laufen die Besetzungen der Lehrerstellen auf Hochtouren.

Wir werden achtens das, was wir sowieso im Rahmen der Inklusionsstrategie für 2027/2028 geplant haben, das freiwillige 10. Schuljahr, anbieten, damit Jugendliche, die drohen, die Schullaufbahn abzubrechen, also keinen Abschluss zu erhalten, dass die dort ab Februar 2022 im freiwilligen 10. Schuljahr sicherstellen, dass dort eine Berufsmöglichkeit möglich ist.

Wir werden außerdem, und das ist wichtig, ich habe es vorhin erwähnt, auch die Kinder im psychosozialen, im psychologischen Bereich unterstützen. Wir müssen gucken, was in diesen Monaten der Pandemie dort auch aufgetreten ist. Deswegen werden wir zusätzliche Betreuungsangebote über mobile Teams und Schulpsychologen in die Schulen schicken. Das wurde uns ermöglicht über das 100-Millionen-Schulpaket. Und wir werden natürlich die Schulsozialarbeit, die ermöglicht ist über das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“, in den Schulen einsetzen, um dort die Lehrkräfte zu unterstützen.

Jetzt, bevor ich zum Ende komme, möchte ich noch ein Wort sagen zu dem Austausch, der völlig zu Recht gefordert wird, den wir brauchen mit den Verbänden, mit dem Bündnis „Gute Schule“. Der läuft unglaublich intensiv, vor allen Dingen jetzt in der Zeit der Pandemie. Wir beraten viel und intensiv mit den Vertreterinnen und Vertretern des Bündnisses, der Verbände. Und für gute Impulse sind wir immer offen. Auch ich bin der Meinung, diese Herausforderung, die hinter uns liegt, aber die vor allen Dingen jetzt vor uns liegt, ist nur gemeinsam zu meistern. Wir haben also ein großes Aktionsprogramm aufgelegt.

Wir haben aber auch, und Sie haben es gerade erwähnt – unter Punkt 2 ist es, glaube ich, im Antrag –, die Bildungskonferenz, die Sie bis zum 31. Juli fordern. Diese haben wir bereits konzipiert und dazu ist bereits eingeladen, zumindest sind die Sprecherinnen und Sprecher, die Impulsgeber sind an Bord. Diese Konferenz wird am

24. Juni stattfinden. Dazu lade ich Sie natürlich hiermit herzlich alle ein, aber Sie kriegen natürlich auch in der kommenden Woche dann die Einladung dazu. Dort werden wir über die Zeit nach Corona – was können wir aus der Pandemie lernen für Schule, aber wie sieht die Schule der Zukunft aus –, wir werden dort also mal den Blick nach vorne miteinander richten. Ich halte das – Sie haben es ja auch gesagt – für sehr wichtig, dass wir kurzfristig uns mit einem Programm darum kümmern, dass die Kinder den Anschluss schaffen. Dafür haben wir das Programm aufgelegt, das ich gerade beschrieben habe. Wir müssen uns aber auch langfristig darum kümmern, dass die Schule der Zukunft dem entspricht, was die Kinder brauchen für ihr Leben. Darüber müssen wir uns austauschen. Das ist ein Teil dieser Konferenz.

Aber auch zum Bildungspakt möchte ich noch einmal was sagen. Der Bildungspakt 2030 – und da, Frau Oldenburg, mögen Sie vielleicht die Dimension dieser Vereinbarung unterschätzen oder falsch einschätzen –, diese Möglichkeit, die uns da gegeben ist als Tarifpartner miteinander an einem Tisch, ähnlich wie das Lehrerpersonalkonzept, dass wir dort die wirklichen Nöte an den Schulen für die Zukunft, und das machen wir kurz-, mittel- und langfristig, miteinander regeln, das ist wirklich eine wichtige Sache für das Land. Und ich kann Ihnen ganz wirklich versprechen, wir werden da zu ganz konkreten Vereinbarungen kommen, die die Schulen in eine gute Zukunft führen werden. Insofern, ich wäre vorsichtig, diesen Bildungspakt 2030 so schlechtzureden. Das ist nämlich ein wirkliches Pfund, mit dem wir in die kurz-, mittel- und langfristige Bildungsplanung einsteigen, und das ist auch wichtig. – Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Die Ministerin hat die angemeldete Redezeit um fünf Minuten überschritten.

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Herr Schneider.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Harry, du bist ja auch da.)

Jens-Holger Schneider, AfD: Liebe Landsleute! Werte Gäste! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Da sich hier diejenigen als Trekkies geoutet haben, die bisher gesprochen haben, mache ich das auch: Tach pah, Tach peh.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Lass sein! Lass lieber sein!)

Das war klingonisch für „Sein oder Nichtsein“ aus meinem Lieblings-„Star-Trek“-Film VI, die Zukunft: „Das unentdeckte Land“. Und vieles, über das wir hier reden, das ist die Zukunft, das unentdeckte Land, mit dem wir uns hier beschäftigen.

Ein „Konzept für die Schule nach der Pandemie gemeinsam entwickeln“ – es ist unstrittig, meine Damen und Herren, dass die Schulen noch für längere Zeit mit der schweren Aufgabe ringen müssen, teilweise riesige

Lerndefizite auszugleichen, zugleich aber auch neuen Stoff einzuführen. Zu organisatorischen und inhaltlichen Fragen zur Lösung dieses Problems hatten wir bereits im März-Plenum dieses Jahres einen detaillierten 6-Punkte-Plan vorgelegt. Der jetzige Antrag der LINKEN greift unser Thema auf, lässt aber konkrete Maßnahmen vermissen und fordert lediglich die Landesregierung dazu auf, Konzepte zu entwickeln und eine Konferenz einzuberufen. Warum bedarf es nun aber eines Antrages, der selbst keine inhaltlichen Vorschläge unterbreitet?

Das Ziel des Antrages ist allerdings ein anderes. DIE LINKE will Entscheidungsbefugnisse an außerparlamentarische Interessenvertretungen, wie zum Beispiel an das Bündnis für „Gute Schule“, übertragen. So wird unter II.1, dritter Spiegelstrich festgelegt, dass die Landesregierung „die Forderungen des ‚Bündnis für gute Schule‘ ... berücksichtigen (muss)“. Ich betone, muss! Es widerspricht doch aber völlig den Prinzipien unserer parlamentarischen Demokratie, wenn außerparlamentarische Vereinigungen und Bündnisse darüber bestimmen dürfen, was das Parlament beziehungsweise die Landesregierung beschließen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Nun ist nicht abzustreiten, dass zum Bündnis für „Gute Schule“ auch erfahrene Praktiker aus dem Schulbetrieb gehören, die gute Vorschläge zur Lösung der Probleme machen können. Es gehören aber verschiedene Interessenvertretungen dazu, deren Interessen allerdings nicht immer in dieselbe Richtung gehen.

Unter II.2 verlangen die Antragsteller eine recht kurzfristige, in den Schulferien einzuberufende Bildungskonferenz, ich zitiere, „mit allen an Bildung beteiligten Interessenvertretungen und Mitwirkungsgremien“. Diese Bildungskonferenz soll dann verbindliche Beschlüsse fassen. Ein großer, nicht klar definierter Personenkreis unterschiedlichster Interessenlagen bekäme also hier Vollmachten, die ihm nicht zustehen. Auch eine solche Vorgehensweise können wir nicht billigen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Schauen wir uns aber den Antrag weiter an, ob noch etwas an ihm zu retten ist. Es sollen Methoden entwickelt werden, wie die im Distanzunterricht von den Schülern erarbeiteten Unterrichtsinhalte kontrolliert werden können. Das ist nun eine Aufgabe, vor der jede Lehrkraft in je anderer Weise steht. Die Verhältnisse sind nun einmal von Schüler zu Schüler, von Klasse zu Klasse, von Schule zu Schule und besonders von Fach zu Fach sehr unterschiedlich. So baut in manchen Fächern wie in der wichtigen Mathematik der Stoff aufeinander auf, sodass erst der versäumte Stoff nachgeholt werden muss. In anderen Fächern kann gleich mit neuem Stoff begonnen und der alte nach und nach eingeführt werden. Die Vielfalt der Lernprozesse wird jede Lehrkraft vor Ort pragmatisch lösen müssen.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Allgemeine Prinzipien dürften da nicht allzu viel helfen.

Eine weitere Forderung des Antrages gibt der Landesregierung den Auftrag, Möglichkeiten gegen Schuljahreswiederholungen zu unterbreiten, auch dies wieder sehr pauschal, als ob sie generell vermieden werden sollten. In

vielen Fällen dürfte aber eine Wiederholung des Schuljahres im Interesse der Bewältigung künftiger Schuljahre viel sinnvoller sein.

(Beifall Horst Förster, AfD)

Das muss von Fall zu Fall entschieden werden und nicht pauschal.

Alles in allem bietet dieser Antrag keine wirklichen Hilfen zur Überwindung der massiv aufgelaufenen Lerndefizite. Wir lehnen ihn als bloßes Wahlkampfmanöver ab. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schneider!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Simone, so etwas hat mich dieser Antrag ratsuchend zurückgelassen.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Du hast ja auch vieles angesprochen. Wir haben von der Ministerin ja eben über das 4-Säulen-Programm und auch über die Lernstandserhebung und, und, und gehört. Ich gebe dir recht, man kann das natürlich immer beklagen. Bei den Lernstandserhebungen haben wir ja auch gesagt, dass uns das zu spät kommt. Man kann auch sagen, dieses Programm kommt zu spät oder ist nicht ausreichend genug. Die Frage ist aber, was euer Antrag daran ändert. Und da bin ich jetzt auch bei „Star Trek“, nämlich bei „Star Trek“ IV:

(Jens-Holger Schneider, AfD: Aha!)

„Zurück in die Gegenwart“. Für alle, die keine Trekkies, so, wie ich übrigens auch, sind, die Erde der Zukunft sollte ausgerottet werden, weil die Buckelwale ausgerottet wurden.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)

Daraufhin begab sich Captain Kirk mit einem klingonischen Bird-of-Prey in Bordgeschwindigkeit der Sonne entgegen, um in die Vergangenheit zu kommen.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Sehr richtig!)

Dort holten sie ein Buckelwalpärchen und sind wieder in die Gegenwart zurückgekehrt, um die Erde zu retten.

Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob das mit deinem Antrag beabsichtigt ist,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

ob das der Vorschlag ist,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

weil das ist das Einzige, wie ich sinnvoll erkennen könnte, wie du die zentrale Kritik der LINKEN aufrechterhalten könntest. Es kommt zu spät, weil sonst kann kein Antrag der Welt daran mehr etwas ändern. Insofern, ja, kann man machen. Ich glaube, es wird alleine dadurch nichts, da uns ja schon der klingonische Bird-of-Prey noch nicht zur Verfügung steht. Da werden wir wohl noch ein wenig drauf warten müssen.

Ansonsten glaube ich – die Ministerin hat es beschrieben, was wir auch dank des Bundes tun, der sehr viel Geld im Zusammenhang mit dem Land zur Verfügung stellt –, ich glaube, dass wir noch die Zeit nutzen müssen, damit uns das nicht wie in den letzten Sommerferien passiert. Wir müssen die Zeit nutzen, uns vielleicht und auch ganz dringend auf eine vierte Welle vorzubereiten, denn was wir alle nicht wollen, ist, dass wir im Herbst wieder erneut dazu übergehen, Schulen zu schließen. Ich glaube, noch so ein Jahr können wir keinem Schüler in Mecklenburg-Vorpommern zumuten.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wir haben gehört, was alles an Maßnahmen vorgesehen ist. Wir haben auch gehört – ich glaube, das ist auch noch ein Bestandteil des Antrages –, dass wir mit allen Beteiligten ins Gespräch kommen. Das ist vorgesehen. Insofern komme ich zu dem Schluss, falls du jetzt nicht noch ankündigst, dass bereits dieses Raumschiff der Klingonen zur Verfügung steht, dass ihr euren Antrag zurückzieht, weil er ist eigentlich erledigt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Reinhardt!

Da heute der letzte Tag ist, erlaube ich mir auch mal einen Scherz.

(Burkhard Lenz, CDU: Oh!)

Ich bin ja auch ein Weltallfreund, aber ich habe auch immer geliebt „Schweine im Weltall“ von der „Muppet Show“.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –
Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)

Vielleicht kann das ja noch jemand hier mal mit anbringen, dann wäre ich auch noch glücklich.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Dietmar Eiffler, CDU: Die Balkongespräche
waren viel brisanter.)

Jetzt rufe ich auf den Abgeordneten Herrn Butzki für die Fraktion der SPD.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Obwohl ich immer die Möglichkeit hatte, Westfernsehen zu gucken, das habe ich nicht geguckt, hat mich auch nicht interessiert.

(Dietmar Eiffler, CDU:
Aber die „Muppet Show“? – Zuruf
von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Scheinbar war das heute für mich der einzige wichtige Punkt hier in diesem Antrag, dass ich ein bisschen was hier über Weltraum und „Star Trek“ und so weiter erfahren habe.

(Dietmar Eifler, CDU: „Sesamstraße“
hast du doch geguckt. –
Zuruf von Ralf Mucha, SPD)

Eine der schwierigsten Aufgaben in den nächsten Jahren wird es sein, die Folgen der Pandemie in allen Bereichen zu bewältigen. Das müssen wir eindeutig feststellen. Ein wichtiger Schwerpunkt wird dabei sicher der Bereich Schule sein – wir haben es heute auch schon mehrfach gehört –, und das nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in allen Bundesländern. Ich bin daher der Ministerin sehr dankbar jetzt für die großen Ausführungen. Ich werde das nachher bei mir auch wesentlich kürzen, weil das ja schon alles gesagt wurde.

(Burkhard Lenz, CDU: Sehr gut!)

Und Herr Reinhardt hat es auch noch mal gesagt, wir müssen uns aber auch gleichzeitig darauf vorbereiten, dass wir keine vierte Welle im Herbst bekommen. Die Impfungen werden uns da helfen. Und die Kinder ab zwölf haben die Möglichkeit, sich impfen zu lassen, auch alle, obwohl die STIKO das insbesondere für die, die Vorerkrankungen haben, empfohlen hat.

Ich möchte heute aber auch wirklich die Gelegenheit nutzen – und das ist auch die letzte Sitzung hier –, mich wirklich bei allen Lehrerinnen und Lehrern für die geleistete Arbeit in den letzten 15 Monaten zu bedanken.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Für die Lehrerinnen und Lehrer war das auch eine besonders schwierige Situation. Sie waren es gewohnt, in den Schulen das alles zu machen, und da kam eine ganz andere Art Arbeit und Vermittlung auf sie zu, die doch sehr schwierig ist.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen, mich bei den Sekretärinnen, bei den Hausmeistern, beim Reinigungspersonal zu bedanken – das geht immer ein bisschen verloren –, denn sie haben die entsprechenden Rahmenbedingungen im Präsenzunterricht und die Hygienebestimmungen organisiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Auch die Mitarbeiterinnen der Schulämter und des Bildungsministeriums, da möchte ich mich auch bedanken, nämlich es mussten auch Vorschriften und Verordnungen erarbeitet werden, um einen sicheren Schulbetrieb zu ermöglichen, und nicht zuletzt auch bei den Schülerinnen und Schülern, die wirklich lange verzichten mussten, mit Freundinnen und Freunden ins Gespräch zu kommen, neue Lernformen mussten schnell erlernt werden, und sie müssen jetzt in der nächsten Zeit viel aufholen.

Aber eins muss man ganz deutlich feststellen, ich habe da auch in der letzten Woche bei uns im Arbeitskreis noch einmal nachgefragt: Dem Bildungsministerium ist kein Fall bekannt, dass es ernsthafte Folgeerscheinungen bei coronaerkrankten Kindern gab oder gibt. Und das Gleiche gilt auch bei der Lehrerschaft.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Gott sei Dank!)

Das ist ja nicht anzeigepflichtig, aber es ist auch kein Fall bekannt, dass ernsthafte Folgen eines Lehrers oder einer Lehrerin dort da waren. Und das zeigt, dass die ergriffenen Maßnahmen bei uns in den Schulen gewirkt haben.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Das muss man auch ganz deutlich betonen. Das war ja bei uns ein ganz wichtiger Punkt, dass wir auch Sorge dafür zu tragen haben,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

dass keiner in der Schule zu Schaden kommt.

Und jetzt haben wir eine neue Situation, ich will nicht sagen, neue Situation, wir haben eigentlich jetzt die normale Schulsituation. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass wir in einer Verantwortungsgemeinschaft sind. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das muss man hier auch noch einmal ganz deutlich sagen. Deshalb ist es gut, dass wir heute darüber diskutieren. Unser Antrag hat leider nicht den Landtag hier erreicht, aber so haben wir wenigstens die Möglichkeit, über den LINKEN-Antrag zu diskutieren, auch wenn wir ihn nachher ablehnen. Ich werde das auch begründen.

So, die ganzen Punkte jetzt möchte ich nicht wiederholen von dem ganzen Säulenmodell, was jetzt das Bildungsministerium vorgeschlagen hat. Ich kann nur sagen, ich hatte mit einigen Praktikern vor Ort gesprochen, ich hatte gestern noch zwei Telefonate und ich habe ein überaus positives Feedback zu diesem 4-Säulen-Modell erhalten. Das waren Schulleiter aus dem ländlichen Raum, die ebenfalls gesagt haben – das darf ich mir in dem Falle auch nicht verkneifen, auch zu den kleinen Formularen, die da für den Distanzunterricht gewährt werden sollen –, die eine Schule sagt, kriegt nicht jedes Kind und so weiter. Man muss immer den Blickwinkel von den Erwachsenen sehen und man muss den Blickwinkel von den Kindern sehen. Und die Kinder fanden das sehr gut. Der andere Schulleiter hat gesagt, er hat selbst so ein Format entwickelt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wie gesagt, er hatte so ein Format, er wollte das jetzt nicht noch extra doppelt machen. Demzufolge kam das auch da sehr rüber.

Wichtig ist auch noch mal, hier zu betonen, wir haben in diesem Jahr das große Glück – und das wird immer vergessen –, das nächste Schuljahr ist um zwei Wochen länger, weil der nächste Ferienbeginn am 1. Juli ist, und jetzt fangen wir Mitte Juni an. Auch da haben wir eine Chance, natürlich dann zur Anfang auch diesen Wiederholungsteil und den Anschluss teil dort zu gewähren. Und ich denke, das ist auch ein wichtiger Punkt, der immer wieder betont werden muss.

Und ich muss es auch noch mal ganz deutlich sagen: Wir müssen die vierte Infektionswelle vermeiden. Es muss uns gelingen, weitergehende Lockerungen zu ermöglichen. Der Wegfall der Masken ist seit Mittwoch gegeben,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

aber trotzdem müssen die Hygienebestimmungen strikt eingehalten werden. Und ich denke – und da bin ich auch sehr optimistisch –, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer das schaffen.

Zu den Forderungen des Bündnisses für „Gute Schule“ wurde heute schon einiges gesagt. Es findet diese Veranstaltung statt. Ich denke, eine Konferenz kurz vor den Herbstferien ist auch sehr wichtig. Und das, denke ich, hat die Ministerin des Bildungsministeriums sicherlich im Auge, um zu sehen, haben die ergriffenen Maßnahmen was gebracht, um notfalls da entgegenzusteuern.

Ich möchte hiermit meine Rede schließen. Aber einen Satz möchte ich trotzdem noch sagen. Es wurde bei der Landeselternratssitzung am letzten Sonnabend in Neustrelitz von der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN das so ein bisschen abgetan, dass der Etat in den letzten Jahren auf jetzt über 1 Milliarde Euro erhöht wurde. Es wurde süffisant gesagt, na, es sind ja auch mehr Schüler da. Ich habe das noch einmal durchrechnen lassen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Wir rechnen selber.)

Die Schülerzahlen sind natürlich gestiegen, die Schülerzahlen sind gestiegen circa so um 18 Prozent, und der Bildungsetat ist um 33 Prozent gestiegen. Ich denke, das ist auch eine Leistung, die wir alle gemeinsam hier in diesem Hause erbracht haben, dass wir den Bildungsetat so erhöht haben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Butzki!

Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fange mal mit den kurzen Ausführungen des Herrn Reinhardt an. Es ist natürlich nichts geklärt und es ist nicht alles irgendwo schon in trockenen Tüchern. Da sind wir ganz weit von entfernt. Und eigentlich fehlt mir hier auch so ein bisschen das Konzept der CDU. Sie hatten das mal angekündigt mit Ihrem Spitzenkandidaten Sack, dass jetzt in der Bildung so richtig was abgeht. Das habe ich jetzt die letzten Monate nicht gemerkt. Aber vielleicht, wenn man glaubt, es ist alles schon wieder gut, es wird hier nichts weiter kommen, dann kann man das so sehen.

Wir sind schon ohne Corona immer das Land der Verlierer, der Schulabbrecher, der Studienabbrecher, der Ausbildungsabbrecher. Das haben wir alles ohne Corona geschafft. Wie groß ist die Misere, die wir derzeit haben? Um ein Vielfaches höher! Hätten wir einen besseren Puffer gehabt, dann wäre es auch nicht auf so fruchtbaren Boden gefallen, keinen Unterricht zu haben, Distanzunterricht zu haben, und es wäre das Drama nicht so groß gewesen. Also da kommt nichts zu spät, es ist nichts erledigt.

Und wir müssen natürlich auch die Ideen von allen – wir sind in einer Ausnahmesituation –, wir brauchen die Ideen von allen. Wir haben immer gesagt, Corona hat

keine Blaupause. Alles haben wir zusammen gemacht. Wir haben zusammen Anträge geschrieben, wir haben Inklusion, auch weil da jeder kein Rezept hatte. Aber jetzt auf einmal, jetzt brauchen wir das alles nicht, jetzt brauchen wir nichts Gemeinsames? Das ist doch aber ein bisschen unlogisch. Aber vielleicht ist das Regierungshandeln.

Ich möchte einmal auf das 4-Säulen-Programm eingehen. Vier Wochen reichen nicht aus. Woher, Frau Martin, wollen Sie wissen, dass vier Wochen ausreichen? Warum soll ich mich mit zwei Wochen Ferien oder Verlängerung des Schuljahres, weil im nächsten Schuljahr die Ferien später anfangen, warum soll ich mich da langhangeln? Sie haben keinen blassen Schimmer, was ausgefallen ist, weil es nämlich gar keine Ausfallstatistik gibt, weil Sie sie abgestellt haben.

Sie haben selber in einer Kleinen Anfrage auf meine Anfrage, wie viel Unterricht ist dann ausgefallen, geantwortet: „Um die Schulen aufgrund der coronabedingten Besonderheiten des Schuljahres von Verwaltungsaufgaben so weit wie möglich zu entlasten, wird ausnahmsweise für das Schuljahr 2020/2021 auf die Erhebung der erteilten Unterrichtsstunden ... für die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen verzichtet.“ Und auch die Statistik vom vergangenen Schuljahr suche ich vergeblich. Was ist denn nun ausgefallen? Was haben sich die Kinder und Jugendlichen selbst beigebracht? Welche Fächer wurden gar nicht unterrichtet? Denn davon haben wir auch schon ohne Corona genügend Fächer, die an genügend Schulen nicht unterrichtet werden,

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

weil einfach niemand da ist, der sie unterrichtet.

Und wie will ich das, wenn ich das alles nicht weiß, Frau Martin, wie kann ich dann sagen, vier Wochen im neuen Schuljahr reichen aus? Zumal diese vier Wochen im neuen Schuljahr sind, da hat jede Klasse einen Lehrerwechsel, da ist ein Schularwechsel von der Klasse 4 in die Orientierungsstufe, von der Klasse 6 ans Gymnasium

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

oder ein Verbleib an der Regionalen Schule oder an der Gesamtschule. Der neue Lehrer weiß doch gar nicht, was unterrichtet wurde oder nicht. Was muten wir hier nicht nur den Schülerinnen und Schülern, sondern auch den Erziehern und den Lehrkräften zu?! Sollen sie erst mal noch auf die Suche gehen, was hat denn mein Kollege unterrichtet, was wissen denn die Kinder?

(Dietmar Eifler, CDU:
Nun ist es aber mal gut!)

Das hätte alles in dieses Schuljahr gehört. Wir sausen hier leichtfüßig da rein und wundern uns dann nachher, dass wir niemals den Keller verlassen, dass wir weiterhin Schulabbrecherland Nummer eins sind, Ausbildungsabbrecherland Nummer eins und Studienabbrecherland Nummer eins. Es sind 86 Tage, da hat regulär kein Unterricht stattgefunden, das sind 516 Unterrichtsstunden. Da reicht kein Lückenschlussprogramm von vier Wochen. Das müssen wir uns doch irgendwo vor Augen führen und uns dann nicht wundern, wenn hier alles in die Grütze geht! Also wirklich!

Und dann zu sagen, dass die Kinder, wenn sie psychische Probleme haben, sich schon beim Schulpsychologen melden können! Wir haben, das habe ich durchgerechnet – und Herr Butzki, das ist der Unterschied, ich rechne selbst, Sie können durchrechnen lassen –, wir haben einen Schulpsychologen auf 4.000 Schülerinnen und Schüler. Einen! Und wenn jetzt noch mehr Sorgen kommen als die, die wir sowieso schon haben, und ein Schulpsychologe mehr gesucht wird wie die Stecknadel im Heuhaufen, wie soll dann ein Schulpsychologe dafür auch noch zuständig sein? Das funktioniert hinten und vorne nicht.

Und wenn ich dann sehe und höre, dass die Kinder in den Ferien in die Schule gehen sollen – heute ist in der „Ostsee-Zeitung“ Herr Lipski, Ihr Pressesprecher, damit zu lesen, dass es jetzt wichtiger ist, Ausflüge zu machen und wandern zu gehen, als Unterricht in der Schule zu machen, weil wenn man wandert und Ausflüge macht, lernt man auch was. Das ist vollkommen richtig. Wenn man jetzt also in der Schulzeit Ausflüge macht, warum soll man dann in den Ferien Unterricht machen? Ja, ist ja so. Und der Landesschülerrat – Herr Butzki hat es gesagt, da waren wir am Samstag alle –, der Landesschülerrat hat sich klar gegen Unterricht in den Ferien dort ausgesprochen.

Wir werden sehen, wie es wird. Ich habe kein Problem mit diesen Ferienlernkursen. Ich habe ein Problem damit, dass keiner weiß, wie ist denn das Kind, wie ist der Jugendliche in seiner Leistung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und irgendwie, wir machen da mal was, wir pudern das zu, das ist nicht richtig und das ist falsch, und das ist keine gute Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

das muss ich einfach mal so sagen. Und da schwillt mir auch der Kamm, wenn ich so larifari mit den Kindern und Jugendlichen umgehe. Das gehört sich einfach nicht und das ist wirklich fatal.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich möchte aber auch noch mal auf den Zukunftspakt 2030 eingehen. Sie sagen, ich soll das nicht abtun, das ist eine riesige, eine ganz große Möglichkeit. Ja, ich gehe das mal kurz durch:

Senkung der Arbeitsbelastung für Lehrkräfte, das haben wir seit 2011 gefordert, Frau Martin, ob in den Haushaltsberatungen oder in den Anträgen. Das wurde von der Koalition alles abgelehnt.

Der nächste Punkt: Umgang mit Mehrarbeit, Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung. Ich erinnere mal die Koalition an Ihren jetzigen Koalitionsvertrag, da wollten Sie schon Arbeitszeitkonten einführen. Haben Sie nicht gemacht. Haben Sie das vergessen? Und weil wir da Angst hatten, dass Sie es vergessen haben, haben wir Sie in unseren Haushaltsanträgen und auch in anderen Landtagsanträgen ständig daran erinnert, Arbeitszeitkonten einzuführen. Wir haben Sie an Ihr Versprechen erinnert, Sie haben das abgelehnt.

Entlastung der Schulleitungen ist ein Punkt darin, durch mehr Anrechnungsstunden. Das haben Sie in Ihrem

Koalitionsvertrag, das haben Sie bis heute nicht umgesetzt. Seit 2012 fordert das meine Fraktion beständig, Schulleitungen endlich ernst zu nehmen und für die immense Arbeit der Schulleitungen auch gebührend nicht nur zu danken, sondern sie das auch spüren zu lassen. Es reicht nicht zu sagen, Danke schön, Danke schön, Danke schön, sondern sie müssen doch auch mal ernst genommen werden.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Sie sind die wichtigste Schnittstelle zwischen Ministerium und den Eltern und den Schülern auf der anderen Seite. Das haben sie bis heute nicht bekommen, sondern wie gehen Sie mit Schulleitungen um? Da kann ich mal zitieren aus einem Chat, wo sich die Schulleitungen äußern: „Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank, dass Schulleiterinnen und Schulleiter mit einer Mail am Montag um 20.59 Uhr über die Anweisung“ – um Mathe-Abi ging es da – „offiziell in Kenntnis gesetzt werden, nachdem laut Presse diese Entscheidung am Freitag gefallen ist, sie am Sonntag in den Nachrichten und über eine Pressemitteilung kommuniziert und gestern mit einem längeren Beitrag im ‚Nordmagazin‘ thematisiert wurde, in dem im Übrigen auch die Ministerin zu Wort kam. Ich bin einfach nur fassungslos, wie wir Schulleiter behandelt werden.“ Dann geht es weiter, von der Grundschule bis zur Regionalen Schule: „Den Anmerkungen kann ich mich nur anschließen. Von der dargestellten Informationspraxis sind auch wir“, also die anderen Schularten, „betroffen. Ich kann das alles nur bekräftigen. Schulleiter werden nicht ernst genommen und werden erst als Allerletzte informiert.“ Nur das dazu, wie hier der Umgang ist!

Ich würde Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Wie gesagt, ich mache mir eigentlich bei der SPD keine Sorgen, dass Sie es tun werden, weil ja heute Morgen die Ministerpräsidentin gesagt hat, man soll Anträge nicht ablehnen, sondern man soll immer gucken, was kann man davon übernehmen. Das hat sie heute Morgen in der Aktuellen Stunde gesagt. Deswegen rechne ich ganz stark mit einer Zustimmung der SPD. Sie werden ja nicht ablehnen, sondern gucken, was kann man übernehmen. Und bei der CDU bin ich auch wirklich felsenfest davon überzeugt. Sie wollen Bildung als Schwerpunktthema haben. Sie haben gesagt, so richtige Konzepte haben Sie noch nicht, in Ihrer Pressemitteilung.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir helfen Ihnen dabei, wir nehmen Sie gerne mit. Machen Sie mit und dann stimmen Sie dem Antrag zu, dann klappt das auch bei der CDU und der Bildung! – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Fraktionsvorsitzende!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/6178. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? –

(Daniel Peters, CDU: Die Argumente waren nicht gut genug.)

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/6178 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten, ansonsten Ablehnung abgelehnt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten gerade darüber gesprochen, die Tagesordnungspunkte 52 und 53 zu tauschen, weil wir im Präsidium ein zeitliches Problem haben. Frau Dr. Schwenke wird zum Tagesordnungspunkt 53 sowohl die Einbringung als auch die Aussprache bestreiten. Ich habe, was nicht meine Gewohnheit ist, gerade in Richtung der Parlamentarischen Geschäftsführer, am Rande der Landtagssitzung einen Termin zum Thema Munitionsbergung,

(Zuruf aus dem Plenum: Oha!)

zu dem wir uns in der letzten Debatte oder der letzten Plenarwoche auch verständigt hatten, also nicht dieser. Es funktioniert so nicht. Von daher bitte ich um Verständnis, wenn wir jetzt doch in der normalen Tagesordnung weitergehen

(Jochen Schulte, SPD: Jetzt doch.)

und ich dann auf Abruf, denn ich bin ja hier im Schloss, heraneilen werde, wenn Frau Dr. Schwenke das Wort ergreifen möchte. Vielen Dank für Ihr Verständnis!

Ich rufe auf **Tagesordnungspunkt 52**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Kinder- und Jugendhilfe – Interessenlagen von Kindern und Jugendlichen stärker in den Fokus nehmen, Drucksache 7/6163.

**Antrag der Fraktion der AfD
Kinder- und Jugendhilfe – Interessenlagen von Kindern und Jugendlichen stärker in den Fokus nehmen
– Drucksache 7/6163 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Schneider.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Jens-Holger Schneider, AfD: Liebe Landsleute! Werte Gäste! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hinweg werden von der Politik oftmals Dinge auf den Weg gebracht – mit besten Absichten. Zur Wahrung der Interessen von Kindern und Jugendlichen werden Experten aus der Wissenschaft, den Verbänden, von Ämtern, Pädagogen, Therapeuten und Eltern angehört. Alles so weit nicht falsch, aber wissen alle eben genannten Interessenvertreter tatsächlich immer haargenau, was Kinder und Jugendliche aus ihrer eigenen Perspektive wollen? Manchmal hat man den Eindruck, dass sie es nicht wissen. Es gibt durchaus Kinder und Jugendliche, die eine eigene Bewertung artikulieren können, wo sie für sich Nachteile empfinden und wo sie dringend Unterstützung und Ausgleich bekommen möchten.

Deshalb ist es ein großes Plus an Qualität, dass Kinder und Jugendliche nun durch das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz zum ersten Mal einen unabhängigen und eigenständigen Beratungsanspruch haben. Nach SGB VIII Paragraf 10a(neu) können sich nun Kin-

der und Jugendliche unabhängig und ohne Einflussnahme durch Eltern, Erzieher, Lehrer und Therapeuten über die Bandbreite der möglichen Hilfen informieren. Die eigene Abwägung und Auswahl an Unterstützungsangeboten werden Kinder und Jugendliche eher motivieren, die Hilfen anzunehmen und auf längere Sicht durchzuhalten.

Deshalb ist es jetzt wichtig, diesen eigenen Beratungsanspruch unverzüglich bekannt und zugänglich zu machen. Es gilt, keine Zeit zu verlieren, denn es ist nach den Corona-Lockdowns bei vielen Kindern und Jugendlichen verstärkt Leidensdruck entstanden. Zeitnah müssen über geeignete Informationsmedien – Print, Online, Social Media – und Infoveranstaltungen an Orten wie Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen der Beratungsanspruch und der Weg zum Zugang zur Beratung bekannt gemacht werden.

Längst hat der Bund die Länder verpflichtet, für den Bereich der Kinder- und Jugendpflege Ombudsstellen einzurichten. Durch diese soll bei Konflikten unabhängig und lösungsorientiert und gleichrangig zwischen Leistungsempfängern, Ämtern und Trägern lösungsorientiert vermittelt werden. Wir als AfD-Fraktion fordern die Landesregierung deshalb auf, diese Ombudsstellen schnellstmöglich auch in der Fläche, sprich, im ländlichen Raum, zu etablieren.

Im Zuge der Inklusion werden die Kinder- und Jugendhilfe und die Eingliederungshilfe zusammengeführt. Im SGB VIII Paragraf 10b(neu) sollen zukünftig für die komplexen Antragsverfahren den Leistungsberechtigten Verfahrenslotsen zur Verfügung gestellt werden. Das heißt, der Verfahrenslotse berät den Einzelnen oder die Familie des Antragstellers ganzheitlich. Der Verfahrenslotse inkludiert mögliche Schnittstellen, was zu einer Antragstellung aus einer Hand führt. Verpflichtend ist es für die Länder allerdings erst ab 1. Januar 2024, Verfahrenslotsen einzusetzen. Sie werden aber durchaus vom Bundesgesetzgeber aufgefordert, freiwillig schon früher Verfahrenslotsen bereitzustellen. Meine Fraktion fordert daher, auch hier keine Zeit zu verlieren und ab sofort Verfahrenslotsen zu rekrutieren.

Die kommunalen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind vom Land in Bezug auf die Sach- und Personalausstattung und im Hinblick auf die fachliche Weiterbildung so auszustatten, dass sie die neuen Anforderungen durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz auch erfüllen können, Stichwort „Konnexität“.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 55 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung. Bitte schön, Frau Drese!

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Gern nutze ich den Antrag, um die Kinder- und Jugendhilfe in unserem Land in den Fokus zu nehmen. Dieses wichtige Thema hat es verdient.

Zunächst einmal möchte ich meinen Dank aussprechen. Die Corona-Pandemie hat die Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere die Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe vor große Herausforderungen gestellt und ihnen außergewöhnlichen persönlichen Einsatz abverlangt. Die Kinder- und Jugendhilfe im Land hat jedoch auch unter schwierigen Rahmenbedingungen gezeigt, wie stark sie ist. Insbesondere die Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe haben es mit ihrem großen Engagement ermöglicht, die Einschränkungen aller Lebensbereiche im Interesse von Kindern, Jugendlichen und Familien und trotz eigener Risiken abzumildern. Die Kinder- und Jugendhilfe hat in der Corona-Pandemie ihre Leistungsfähigkeit, ihre Flexibilität und ihre Orientierung am Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Familien unter Beweis gestellt. Dafür möchte ich allen Beschäftigten in der Kinder- und Jugendhilfe meine persönliche Wertschätzung entgegenbringen. Vielen Dank dafür!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Für mich ist es deshalb auch ein wesentlicher Bestandteil unserer gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber jungen Menschen, den Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe die entsprechenden Instrumente an die Hand zu geben. Sie sollten sich selbstverständlich an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen und ihrer Familien orientieren, und hier passiert aktuell einiges. Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen und die damit verbundene fachlich wünschenswerte Reform des SGB VIII. Wir wollen die Neuerungen des SGB VIII infolge des Kinder- und Jugendschutzgesetzes nutzen, die Kinder- und Jugendhilfe in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig sowie bedarfs- und bedürfnisorientiert zu unterstützen.

Die Reform des SGB VIII stellt aus Sicht der Landesregierung eine wertvolle rechtliche Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendhilferechts dar, die wichtige Impulse in die Praxis sendet und somit eine gute Grundlage für eine bedeutsame fachliche Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe bilden kann. Besonders unterstützungswürdig ist dabei die inklusive Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe. Das Gesetz verfolgt dabei konsequent den Ansatz zur Ausgestaltung bedarfsgerechter Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe im Einklang mit den Wertvorstellungen einer modernen Gesellschaft.

Damit soll der Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe, zur Verwirklichung des Rechts eines jeden jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit beizutragen, konkretisiert werden. Dazu gehören auch ein umfassender Beratungsanspruch, die Einrichtung von Ombudsstellen sowie die Etablierung von Verfahrenslotsen. Damit werden die fachpolitischen Überzeugungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere mit Blick auf die Kinderrechte, die Chancengerechtigkeit und die Teilhabe sowie die fachübergreifende Zusammenarbeit im Kinderschutz, umfassend abgebildet. Dafür haben wir uns in den vergangenen Jahren eingesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Umsetzung des gesetzlichen Erfordernisses wird schnellstmöglich nach Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen – geordnet, rechtsstaatlich, von den Anforderungen des Gesetzes geleitet sowie in enger Kooperation mit allen Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe im Land, denn eines muss betont werden: Adressaten der neuen Regelungen sind ganz überwiegend die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, also die Landkreise und kreisfreien Städte. Das gilt insbesondere mit Blick auf Leistungen der Beratung junger Menschen sowie die Verknüpfung der Kinder- und Jugendhilfe mit der Eingliederungshilfe.

Für die kommunale Ebene muss die Umsetzbarkeit daher an erster Stelle stehen. Die im Gesetz enthaltenen Regelungen haben zum Teil bedeutende Auswirkungen. Eine Umsetzung in die tägliche Praxis ist daher ein Prozess. Derart erhebliche Umgestaltungen des Kinder- und Jugendhilfesystems im Land brauchen Zeit, um jungen Menschen und ihren Familien die im SGB VIII angelegten, qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Leistungen anbieten zu können. Da braucht es dann auch schon etwas mehr als einen dünnen Antrag.

Selbstverständlich ist die Landesregierung dabei auch bestrebt, die Träger der Jugendhilfe, denen die Umsetzung in der neuen gesetzlichen Anforderung obliegt, sowohl fachlich als auch finanziell in enger Kooperation mit dem Bund zu unterstützen. Insbesondere auf Betreiben des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat der Bundesrat die Bundesregierung daher unlängst in seinem Entschließungsantrag aufgefordert, dauerhaft einen vollständigen Kostenausgleich für die mit dem Gesetz einhergehenden Mehrkosten bei Ländern und Kommunen zu schaffen, zum Beispiel durch eine Änderung des Paragraphen 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. In den weitergehenden Verhandlungen mit dem Bund wird sich die Landesregierung daher nach wie vor stark dafür machen, einen entsprechenden Kostenausgleich zu erreichen. Darüber hinaus sollen alle Möglichkeiten evaluiert werden, wie das Land unsere Partner in der Kinder- und Jugendhilfe auf kommunaler Ebene in ihrer Tätigkeit fördern kann.

Mein persönlicher Wunsch für die Zukunft ist es, durch die Umsetzung der neuen Anforderungen des SGB VIII noch viel mehr als jetzt gemeinsam mit den Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe im Land allen jungen Menschen den Zugang zu bedarfsorientierten Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zu ermöglichen, insbesondere denjenigen, die aus körperlichen, psychischen, sprachlichen oder finanziellen Gründen in ihren Chancen und Möglichkeiten auf soziale Teilhabe eingeschränkt sind. Diese Leistungen sollen die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei der Mitwirkung als Teil der Gesellschaft stärken, ihnen eine Teilhabe an sozialen und gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen und ihre eigenverantwortliche Selbst- und Mitbestimmung fördern.

Unser Ziel ist es, jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote jederzeit zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört natürlich auch, die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes zu unterstützen und zu fördern. Und spätestens da entlarvt sich der Antrag der AfD als heiße Luft. Es ist genau diese AfD, die zum Beispiel dem Landesjugendring, einer wichtigen Säule dieser Struktur, und einem Zusammenschluss von 24 landesweit aktiven Landesjugendverbänden, An-

schlussverbänden und dem Landesrat der Stadt- und Kreisjugendringe die Förderung versagen will.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ja, aus gutem Grund.)

Daher erscheint es mir auch nur ein wenig unglaublich,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Aus gutem Grund.)

dass ausgerechnet Sie eine stärkere Berücksichtigung der Interessen junger Menschen und der Kinder- und Jugendhilfe in unserem Land fordern. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Ministerin!

Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort die Abgeordnete Bernhardt.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist die letzte Rede von Jacqui –
in dieser Legislaturperiode. –
Heiterkeit bei Philipp da Cunha, SPD)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ganz doll.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Die AfD legt uns hier einen Antrag mit dem Titel „Kinder- und Jugendhilfe – Interessenlagen von Kindern und Jugendlichen stärker in den Fokus nehmen“ vor. Worum geht es konkret? Es geht darum, dass ein Bundesgesetz, die Novelle des SGB VIII, vorweggenommen werden soll. So soll der eigenständige Beratungsanspruch von Kindern und Jugendlichen sofort gewährt werden, oder die Verfahrenslotsen, die eigentlich erst ab dem 1. Januar 2024 zur Verfügung stehen sollen, sollen ebenfalls schon vorher bereitgestellt werden.

Herren der AfD, ich möchte jetzt gar nicht so weit inhaltlich auf den Antrag eingehen. Tatsache ist, dass die Novelle des SGB VIII überfällig war und man in einigen gewissen Punkten durchaus noch hätte weiter gehen können. Darum soll es hier aber nicht gehen. Die Sozialministerin hatte es schon gesagt, nur, weil Sie hier den Antrag stellen, ist es nicht von heute auf morgen so gesehen, dass die Umsetzung möglich ist. Sie hat ausgeführt, dass schnellstmöglich die Umsetzung des SGB VIII geprüft wird. Es bedarf Fachkräfte, es bedarf sachlicher Kosten, es bedarf der Regelungen zu den finanziellen Dingen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Es muss mit dem Bund geklärt werden, wer soll das jetzt eigentlich tragen. Hier dann vorweg zu fordern, dass das Land einspringen soll und das vorweg schon alles gewährleisten soll, ist einfach unredlich, genauso, wie es unredlich ist, dass Sie sich mit diesem Antrag zum Anwalt von Kindern und Jugendlichen aufstellen.

(Jens-Holger Schneider, AfD: Jaja.)

Dass Sie sich jetzt einmal hier hinstellen, Herr Schneider,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Das entscheiden Gott sei Dank nicht Sie!)

und sagen, ja, die Meinungen von Kindern und Jugendlichen müssten doch beachtet werden – ich erinnere mich noch ganz genau an die Debatten hier im Landtag zum Wahlalter 16,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

wo Sie es Kindern und Jugendlichen einfach abgesprochen haben, abgesprochen haben, überhaupt sich eine Meinung zu bilden, beteiligt zu werden. Insofern ist es unredlich, was Sie hier machen, und einfach abzulehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Und dass das alles so unredlich ist, zeigt sich im Übrigen auch darin, dass Sie hier in einem Punkt fordern, dass die Ombudsstellen eingeführt werden in Mecklenburg-Vorpommern. Als wir letzte Woche im Sozialausschuss als Linksfraktion eine Auswertung vorgelegt hatten zum Kinderschutz in Mecklenburg-Vorpommern, hatten wir verschiedene Forderungen aufgeführt, das waren fünf an der Zahl, und Sie, Herr Schneider, wollten unter anderem die getrennte Abstimmung. Wo Sie dann dagegengestimmt haben, war gerade bei dem Punkt der Ombudsstellen, die wir in diesem Antrag eingefordert hatten.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Da habe ich gegengestimmt?
Kann ich mir nicht vorstellen.)

Also Sie haben sich bewusst gegen Ombudsstellen entschieden, fordern es jetzt hier in Ihrem Antrag wieder – ein weiterer Beleg einfach, dass es unredlich ist, dass Sie es gar nicht ernst meinen und es einfach nur ein dünner Versuch ist, irgendwie noch die Interessen von Kindern und Jugendlichen überhaupt wahrnehmen zu wollen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit. Wir werden natürlich ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Jens-Holger Schneider, AfD: Natürlich.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete!

Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Damen und Herren! Wertes Präsidium! Werte Gäste! Auch sozusagen wir begrüßen unsere Gesetzesinitiativen auf Bundesebene bei der Reform des Gesetzes für die Kinder, die Stärkung der Kinder und Jugendlichen. Das Gesetz hat mehrere wichtige Punkte. Da geht es um den besseren Kinder- und Jugendschutz, es geht um die Stärkung von Kindern und Jugendlichen, die in Pflegefamilien, aber auch in Einrichtungen der Erziehungshilfen aufwachsen. Es geht aber auch um die Prävention vor Ort und es geht aber sicherlich auch um die Beteiligung von Menschen, von jungen Menschen, Eltern und Familien.

Der vorliegende Antrag hat das Ziel – das wurde eben schon ausgeführt, das haben sowohl die Ministerin als auch die Kollegin Bernhardt schon gesagt –, Punkte vorzuziehen, obwohl auch im Bundesrat am 7. Mai dar-

über abgestimmt wurde. Es gab eine zusätzliche EntschlieÙung, wo es darum ging, dass gerade auch offene Punkte, die bisher nicht berücksichtigt wurden, von den Ländern noch mal aufgegriffen werden. Es ging auch um die Frage, wie kann eigentlich eine Verteilung der Mehrkosten auch zwischen den Ländern und Kommunen aufgeteilt werden und wie können wir dieses so wichtige Gesetz, was unseren Kindern und Jugendlichen, der Kinder- und Jugendhilfe tatsächlich auch einen Schub geben soll, wie können wir das gemeinsam auf den Weg bringen.

Wenn wir jetzt uns die Pandemie angucken – die Ministerin hat eben schon gesagt –: ein ganz großes Danke auch unsererseits an die Beteiligten der Kinder- und Jugendhilfe, die in den letzten Monaten tatsächlich eine schwierige Arbeit hatten an den unterschiedlichsten Stellen! Denn Kinder- und Jugendhilfe bedeutet auch, dass man nah bei den Menschen sein muss. Man muss es aufgreifen, was vor Ort ist. Das sind teilweise ganz dünne Verbindungen, die abreißen können, wenn man keinen Kontakt hat. Es geht darum, Vertrauen aufzubauen, ansprechbar zu sein und mit ihnen tatsächlich auch Schritte zu gehen.

Wir haben ganz kreative Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter in dem Bereich gesehen, die in den letzten Monaten Projekte aufgebaut haben, die auch über digitale Medien Zusatzangebote geschafft haben, die aber das einfache Miteinander nicht ersetzen können. Deswegen begrüßen wir an der Stelle den Gesetzentwurf auf Bundesebene, auch in der Reform des SGB VIII, und freuen uns, wenn wir das hier in M-V umsetzen können. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die tatkräftig sowohl in der Pandemie als auch darüber hinaus diesen Bereich stärken. Und wir freuen uns, wenn wir sozusagen ... Und wir werden den vorliegenden Antrag ablehnen. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ehe ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich alle Mitglieder des Hauses, die sich außerhalb des Saales befinden, darauf hinweisen, dass jetzt auf meiner Liste noch ein Redner steht zu diesem Antrag, und wer sich an der Abstimmung beteiligen möchte, der möchte sich bitte schnellstens in den Saal begeben.

Jetzt hat für die Fraktion der AfD das Wort der Abgeordnete Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Liebe Landsleute! Sehr geehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren! Fangen wir mal mit der Tatsache an, warum wir uns gegenüber einer weiteren finanziellen Ausstattung und Überausstattung des Landesjugendrings, ja, nicht so offen gezeigt haben. Der Landesjugendring hat mal mit seinem Hauptausschuss beschlossen, mit uns als AfD überhaupt nicht reden zu wollen, sie wollen uns also gar nicht kennenlernen, wollen unsere Konzepte nicht hören.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Guter Beschluss!)

Und dann sehen wir das auch nicht ein,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Guter Beschluss!)

diesen Jugendlichen auch noch Steuergelder zukommen zu lassen, wenn man nicht in der Lage ist, demokratisch zu entscheiden und sich ideologisch verrennt und sich nicht neutral allen Jugendlichen gegenüber benimmt.

(Tilo Gundlack, SPD: Oh Mann, oh Mann,
oh Mann! Was erzählen Sie da?!)

Und das Schöne ist, das Schöne ist, bei der Gelegenheit gucken wir uns noch mal die Wahlergebnisse an, gucken wir uns noch mal die Wähler an, die uns gewählt haben in Sachsen-Anhalt. Und siehe da, in einer bestimmten Altersgruppe, nämlich bei den jungen Menschen, ist die AfD was geworden? Stärkste Kraft! Und das sollte Ihnen zu denken geben. Uns freut das. Das ist die Zukunft.

Und warum wir das Wahlalter auf 16 nicht senken wollen und uns dieser Diskussion auch nicht positiv gegenüber zeigen, hat einfach was mit der Tatsache zu tun, mit 16 ist man nicht volljährig und mit 16 kann man nicht gewählt werden. Also gibt es das passive Wahlrecht nicht, und wenn aktives und passives Wahlrecht auseinandergehen, ergibt das wenig Sinn.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Machen
sie doch schon! Machen sie doch schon!)

Ja, machen sie eben nicht.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Beim Bundespräsidenten.)

Und seien Sie leise, Frau Bernhardt! Ich habe Ihr Geseier auch ein bisschen satt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ich würde
mich mal da ein bisschen reinarbeiten
und auch fachlich argumentieren. –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Sinnvolle Punkte im KJSG haben wir separiert und in unseren Antragsentwurf aufgenommen. Doch was nützen gute Ziele, wenn deren Umsetzung auf die lange Bank geschoben werden sollen, einige Punkte erst bis 01.01.2028? Die Probleme sind akut, daher übt dieser Antrag Druck aus, die Kinder und Jugendlichen schneller von den positiven Aspekten des Gesetzes profitieren zu lassen. Auf Seite 6 der Drucksache 319/21 des Bundesrates steht beispielsweise, ich zitiere: „Es steht Kommunen und Ländern frei, Verfahrenslotsen zur Beförderung des Leistungsbezugs aus einer Hand bereits vor dem 1. Januar 2024 zu implementieren.“

Das geht auch schneller, wenn der politische Wille da ist. Wer etwas will, der sucht Wege. Wer etwas nicht will, der sucht Gründe. Und das haben wir in diesem Hohen Hause in der letzten Zeit – ich gehöre diesem Landtag seit dem 5. Dezember 2017 an – so oft gehört, dass Sie sich gedreht haben und gewendet haben und gemacht und getan, einfach Gründe gesucht haben, anstatt Wege zum Wohle unserer Menschen hier in M-V, Dinge voranzubringen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Unserer Menschen?)

Ja, unsere Menschen hier im Lande, genau! Von denen sind wir gewählt worden, Herr Ritter, ob Ihnen das passt oder nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Unsere Menschen!)

Und das ist die Klientel, die wir im Blick behalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
„Unsere Menschen“ hat der
Generalsekretär auch immer gesagt.)

Und das sind diejenigen welchen, denen wir Rechen-
schaft ablegen, und das sind diejenigen welchen, denen
wir uns verpflichtet fühlen in erster Linie, Herr Ritter. Das
ist der springende Punkt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ihren Wählern, ja, aber nicht
doch unseren Menschen!)

Ja, unsere Menschen, das sind Wählerinnen und Wähler.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was ist denn das für ein
Alleinvertretungsanspruch?)

Ja, lassen Sie es gut sein, Herr Ritter, es ist müßig.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee!)

Es ist zu erwarten,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie wollen doch argumentieren.)

dass ein Teil der alten Regierung

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie wollen doch argumentieren.)

höchstwahrscheinlich auch der neuen Regierung ange-
hören wird.

(Präsidentin Birgit Hesse
übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen kommen wir mit diesem Antrag um die Ecke
und erzählen Ihnen das, und hoffen, dass Sie das Prob-
lem nicht aus dem Blick verlieren, sich unserem Antrag
anschließen können, sich endlich mal überwinden, mal
was Positives auf den Weg zu bringen vorher, und nicht
hier Pirouetten zu drehen, um unseren Antrag ablehnen
zu müssen.

Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksam-
keit und wünsche schöne Ferien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schneider!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe
die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Frak-
tion der AfD auf Drucksache 7/6163. Wer dem zustim-
men wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. –
Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön!
Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache
7/6163 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD
sowie den fraktionslosen Abgeordneten, Gegenstimmen

durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE
sowie Enthaltung durch die fraktionslose Abgeordnete
abgelehnt.

(Der Abgeordnete Peter Ritter pfeift.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 53:** Beratung des
Antrages der Fraktion DIE LINKE – Karow als Bahnkreuz
reaktivieren – durchgängige Südbahn und länderüber-
greifende Regionalbahn gemeinsam mit Brandenburg
einrichten, Drucksache 7/6175.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Karow als Bahnkreuz reaktivieren –
durchgängige Südbahn und
länderübergreifende Regionalbahn
gemeinsam mit Brandenburg einrichten
– Drucksache 7/6175 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE
die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ich habe noch gar
nicht angefangen.

(Schriftführer Christian Brade: Na erst
der Startschuss, dann das Reden.
Aber ich setze noch mal zurück.)

Okay.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten
Damen und Herren! Wieder ein Antrag zur Südbahn,
aber diesmal doch ein bisschen anders noch als bisher.
Das Thema Südbahn bewegt meine Fraktion und mich
seit Herbst 2013. Gemeinsam mit Abgeordneten anderer
Parteien, insbesondere auf der kommunalen Ebene,
kämpfe ich für die Südbahn. Besonders hervorheben
möchte ich allerdings die Bürgerinitiative „Pro Schiene“,
die unermüdlich, ohne aufzugeben, bis heute mit vielen
Vorschlägen und Forderungen an die Kreise und an das
Land herantritt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und ich habe immer noch den bemerkenswerten Rede-
beitrag meines Kollegen Fraktionsvorsitzenden Waldmül-
ler im Landtagsplenum im Ohr, den er anlässlich eines
fraktionsübergreifenden Antrages regionaler Abgeord-
neter zur Rettung der Südbahn gehalten hat. Drei mutige
Sätze aus dem Redebeitrag gebe ich sinngemäß wieder
und appelliere an Sie, Herz und Hirn dafür zu öffnen.
Erstens verwies er darauf, dass für den Erhalt der Süd-
bahn zuallererst politischer Wille der Verantwortungsträ-
ger notwendig sei. Zweitens betonte er, dass erst ein
Angebot unattraktiv gemacht würde und dann voller Ver-
wunderung festgestellt werde, dass es keiner wahrnimmt.
Und drittens mahnte er, wir dürfen den Menschen im
ländlichen Raum nicht das Gefühl geben, abgeschrieben
zu sein.

Nach etlichen Anträgen zum Erhalt der Südbahn ziehe
ich heute Bilanz. Zumindest die endgültige Stilllegung ist
vom Tisch und bis 2027 ist der Saisonverkehr gesichert.
Wir konstatieren, dass die Fronten zwischen den uner-
müdlichen Aktivisten und dem Land als Aufgabenträger
nicht mehr so unversöhnlich und verhärtet sind und ein
Umdenken in Richtung Schiene stattfindet. Und auch
der neue Geschäftsführer der landeseigenen Verkehrs-

gesellschaft ist ein Gewinn für Entwicklung und Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs insgesamt. Er hat verstanden, dass es ohne eine Koordinierung des Nahverkehrs insgesamt, also von Bus und Bahn, nicht weitergehen kann. Ich stelle nicht in Abrede, dass durchaus Verbesserungen im Regionalbahnangebot erfolgten. Ich sehe auch nicht erst heute die Zwänge, dass wegen fehlender Fernverkehrszüge das Land mit Regionalbahnangeboten Lücken schließen muss.

Erleichtert bin ich auch darüber, dass endlich die Entscheidung pro Darßbahn gefallen ist. Dort sind noch viele Bretter zu bohren und viele Jahre werden vergehen, ehe sie wirklich fährt, aber der Anfang ist gemacht. Ebenso gibt es die Einsicht, dass ohne eine südliche Bahnanbindung die Verkehrsprobleme der Insel Usedom nicht gelöst werden können. Ich begrüße, dass das Land wieder die volle Verantwortung für den SPNV und damit auch für die Kleinseenbahn und den Saisonverkehr der Südbahn übernimmt. Auch in Bezug auf Tarife, Vernetzung und Digitalisierung tut sich etwas. Das alles ist gut, und ich nehme für mich in Anspruch, dazu beigetragen zu haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber ich betone auch, dass wir nicht zufrieden sein können. Das Potenzial der Bahn, vor allem für die Regionalentwicklung, ist längst nicht gehoben. Von einem Bahnland Mecklenburg-Vorpommern sind wir weit, sehr weit entfernt,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Sehr richtig!)

und ohne das wird die Verkehrswende nicht gelingen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Bahn ist teuer und selbstverständlich müssen wir sorgsam mit Steuermitteln umgehen, also genau abwägen, wo das Geld dafür herkommt. Aber ganz im Sinne der Gedanken des Kollegen Waldmüller hängt die Nutzung eines Angebots von der Qualität, das heißt, der Nutzbarkeit des Angebots ab. Ein schlechtes, nicht genutztes Angebot bedeutet, dass viel Geld verbrannt wird.

Bei der Südbahn geht es um die Erschließung einer ganzen Region, damit um Lebensqualität und Chancengleichheit, um Teilhabe und auch um wirtschaftliche Entwicklung. Eine ganze Region im Süden Mecklenburgs und im Nordwesten Brandenburgs würde profitieren von der Bahn. Diese Betrachtung fehlt nach wie vor. Ein bisschen verwundert das schon, denn das Ministerium ist neben einem Verkehrsministerium auch Ministerium für Landesentwicklung. Die Entscheidungen zur Südbahn und auch zur Reaktivierung der Strecke Meyenburg bis Güstrow-Priemern sind zuallererst politische Entscheidungen. Sie müssten vom Landtag getroffen werden.

Spätestens nach 2027 muss wieder SPNV vom Land bestellt werden. Das gilt sowohl für die Ost-West- als auch für die Nord-Süd-Richtung. Durchgehende Verbindungen mit Karow als Bahnkreuz, darum muss es gehen. Das Potenzial an Fahrgästen ist nur zu heben, wenn alle Himmelsrichtungen bedient werden und deutlich mehr Züge fahren. Nicht nur Touristen aus Hamburg und Berlin dürfen im Fokus stehen, sondern Menschen aus der Region, die zur Schule, Berufsschule, Arbeit, zum Arzt oder zum Einkaufen fahren. Bis dahin gilt es, von Jahr zu Jahr das Saisonangebot zu erweitern und zu verbessern.

Ich verweise auf ein Verkehrskonzept, das Verkehrsplaner Constantin Pitzen für die BI „Pro Schiene“ für den Saisonverkehr erstellt hat. Dieses Konzept ist bei der Landesregierung und auch der Verkehrsgesellschaft bekannt. Ich appelliere an Sie, prüfen Sie es eingehend und setzen Sie es möglichst um! Es bietet zudem Potenzial für die Weiterentwicklung zum integrierten Taktfahrplan. Der politische Wille des Landtages wird jetzt gebraucht. Ein Hinauszögern der Entscheidung bis 2027, ob es überhaupt und wie weitergeht, würde das Aus besiegeln. Niemand würde investieren, weder die Kommunen noch das Infrastrukturunternehmen. Nur mit gesicherter Perspektive können Kommunen entlang der Bahn aktive Ansiedlungspolitik und Marketing betreiben und in ihrer Hoheit befindliche Plätze und Anlagen wieder so herrichten, dass sie einladend wirken.

Mit dem aktuellen Saisonverkehr wird nach wie vor voll auf Verschleiß gefahren. Kaum Züge bedeuten kaum Einnahmen durch Trassenentgelte. Dabei muss dringend in die Infrastruktur investiert werden. Ich verweise auf meine Kleine Anfrage zum Investitionsbedarf bei Aktivierung von Bahnstrecken auf Drucksache 7/6000. Nach grober Schätzung wären noch knapp 21 Millionen Euro notwendig, um zwischen Parchim und Waren sowie Güstrow und Meyenburg die Bahninfrastruktur zu ertüchtigen. Mit Unterstützung vom Land und über Förderung aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in der Höhe von 14 Millionen Euro wäre das zu schultern. Die restlichen Mittel müssten hälftig von den Straßenbaulastträgern und der Regio Infra Nord-Ost als Eigentümer der Infrastruktur aufgebracht werden. Für den Anteil der Straßenbaulastträger hat der Landeshaushalt Vorsorge getroffen und Mittel für Maßnahmen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz im Landeshaushalt eingestellt. Die könnten genutzt werden. Und mit gesicherter Perspektive würde der Infrastruktureigentümer seinen Beitrag leisten. Dessen bin ich mir sicher.

Der Vorlauf für Planung und Umsetzung verlangt eine Entscheidung – wenn es nicht heute ist, dann zu Beginn der neuen Wahlperiode. Zumindest das will ich dem neuen Landtag mit auf den Weg geben, denn ich habe kaum die Illusion, dass Sie heute unserem Antrag zustimmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na, man weiß nicht!)

Ja, man weiß nicht.

Meine Damen und Herren, in Kürze wird entschieden, welches Eisenbahnunternehmen in welchem Umfang den Saisonverkehr und die Kleinseenbahn bedienen wird. Der Saisonverkehr ist allein auf Plau am See ausgerichtet. Das ist suboptimal für das Erreichen weiterer Orte, vor allem aber keine Lösung für Einheimische. Umsteigen und lange Wartezeiten machen das Angebot unattraktiv. Dieser Antrag hat das Ziel, zu verhindern, dass Verkehrsverträge für SPNV-Leistungen und den Saisonverkehr für die kommenden Jahre Tatsachen schaffen, die Perspektiven verbauen. Es muss möglich bleiben, Verkehrsleistungen auszuweiten und allmählich die gesamte Südbahn zu reaktivieren.

Wir wollen zudem erreichen, dass länderübergreifend eine neue Regionalbahnlinie eingerichtet wird. Aktuell werden auf Brandenburger Seite Vorbereitungen getroffen, um Verkehrsleistungen bis zur Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommerns neu auszuschreiben. Da liegt es nahe,

dass der Zug nicht an der Grenze endet, sondern mit dem Fahrplanwechsel Dezember 2022 über Karow bis Waren weiterfährt. Dazu müssen aber erst einmal die Einsicht und der Wille zur Verhandlung mit Brandenburg bestehen. Mit einer länderübergreifenden Bahnlinie wären die Strecken Meyenburg–Karow, Karow–Malchow reaktiviert. Südbahn und Regionalbahn aus Neustadt-Dosse könnten über Karow nach Waren fahren und den Takt verdichten. In einem weiteren Schritt könnte es über Karow auch weiter nach Norden bis Güstrow gehen. Dann wäre auch diese Strecke reaktiviert. Karow würde wieder zu dem Bahnkreuz werden, das es einmal war.

Abschließend betone ich, Klimaschutzziele sind nur mit einer Verkehrswende zu erreichen. Dafür müssen mehr Personen und vor allem Güterverkehr auf die Schiene.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawoll!)

Aktuell verhandeln die Ressorts auf Bundesebene um ein weiteres milliardenschweres Klimapakete. Die gerichtlich geforderten höheren Ziele des Klimaschutzgesetzes müssen mit Maßnahmen untersetzt werden. Der Verkehrsbe- reich ist dabei Schwerpunkt. Mehr Mittel für die Bahn schaffen mehr Spielraum für Bahnprojekte. Mecklenburg-Vorpommern muss zusehen, dass es nicht hinterher- hinkt. Andere Länder haben ihre Planungen zur Reakti- vierung stillgelegter Strecken in der Schublade. Dem Beispiel sollten wir folgen. – Ich bitte um Zustimmung zum Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Dr. Schwen- ke!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 55 Minuten vorgese- hen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Christian Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsi- dentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Thema, was nicht nur diese Legislatur, sondern auch die letzte geprägt hat, deswegen macht es auch Sinn, dass dieses die Legislatur verkehrspolitisch schließt. Das hat sie vermutlich auch eröffnet, wenn wir in die Protokolle aus 2016 schauen würden.

Ich würde mir aber am Anfang erneut den Hinweis erlau- ben – und auch das ist tradiert in diesen gemeinsamen Austausch –, Verkehrswende ist nicht allein Bahn, sondern Verkehrswende ist öffentlicher Personennahver- kehr. Der kennt mindestens zwei Elemente: Bus und Bahn. Um den beiden Städten hier im Lande nicht auf den Schlips zu treten, natürlich auch die Straßenbahn, die ich immer für einen Bahntypen gehalten habe, aber weil ich wiederholt jetzt E-Mails bekam, in denen das wichtig ist: Also Bus, Straßenbahn und Bahn sind ge- meint. Und deshalb tun wir klug daran, auch zu schauen, an welcher Stelle welches der jeweiligen Elemente gut und volkswirtschaftlich sinnvoll eingesetzt ist.

Und weil Sie es ansprachen, ich würde mal ein bisschen umformulieren: Eine ganze Region hat über viele, viele

Jahre von der sogenannten Südbahn profitiert. Aber wir haben eben Auslastungszahlen gehabt, die weit unter- halb dessen lagen, was wir auf vielen anderen Strecken haben. Und Sie werden am Ende überlegen müssen, wie viel Geld tue ich pro Fahrkündin und Fahrkunden obendrauf, erstens. Ja, es bleibt immer eine zuschuss- pflichtige und zuschussbenötigende Infrastruktur, egal, ob Sie Bus oder Bahn fahren, aber die Frage ist, wie viel tue ich pro Kopf obendrauf, erstens. Und zweitens: Kann ich mit der gegebenenfalls günstigeren, pro Kopf günsti- geren Infrastruktur, rollenden Infrastruktur die Aufgabe problemlos erfüllen oder muss es dann aus Prinzip die andere sein? Und um das zu übersetzen: Bahnverkehr ist circa drei-, vier-, fünfmal – je nachdem, wo sie fah- ren – so teuer pro rollendem Kilometer. Wenn Sie auf dem rollenden Kilometer extrem viele Menschen haben, ist die Bahn natürlich unstreitig konkurrenzfähig, weil ich da mit einem sehr langen Fahrgefäß mit einem Lokführer und wenig Personal große Personenmengen befördere.

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Wenn die Zahlen deutlich kleiner sind, Sie sie auch ohne Schwierigkeiten in einen Bus bekommen, kriegen Sie sie in deutlich kleinere Fahrgefäße. Sie haben dann auch nur einen Personalaufwand, Sie kommen aber am Ende pro gefahrenem Kilometer deutlich günstiger weg. Genau in der Abwägung befinden Sie sich. Warum befinden Sie sich darin? Weil Sie mit überschaubarem Geld klarkom- men müssen. Also noch mal: ÖPNV-Verkehrswende ist Bus – Klammer auf: Straßenbahn, Klammer zu – und Bahn.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Man lernt bis zum Schluss nicht aus.)

Wenn Sie nicht ausgelernt haben, ist doch wunderbar. Ich glaube, das begleitet alle bis ins hohe Alter.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
„Fahrgefäß“ ist was völlig Neues.)

Wunderbar!

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Bei der Bahn heißt das „Waggon“. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich nehme Ihren Hinweis gerne auf. Wir nennen es auch gerne „Waggon“, wenn Ihnen das hilft.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Beifall Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Ein erster Erfolg!)

Wenn Sie mich verstehen wollen und verstehen mögen, das wäre ja an der Stelle ein neuer Gang, dann sage ich auch gerne „Waggon“.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben auf der Südachse immer auf Mobilität geschaut, und wir haben im Übrigen mit der Bahnlinie 77 als Land weitge- hend finanziert dort ein Mobilitätsangebot im Studententakt mit dem Bus, ein Mobilitätsangebot mit neuen Bussen. Als die Südbahn eingestellt wurde, gab es ja viele Wün- sche und Hinweise, was solche Mobilitätsangebote, sol- che Fahrgefäße erfüllen müssen. Da war die Barriere-

freiheit ein Thema, die Fahrräder waren Thema. Wir haben mit neu gekauften Bussen genau das versucht zu unterstützen, die entsprechende Linie 77, noch mal, zwischenzeitlich im Stundentakt. Und wir haben entlang dieser Trasse, der Landkreis Ludwigslust-Parchim hat entlang dieser Trasse das Anrufbusangebot erstmalig entwickelt, konkretisiert und umgesetzt. Also das, was man in der Mobilität vor Ort leisten kann, ist dort auf hohem Niveau entwickelt und fortentwickelt worden. Es ging immer um Mobilität und nicht schlicht um Bahn, auch wenn ich weiß, dass unsere Diskussionen leider immer wieder auf diesen Punkt reduziert sind.

Wir haben zwischenzeitlich, das stimmt, die Kritik gehabt, dass die Busse an den Wochenenden die touristischen Verkehre nicht ordentlich aufnahmen, erstens, weil die Touristenverkehre größere Personenzahlen in der Saison seien, zweitens, weil sie häufiger mit Fahrrädern kämen – dann ist ab einer gewissen Stückzahl der Bus dann doch limitierter als ein Eisenbahnwaggon oder die gesamte Eisenbahn mit ihren Möglichkeiten, Fahrräder abzustellen –, und drittens, die Gepäckanforderungen sind auch andere, als typischerweise im Nahverkehrsbus unterzubringen möglich ist.

Wir haben deshalb uns mit der Südbahn-Initiative darauf verständigt, dass wir an den Wochenenden in der Saison einen Zugverkehr dreimal am Tag gestalten, der bewusst diese Verkehre aufnimmt mit dem Versprechen der regionalen, der kreislichen Verkehrsanbieter, dass die Linie 77, also der Busverkehr, der klassische Busverkehr, trotzdem, erstens, aufrechterhalten bleibt und optimalerweise – da arbeiten wir, glaube ich, miteinander noch dran – möglichst wenig Konkurrenzsituation zur Bahn erzeugt. Das ist immer hilfreich, wenn nicht zwei um die Wette fahren zur gleichen Zeit um die gleichen Fahrgäste.

Wir haben dafür ein Investitionsvolumen in den Blick genommen von 5,3 Millionen Euro, die sich im Haushalt auch finden, das der entsprechende Bahninfrastruktureigentümer korrespondieren lassen will mit Bundesgeldern, womit er also Geld des Bundes heben will, um einen Teil der notwendigen Investitionen zu bewerkstelligen, um wenigstens diesen Gelegenheitsverkehr sicher abbilden zu können. Und damit bilden wir in diesem Jahr noch die drei Züge pro Tag, allerdings in einer anderen Fahrplage als letztes Jahr, ab.

Weil Sie es vorhin ansprachen, ja, es gibt eine Einschätzung der Initiative vor Ort, was man verbessern könnte. Das Gutachten, das Sie ansprechen, kenne ich nicht. Ich kenne bis heute nur eine PowerPoint-Präsentation. Die Bitte an die Initiative seit vielen, vielen Wochen, uns doch das Gutachten zu geben, weil manchmal ein Gutachten vertiefere Informationen enthält als eine PowerPoint-Präsentation, ist bis heute nicht geglückt, aber ich glaube weiterhin daran, dass wir irgendwann das Gutachten bekommen. Unbenommen dessen haben die Kolleginnen und Kollegen sich auch mit den mündlichen Darstellungen und der PowerPoint-Präsentation längst beschäftigt. Aber es gibt da Dinge, die sind umsetzbar, und es gibt Dinge, die sind nur mit erheblichen Investitionen oder sogar mit völlig anderen Fahrkonzepten an anderen Stellen umsetzbar. Und die anderen Fahrkonzepte sind nicht immer die günstigeren nach unserer Einschätzung.

Gleichwohl, ein Teil der Ideen findet sich wieder in dem, was wir ab nächstem Jahr anbieten, im Übrigen auch

schon, dass wir in diesem Jahr die Fahrlagen verändert haben. Alle Züge fahren jetzt zwei Stunden früher. Das hat was mit den Erkenntnissen, wenn auch nur aus dem Rumpffahr 2020, zu tun, das ja pandemiebedingt nicht die gleiche touristische Intensität entfaltet hat, wie wir es eigentlich erhofft hatten, als wir überlegten, diese Bahn einzurichten. Ab kommendem Jahr werden es an den Wochenenden jeweils sechs Züge sein. Das ist der Versuch, im Zweistundentakt die Kritik aufzunehmen, dass man die touristischen Gäste intensiver begleiten muss. Wir werden also an der Stelle entsprechend nachsteuern.

Zweitens. Alle Verkehre werden sich aber weiterhin auf Plau am See ausrichten. Warum? Weil Plau eines oder das zentrale – zumindest in der Bündelung von Übernachtungen –, das zentrale touristische Magnetfeld in dieser Region ist. Ansonsten sind die Müritz und die Seenplatte ein sehr dezentraler Tourismusstandort. Das ist mit den dortigen Angeboten angelegt. Plau ist quasi ein Ankermieter aus Sicht des Bahnverkehrs, war im Übrigen auch früher auf der Südbahn gar nicht angeschlossen. Wir werden jetzt alle zwei Stunden anschließen, aus Waren kommend und aus Parchim. Es werden Züge jeweils durchfahren. Und wir werden den Umstiegspunkt sowohl in Karow als auch in Plau haben. Die Idee ist aber, dass ich eben nur noch einmal in Waren oder einmal in Parchim umsteigen muss, um dann mit dem Zug bis Plau durchzukommen. Und noch mal, in Karow sind gleichwohl Umstiege möglich.

Wir werden da für Karow – das ist der Grund, weshalb es nicht dieses Jahr einsetzt, sondern erst nächstes –, wir werden am Bahnhof Karow gewisse Investitionen vornehmen müssen, weil Sie momentan nur einen einzigen Bahnsteig mit einer einzigen Gleissituation haben, den Sie ordentlich nutzen können. Wenn Sie nächstes Jahr im Zweifel an der Stelle Umstiege wollen, also bis zu zwei Züge gleichzeitig an die Bahnsteigkante bringen wollen, müssen Sie sowohl bei der Querungsmöglichkeit der Bahngleise, von den Bahnsteigen aus gesehen, als auch von den Zufahrtsmöglichkeiten noch Investitionen vornehmen.

Wir erreichen ab nächstem Jahr dann drei Stunden Reisezeit aus Richtung Hamburg und 2:40 aus Richtung Berlin. Das erreichen Sie über die von Ihnen skizzierte alternative Nord-Süd-Trasse nicht. Wir werden gleichwohl nächstes Jahr, möglicherweise sogar schon dieses Jahr, bis an den Brandenburger Zug anknüpfen, sodass man von Plau aus bis nach Meyenburg kommen wird. Der HANS, der von Brandenburg aus kommt, wird verlängert, so zumindest ab nächstem Jahr vorgesehen. Wenn wir Glück haben, gelingt das schon dieses Jahr. Die ist aber zeitlich nicht konkurrenzfähig mit den sehr viel schnelleren Zügen, die zum Beispiel auf der Linie Berlin-Rostock fahren und wo man in Waren dann umsteigen kann in den Nahverkehr, weil der Fernverkehr einfach andere Geschwindigkeiten fährt.

Ihr Hinweis ist ja zu sagen, könnt ihr nicht jeden Tag Südbahn fahren, sozusagen in ein werktägliches, ein tägliches Angebot zurück. Wir sind dann bei deutlich mehr als 6 Millionen Euro jährlich, die an strukturellem Aufwand entstünden. Ich weise noch mal darauf hin, mit Bus und Rufbus haben wir dort ein sehr fein ausdifferenziertes Nahverkehrsangebot.

Zweitens. Die Investitionssumme war schon benannt. Etwas über 25 Millionen Euro würden es sein, wenn man

in diese Richtung argumentieren wollte. Und ich erinnere auch gern daran, dass wir in dieser Legislatur, im Übrigen mit breiter Unterstützung an vielen Stellen dieses Landtages, deutliche und wesentliche Verpflichtungen in die Zukunft vorgenommen haben:

- Erstens die Darßbahn-Wiedererrichtung, dreistellige Millionen-Investition, plus eine solide Millionen-Belastung pro Jahr, weil künftig dann Zugverkehre bestellt werden und dort ja fahren sollen.
- Wir haben mit der Südanbindung Usedom zumindest in den ersten beiden Planungsphasen begonnen. Ich bin auch weiterhin überzeugt, dass man dort weitergehen muss, und bin nicht sicher, ob der Bund sich wirklich überzeugen lässt.
- Drittens. Wir haben den integrierten Taktfahrplan fürs Land überarbeitet und mit konkreten Maßnahmen unter setzt und in Teilen umgesetzt.
- Wir haben die Anbindung Stralsund–Greifswald ab diesem Wochenende an den Fernverkehr deutlich optimiert.
- Wir haben die Verkehrsaufnahme Südbahn an den Wochenenden, jetzt gerade besprochen.
- Wir haben das Azubi-Ticket eingeführt.

Wenn Sie das aufsummieren, sind Sie schon bei vielen, vielen Millionen strukturellen zusätzlichen Verpflichtungen. Wir werden immer wieder achtgeben müssen, dass wir das Gleichgewicht wahren und vor allen Dingen auch die Wünsche auf den anderen Strecken im Blick behalten. Und ein wichtiger Wunsch bleibt in Rostock, weil die gerne weiterhin intensive Verkehre hätten. Und zweitens, der Landtag hat uns ja schon angetragen, Übergangstarife in den HVV und den VBB umzusetzen. Auch da sind wir auf der Zielgeraden, aber auch da werden wir zusätzliche Verpflichtungen brauchen, denn wenn Sie den Leuten weniger Geld abknöpfen zum Bahnfahren, bedeutet das, dass das Land das ausgleichen muss. Der HVV und der VBB schenken uns das selbstverständlich nicht.

Meine Bitte deshalb, lassen Sie es bei den Dingen, die wir jetzt haben! Wir testen sie jetzt bis 2027 aus, bauen sie aus und dann sollte man sie bewerten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Minister!

Vielleicht können Sie uns nachher auch noch die Erklärung geben, wo die Begrifflichkeit „Fahrgefäß“ herkommt.

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD Herrn Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es besteht großer Nachbesserungsbedarf beim Bahnverkehr bei uns im Bundesland – ich weiß nicht, wie oft ich diesen Satz in den letzten fünf Jahren hier von diesem Rednerpult schon gesagt habe. Aber deswegen verwundert es mich auch nicht, dass das Thema heute wieder hier auf der Tagesordnung gelandet ist.

Die Landesregierung hat sich die Verkehrswende auf die Fahnen geschrieben. Und die Folge davon ist, dass vor allem der Individualverkehr teurer und damit unattraktiver geworden ist. Alternativen wurden leider wenig angeboten. Ganz im Gegenteil, der Schienenverkehr in unserem Land befindet sich seit Jahren in einer Abwärtsspirale und man kann förmlich dabei zusehen, wie die Verkehrswegeinfrastruktur schlechter wird. Ganze Dorfgemeinschaften werden von ihrer Umgebung abgeschnitten. Und das Argument, was da immer wieder kommt, ist die Wirtschaftlichkeit.

Wir halten nach wie vor dagegen: Der ÖPNV gehört zur öffentlichen Daseinsfürsorge und ist damit eine primäre Aufgabe dieser Landesregierung. Darüber hinaus bietet ein intaktes Schienennetz natürlich auch ein hohes Potenzial für den Tourismus. Auch in dieser Hinsicht ist eine gute Vernetzung in einem Flächenland unausweichlich.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich könnte mich jetzt an dieser Stelle an den Einzelheiten des Antrages aufhängen, aber mir ist eigentlich wichtig, bloß zwei Sachen noch zu sagen: Eine herbeigeredete Verkehrswende ist unserer Meinung nach ein ideologisches Konstrukt, was mit diesen Mitteln einfach so nicht umsetzbar ist. Und wir als Fraktion stellen uns weiter hinter den Individualverkehr, denn gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern bedeutet das vor allem auch Freiheit.

Ein zweiter Punkt wäre,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Beifall bei der AfD!)

ein zweiter Punkt wäre, auch die Erprobung alternativer Zugantriebe in Mecklenburg-Vorpommern wäre auf dieser Strecke eigentlich prädestiniert, weil sie eben weniger frequentiert ist, und das würde dann auch einen höheren Förderaufwand rechtfertigen unserer Meinung nach. Gleichzeitig sollten wir auch Elektrifizierung und Sanierung der bereits vorhandenen Strecken nicht aus den Augen verlieren. Aber jetzt bin ich eigentlich schon bei dem nächsten Thema. Es zeigt aber, Baustellen haben wir in diesem Bereich, im Bereich der Infrastruktur, der Bahninfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern, wirklich reichlich.

Wie dem auch sei, wir begrüßen die Verbesserung des Schienenverkehrs in unserem Land ausdrücklich, nicht als Ersatz für den Individualverkehr, sondern als sinnvolle Ergänzung dazu. Wir stimmen dem Antrag also zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Reuken!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Eifler.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich meine Rede mit dem Spruch beginnen „und täglich grüßt das Murmeltier“, mache ich aber nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Ja!

(Beifall Daniel Peters, CDU)

Herr Reuken, ich will mal ganz kurz auf Ihren Beitrag eingehen. Er war in sich widersprüchlich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Witz ist nach hinten losgegangen!)

Zu Beginn sprechen Sie davon, der Bahnverkehr geht Zug um Zug den Bach runter und das Niveau wird immer schlechter. Am Ende sagen Sie, nee, ist hervorragend, es ist also doch gar nicht so schlecht.

(Stephan J. Reuken, AfD:
Das habe ich überhaupt nicht gesagt. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und AfD)

Es geht um das Thema „Erhalt und Betrieb der Südbahn“. In der Tat befassen wir uns hier in dem Hohen Haus seit 2013 damit. In der bisherigen Debatte und bei den bisherigen Beiträgen, muss ich sagen, hat es für mich keinen Informationszugewinn gegeben. Das, was Minister Pegel hier vorgetragen hat, haben wir in vielen Beratungen im Energie- und Verkehrsausschuss gehört. Andererseits, Frau Dr. Schwenke, habe ich den Eindruck, dass Sie auf die Argumente gar nicht eingehen, das ignorieren Sie, und Sie kommen verständlicherweise – es geht um die Mobilität in diesem Land – immer wieder eigentlich mit den gleichlautenden Anträgen in dieser Richtung.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Offensichtlich lesen Sie diese gar nicht!)

Ich will aber auch noch darauf eingehen, Sie haben es angesprochen,

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

meinen Kollegen Waldmüller angesprochen, der aus der Region kommt und in der Tat sehr intensiv sich für den Erhalt der Südbahn eingesetzt hat, was ja auch verständlich ist. Und schon aus dem Grund ist es verständlich, weil für uns die Mobilität, das Mobilitätsangebot für die Menschen in einem Flächenland einen sehr hohen Stellenwert hat. Und dabei schauen wir nicht nur auf die Mobilität in Zentren, in größeren Städten wie in Greifswald, in Rostock oder in Schwerin. Wir haben sehr wohl die Mobilitätsangebote für die Menschen im ländlichen Raum im Auge, und das zu gewährleisten, das ist die große Herausforderung. Und es wird auch nicht gewährleistet sein – von dieser Annahme müssen wir uns auch ehrlicherweise trennen, Frau Dr. Schwenke –, dass an jedem kleinen Dorf ein Zug vorbeifahren wird. Der Verkehrsmix macht es.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Herr Eifler, nun machen Sie sich doch
mal nicht lächerlich! Das ist doch billig!)

Nein, nein, das ist ja nicht lächerlich,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, das war wieder so billig!)

das ist schon ein ernstes Thema, worüber wir hier reden, und das eben seit vielen Jahren.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
In jedem Dorf einen Zuganschluss!
Das ist ja wohl das Letzte!)

Und ich kann also nicht erkennen, dass Sie da auf die Argumente eingegangen sind.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und gerade bei der Südbahn ist das Thema Wirtschaftlichkeit ja der eigentliche Grund gewesen, weshalb wir uns mit dieser schweren Entscheidung hier auseinandersetzen mussten, wie wir damit umgehen können. Und daran hat sich im Grunde ja auch nichts geändert.

Und insofern war ich auch sehr froh darüber, als im vergangenen Jahr – ja, doch freudig aufgeregt – aus der Staatskanzlei die Nachricht kam, dass man den Saisonbetrieb der Südbahn wieder aufnehmen will. Und für den Erhalt auch der Südbahn – können Sie auch in den Protokollen nachlesen, Frau Dr. Schwenke – haben wir, als die Situation war, der Eigentümerwechsel der Infrastruktur war, sehr wohl darauf Wert gelegt, dass es also nicht zu einem Rückbau der Infrastruktur kommt, sondern dass das erhalten bleibt, um eben die Gewähr zu haben, dass, wenn sich andere Situationen ergeben und andere Finanzierungsmöglichkeiten sich auf tun, um auch da den Betrieb wieder aufzunehmen, der in der Tat immer mit einem großen Zuschuss verbunden sein muss.

Auch das Qualitätsangebot, da ist natürlich der Betreiber der Strecke dann natürlich gefragt. Und ganz ehrlich, vor zwei Jahren haben wir im Arbeitskreis „Verkehr“ die Strecke der Südbahn abgefahren, im Sommer, im Hochsommer, und die Anzahl der Teilnehmer und der Fahrgäste, ich sage das mal sehr vorsichtig, war sehr übersichtlich. Wenn ich uns als Arbeitskreis, die wir da mitgefahren sind, ausgenommen hätte, wäre es noch übersichtlicher gewesen. Aber,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Haben Sie auch mal gefragt, warum?)

aber ...

Natürlich hängt das auch mit Qualität

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach!)

und mit Attraktivität der Strecke zusammen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ja, genau.)

Das haben wir ja auch immer angesprochen, Frau Dr. Schwenke,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

ist ja auch überhaupt kein Geheimnis.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Du sollst dich doch nicht aufregen!)

Aber diese Botschaft, die wir bekommen haben, dass ja die Strecke der Südbahn saisonbedingt wieder in Betrieb genommen wird mit den Angeboten, wie sie sind – und das fand ich jetzt auch noch mal sehr interessant, dass der Minister eben auch auf diese Forderungen eingegangen ist, dass das angepasst wird –, natürlich war das im vergangenen Jahr eine schwierige Situation, in der Corona-Pandemie da ein objektives Bild zu bekommen. Und wenn es in diesem Jahr angepasst wird, und in

Voraussicht ist ja die Perspektive auch vom Minister genannt worden, dass man das für 2022 ebenfalls anpassen will, so glaube ich, ist das ja auch ein Angebot für die Südbahn, um perspektivisch das auch am Laufen zu halten.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, der stellt schon sehr deutlich auf das Konzept der BI Mecklenburgische Südbahn ab. Und da ist es aber auch allen klar – auch die Vertreter der BI sind bei uns im Arbeitskreis gewesen, wir haben auch miteinander gesprochen, haben uns auch ausgetauscht –, aber fest steht natürlich, dass die Umsetzung und die teilweise Umsetzung sehr viel Geld kosten wird. Und das gehört dann natürlich auch zu der Ehrlichkeit dazu.

Aber andererseits ist hier im Hohen Haus auch allseits bekannt, dass der Bund ja in den nächsten Jahren sehr viel Geld für die Eisenbahninfrastruktur in die Hand nimmt. Und da bin ich fest davon überzeugt, dass auch das Land Mecklenburg-Vorpommern daran partizipieren wird und dass man die Südbahn weiterhin sehr wohl im Blick haben wird, um auch da die Infrastruktur so herzurichten, dass man attraktivere Angebote unterbreiten kann, die jetzt ganz einfach aus den sehr volkswirtschaftlichen Betrachtungen heraus nicht zu gewährleisten sind. Und das sage ich noch mal, da hat sich seit 2013 bis heute relativ wenig verändert, was die zur Verfügung stehenden Mittel anbelangt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das stimmt nicht, Herr Eifler,
es gibt viel mehr Bundesmittel.)

Zur Mobilität insgesamt noch mal: Ich will jetzt auch einen kleinen Schwenk machen zu der Debatte gestern. Mitunter habe ich den Eindruck, Frau Dr. Schwenke, dass Sie für die Fraktion DIE LINKE sehr umfassend hier für die Mobilität Werbung machen und sich in der Debatte auch einbringen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Sie verlangen den kostenlosen Nahverkehr im ÖPNV, versäumen es aber immer wieder – das habe ich auch schon mehrfach in Debatten angesprochen –, die Finanzquelle zu sagen. Woraus wollen Sie das finanzieren und wie soll das finanziert werden?

Ich kann mir das gut vorstellen in Greifswald, dass man da mit dem Stadtbus fahren kann teilweise.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Vorpommern-Rügen führt das jetzt ein.)

Haben Sie aber auch den ländlichen Raum im Auge,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Aber selbstverständlich, Herr Eifler!)

wo heute als ÖPNV, wo wir von einem Nahverkehr gar nicht sprechen können, wo wir lediglich über eine Schülerbeförderung reden? Auch diese Menschen haben einen Anspruch auf die Mobilitätsgarantie.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Und auch das muss man im Auge haben. Und das, habe ich den Eindruck, das wird bei Ihnen immer etwas aus-

geblendet. Aber das kann sich ja in Zukunft auch noch ändern.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das ist Ihr Eindruck!)

Insofern bin ich bei Finanzierung und Umgang mit den öffentlichen Steuergeldern.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ich weiß nicht, ob ich einhalten kann,
dass ich mich nicht ärgere!)

Und da ist es so wie im privaten Haushalt, ich kann nur das ausgeben, was erwirtschaftet wird. Insofern sind wir auf eine starke Wirtschaft angewiesen,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

um natürlich auch die Angebote, die Mobilitätsangebote im ganzen Land auch ausfinanzieren zu können. Wir leben nicht im Wolkenkuckucksheim, sondern wir müssen uns mit der Realität ganz klar auseinandersetzen.

Und zum Schluss meiner Rede möchte ich einfach noch mal darauf eingehen, welche Prinzipien wir bei der Bewertung und bei der Betrachtung haben. Das ist natürlich an vorderster Stelle die Wirtschaftlichkeit und die Nachhaltigkeit. Da sind wir in der Finanzverantwortung, und dem stellen wir uns natürlich sehr konsequent. Zum anderen, und das wiederhole ich noch mal in aller Deutlichkeit, wenn wir über die Mobilität reden, dann reden wir über die Mobilitätsangebote im ganzen Land, also für die Bürger, die auch im ländlichen Raum sind. Und das ist auch von Herrn Reuken angesprochen worden, da werden wir auf den Individualverkehr nicht verzichten können. Andererseits haben die Menschen aber auch, die am Individualverkehr nicht teilnehmen können, einen Anspruch auf die Teilnahme am öffentlichen Verkehr.

Und was in vielen Debatten auch so ein bisschen in die Schräglage gekommen ist, wir haben ja auch Zuständigkeiten der Aufgabenträger. Das sollte man nicht aus dem Auge verlieren, sonst könnte man wirklich denken, die Gesamtzuständigkeit an sich zu reißen, und dann komme ich wieder auf den Punkt der Finanzausstattung. Das ist alles in die Betrachtungsweise mit einzubeziehen.

Und insofern, dieser Vorschlag, den Sie hier gemacht haben, länderübergreifend die Verkehre auszubauen, das ist natürlich ein Zukunftsprojekt. Dem kann man sich im Grunde, wenn wir über Mobilität reden, nicht verschließen. Aber das ist für heute und morgen Zukunftsmusik. Und von daher, glaube ich, bleiben noch sehr viele Debatten und sehr viel Arbeit,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das steht
bestimmt in den Empfehlungen des
Zukunftsrates mit drin, die Zukunftsmusik.)

auch für die nächsten Wahlperioden, für die Kollegen, die hier in den Fraktionen Verantwortung übernehmen werden für das Land.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ei, jei, jei, jei, jei!)

Ich möchte mich, bevor ich noch ... Nein, das gehört zum Abschluss dazu.

Und aus diesem Grund werden wir, Frau Dr. Schwenke, den Antrag der Fraktion der LINKEN ablehnen.

Mir bleibt jetzt zum Schluss meiner heutigen Rede, die die letzte hier in dem Hohen Hause ist, einfach nur Danke zu sagen all denen, die mich begleitet haben in einer sehr konstruktiven, vertrauensvollen, zuverlässigen Zusammenarbeit. Vielen Dank Ihnen allen dafür! Es ist mir eine Ehre gewesen und ich gehe mit Dankbarkeit. – Vielen herzlichen Dank und Ihnen allen persönlich alles Gute!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Die Abgeordneten der Fraktion der CDU
erheben sich von ihren Plätzen.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Eifler!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU
und Jochen Schulte, SPD)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich kurzfassen, auch angesichts der sehr umfangreichen Äußerungen und Ausführungen vom Kollegen Eifler, aber insbesondere vor dem Hintergrund der Darlegung, die ja der Verkehrsminister an dieser Stelle gemacht hat.

Ich will es mal so zusammenfassen, sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke: Es ist ja hier angesprochen worden, dass die Debatte, Stichwort „Südbahn“, heute nicht zum ersten Mal geführt wird. Und es ist sicherlich, das will ich an dieser Stelle auch konstatieren, auch Ihrem Engagement, auch hier im Haus, geschuldet gewesen, dass es immer wieder auf die Tagesordnung kam. Und auch das will ich konstatieren, Sie haben sicherlich mit dazu beigetragen, dass am Ende die Lösung, wie sie jetzt ist, auch zustande gekommen ist. Ich glaube, das ist auch Ihr ganz persönliches Verdienst, nicht alleine Ihr persönliches Verdienst, sehr geehrte Frau Kollegin, auch von vielen anderen. Ich will da keinen vergessen oder kleinreden, aber das ist auch Ihrem Umstand zu verdanken.

Ich sage es aber auch an dieser Stelle ganz deutlich, die Entscheidung, die getroffen worden ist – und Herr Verkehrsminister Pegel hat es ja eben auch ausgeführt in seinem Redebeitrag –, ist letztendlich eine Lösung gewesen unter Abwägung aller Rahmenbedingungen, die vorhanden waren, Fahrgastzahlen, wie sie vorhanden waren, auch, ich sage es in aller Deutlichkeit, vom Grundsatz her ja kein gewerbliches industrielles Hinterland, das tatsächlich an dieser Strecke zum Beispiel Frachtverkehre generiert hat in der Vergangenheit.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Aber die Chance gibt es, Herr Kollege!)

Ja, liebe Mignon, die Chance gibt es immer, überall, aber am Ende des Tages ist sie zumindest jetzt nicht vorhanden – die Chance vielleicht, aber der Zustand nicht.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Aber das waren ja alles Punkte, weswegen damals gesagt worden ist, und das ist aus meiner Sicht auch ein

vernünftiger Kompromiss oder vielleicht sogar mehr als ein Kompromiss gewesen, dass man gesagt hat, wir schauen jetzt bis 2027, wie sich das insgesamt entwickelt.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sage das auch deswegen, weil ich genau weiß, dass es in vielen anderen Regionen dieses Landes, Kollege Eifler hat es eben angesprochen, ich könnte das auch aus meiner eigenen Heimatregion sagen, ähnliche Bedarfe gibt, wo man sich – auch ich mir – immer wieder sagen lassen muss, na ja, aber die Frequentierung ist nicht so, dass sich das betriebswirtschaftlich rechnet. Und dann haben wir, auch ich, gesagt, uns bereiterklärt, ja, wir stehen zurück, weil das Geld insgesamt nicht vorhanden ist. Und da, denke ich mal, ist die Lösung, die mit der Südbahn gefunden wurde, schon eine Lösung, die weit über das hinausgeht, was in anderen Teilen dieses Landes gemacht worden ist. Deswegen sollte man jetzt erst mal schauen, und mehr ist es ja auch nicht, schauen, wie sich das tatsächlich bis 2027 entwickelt, wobei ich durchaus konstatieren will, wenn man dann eine positive Entwicklung in den kommenden Jahren sieht – 2020, ist ja angeführt worden, ist jetzt nicht unbedingt das Jahr, das man als Referenzmaßstab nehmen kann vor dem Hintergrund der Einschränkungen, die es in allen Teilen dieses Landes gegeben hat –, aber dass man tatsächlich sieht, wie sich das entwickelt. Und wenn es auch nur einen positiven Trend – mehr will ich jetzt gar nicht mal sagen – geben sollte, dann bin ich der Letzte, sofern ich dann noch diesem Haus angehören sollte, der sich dann hier hinstellt und sagt, ich verweigere mich trotz eines positiven Trends der Sache.

Ich sage es aber auch an dieser Stelle ganz deutlich, wir werden dann über Mittel reden, die entweder, wenn wir aus den bisherigen Regionalisierungsmitteln das schöpfen wollen, endlich sind, das heißt, es geht dann um Umverteilung, oder aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir zusätzliches Geld in die Hand nehmen wollen – auch das ist eine politische Entscheidung, die kann man dann treffen, das will ich gar nicht infrage stellen –, dann ist es allerdings eine politische Entscheidung, die dem neuen Landeshaushaltsgesetzgeber vorbehalten ist und die dieses Haus auch nicht präjudizieren sollte an dieser Stelle, das auch in aller Deutlichkeit. Deswegen glaube ich einfach, das Thema, ich will es nicht kleinreden, es gibt viele Baustellen in diesem Land, was Mobilität angeht, aber die muss man dann am Ende des Tages, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im Gesamtkontext betrachten und man kann sich nicht jeweils eine wieder rausgreifen und sagen, das löse ich jetzt, und wenn ich die gelöst habe, dann gucke ich mir dann an, was ich an der nächsten Stelle mache. Da muss man sehen, wie das insgesamt auch finanziert werden kann. Das vielleicht zu dem Antrag als solchem.

Und, sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke, Sie haben ja selber davon gesprochen, wir reden hier am Ende des Tages, sowohl, was das Investitionsvolumen angeht, als auch den finanziellen Mehraufwand durch einen entsprechenden Betrieb, wie er hier vorgetragen worden ist, von Größenordnungen, die wirklich signifikant sind – das vielleicht zu diesem Redebeitrag – zu diesem Antrag.

Jetzt gestatten Sie mir an dieser Stelle noch ein persönliches Wort. Ich hoffe, der Kollege Eifler nimmt es mir jetzt nicht übel, dass ich ihn nicht auch noch persönlich erwähne, weil auch wir haben, insbesondere in seiner

Funktion als Ausschussvorsitzender, sehr gut und sehr lange zusammengearbeitet. Aber eines möchte ich doch an dieser Stelle sagen, und jetzt sage ich nicht „sehr geehrte Frau Kollegin Schwenke“, sondern „liebe Mignon“, ich habe mit dir – wir dürfen uns duzen, Mignon hat es mir angeboten,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Peter Ritter, DIE LINKE: So, so!)

ja, ich habe lange und hart daran gearbeitet –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU, DIE LINKE und
Tilo Gundlack, SPD)

liebe Mignon, ich habe mit dir, insbesondere im Bereich Verkehrspolitik, eine fachkompetente und eine engagierte Kollegin erlebt, die ich über die Jahre nicht nur persönlich, sondern auch fachlich über die Maßen zu schätzen gelernt habe. Ich habe dich kennengelernt, da warst du noch, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, als Referentin bei der Fraktion DIE LINKE beschäftigt und bist anschließend hier als Landtagsabgeordnete mit in den Landtag eingezogen. Ich habe es eigentlich nie erlebt – wir haben selten eine Meinung gehabt, das zeigt sich ja jetzt auch wieder –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU,
Tilo Gundlack, SPD, und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

aber ich habe es eigentlich nie erlebt, dass du nicht fachlich fundiert argumentiert hast. Wir haben nicht immer die gleichen Argumente für eine Sache gefunden, aber ich glaube, das ist auch nicht ungewöhnlich in einem Parlament. Und ich will das an dieser Stelle auch so deutlich sagen, weil ich glaube, es ist ungewöhnlich auch, dass man vielleicht als Mitglied einer Regierungsfraktion das so deutlich auch gegenüber einem Mitglied einer Oppositionsfraktion sagt, ich bedauere das zutiefst, dass du aufhörst, und ich halte dein Ausscheiden aus diesem Parlament, sicherlich auch für die Fraktion der LINKEN, aber das kann ich nicht beurteilen, aber für dieses Parlament insgesamt für einen wirklichen Verlust. Und vor dem Hintergrund wünsche ich dir ganz persönlich alles Gute für deine weitere Zukunft, und ich hoffe zumindest, dass du deiner Partei, deiner Fraktion auch in Zukunft mit fachkundigem Rat erhalten bleibst.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schulte!

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Schwenke.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Jochen, also ich weiß gar nicht, was ich dazu sagen soll.

(Heiterkeit bei Burkhard Lenz, CDU)

Es hat mich sehr berührt. Ich danke für die Wertschätzung.

Ich will jetzt hier an dieser Stelle, weil es ja, wie gesagt, meine letzte Rede in diesem Landtag ist – zumindest, soweit es absehbar ist, man weiß ja nie, was kommt, es ist ja noch lange Zeit bis zum Ende der Legislatur –, aber will ich auch nicht mehr auf alles eingehen, was hier gesagt worden ist. Also die Argumente haben sich – zumindest von Ihrer Seite, Herr Eifler – überhaupt nicht verändert. Und manches Mal habe ich den Eindruck, dass Sie nicht mal die Anträge lesen.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Also dieser Antrag, der hat nun wirklich neue Aspekte mitgebracht. Aber okay, ich habe mir vorgenommen, mich heute nicht mehr zu ärgern.

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Deshalb will ich da einzeln auch nicht mehr drauf eingehen, nur zwei Sachen:

Ich habe nicht gewusst, Herr Minister, dass Sie das Gutachten nicht haben. Ich dachte, Sie haben es zur Verfügung. Ich werde bei den Kolleginnen und Kollegen der Bürgerinitiative dafür werben, dass Sie das schnellstens bekommen.

Und dann will ich noch mal sagen, das sehe ich ganz genauso wie Sie, also Verkehrswende, das schaffen wir nicht nur mit der Bahn, aber natürlich muss es ein wichtiges Element sein. Also Sie haben auf der Logistik-Konferenz – der IHK, glaube ich – gesagt, dass alle Verkehrsträger klimaneutral werden müssen, und das sehe ich ganz genauso. Trotzdem würden wir natürlich gerne den öffentlichen Verkehr deutlich mehr gewichten als den Individualverkehr, aber darüber will ich jetzt auch gar nicht weiter argumentieren. Das kann man vielleicht auch noch mal an anderer Stelle machen.

Ich will einfach nur noch mal eine Lanze für den öffentlichen Verkehr brechen. Die Ministerpräsidentin hat heute davon gesprochen, dass es notwendig war, die Infrastruktur im Land so auszubauen, dass alle angebunden sind, auch der ländliche Raum, und hat da überwiegend über die Autobahnen gesprochen. Natürlich muss man angebunden sein über die Straßen, aber natürlich auch mit dem öffentlichen Verkehr.

Und ich sehe das ganz genauso wie Sie, Herr Eifler, es kann nicht sein, dass die Dörfer – ich meine, das war natürlich sehr billig, wir wollen nicht, dass an jedem Dorf ein Zug hält,

(Heiterkeit bei Dietmar Eifler, CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das ist natürlich Quatsch –,

(Dietmar Eifler, CDU:
Aber angedeutet hatten Sie es!)

aber dass zumindest ein Bus da fährt

(Dietmar Eifler, CDU: Ja. Ja, klar!)

oder eine Möglichkeit besteht, außerhalb des eigenen Autos oder ohne eigenes Auto auch von einem Dorf dahin zu kommen, wo man hinwill. Das werden Sie doch wohl nicht in Zweifel ziehen.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Also das gehört zum öffentlichen Verkehr dazu. Wir sehen das so, das ist Daseinsvorsorge, und da haben wir noch viele, viele Baustellen abzuräumen. Das bleibt auf jeden Fall als Aufgabe für die nächste Legislatur,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

auch wenn ich dann selber nicht mehr hier im Landtag sitzen werde. Aber das kann ich dir versprechen, Jochen, ich werde schon aufpassen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

dass meine Fraktion also auf diesem Thema auch sozusagen das Augenmerk behält. Das ist völlig,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

das ist völlig klar.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Zieht euch warm an! –
Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD)

Ich will noch mal sagen, Herr Dahlemann ist jetzt nicht mehr hier, aber ich habe an einer seiner Scheunentouren teilgenommen. Er hat ja eine ziemlich groß angelegte Tour durch Vorpommern gemacht. Ich habe an Treffen hier vom Seniorenbeirat teilgenommen, ich habe an „Jugend im Landtag“, „Jugend fragt nach“ und wie die ganzen Formate alle heißen, teilgenommen, und ich muss Ihnen sagen, eines der Themen, was am allerwichtigsten für alle war, in allen diesen Formaten, war die Sicherung der Mobilität. Und da geht es nicht nur darum, dass die Jugendlichen mit dem Moped fahren dürfen,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

sondern da geht es darum, dass es auch öffentliche Angebote gibt. Denn es steigt keiner aus dem Auto aus und lässt das zu Hause stehen, wenn es keine Alternative gibt. Also ist es doch erforderlich, dass wir uns auch darauf einstellen, diese Alternativen zu errichten und vorzuhalten.

(Dietmar Eifler, CDU:
Aber, Frau Schwenke,
ÖPNV ist Sache des Landkreises.)

Und da ist noch ganz, ganz vieles zu tun. Überall ist das, wie gesagt, angesprochen worden, und das bleibt eine Megaaufgabe. Das sehe ich überhaupt nicht anders. Und das geht auch nicht von heute auf morgen, dessen bin ich mir völlig bewusst. Und natürlich muss man sehr klug – das habe ich ja in der Einbringung auch gesagt – abwägen, wofür man zu welchem Zeitpunkt Geld einsetzt und wie viel das dann auch sein kann. Ich beobachte das also zukünftig dann aus dem außerparlamentarischen Raum. Natürlich finde ich es schade, dass Sie unseren Antrag ablehnen, aber damit habe ich ja gerechnet, ich bin ja nicht blauäugig.

Wie gesagt, es ist heute meine letzte Rede und da möchte ich natürlich die Gelegenheit auch nutzen, um Danke zu sagen, zuallererst meiner Fraktion, den Mitgliedern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Fraktion, insbesondere an die Mitarbeiter möchte ich diesen Dank weitergeben, weil ohne deren kluge Hinweise und Unterstützung wären wir alle nicht so – also zumindest ich, ich kann es nur für mich sagen –, wären wir alle nicht in der Lage, so engagiert auch für unsere Themen zu arbeiten. Also dafür herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Aber ich bedanke mich auch bei den Menschen, die uns hier immer die Arbeit erleichtern, der Saaldienst, die Menschen, die hier am Protokolltisch sitzen und aufschreiben, wenn einer einen dummen Zwischenruf macht –

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf aus dem Plenum: Dumm?)

also herzlichen Dank dafür! –, beim Sicherheitsdienst, bei den Reinigungskräften. Das hat, glaube ich, gestern der Kollege Lenz gesagt, die sind natürlich ganz wichtig, denn keiner will hier in einem schmutzigen Saal sitzen und arbeiten. Oder ich denke auch an die Kolleginnen und Kollegen, die unten in der Kantine uns immer gut betreuen und die natürlich immer genauso lange auch da sein müssen, wie wir vorhaben, hier zu sitzen. Und das ist ja manches Mal doch ganz schön lange gewesen.

Ich bedanke mich insbesondere auch bei Frau Schlamp und Frau Herrmann, die da hinten hinterm Präsidium stundenlang sitzen

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE
und Jürgen Strohschein, AfD)

und immer parat stehen, wenn man da auf dem Stuhl mal ins Schlingern gerät. Also vielen, vielen Dank an Sie beide und ich wünsche Ihnen natürlich auch alles Gute für die Zukunft!

Und dann möchte ich mich natürlich gerne auch bei meinen Kolleginnen im Präsidium bedanken, bei Frau Hesse. Frau Hesse, Sie haben heute früh sehr freundliche Worte mir gegenüber gesagt, die kann ich eigentlich nur zurückgeben. Ich bedanke mich auch für die freundliche und immer zugängliche kollegiale Zusammenarbeit, die uns in diesen Monaten verbunden hat. Herzlichen Dank dafür, Frau Hesse!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Bedanken will ich mich auch bei der Landtagsverwaltung. Also wenn man Mitglied des Präsidiums ist, hat man ja mit vielen Menschen in diesem Landtag zu tun, die man sonst nicht immer trifft, wenn man normales Mitglied dieses Hauses ist. Also ich habe da viele, viele Menschen kennengelernt, denen ich zutiefst zu Dank verpflichtet bin, bei denen ich – zum Teil zumindest – mich auch persönlich bedankt habe und auf Wiedersehen gesagt habe.

Aber zum Schluss, zum Schluss möchte ich auch ganz besonders einer Person danken, wo Sie das vielleicht gar

nicht so ganz genau erwarten. Ich möchte mich bei Beate Schlupp bedanken. Frau Hesse, Sie sehen mir das nach, aber Beate und ich, wir hatten ja sozusagen über zwei Jahre lang hier doch ganz schön zu ackern. Und ich bedanke mich dafür, Beate, dass wir immer uns aufeinander verlassen konnten, auch diese fliegenden Wechsel manches Mal hier im Präsidium, wenn eine von uns beiden hier ans Rednerpult treten und sozusagen die Meinung der Fraktion kundtun wollte, das hat bei uns immer super geklappt. Wir sind auch in vielen Fragen nicht einer Meinung,

(Heiterkeit bei Beate Schlupp, CDU)

aber unser Verhältnis hat das überhaupt nicht getrübt. Wir sind sehr freundschaftlich miteinander umgegangen, dafür herzlichen Dank! Und da habe ich auch einen kleinen Blumenstrauß. Peter hat vorhin gesagt, eigentlich darfst du das gar nicht, da gibt es einen Ordnungsruf. Aber du sitzt ja nicht da hinten. Also Frau Hesse kann mir gerne einen Ordnungsruf geben.

(lang anhaltender Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Okay, einen letzten Satz will ich trotzdem gerne noch sagen, in Anlehnung an das, was Lorenz Caffier heute Morgen hierzu kundgetan hat. Er sagte, wir sollen nahe bei den Menschen sein. Mein Credo war das eigentlich immer. Ich habe mit vielen Menschen gesprochen, ich habe zuhören gelernt, ich habe mir eine Meinung gebildet, ich habe auch angefangen, mich selbst zu hinterfragen. Aber ich glaube, es ist auch nicht angezeigt, allen nach dem Munde zu reden. Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg bei den kommenden Wahlen und ein gutes Händchen für die Politik in der nächsten Legislatur. – Danke schön!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE erheben sich von ihren Plätzen.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen herzlichen Dank, Frau Dr. Schwenke! Da Sie sich bereits selbst charmant gemäßregelt haben,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

sehe ich von einem Ordnungsruf an dieser Stelle ab und werde auch nicht Herrn Ritter dafür in Verantwortung ziehen, dass er die Blumen quasi zugereicht hat.

Vielen herzlichen Dank!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/6175. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/6175 bei Zustimmung durch die Fraktion der LINKEN sowie der Fraktion der AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 54:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Kulturelle Identität bewahren und fördern – eine Akademie für Sprache und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern gründen, Drucksache 7/6157.

**Antrag der Fraktion der AfD
Kulturelle Identität bewahren und fördern –
eine Akademie für Sprache und Kultur
in Mecklenburg-Vorpommern gründen
– Drucksache 7/6157 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete für die Fraktion der AfD Herr Professor Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Unser Antrag, den wir Ihnen heute hiermit vorstellen, dient dem Ziel, unsere landestypische kulturelle Identität zu bewahren, nicht nur zu bewahren, sondern auch zu fördern und zu diesem Zweck eine Akademie für Sprache und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern zu gründen. Was hat es damit auf sich?

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Werte Kollegen, kulturelle Identität ist der wichtigste Baustein für ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb eines Landes. Ohne kulturelle Identität wird es sehr schwierig für ein Land, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl der in dem Land Lebenden aufzubauen und zu bewahren. Dementsprechend gilt es, Erosionsprozessen in dieser kulturellen Identität von Anfang an entgegenzutreten. Nicht multikulturelle Gesellschaft kann der Baustein einer neuen Gesellschaft sein, sondern Wahrung und Förderung unserer landestypischen kulturellen Identität. Das ist einer der Gründe, warum es unsere Partei, die AfD, gibt, und das ist ein Baustein dessen, was es für uns zu bewahren gilt.

Und, werte Kollegen, ich stelle mal die Frage: Wenn es keine einigermaßen homogene kulturelle Identität mehr gibt, in was wollen Sie denn all die Menschen integrieren, die jetzt in unser Land gekommen sind? Integration setzt ein Integrationsziel und damit eine Tatsache voraus, die man mit kultureller Identität umschreiben kann. Ohne eine solche eigene Identität kann es auch keine Integration, sondern nur ein Nebeneinander der Kulturen geben. Wer sich damit zufriedengeben will, dem sei das überlassen, unser Ziel aber ist das nicht.

Wir wollen kulturelle Identität bewahren und fördern, und zu diesem Zwecke brauchen wir, denke ich, eine Akademie, die sich mit all den damit verbundenen Aufgaben beschäftigt. Das fängt an mit den vielen Gutshäusern und Herrenhäusern hier im Land, die wir als Baudenkmäler haben, die aber in einem baulich schlechten Zustand sind. Hintergründe über die einzelnen Guts- und Herrenhäuser zu liefern und mit der Akademie eine Stelle zu schaffen, die Spenden, in der Wissenschaft würde man sagen – da eine Akademie die Grenze zur Wissenschaft erreichen kann –, Drittmittel einzuwerben, ist eine wichtige Aufgabe solcher Institutionen. Das geht dann weiter mit den Backsteingotikreihen, den Denkmälern, Baudenkmälern und den vielen Backsteingotikgebäuden, die unser Land prägen und die unsere landestypische Kultur ausmachen.

Und auch die Kutter- und Küstenfischerei ist ja hier genannt, ein vom Aussterben bedrohter landestypischer

Industriezweig, den es zwingend zu bewahren gilt. Auch da könnte eine Akademie entsprechende Bausteine liefern.

Und wenn ich mich erinnere, wir haben gestern unter TOP 38 über die Ablösung der Zahlungen an die Kirchen gesprochen. Dann darf man auch den Blick auf die vielen Dorfkirchen, die wir hier im Lande haben, nicht vergessen, um die zu erhalten, zu fördern und deren je individuelle Geschichte, die oft in ganz vielen Dörfern prägend und sinnbildlich ist, zu fördern. All das wäre etwas, was diese Akademie wunderbar bewerkstelligen könnte. Wohlverstandene Aufgabe der Akademie ist also die Bewahrung unserer landestypischen Identität und damit die Ermöglichung einer sinnvollen Integration in unser Land.

Ja, und dann habe ich den zweiten Baustein genannt: Sprache. Eines der wichtigsten Merkmale kultureller Identität ist die eigene Sprache, und wir in Deutschland können stolz sein auf die vielfältigen deutschen Sprachdialekte, und hier in Mecklenburg-Vorpommern mehr noch, nicht nur auf Sprachdialekt, sondern auf eine eigenständige Sprache deutscher Mundart, nämlich das Niederdeutsche. Wir hatten vorhin bei TOP 50 schon gehört in dem Antrag, in dem wir wollten, dass mehr Anstrengungen unternommen werden, um diese niederdeutsche Sprache auch in unseren Schulen zu fördern, dass gerade in dem Zusammenhang der Zustand dieser niederdeutschen Sprachförderung beklagenswert ist.

Werte Kollegen, ich weiß nicht, ob Sie es mitgekriegt haben, wir haben ja jetzt die Woche der niederdeutschen Sprache – diese Woche –, und der NDR hat eine Reihe aufgelegt in seinem Radioprogramm, wo sich Leute melden konnten mit Beiträgen zu unserer niederdeutschen Sprache, die ich leider nicht aktiv sprechen, aber immerhin passiv verstehen kann. Und da wurde immer wieder gerügt, Hauptmangel ist fehlendes Verständnis und die fehlende Möglichkeit, diese Sprache zu lernen an den Schulen. Und dann waren ganz viele Beispiele von Schülern, die angefangen hatten, die niederdeutsche Sprache zu lernen, und dann aufhören mussten, weil der Lehrer krank wurde längerfristig und der Unterricht dann nicht fortgeführt wurde und, und, und. Dafür diente dieser TOP 50, den Sie leider abgelehnt haben, aber den wir hier über diese Akademie dann nicht an die Schule, sondern als gesellschaftlich wertbildenden Faktor einbinden können.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und die Bildungsministerin hat zu Recht gesagt, dass die niederdeutsche Sprache ein wichtiges Kulturgut unseres Landes ist. Sehr richtig, Frau Martin, ein wichtiges Kulturgut unseres Landes und für viele hier lebenden Menschen ein Stück Heimat. Dieses Stück Heimat gilt es zu fördern und zu bewahren,

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

und dazu soll die Akademie dienen.

Aber ähnlich wie der Zustand vieler Herrenhäuser und Gutshäuser spiegelbildlich für den Zustand unserer abnehmenden kulturellen Identität ist, ist auch der Zustand unserer Sprache, nicht nur des Niederdeutschen, sondern auch unsere deutsche Sprache sinnbildlich im Abnehmen begriffen. Schalten Sie mal den Bildschirmtext in

den Staatsmedien, den öffentlich-rechtlichen Rundfunkprogrammen ein und lesen Sie die Texte, die da stehen! Wenn Sie einen einzigen von 20 Texten finden, der grammatikalisch und rechtschreibtechnisch in Ordnung ist, dann muss man sich heute schon freuen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Da möchte ich sagen, das hätte es vor 20 Jahren so nicht gegeben, da war viel mehr Wertschätzung der eigenen Sprache gegenüber zu spüren als dieser Verfall.

Und dann – ich komme nicht umhin, das hier auch wieder anzusprechen – kommt natürlich die Sprachentwicklung oder die geschlechterspezifische Sprachdivergierung durch Gendersprache oder diverse Sprache hinzu, die es nahezu unmöglich macht, in sinnvoller Weise unsere Sprache mit Schrift- und Sprach-Sprache noch zu identifizieren. Das ist ein Abweg, den es unbedingt abzustellen gilt.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und als Letztes möchte ich dann auch Kritik üben an den Versuchen, ein neues Sprachregime nicht nur unter dem Genderzeichen, sondern auch unter dem Produkt „leichte Sprache“ zu entwickeln. Werte Kollegen, diese Akademie soll auch dazu beitragen, dass aus dem Land der Dichter und Denker nicht ein Land der Stammeldeutschen wird. Dafür lohnt es sich, sich einzusetzen, und deswegen bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag. – Danke schön!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraph 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 58 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das also so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Fraktion DIE LINKE hat ums Wort gebeten die Abgeordnete Frau Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD will eine Akademie für Kultur und Sprache – klingt hübsch, ist es aber nicht, denn wir wollen auf gar keinen Fall eine Akademie für Kultur und Sprache, deren Grundmauern auf dem Geiste der AfD aufgebaut wurden. Ihre Definition von kultureller Identität speist sich aus der Abgrenzung von anderen, nein, genauer genommen aus der Abwertung anderer Identitäten.

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Oh Mann, oh Mann!)

Sie hätten so viele Möglichkeiten gehabt,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ihren Antrag, eine solche Akademie zu schaffen, zu begründen. Sie hätten ihn kulturwissenschaftlich begründen können, Sie hätten ihn soziologisch begründen können, geschichtswissenschaftlich, meinerwegen auch sprachwissenschaftlich, aber nein, Sie haben sich wie immer

für Ihre haus- und hofmittelrechte Polemik entschieden, Sie arbeiten mit Angstmacherei, mit Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus – so kennen wir Sie.

Was ist passiert? Die AfD behauptet, unsere Verhaltens- und Lebensweisen hier in Mecklenburg-Vorpommern würden infrage gestellt werden, weil der Einfluss des Islam in Europa wachsen würde,

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

weil es Massenmigration gäbe, und diese Massenmigration würde unsere deutsche Identität zerstören. Und am Ende könnte dies sogar dazu führen, dass das Staatsvolk innerlich zerfällt und in der Folge auch der Staat und seine Institutionen zerfallen – kompletter Zusammenbruch sozusagen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Dass Ihnen das nicht peinlich ist, den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern glaubhaft machen zu wollen, dass eine hiesige Massenmigration zum Zusammenbruch unseres Staates führen könnte – was für ein rechtsextremer, spaltender und verschwörungsschwanger Unsinn! Wer so was erzählt oder glaubt, der braucht keine Akademie für Kultur und Sprache, der braucht eine Akademie für gesunden Menschenverstand.

Was wollen Sie uns sagen? Diese Massenmigration und, ganz besonders gefährlich, das Gendersternchen – ganz besonders gefährlich, ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, das gefährliche Gendersternchen – führen auf Usedom, in Greifswald und in Parchim dazu, dass die Menschen auf die Errungenschaften der Gleichstellung pfeifen, den freiheitlichen Verfassungsstaat infrage stellen, staatliche Institutionen angreifen und Weihnachten auch nicht mehr feiern. Wenn dem so wäre, um Himmels willen, dann könnte auch das Lernen der plattdeutschen Sprache hier nicht mehr helfen.

Und wo wir gerade dabei sind: Wissen Sie eigentlich, wer das tut? Wissen Sie, wer Gleichstellung, Demokratie und demokratische Errungenschaften infrage stellt? Das sind nicht die Menschen, die offen sind für Veränderung und Einwanderung, die offen sind für andere Kulturen, die stellen unsere demokratischen Institutionen und unsere kulturellen Errungenschaften nicht infrage,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

nein, die Angriffe auf den deutschen Staat kommen von Gruppen und Einzelpersonen, die weder links noch sozialdemokratisch, noch christdemokratisch, noch liberal, noch grün sind, nein, diese Angriffe kommen von rechts. Das sind Ihre Fans und nicht unsere!

Wir lehnen diesen Antrag ab. Eine solche Akademie der Kultur und Sprache brauchen wir nicht. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern sehr gute Einrichtungen, sehr viele engagierte Menschen, die sich für den Erhalt unseres Kulturguts einsetzen. Die werden wir auch weiterhin fördern und unterstützen, aber ganz sicherlich nicht auf Grundlage einer solchen Ideologie, wie sie hier von der AfD erneut propagiert wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete!

Für die CDU-Fraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Peters.

Daniel Peters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da hat sich die AfD wieder ein starkes Stück geleistet, und es fällt schon schwer, überhaupt zu so einem Antrag hier Stellung zu beziehen. Unter dem Deckmantel der Bewahrung und Förderung der kulturellen Identität offenbart sich aber eigentlich ihre Geisteshaltung. So wird von einem Niedergang der deutschen Kultur durch die vermeintliche ungezügelte Zuwanderung islamischer Migranten schwadroniert, und wenn man sich diesen Antrag durchliest, dann ist es wirklich schwer, das überhaupt ernst zu nehmen.

Ich zitiere hier einmal noch, um das noch mal deutlich zu machen. So heißt es: „... führen die identitätspolitischen Auswirkungen der Massenmigration nach Deutschland zu einer Dekonstruktion der deutschen wie der kulturellen Identität in unserem Bundesland“.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich hoffe, Sie haben sich mal die Zahlen des Ausländeranteils in Mecklenburg-Vorpommern genau angeschaut: fünf Prozent!

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Wovon sprechen Sie hier eigentlich, meine Damen und Herren?! Das ist schon eine ganz, ganz bittere Pille, die Sie uns hier unterjubeln wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Das ist schlichtweg abzulehnen, was Sie hier präsentieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und wir bleiben dabei, wir setzen nicht auf Ausgrenzung, sondern auf Integration, und das kommt der gesamten Gesellschaft zugute, meine Damen und Herren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Deswegen gilt es auch, die frühkindliche Sprachförderung auszubauen und weiter zu verbessern sowie die Zahl der zugewanderten Kinder, die eine Kita besuchen, auch zu erhöhen. Das hilft übrigens allen, egal welchen Glaubens.

Und hier so zu tun, auch mit diesem Absatz: Sie warnen vor einer Verflachung des Ausdrucksvermögens, anstatt sich mal mit den wahren Problemen, auch den sprachlichen Problemen zu befassen. Wir haben in Deutschland 7,5 Millionen funktionale Analphabeten. Und mit dieser Formulierung ist das nichts anderes als eine Verächtlichmachung dieser hilfsbedürftigen Menschen, die Sie mit Ihrer grenzenlosen Arroganz förmlich beleidigen. Und das ist nicht zu akzeptieren!

Grundsätzlich können Sie aber beruhigt sein: Was die Wahrung von Heimatpflege und Ähnlichem und identi-

tätsstiftenden Maßnahmen angeht, da können Sie sich drauf verlassen, dass diese Landesregierung einiges schon auf den Weg gebracht hat. Das ist ein wichtiges Anliegen, das wissen Sie auch, der CDU. Mit dem Landesprogramm „Meine Heimat – Mein modernes Mecklenburg-Vorpommern“ hat das Land sein Engagement in der Heimatpflege verstärkt, allein bis zum Jahr 2020 7,5 Millionen Euro in verschiedene Projekte der Heimatpflege investiert. Wir hatten das hier heute auch schon zu einem anderen Tagesordnungspunkt. Denken Sie an die Schulprojekte! Denken Sie daran, dass man sogar sozusagen mit Niederdeutsch sein Abitur ablegen kann in einigen Schulen! All das wird geleistet, all das wird gemacht, und das ist identitätsstiftend und das ist wahre Heimatpflege.

Das, was Sie tun, ist einfach nur, bestimmte Bevölkerungsgruppen auszugrenzen. Da machen wir nicht mit, und das werden diese Koalition und auch DIE LINKE sehr wahrscheinlich – beziehungsweise das weiß ich ja natürlich – auch ablehnen. Und das ist auch richtig so. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Jetzt hat das Wort der fraktionslose Abgeordnete Arppe.

Holger Arppe, fraktionslos: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Damen und Herren Abgeordnete! Ich war mal vor einigen Jahren an einem 3. Oktober in Rostock auf dem Universitätsplatz spazieren und da kam ich ins Gespräch mit einer Flüchtlingsfamilie, die da ihren Kinderwagen über den Universitätsplatz schob und ganz verwundert war über die menschenleeren Straßen an einem Wochentag und mich dann fragte, warum das so sei. Und dann habe ich gesagt, heute ist der 3. Oktober und das ist in Deutschland der Nationalfeiertag. Und da waren die ganz entsetzt und haben sich umgeguckt, nirgendwo eine Fahne, nirgendwo feiernde Menschen, nirgendwo in irgendeiner Form wird dieses Datum, dieser Anlass adäquat begangen, ganz im Gegenteil.

Und das ist das Problem, denke ich mal, auf das dieser Antrag abstellt, obwohl ich sagen muss, ich glaube nicht, dass man das generelle Problem der Selbstverachtung und der Deutschenfeindlichkeit hier in diesem Lande mit einer Akademie lösen kann. Das muss man anders tun, das muss ja auch von innen her kommen, und vor allen Dingen müssen der gesellschaftliche Geist, das gesellschaftliche Klima da auch eine grundsätzliche Änderung erfahren. Aber solange es nun mal so ist, dass höchste Repräsentanten dieses Staates unsere Nation öffentlich verächtlich machen, solange die Bundesagentur für politische Bildung auf ihrem Internetauftritt Deutsche als Kartoffeln verächtlich macht und verhöhnt und solange auch an den Schulen es üblich ist, hier Deutsche zu beschimpfen und verächtlich zu machen, das ist doch das eigentliche Problem und das kann man auch nicht wegdiskutieren.

Aber mit einer Akademie, das muss ich leider mal so feststellen, glaube ich persönlich nicht, dass man da wirklich Besserung herbeiführen kann. Akademie – das klingt für mich immer so ein bisschen wie Elfenbeinturm. Und da muss man ganz anders an die Sache rangehen,

das braucht eine grundsätzliche Veränderung des Zeitgeistes und Graswurzelarbeit auch draußen in der Gesellschaft.

Aber richtig ist, was Herr Professor Weber ganz klar gesagt hat, egal jetzt, wie viele Flüchtlinge, Ausländer, Zuwanderer, Migranten wir hier haben, es wird niemals eine erfolgreiche Integration in dieses Land, in diese Gesellschaft geben, solange man den Menschen keine Identität, nichts anbietet, wo hinein sie sich integrieren können.

(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)

In anderen Ländern – dann komme ich zum Schluss – ist das ganz anders. Ich bin ja viel auch auf Reisen, und wenn man sieht, wie dort auch mit der eigenen Kultur, mit der eigenen Identität umgegangen wird, da funktioniert das viel besser, da kann Deutschland viel lernen. – Vielen Dank!

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der AfD hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! Die Stellungnahmen zu unserem Antrag waren so, wie man das erwarten konnte.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Kein Wunder bei dem Antrag!)

Vonseiten der Linksfraktion kommt der Vorwurf, wir würden Angstmacherei und Fremdenfeindlichkeit betreiben,

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Haben
Sie Ihre Begründung nie gelesen?)

in völliger Verblendung und ohne Erkenntnis dafür, dass die wahren Spalter und Ausgrenzer Sie sind.

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sie sprechen
da über den Zusammenbruch des Staates,
das muss man sich mal überlegen!)

Und wenn man jetzt schon als rechtsextrem bezeichnet wird, wenn man sich für eine Akademie für Kultur und Sprache in diesem Land einsetzt, dann zeigt das, wes Geistes Kind Sie sind, und das von einer Fraktion, die mit dem Wort und dem, was damit verbunden ist, mit dem Wort „Deutschland“ an sich doch gar nichts mehr anfangen kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was für ein Schwachsinn!
Das ist ja so ein Quark, ist das!)

Und Herr Peters von der CDU, Ihnen fällt auch nichts Weiteres dazu ein, als sich wieder mal, zum 294. Mal, gefühlt, in diesem Landtag zum Steigbügelhalter von links-grünen Ideologen zu machen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kommunisten!
„Kommunisten“ müssen Sie sagen!)

Wissen Sie, ich wandle mal ein Zitat ab, das von einem Kollegen von der SPD hier im Haus vor einigen Monaten

verwandt wurde, und sage: Gott schütze uns vor Sturm und Wind und vor Linksrünen, die in der Regierung sind!

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Aber Ihnen von der CDU würde ich genau das wünschen. Sie hätten verdient, dass Sie mit uns zusammen in der Opposition sitzen und fünf Jahre lang links-grüne Regierungspolitik hier im Land erdulden müssten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer sagt denn, dass Sie überhaupt hier sitzen, Herr Professor?!)

Dann würden Sie vielleicht sehen, welchen Unsinn Sie hier von sich geben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und die angeblichen 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten hier im Land – die Zahl kann ich hier nicht nachvollziehen, ich übernehme die mal, Sie haben das gesagt, kann durchaus sein –: Wären Sie mit vernünftiger Argumentation hier angetreten, hätten Sie gesagt, das zeigt umso mehr, wie wichtig eine Akademie zur Förderung unserer, dann wenigstens deutschen Sprache gewesen wäre, aber nein, Sie drehen das um und machen dann Ihren Schabernack daraus!

Und 5 Prozent Ausländeranteil hier im Land ist in etwa richtig. Wollen Sie warten, bis wir auch in neuen Schulklassen kein einziges Kind mehr haben, das Deutsch als Muttersprache spricht und der Ausländeranteil wie in Offenbach auf 68 Prozent, wie in vielen Städten im Ruhrgebiet auf weit über 50 Prozent steigt? Wollen Sie das erleben? Herr Gauland hat mal sehr richtig gesagt, wir holen uns unser Land zurück. Ich bin sehr froh, dass wir uns das hier nicht sagen müssen. Wir haben unser Land noch, aber wir möchten es davor bewahren, dass es irgendwann unsere Nachfolgegeneration sich für deutsche Interessen zurückholen muss.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das wollte ich zu diesen Debattenbeiträgen sagen. Dass Sie unseren Antrag nicht unterstützen, war von vornherein klar, aber wie breitflächig und wie billig immer die gleiche Argumentation kommt und wie bereitwillig gerade die CDU einer solchen, ja, Agitation von links zum Opfer fällt, ist schon beschämend – weniger für uns, sondern beschämend für die einstmals glorreiche und konservativ-bürgerliche CDU, die wirklich nur noch Steigbügelhalter von links-grünen Ideologen geworden ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/6157. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/6157 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und die fraktionslose Abgeordnete, Gegenstimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE und Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 55:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Ergebnisse des Tages der Menschen mit Behinderungen in der künftigen Arbeit berücksichtigen, auf Drucksache 7/6177. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/6242 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Ergebnisse des Tages der Menschen
mit Behinderungen in der künftigen
Arbeit berücksichtigen
– Drucksache 7/6177 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen
der SPD und CDU
– Drucksache 7/6242 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Einen ersten Tag der Menschen mit Behinderungen hat es vor elf Jahren im Jahr 2010 gegeben. Seinerzeit haben sich Akteurinnen und Akteure, vor allen Dingen im Ehrenamt, für behindertenpolitische Fragen engagierend eingesetzt, und verdientvoll haben sich die Mitglieder des Sozialausschusses der 5. Legislaturperiode unter Vorsitz von Herrn Grabow von der FDP dafür eingesetzt, dass es einen solchen Tag gibt.

Damals schon hatte man – das ist aus den Dokumenten ersichtlich – sich dafür ausgesprochen, dass es Folgeveranstaltungen geben soll. Im Jahre 2015 dann hat ein erboster Peter Braun, der Vorsitzende des Allgemeinen Behindertenverbandes hier in Mecklenburg-Vorpommern, darauf hingewiesen in einer Veranstaltung in Rostock, dass es seinerzeit, fünf Jahre nach diesem ersten Tag, noch keine Folgeveranstaltung gegeben hat, und forderte ein, dass die Versprechungen, die gemacht wurden, die Erwartungshaltungen, die zum Ausdruck gebracht wurden, und die Verabredungen, die 2010 getroffen wurden, eingehalten werden.

Seinerzeit hatte ich für DIE LINKE in der Veranstaltung zugesichert, dass wir uns diesbezüglich engagieren werden. Wir haben dann in der Folge insgesamt dem Parlament drei Initiativen vorgelegt und für einen zweiten Tag der Menschen mit Behinderungen geworben. Die sind allesamt mit unterschiedlichen Begründungen abgelehnt worden. Es ist ein großes Verdienst von Frau Friemann-Jennert, die sich bemüht hat, in den Reihen der Koalitionäre für diesen zweiten Tag zu werben, und es gab dann ja einen Antrag von CDU und SPD, dass es einen solchen Tag geben möge. Und die damalige BMV-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE sind dem beigetreten und wir haben interfraktionell uns dafür ausgesprochen. Vorgeesehen war dieser Tag für den Herbst vergangenen Jahres und wir konnten ihn am 28. Mai dieses Jahres durchführen.

Es hat sich in der Zwischenzeit über die Jahre viel getan auf behindertenpolitischem Gebiet, das steht außer Frage. Gleichzeitig gibt es vieles, was für Verärgerung und für Frust sorgt. Es gibt allenthalben in diesem Land Barrieren für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen und unterschiedlichem besonderen Hilfebedarf. Und sie artikulieren das immer und immer wieder, zum Beispiel Barrieren, wenn es darum geht, auf

den sogenannten ersten Arbeitsmarkt zu kommen, oder Barrieren, die sich im öffentlichen Raum zeigen.

Am zweiten Tag der Menschen mit Behinderungen ist ein kleiner Film eingespielt worden, in dem gezeigt wurde, wie schwierig es manche haben, in Amtsstuben überhaupt vorsprechen zu können, Formulare ausfüllen zu können und so weiter. Also das, was für viele ganz selbstverständlich und unkompliziert machbar ist, gelingt Menschen mit Beeinträchtigungen an der Stelle nicht. Und das sind Barrieren, die verschwinden müssen, genauso wie die, die es immer noch gibt im Gesundheitsbereich, solchen in Restaurants zum Beispiel, wenn man ganz einfach eine Menükarte vorgelegt haben möchte in Brailleschrift – äußerst selten anzutreffen. Auch davon handelte der Film. Die Veränderungen insgesamt sind zu schleppend, die Veränderungen sind inkonsequent, und das schafft Verärgerung und Frust.

Mit großem Enthusiasmus sind Ehrenamtliche beigegeben und haben den zweiten Tag der Menschen mit Behinderung inhaltlich vorbereitet in vier Arbeitsgruppen, einmal zu einer inklusiven Gesundheitsversorgung. Sie haben unter anderem sich dafür ausgesprochen am 28. Mai, dass Barrierefreiheit zum Beispiel in der Patientinnen- und Patienteninformation ermöglicht wird und gegeben ist, durch Auslagen in den Arztpraxen oder PatientInneninformationen der unterschiedlichsten Art. Sie haben sich dafür ausgesprochen, dass wir darauf achtgeben, dass spezialisierte medizinische Angebote vorgehalten werden in Mecklenburg-Vorpommern, insbesondere bei den Maximalversorgern, also den ganz großen Krankenhäusern.

Eine zweite Arbeitsgruppe – die erste, die ich jetzt nannte, war unter Leitung von Frau Schießler, die zweite unter Leitung von Frau Dr. Bernier – hat sich um barrierefreies Bauen, Wohnen und Mobilität gekümmert, hat sich dafür ausgesprochen, dass zukünftig alle Neu-, Umbauten und Sanierungsarbeiten von vornherein barrierefrei geplant und ausgeführt werden, sodass man späterhin aufwendige Umbauten vermeidet. Sie haben sich weiterhin dafür ausgesprochen, dass das Fach – das hat jetzt mehrfach hier schon eine Rolle gespielt –, das Fach, die Ausbildung als Architektin und Architekt, verbunden ist mit einem verpflichtenden Fach Barrierefreiheit, damit es von vornherein eben mitgedacht wird, barrierefrei zu planen und zu konzipieren.

Eine dritte Arbeitsgruppe unter Leitung von Frau Lehm zum Thema „inklusive Bildung“ hat sich insbesondere der pädagogischen Frühförderung zugewandt und eine verbesserte pädagogische Frühförderung angemahnt.

Und eine vierte Arbeitsgruppe unter Leitung von Frau Glasow und Herrn Mädler hat sich um Selbstvertretung und politische Partizipation gekümmert. Sie haben dafür erneut plädiert, dass es auf kommunaler Ebene Behindertenbeiräte gibt, die Sitz und Stimme in Gremien haben, die sich einbringen können, wenn es um kommunale Entscheidungen geht.

All das ist aus unserer Sicht unterstützenswert und wir haben deshalb Ihnen vier Punkte vorgelegt mit unserem Antrag:

Zum einen zur Kenntnis zu nehmen, dass die besagten vier Arbeitsgruppen insgesamt Dutzende von Vorschlägen unterbreitet haben, die es wert sind, systematisch

umgesetzt zu werden, und diese Leitsätze und Forderungen sollten und müssen letztendlich handlungsleitend auch für uns Abgeordnete im Landtag oder die zukünftigen Abgeordneten sein, ebenso wie für die Landesregierung.

Selbstverständlich haben wir unseren Antrag verbunden mit einem Dank an all die ehrenamtlich Engagierten auf diesem Gebiet.

Und wir haben drittens vorgeschlagen, dass die Landesregierung, die ja um all diese Forderungen weiß – und ich bedanke mich an dieser Stelle zum einen bei den Fraktionen für die Redebeiträge und das engagierte Mitwirken beim Tag der Menschen mit Behinderungen, ebenso für die Unterstützung seitens der Landtagsverwaltung und des Bürgerbeauftragten Herrn Crone, und ich bedanke mich an der Stelle auch für die Beiträge von Frau Drese und von Frau Ministerpräsidentin Schwesig, und die Letztgenannten haben ja auch durch ihre Redebeiträge deutlich gemacht, dass sie wissen, wo der Schuh drückt –, und wenn man die Erkenntnisse und Ergebnisse des Tags der Menschen mit Behinderungen dann hernimmt, lässt sich schnell, wir meinen, bis zum 31. Juli, herausarbeiten, was ist demnächst zu tun, was gibt man quasi staffelstabartig den Nachfolgenden noch mit auf den Weg.

Und viertens haben wir einen Vorschlag formuliert, der ausdrücklicher Wunsch der Behindertenvertreterinnen und -vertreter auch an dem Tag war. Sie sagten, also die Veranstaltungen sind ja immer nur Wegmarken eines Prozesses hin zu einer inklusiven Gesellschaft, und diese Wegmarken sollen nicht als Eintagsfliege gelten, wo man Sonntagsreden hält, sondern sollten den Prozess letztendlich befördern. Und weil wir unter sehr ungewöhnlichen Umständen in diesem Jahr diesen zweiten Tag der Menschen mit Behinderungen begehen mussten, gab es den ausdrücklichen Wunsch, innerhalb eines Jahres nach Konstituierung des neuen Landtages eine Folgeveranstaltung durchzuführen. Das ist also unsere Empfehlung.

Abschließen möchte ich mit einer Idee, und zwar, dass es zukünftig keinen „Tag der Menschen mit Behinderungen“ als solchen gibt, sondern einen „Tag der Inklusion“, denn sich einer Personengruppe zuzuwenden und speziellen Bedarfslagen, das ist immer das eine. Worauf wir doch aber abzielen, ist, dass es keine Barrieren, keine Ausgrenzungen und keine Grenzen an der Stelle mehr gibt, sondern dass wir gemeinschaftlich zusammenleben und jeder und jede Person ihre Talente und Fähigkeiten einbringen kann. Darum muss es doch gehen in einer Gesellschaft, und wir meinen, auch ich meine an dieser Stelle, dass der Begriff „Tag der Inklusion“ ein passenderer wäre. Wichtig ist es auf alle Fälle, im Gespräch zu bleiben und kontinuierlich an der Verbesserung der Lebenswirklichkeit zu arbeiten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraph 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 55 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Für die Landesregierung hat ums Wort gebeten die Ministerin für Soziales, Gleichstellung und Integration. Bitte schön, Frau Drese!

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben ja bereits am Mittwochabend über das Thema Inklusion und ihre Umsetzung debattiert. Ich glaube, es besteht weitgehend Einigkeit, dass die Zielsetzung einer weitreichenden Inklusion uns langfristig in erheblichem Maße fordern wird. Wir stehen vor schwierigen Herausforderungen in den Bereichen Behindertenpolitik und Inklusion, nämlich aus mehreren Gründen, vor allem, weil

1. Menschen auf unterschiedliche Weise an ihrer gesellschaftlichen Teilhabe gehindert werden, es also nicht die eine Strategie für Inklusion gibt, sondern mehrere,
2. vollständige Inklusion zwar als unsere gemeinsame Vision gut formuliert werden kann, nämlich die uneingeschränkte Teilhabe aller in sämtlichen Lebensbereichen, dass wir in der Realität aber unheimlich viele Zwischenschritte brauchen, bis jede Bushaltestelle und jeder Geldautomat barrierefrei ist, bis alle Kinder-tagesstätten und Schulen inklusiv sind und so weiter.
3. Und da fasse ich mich kurz: Das kostet viel Geld.
4. Wir müssen gerade im Bereich der Sozialpolitik immer wieder das Machbare im Auge behalten. Es geht nicht nur darum, was wir wollen, sondern wie wir das erreichen können. Es reicht nicht, Forderungen zu stellen, aber letztlich die Verantwortung auf andere abzuschieben. Das haben wir am Mittwoch auch wieder erlebt. Es ist nämlich tatsächlich leicht, vollständige Inklusion zu fordern, aber Inklusion im Detail zu planen, zu finanzieren und dann im Anschluss mit Erfolg umzusetzen, ist etwas ganz anderes.

Vor diesem Hintergrund bin ich all denjenigen dankbar, die beim vor Kurzem durchgeführten Tag der Menschen mit Behinderungen mit dabei waren, sei es vor Ort im Landtag oder sei es an den Bildschirmen, sei es auch im Vorfeld bei der Vorbereitung. Und ich bin all jenen dankbar, die bei der Erarbeitung der Leitsätze und Forderungen des zweiten Tags der Menschen mit Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern am 28. Mai 2021 mitgewirkt und sich eingebracht haben.

Aus meiner Sicht ist der dafür gewählte Ansatz, vier Arbeitsgruppen für die Erarbeitung dieses wichtigen Grundsatzpapiers einzurichten, strategisch und inhaltlich ein sehr guter Weg, Dinge voranzubringen, zunächst, weil sich die Forderungen auf vier klar angegebene Lebensbereiche beziehen: Gesundheit, Bildung, politische Partizipation und Barrierefreiheit. Dann wird das Ganze aufgefächert in die verschiedenen Teilbereiche.

Bei der Barrierefreiheit sind das zum Beispiel das Thema „Bauen und Wohnen“, das Thema „Mobilität und Verkehr“ und das Thema „barrierefreies Internet“. Vom Grundsätzlichen ausgehend geht es dabei im Anschluss dann ans Eingemachte, an die konkreten Herausforderungen, die jeweils zu bewältigen sind. In der Summe ist damit ein etwa 30-seitiges Grundsatzpapier entstanden, das zum Thema Inklusion besonders stark auf die Betroffenenperspektive fokussiert und damit sehr praxisnah ist. Vielen Dank auch an dieser Stelle von mir für diese Leitsätze und Forderungen!

Ich möchte aber auch betonen, dass wir einzelne Teilbereiche der Leitsätze und Forderungen des zweiten Tags der Menschen mit Behinderungen bereits erfolgreich bearbeiten. Lassen Sie mich das kurz an drei verschiedenen Beispielen verdeutlichen.

Erstes Beispiel: Auf Seite 14 heißt es in den Leitsätzen, ich zitiere: „Um die Barrierefreiheit beim Zugang zu Informationen und in der Kommunikation und die Benutzerführung zu verbessern, haben die Landesregierung und die Behörden Vorbildfunktion.“ Zitatende. Das ist richtig, und genau deshalb haben wir im vergangenen Jahr im Sozialministerium die Überwachungsstelle für digitale Barrierefreiheit öffentlicher Stellen Mecklenburg-Vorpommerns eingerichtet – sperriger Name, sinnvolle Aufgabe, denn diese sichtet und prüft in enger Zusammenarbeit mit dem DVZ Mecklenburg-Vorpommern, ob die Internetauftritte öffentlicher Stellen im Land barrierefrei sind, das heißt, ob ihre Inhalte von Menschen mit unterschiedlichen Sinnesbeeinträchtigungen gut genutzt werden können. Derzeit läuft dazu ein Test, bei dem 40 Internetauftritte sowie zwei Apps öffentlicher Stellen im Land begutachtet werden. Das sind ganz praktische Zwischenschritte auf dem Weg zu mehr Inklusion, wie ich sie vorhin ansprach. Ziel ist, dass wir online Schritt für Schritt Barrierefreiheit optimal umsetzen und die freie Wirtschaft dann nachzieht.

Zweites Beispiel, auf Seite 4 in den Leitsätzen zum zweiten Tag der Menschen mit Behinderungen steht: „Menschen mit Behinderungen haben auch in Mecklenburg-Vorpommern das Recht auf einen diskriminierungsfreien Zugang zu Maßnahmen, Diensten und Angeboten ...“ Das gilt selbstverständlich nicht nur für den Gesundheitsbereich, in dem das betreffende Zitat erwähnt ist. Das wichtige Teilziel lautet, dass die Beratung in den Beratungsstellen im Land barrierefrei erfolgen muss, nicht zuletzt im Bereich der Beratung von Menschen mit Behinderungen selbst.

(Präsidentin Birgit Hesse übernimmt den Vorsitz.)

Auch hier ist die Lösungsfindung aber kein Selbstläufer, denn oft sind Beratungsstellen in Altbauten untergebracht, es sind behindertengerechte Toiletten erforderlich, die Anfahrt und der Eingang müssen barrierefrei gestaltet sein. Für blinde und sehbehinderte Menschen haben sich beispielsweise Bodenleitsysteme bewährt.

Mit Blick auf die Barrierefreiheit in den Beratungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern für Menschen mit Behinderungen haben wir in Zusammenarbeit mit dem LAGuS eine Checkliste erstellt, die Barrierefreiheit in insgesamt 22 einzelnen Merkmalen abbildet. Bis Ende dieses Jahres werden wir Barrierefreiheit in den vom Land geförderten Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung weitgehend umgesetzt haben. Um die restlichen Punkte gemeinsam mit den Trägern möglichst rasch umzusetzen, sind wir gerade dabei, einen runden Tisch mit den beteiligten Trägern zu etablieren. Auch der Integrationsförrat wird selbstverständlich an den Gesprächen mit den Trägern der Beratungsstellen beteiligt. Damit setzen wir die Forderung „Nichts über uns ohne uns!“ um. Betroffene sind bei der Lösungsfindung zwingend zu beteiligen.

Drittes Beispiel: Auf Seite 19 in den Leitsätzen zum zweiten Tag der Menschen mit Behinderungen steht: „... vieler-

orts gelingt es immer noch nicht, eine umfassende ... politische Teilhabe aller Menschen in den Kommunen zu gewährleisten. Dazu fehlen oftmals barrierefreie Strukturen ...“ Zitatende. Wir haben uns diesen Punkt bei der letzten Zusammenkunft des Integrationsförderrates zu eigen gemacht. Dieses Gremium berät künftig unter der Bezeichnung „Inklusionsförderrat“ in den Bereichen Barrierefreiheit und Inklusion. Besonders wichtig war und ist dem Integrationsförderrat, dass bei den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen auf größtmögliche Barrierefreiheit geachtet wird.

Hierzu haben die stellvertretende Landeswahlleiterin und die Landeszentrale für politische Bildung konkret Stellung bezogen und über die diversen Umsetzungsschritte berichtet. Die Landeszentrale hat mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen eine Infobroschüre in leichter Sprache erarbeitet. Zusätzlich gibt es zum Thema „Barrierefrei wählen“ auch Erklärungsvideos in leichter Sprache. Ergänzend sind Podcasts und Kurse für Assistenzkräfte im Angebot, die Wählerinnen und Wähler mit Unterstützungsbedarf begleiten. Darüber hinaus sollte nun in allen Kommunen daran gearbeitet werden, dass die Wahlräume eine barrierefreie Stimmabgabe am 26. September ermöglichen. Für die Stimmabgabe können beispielsweise für die Wählerinnen und Wähler in Pflegeheimen bewegliche Wahlvorstände eingerichtet werden. Für Sehbehinderte oder Blinde sind Stimmzettelschablonen zulässig, die derzeit erarbeitet werden.

Die von mir benannten Umsetzungsschritte zeigen, es ist viel zu tun, wenn wir bei der politischen Partizipation ernst machen. Über zahlreiche Umsetzungsschritte informiert hier der Maßnahmenplan 2.0, der nicht nur auf das Thema „barrierefreie Wahlen“ ausführlich eingeht. Ich sage aber auch, gefordert sind heute und in Zukunft auch die politischen Parteien, wenn es zum Beispiel darum geht, politischen Vertreterinnen und Vertretern mit Handicap zu guten Listenplätzen zu verhelfen, wenn es darum geht, Inklusion in den Parteiprogrammen pointiert abzubilden, und natürlich, wo es darum geht, Inklusion und Behindertenpolitik insbesondere in den Landtagswahlen ernsthaft und mit Nachdruck zu betreiben, gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen, indem mit ihnen gemeinsam gesprochen wird, mit ihnen, statt bloß über sie.

Die Leitsätze und Forderungen, die anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderung am 28. Mai übergeben wurden, sind eine sehr gute Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen und Dinge gemeinsam voranzubringen. Sie sind ganz wichtige Anregungen, Vorschläge und Forderungen, die wir bewerten und zur Diskussion stellen werden. Vielen Dank nochmals an alle, die daran mitgearbeitet haben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und vielen Dank für den Antrag der Linksfraktion und den Änderungsantrag der Koalition, der genau darauf hinwirkt! Wir haben einiges erreicht und noch viel zu tun. Das sollten wir gemeinsam angehen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Abgeordnete! Erst mal vielen Dank, Herr Koplin, und für diesen Antrag, dass Sie den Tag der Menschen mit Behinderungen noch mal würdigen! Ich glaube, den Entwurf dazu, den hatten Sie auf dem Tag auch schon dabeigehabt, und wir hatten uns kurz in der Mittagspause verständigt, dass wir doch hier gerade bei den wichtigen Belangen mal das Parteibuch weglassen müssen und jegliche Ideologie begraben können, dass es hier um einen Großteil der Bevölkerung geht, nämlich um über 230.000 Menschen hier im Land, und dass wir viel zu wenig auf den Weg gebracht haben, zum Beispiel das Gehörlosengeld et cetera.

Und ich habe mir den Spaß natürlich gemacht und habe Ihren Entwurf, den Sie dabei hatten, dann etwas ergänzt, so, wie ich ihn mir hätte vorgestellt, weil nämlich genau das auch angesprochen wurde von allen, die dort teilgenommen haben, und auch vom Bürgerbeauftragten, dass man hier parteiübergreifend arbeitet, und hab die anderen Parteiennamen ergänzt und hab das dem Bürgerbeauftragten überreicht und gesagt, so müsste doch dann eigentlich dieser Antrag aussehen hier. Schade, dass es jetzt zu dem nicht gekommen ist. Warum? Das wissen wir alle, das will ich hier nicht weiter ausführen. Gut, dass der Antrag hier liegt. CDU und SPD haben sich ebenfalls noch miteingebracht, und ich denke, das ist auch ein konstruktiver Änderungsvorschlag.

Der Antrag an sich ist völlig unpolitisch. Deswegen habe ich die Rede von Frau Drese eben gar nicht verstanden. Ich glaube, Sie haben sich völlig vergriffen auch im Redebeitrag. Sie haben ja gar nicht zum Antrag an sich gesprochen, von der Linksfraktion. Sie haben sich hier die ganze Zeit nur auf die Schulter geklopft, was Sie schlecht, weniger schlecht oder gar nicht gemacht haben für die Menschen mit Behinderungen, und haben eine Rückschau betrieben, wie wir das hier schon gewohnt sind von den Ministerinnen in diesem Land. Und das war am Thema vorbei, darum geht es in diesem Antrag gar nicht, Frau Drese, nicht im Ansatz.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich lese Ihnen den gerne noch mal vor, wenn Sie das möchten, oder Sie sagen, Sie können das selber. Also, wie gesagt, hier geht es nur darum, dass der Landtag hier die Beratungen aufnimmt, dass er mit diesen Arbeitsgruppen zusammen das weiterentwickelt, was schon da ist, und Lösungen erarbeitet, dass er die Menschen eben mitnimmt, die Menschen mit Behinderungen, und nicht das, was Sie hier vorgetragen haben, dass der Landtag sich dafür bedankt, für das ehrenamtliche Engagement, und dem schließen wir uns auch noch mal ausdrücklich an, und dass wir diesen Tag eben mehr wertschätzen und dass wir den vor allen Dingen wiederholen, und deswegen auch die Präzisierung des Antrages der SPD und CDU, darum ging es hier. Es ging nicht darum, dass Sie hier noch mal nach vorne gehen an dieses Pult und sich vermeintlich auf die Schulter klopfen, wie gut Sie doch sind, wo doch dieser Tag der Menschen mit Behinderungen gezeigt hat, dass das eben gar nicht der Fall ist.

Meine Damen und Herren, deswegen unterstützen wir diesen Antrag, und dem Änderungsantrag, dem stimmen wir ebenfalls zu. Das beides wird der Sache gerecht, die Rede der Ministerin nicht. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ja nun schon eigentlich alles gesagt worden. In diesem Jahr ist der Tag der Menschen mit Behinderungen leider fast ausschließlich in digitaler Form durchgeführt worden. Das hatten wir uns natürlich alle ursprünglich anders vorgestellt. Trotzdem möchte ich das sagen, was ich auch in meinem kurzen Grußwort an dem Tag gesagt habe, mich noch mal bedanken bei allen Teilnehmern, insbesondere bei den Arbeitskreisen für die umfangreiche Vorarbeit, die ja vor diesem Tag geleistet wurde.

Wir sind uns einig, dass bei uns allen der Wunsch besteht nach einem größeren persönlichen Format, so, wie es ja ursprünglich von meiner ehemaligen Fraktionskollegin Maika Friemann-Jennert gedacht war, die ja nun heute im Bundestag sitzt. Aber sie hat ja, wie es Herr Koplín ja auch schon dankenswerterweise richtig gesagt hatte, sozusagen sich stark darum bemüht, dass wir damals diesen interfraktionellen Antrag zustande bekommen haben, nach dem eben dieser Tag der Menschen mit Behinderungen regelmäßig in jeder Wahlperiode durchgeführt werden soll. Und diesen Beschluss finden wir natürlich nach wie vor richtig.

Zu dem Antrag der Linksfraktion: Die Nummern 1 und 2, denen kann man natürlich zustimmen, dass man sich noch mal bedankt und dass man die Sachen eben zur Kenntnis nimmt, die dort erarbeitet wurden. Wir haben dann nach Verständigung mit der SPD-Fraktion – da insbesondere mit Herrn Heydorn – hier noch zwei Änderungen oder schlagen zwei Änderungen vor, so will ich es mal sagen:

In der Nummer 3 wollen wir statt der Unterrichtung bis zum 31.08.2021 – wir halten diese Frist einfach für zu kurz –, wollen wir generell eine Berücksichtigung haben, dass eben diese Forderungen geprüft werden, inwieweit die halt einfließen können.

Und zur Nummer 4 haben wir noch die Ergänzung, schlagen wir noch eine Ergänzung vor, dass der Inklusionsförrerrat auch eingebunden wird. Und wir wollen auch hier die Frist nicht zu eng setzen. Natürlich sind wir uns da schon einig, das ist sehr misslich gewesen, dass das hier bis zum Ende der Wahlperiode sich hinausgezögert hat mit dem Tag, aber das wollte ja letztlich niemand, das waren die besonderen Umstände, und wir würden hier sagen, dass wir bis zur Mitte der Wahlperiode – auf diese Formulierung haben wir uns dann verständigt – hier unseren Kollegen vorschlagen, diesen Tag durchzuführen.

Mir ist nur noch mal wichtig, darauf hinzuweisen, wir haben ja auch andere Tagesordnungspunkte, bei denen sozusagen Arbeitsaufträge an den nächsten Landtag gegeben werden, aber es ist uns allen klar, dass natürlich auch dieser Beschluss der Diskontinuität anheimfällt, das heißt, rechtlich gesehen ist das im Grunde in keiner Form bindend. Das ist mir auch noch mal wichtig zu

sagen für die Betroffenen, die hier vielleicht diese Debatte verfolgen. Wir können nur unsere politischen Wünsche im Grunde hier äußern, bindend ist das für den neuen Landtag in keiner Weise, das muss der neue Landtag entscheiden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Ritter. Sie können ja hier eine Zwischenfrage stellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das wissen die Betroffenen auch!)

Ich habe Sie nicht verstanden.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die sind politisch interessiert.)

Gut! Herr Ritter, Sie haben ja, Sie haben ja noch Redezeit. Wenn Sie noch etwas sagen wollen, können Sie es ja sagen, dann verstehen wir das auch alle. So ist es schwer zu verstehen.

Jedenfalls würden wir dann bitten ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wird immer noch nicht besser, vielleicht liegt es auch an den Scheiben, die zwischen den Sitzen sind.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Tut mir leid!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Jedenfalls bitten wir darum, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen. Und wenn dann dem Änderungsantrag zugestimmt wird, dann würden wir auch dem Antrag insgesamt zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Dr. Manthei!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte an das anknüpfen, was die Sozialministerin Frau Drese angeführt hat, und an einen Satz von Herrn Koplín, der nämlich gesagt hat, bei dem Thema muss man kontinuierlich dranbleiben und stetig weiterarbeiten. Ich glaube, das trifft den Sachverhalt sehr gut, denn wenn man sich die Situation von Menschen mit Behinderungen in Mecklenburg-Vorpommern anguckt, dann kann man verstehen, dass diejenigen, die mit Barrieren konfrontiert sind, dass sie ungeduldig sind.

Aber wir haben auf der einen Seite eine Situation, dass in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern das Thema „Herstellen von umfassender Barrierefreiheit“ ja große Probleme macht, wenn man sich mal anguckt, welche Bereiche das alles betrifft. Ich bin gestern drauf eingegangen, auf den Schulbereich. Wenn man sich mal vorstellt, das Thema „Schulgebäude barrierefrei“, wenn man sich den Wohnungsbestand anguckt, wenn man

sich die Verkehrsraumsituation anguckt oder auch die Situation im öffentlichen Personennahverkehr – stellen Sie sich mal vor, alle Haltestellen, die wir im Land haben, müssen letztendlich barrierefrei ausgestaltet werden –, das ist eine Herkulesaufgabe, und die wird uns letztendlich hier auch noch, ich denke, Jahrzehnte beschäftigen. Dafür braucht man Stehvermögen, aber da muss man kontinuierlich dranbleiben. Ich denke, es ist hier deutlich geworden in dem Haus, dass alle die Absicht haben, das auch zu tun, nämlich das weiter zu verfolgen und im Rahmen der Möglichkeiten zu gucken, dass man da einer umfassenden Barrierefreiheit nachkommt. Und es ist immer die Frage, ist das Glas halb voll oder ist das Glas halb leer.

Ich will jetzt noch gerne mal auf einen anderen Aspekt eingehen, und zwar auf die Frage von Partizipation und Beteiligung. Wir haben ja jetzt in dieser Legislaturperiode im letzten Jahr die Enquetekommission „Zukunft der medizinischen Versorgung“ gemacht. Wenn man sich das Ergebnis mal anguckt, dann gibt es eine umfassende Beteiligung von Betroffenen zu verzeichnen. Der Herr Koplín ist auf Frau Schießler eingegangen, kann man sich ansehen, das ist sehr umfassend passiert, und auch in vielen anderen Bereichen passiert das mehr. Das heißt, man ist mehr im Diskurs mit betroffenen Personengruppen, verständigt sich mehr, tauscht sich aus über das, was geht und was gegebenenfalls nicht geht, verständigt sich auf Prioritäten und so weiter und so fort. Das empfinde ich als einen Quantensprung, was Qualität angeht, dass nicht mehr über Menschen geredet wird, sondern dass zunehmend in allen Bereichen mit den Menschen die Dinge besprochen werden und letztendlich auch um eine gemeinsame Linie und um wechselseitiges Verständnis gerungen wird. Deswegen ist für mich, wenn ich mir die Entwicklung angucke, das Glas eher halb voll als halb leer. Und ich kann nur empfehlen, da weiter dranzubleiben.

Auf unseren Änderungsantrag, da ist Herr Dr. Manthei drauf eingegangen. Wir haben im Wesentlichen zwei Sachen verändert. Da geht es um Daten, die hier genannt wurden. Das halten wir für schwierig, wenn sich jetzt der Landtag neu konstituiert, im Frühjahr oder bis zum Sommer 2022 da irgendwelche Ergebnisse vorzulegen. Das wird schwer möglich sein. Jeder, der so was mal erlebt hat, der weiß, wie lange es dauert, bis dann die ganze Maschinerie wieder in Fahrt kommt und zur normalen Arbeit übergehen kann.

Deswegen werbe ich noch mal für den Änderungsantrag von SPD und CDU und gestatte mir zum Abschluss vielleicht zwei, drei persönliche Sätze: Wenn das alles jetzt ordnungsgemäß läuft, dann ist das jetzt nach 19 Jahren mein letzter Auftritt hier im Landtag. Also das was dann für mich gewesen. Ich möchte mich deswegen hier von Ihnen verabschieden und dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern alles Gute wünschen. – Ich bedanke mich.

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, Horst Förster, AfD, und auf der Regierungsbank – Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE erheben sich von ihren Plätzen.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Jörg Heydorn!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion DIE LINKE Herr Koplín.

Torsten Koplín, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich recht herzlich für die Debatte und die Aufnahme des Antrags. Sie haben zumindest in drei Redebeiträgen Bezug genommen auf den Änderungsantrag. Und als Linksfraktion wertschätzen wir sehr, dass Sie bereit sind, durch den Änderungsantrag ein Signal zu senden und zu sagen, also wir haben das aufgenommen, wir haben das zur Kenntnis genommen und wir wollen mit den Ergebnissen des Tags der Menschen mit Behinderungen umgehen.

Wir haben uns sehr intensiv ausgetauscht in unserer Fraktion und sind zu der Erkenntnis gekommen, dass wir Ihrem Änderungsantrag nicht entsprechen möchten.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Was?!)

Das will ich Ihnen gern, also das ist nicht Bockigkeit oder Verstocktheit, ich will das ganz kurz – das habe ich Herrn Butzki versprochen –, ganz kurz erläutern:

Der erste Punkt, wo Sie einen verbindlichen Termin rausbügeln wollen, ist ja der, dass wir von der Landesregierung noch mal vorgetragen haben wollen zum Ende dieser Legislaturperiode, welche Erkenntnisse sie konkret daraus zieht und welche Maßnahmen. Da ist jetzt gesagt worden, also der Zeitpunkt ist ein bisschen zu kurzfristig, und es sind noch andere Argumente angeführt worden. Vor ein paar Tagesordnungspunkten haben wir uns mit dem MV Zukunftsrat beschäftigt. Das sind auch Empfehlungen und Ergebnisse eines Gremiums, und die sind hier gewürdigt worden – völlig zu Recht. Und da ist gesagt worden, wir verlieren keine Zeit, wir machen das sofort auch zum Ende der Legislatur. Warum soll das für Menschen mit Behinderungen nicht auch gelten, was für den Zukunftsrat gilt? Das ist unsere erste Argumentation.

Die zweite ist, wer die Verhandlungen zur Durchführung, zur Organisation und Durchführung des Tages der Menschen mit Behinderungen miterlebt hat – und das waren einige von Ihnen, jedenfalls zeitweise –, hat gemerkt, es war ein Tanz auf der Rasierklinge, es war ein sehr, sehr schweres Verhandeln. Mehrfach stand der Tag der Menschen mit Behinderungen in der Vorbereitung vor dem Scheitern wegen der Umstände und auch aus atmosphärischen und erfahrungsseitigen Gründen. Und es ist dann gesagt worden, aber dann möchten wir, wenn wir das am Ende einer Legislaturperiode jetzt hier angesiedelt haben, dann möchten wir innerhalb eines Jahres eine Folgeveranstaltung haben, um dranzubleiben am Thema und auch unter Beweis gestellt zu bekommen vom Parlament, dass Sie es mit uns ernst meinen, und dem sehen wir uns, dieser Zusicherung, dafür zumindest zu kämpfen, sehen wir als LINKE uns in der Pflicht. Und weil wir glaubwürdige Politik machen, bleiben wir bei unserer Zusage gegenüber den Menschen mit Behinderungen an dieser Stelle und entsprechen dem Änderungsantrag an der Stelle nicht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Koplín!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/6242 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 7/6242 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten und Gegenstimmen durch die Fraktion DIE LINKE zugestimmt,

(Unruhe im Präsidium)

bei einer Enthaltung aus den Reihen der AfD. Danke!

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/6177 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/6177 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, AfD sowie den fraktionslosen Abgeordneten und den LINKEN, bei einer Enthaltung zugestimmt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 57**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Ausbildungsförderung an Realitäten anpassen – BAföG endlich grundlegend reformieren, Drucksache 7/6179.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Ausbildungsförderung an Realitäten anpassen –
BAföG endlich grundlegend reformieren
– Drucksache 7/6179 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Kolbe.

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das BAföG ist zweifelsohne eine soziale Errungenschaft, die beispielhaft für das Ziel „Aufstieg durch Bildung und Bildung für alle in der Bundesrepublik Deutschland“ stand. Seit der Einführung 1971 – das ist schon ein paar Tage her – hat das BAföG gerade Jugendlichen aus bildungsfernen und wirtschaftlich benachteiligten Familien die Chance eröffnet, eine akademische Ausbildung abzuschließen. Das BAföG war damit Teil eines großen Versprechens, das sozialen Aufstieg in Aussicht stellte und oft auch erfüllte.

So war es einmal. Dieses Versprechen kann das BAföG nämlich immer weniger einhalten, meine Damen und Herren. Das liegt naturgemäß nicht am BAföG selbst, sondern an einer halbherzigen Anpassung an die gesellschaftlichen Realitäten, an Mietentwicklung, Konsumverhalten, an Teuerungsraten. Mit der letzten BAföG-Reform 2019 wurden zwar einige Punkte angegangen, dies jedoch weit unter dem, was nötig gewesen wäre, um die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger wieder zu steigern und vor allem das BAföG als realistische Vollstudienfinanzierung ansehen zu können.

So wurde der BAföG-Höchstsatz – ich betone, der Höchstsatz, den muss man ja auch erst mal bekommen – zwar zum Wintersemester 2021 auf 861 Euro angehoben, aber selbst diese Erhöhung ist nicht ausreichend,

um den realistischen Bedarf abzudecken. So liegt dieser laut letzter Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerkes bei circa 930 Euro im Monat. Dazwischen klappt also immer noch ein Delta von über 60 Euro im Monat. Das ist eine Stange Geld. Und wer am Ende des Geldes noch so viel Monat übrighat, der weiß, das ist meistens ziemlich doof.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Hinzu kommt, dass dieser Mittelwert natürlich nur ein Teil der Wahrheit ist. Ein anderer Teil ist der, dass rund ein Fünftel der Studierenden nämlich deutlich weniger als 670 Euro im Monat zur Verfügung hat.

In M-V, um mal auf die landesspezifischen Typiken zurückzukommen, erhielten 2019 von den gut 38.000 Studierenden noch knapp 6.000 BAföG. 2016 waren es noch über 17 Prozent mehr, also haben wir ein Minus von 17 Prozent in gerade mal drei Jahren. Und ich finde, wenn uns das nicht aufhorchen lässt, hier endgültig auch zu handeln, entschieden zu handeln, dann weiß ich nicht, was noch passieren soll, meine Damen und Herren. Und hier reden wir über alle Bezieherinnen und Bezieher und nicht nur über diejenigen, die den Höchstsatz bekommen.

In diesem Kontext muss auch erwähnt werden, dass inzwischen der eigene Nebenverdienst und die Eltern die Haupteinkommensquellen sind. Gerade Ersterer sorgt oft für eine Verlängerung des Studiums und führt damit auch zu einer deutlichen Anhebung des Durchschnittsalters Studierender – auch ein Problem, das sich mit einer erneuten BAföG-Novelle endlich lösen ließe.

Da hilft es auch nicht, dass der Anteil beispielsweise für die Miete, so begrüßenswert das ist, von 250 auf 325 Euro gestiegen ist, aber jeder, der sich einmal intensiv mit der Mietentwicklung an den Hochschulstandorten beschäftigt hat bei uns im Land, ob nun in Greifswald oder in Rostock, der weiß, dass das kaum ausreicht, um Miete und Nebenkosten abzudecken. Und da rede ich gar nicht von den hippen Vierteln wie bei mir im Wahlkreis, der KTV. Selbst eine Einraumwohnung für 325 Euro in Schmarl, in Lichtenhagen, also in der Platte zu bekommen, das ist schon knapp. Das muss ich Ihnen so deutlich sagen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Also da muss man deutlich noch was machen.

Ja, wenn man dann, Herr Butzki sagte, in der WG wohnt, kann man sich das vielleicht teilen, aber das mag vielleicht ja auch nicht jeder oder kann auch nicht jeder oder wie auch immer. Das muss man schon ermöglichen.

Deshalb, weil das so ist, haben wir ja des Öfteren in diesem Haus auch angemahnt, den Bau von Wohnheimplätzen voranzutreiben, um Studierenden bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Hier sind wir ja gemeinsam mit SPD und CDU einen ersten wichtigen gemeinsamen Schritt gegangen, indem wir das Bauen von Studierendenwohnheimen aus dem sozialen Wohnraumförderungsprogramm geöffnet haben und ja auch parallel eine Bundesratsinitiative angeschoben haben.

Frau Ministerin, ich habe wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Sie ja mit guten BündnispartnerInnen,

nämlich mit Thüringen und Berlin, im Bundesrat da vorgeschritten sind. Das wäre doch toll, wenn Sie nicht nur eine Initiative dort hätten, sondern gleich noch mit einer zweiten fahren, dann lohnt sich das auch aus ökologischen Aspekten. Das sollten wir heute immer mitdenken, deshalb auch der Appell, hier zuzustimmen, meine Damen und Herren.

Es gibt noch einen anderen Aspekt, den die Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerkes deutlich gezeigt hat: Der Anteil der Studierenden mit Kindern und der Anteil der Studierenden in Teilzeit nimmt deutlich zu. Ich sage ausdrücklich, zum Glück nimmt dieser zu. Das war ja lange auch das hochschulpolitische Ziel unseres Landes. Dazu gehört dann aber auch, dass wir für sie mitdenken müssen, neben Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss auch die Vereinbarkeit von Familie und Studium stehen, und da können wir noch deutlich mehr tun,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

meine Damen und Herren, auch durch das BAföG.

Kommen wir nun, meine Damen und Herren, zu einem besonders aktuellen Gesichtspunkt, den wir auch hier formuliert haben in unserem Antrag, und zwar geht es rund um Corona. Die Einkommenseinschnitte der Studierenden sind bekannt, die durch die Verluste der Nebenjobs, die häufig aufgetreten sind, zu erleiden waren, in den allermeisten Fällen ab dem Frühjahr 2020. Und wir hatten das ja auch bei uns im Land, dass es insgesamt 1.302 Anträge auf Nothilfe gab aus den Mitteln des Bundesbildungsministeriums, davon allerdings fast 40 Prozent abgelehnt, und zwar abgelehnt mit dem Argument, dass die Notlage der betroffenen Studierenden zwar da war, aber nicht pandemiebetroffen war. Das ist dann natürlich sehr schlecht.

Und um hier gezielt zu helfen, hat meine Fraktion ja bereits – gestatten Sie mir den Rückblick! – im Mai 2020 einen Antrag gestellt, einen Nothilfefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufzulegen. Sie haben das damals abgelehnt. Sie haben gesagt, die Bundesmittel wären ein geeignetes Mittel. Was dabei herausgekommen ist, habe ich Ihnen eben gerade geschildert.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist deutlich geworden, dass strukturelle Armut unter Studierenden kein Randphänomen ist, sondern durchaus ernst genommen werden muss. Auch das muss bei einer erneuten Novelle des BAföGs unbedingt bedacht werden.

Betrachtet man die Zahlen nämlich zur Inanspruchnahme der Nothilfen genauer, dann fällt noch etwas anderes ins Auge, was uns auch nicht ruhig schlafen lassen kann, nämlich die massiv angestiegenen Fälle von beantragten Studienkrediten. Und ich kann Ihnen sagen, Studienkredite, die beantragt man nicht leichtfertig, weil man natürlich weiß, dass man im Gegensatz zum BAföG dort keine Deckelung drin hat, sondern die in voller Höhe zurückzahlt und die auch nach einer bestimmten Zeit, auch in den Corona-Regeln, dann doch verzinst werden hinten raus. Auch darum muss das BAföG wieder breiteren Studienschichten zugänglich gemacht werden. Eine Studienfinanzierung auf Kredit, die Studierende mit Schulden in fünfstelliger Höhe in den Arbeitsmarkt entlässt, das ist das Gegenteil von Chancengleichheit und vom einmal postulierten Ziel der Bildung für alle.

Meine Damen und Herren, ich kann nur dafür werben, dass Sie diesem Antrag heute noch mal die Zustimmung geben. Das wäre ein schönes Abschiedsgeschenk. Ich würde mich freuen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Tilo Gundlack, SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Kolbe!

Gemäß Paragraph 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 55 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat für die Landesregierung die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Bettina Martin.

Ministerin Bettina Martin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das BAföG ist nunmehr vor genau 50 Jahren ins Leben gerufen worden, ich sage mal, erfunden worden und beschlossen worden im Deutschen Bundestag. Es war damals Willy Brandt, der das BAföG auf den Weg gebracht hat, ein ganz zentrales sozialdemokratisches Projekt, Aufstieg durch Bildung, das damals nicht nur beim Wort genommen, sondern in die Tat umgesetzt wurde. Und dieses Projekt hat unsere Gesellschaft nachhaltig verändert und verbessert. Ganze Generationen von Studierenden hatten seitdem nun die Möglichkeit zu studieren, weil sie eine staatliche Unterstützung erhielten, und seit diesem BAföG-Beschluss von 1971 ist Studieren kein Privileg der oberen Zehntausend mehr.

Und auch ich selbst hätte wohl eine Universität nie von innen gesehen, wenn es nicht BAföG gegeben hätte. Mein Bruder und ich waren die Ersten in der Familie, die überhaupt studieren konnten, und insofern liegt mir dieses Thema BAföG sehr am Herzen. Und ich stimme Herrn Kolbe absolut zu, wenn er sagt, wir müssen uns das BAföG anschauen, weil es muss uns allen, es kann uns nicht gefallen, dass die Studierendenzahlen, die Inanspruchnahme stagniert, aber die Studierendenzahlen ja steigen. Das heißt, das BAföG erreicht nicht mehr so viele Studierende, wie das einmal war. Das müssen wir uns anschauen.

2019 erfolgte die BAföG-Novelle, die letzte. Sie weist schon in die richtige Richtung. Wir haben innerhalb der letzten 50 Jahre, seitdem das BAföG existiert, etwa 26 Novellen des BAföGs vorgenommen, und das ist auch richtig so, weil sich natürlich die Lebensbedingungen, die Einkommensverhältnisse, all das verändert sich, und so muss natürlich auch das BAföG verbessert und verändert werden.

Aber immer noch gibt es strukturelle Probleme beim BAföG. Wie gesagt, die Inanspruchnahme kann uns nicht genug sein. Wir brauchen deshalb eine Modernisierung des BAföGs, und zwar eine grundlegende Modernisierung des BAföGs. Es ist derzeit elternabhängig und wird nach dem Prinzip der Bedürftigkeit als ein Halbdarlehen ausgeschüttet, ausgereicht. Es gibt sehr intensive Debatten auf Bundesebene, die unter anderem die Forderung mit debattieren, dass wir die Einkommensgrenzen, die Einkommensfreigrenzen erhöhen, dass wir eine zeitgemäße Anpassung der Bedarfssätze an die gestie-

genen Lebenshaltungskosten brauchen, dass wir eine flexible Gestaltung der Förderzeiträume brauchen, auch das haben wir gerade gehört, um den wirklich vielfältigen Lebenssituationen der Studierenden auch gerecht zu werden. Da, denke ich, haben wir noch Luft nach oben.

Studieren kann auch ein Weg sein, der einer Berufstätigkeit folgt, eine Berufstätigkeit unterbricht oder auch begleitend erfolgt zur Berufstätigkeit. All diese unterschiedlichen Varianten des wissenschaftlichen Arbeitens und Lernens müssen besser vom BAföG auch mitberücksichtigt werden. Es ist die Diskussion darüber, ob wir das Darlehensmodell mittelfristig durch einen Vollzuschuss ablösen sollten, es ist die Diskussion darüber, ob wir die Altersgrenzen im BAföG aufheben sollten. All diese Debatten werden auf Bundesebene geführt. Ich begrüße das ausdrücklich und bin auch in meiner Funktion als Wissenschaftsministerin da sehr eng eingebunden in die Debatten, weil natürlich die Länder – lange Jahre war das unsere Zuständigkeit –, die Länder da natürlich auch eine wichtige Rolle spielen.

Ich glaube allerdings, dass der Antrag, so sehr ich es auch begrüße, dass wir in die Debatte einsteigen müssen über eine grundlegende Modernisierung des BAföGs, mir greift er noch ein bisschen zu kurz. Und wir sind am Ende einer Legislatur, auch auf Bundesebene. Ich denke, diese Debatte müssen wir auf Bundesebene ganz stark mitgestalten, um dann dafür zu sorgen, dass dieses Thema sehr ernsthaft und weitreichend auch in die Koalitionsverträge, in den Koalitionsvertrag, von wem auch immer, dann mit eingebracht wird.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt kommt das Haar in der Suppe.)

Ich werde mich jedenfalls auf Bundesebene – und ich weiß, dass das auch viele meiner Kolleginnen und Kollegen tun werden –

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was soll man dazu sagen?!)

stark dafür einsetzen, dass wir auf die Modernisierung des BAföGs hinsteuern, und so nehme ich gerne die Einladung der LINKEN an, dass wir diese Debatte führen miteinander. Ich denke aber, dass der Antrag noch so ein bisschen, ich weiß, es ist die letzte Sitzung, aber wir sollten diese Debatte führen und dann beginnen und dann gegebenenfalls in der nächsten Sitzung einen Antrag beraten, der ein bisschen weiter reicht als dieser.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es gibt wohl sowieso eine Sondersitzung.)

Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Ministerin!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Reuken.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! In seiner nunmehr 50-jährigen Geschichte hat das BAföG bereits mehrere grundlegende Reformen erfahren. Die Studiumsförde-

rung ist allerdings Sache des Bundes und deswegen gehört der Antrag eigentlich auch in den Bundestag.

DIE LINKE hat allerdings schon vor einem Jahr einen Antrag im Bundestag dazu gestellt, der im Wesentlichen die gleichen Forderungen enthielt. Auch im Bundestag wurde gefordert, die zehnpromzentige Anhebung der Elternfreibeträge abzuschaffen – anzuheben, Entschuldigung! –, die Abschaffung der Altersgrenzen und die Flexibilisierung und Anpassung der Grundpauschale.

Bei dem jetzt vorliegenden Antrag hat DIE LINKE aber nicht nur von ihrer Bundestagsfraktion einiges übernommen, sondern sie hat auch einen Antrag von uns sinngemäß übernommen,

(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

sie will nämlich eine besondere Studienfinanzierung, wenn Studenten Einkommensverluste durch staatliche Maßnahmen erleiden. Ich denke, hier haben Sie an Corona gedacht. Die AfD hatte bereits im Oktober 2020 einen Antrag gestellt, finanzielle Hilfen analog zum BAföG für Studenten auszuzahlen, die eben kein BAföG bekommen und aufgrund der Corona-Maßnahmen ihren Studentenjob verloren haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir finden, auch zeitlich ist der Antrag kurz vor Ende der Legislatur eigentlich deplatziert, und zwar sowohl im Land als auch im Bund. Eine Reform des BAföGs wäre in so kurzer Zeit selbstverständlich nicht mehr möglich. Der Antrag passt wohl eher in den Wahlkampf.

Wenn wir den Antrag also aus den genannten Gründen schon ablehnen, so haben wir auch erhebliche Bedenken gegen einige inhaltliche Punkte. Eine Umsetzung in all seinen Forderungen könnte die BAföG-Förderung im Bund durchaus noch um ein paar Milliarden Euro im Jahr vergrößern. Jetzt sind es etwa 2 Milliarden Euro. Zur Finanzierung ist im Antrag allerdings nichts gesagt, ich denke, das geht dann Richtung Steuerzahler.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wo? Beim SGB VIII?)

Und dann blicken wir auch auf die einzelnen Forderungen. Einkommensverluste durch staatliche Maßnahmen, wie sie hier genannt werden, gehen natürlich noch weit über Corona hinaus, und wir befürchten, dass es eben Tür und Tor für weitere Unterstützungsforderungen öffnet.

Dann die Liberalisierung der Regelstudienzeit – hier würde der Anreiz zu einem zügigen Studium unserer Meinung nach durchaus verringert. Schon jetzt gehen erhebliche Steuergelder dadurch verloren, dass Studenten in großer Zahl ihr Studium verschleppen, wechseln oder ganz und gar abbrechen.

Und zu guter Letzt würde die Öffnung für Teilzeitstudenten und die Abschaffung der Altersgrenze die Zahl der Anspruchsberechtigten natürlich vervielfachen. Und ich habe es eben gesagt, wir halten es für Wahlkampfversprechen, die Sie ohnehin nicht werden einlösen können.

Und auch die AfD-Fraktion hält das BAföG grundsätzlich für reformbedürftig und hat bereits vor zwei Jahren im

Bundestag einen detaillierten Antrag dazu gestellt. Darin knüpfen wir die BAföG-Förderung daran, dass die Ausbildungsleistungen den Anforderungen eines ernsthaften Bemühens um Ausbildungserfolg und Abschluss genügen. BAföG ist eine Sozialleistung und darf nicht zu einem Grundeinkommen werden. Zweckentfremdung und Missbrauch dieser staatlichen Unterstützung müssen auf jeden Fall unterbunden werden. Der Antrag der LINKEN ist dazu leider nicht in der Lage, und deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Reuken!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Peters.

Daniel Peters, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen uns also mit einer Angelegenheit des Bundes heute befassen, die dort, wie schon erwähnt wurde, ja sehr intensiv und auch wieder regelmäßig diskutiert wird. Dieser Antrag, der war ja fast gleichlautend auch im Deutschen Bundestag von Ihren Kolleginnen und Kollegen gestellt worden, und, um das vorwegzunehmen –, der Antrag wurde abgelehnt, und das werden wir im Landtag heute auch so handhaben.

(Thomas Grote, CDU:
Danke, Herr Peters!)

Es ist das zentrale Ziel der CDU-Fraktion – und das eint uns selbstverständlich mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –, gute Bildungschancen für alle zu schaffen und dafür zu sorgen, dass jeder junge Mensch in diesem Land unabhängig vom Einkommen seiner Eltern studieren kann. Deswegen wurde das BAföG im Bund bereits mehrfach reformiert. Zuletzt gab es 2019 eine 1,3 Milliarden schwere Reform. Hierbei wurden die Fördersätze, die verschiedenen Einkommensfreibeträge und Wohnkostenzuschläge erhöht, Letzteres beispielsweise um 33 Prozent. Eine weitere Erhöhung der Fördersätze steht noch aus. Nun gilt es aber zunächst einmal, der Reform ihre Reformwirkung entfalten zu lassen, und noch bevor belastbare Zahlen vorliegen, ist es nun müßig, über eine weitere Reform zu diskutieren, wenn nämlich die Entscheidungsgrundlage fehlt.

Hinsichtlich der Pandemiefolgen haben wir sichergestellt, dass beim BAföG-Bezug hieraus kein Nachteil entsteht. Das wissen Sie. Zugleich hat der Bund ein Sofortprogramm aufgebaut, mit dem die Studierenden in Notsituationen ein zinsloses Darlehen erhalten.

Anstatt immer weitere Leistungserhöhungen zu diskutieren, sind alle Beteiligten erst einmal gefordert, die Inanspruchnahme zu fördern, denn zahlreiche Berechtigte beziehen keine Leistungen. Zugleich darf der Leistungsbezug aber auch nicht zum Selbstzweck werden, denn es geht in erster Linie darum, Chancengerechtigkeit herzustellen und Bedürftige zu unterstützen. Wie bei allen Sozialleistungen sollte aber auch hier sehr wohl das Prinzip „Subsidiarität vor Solidarität“ gehen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Was ist das denn, „Subsidiarität vor Solidarität“?! Das verstehe ich überhaupt nicht.)

Und dann muss man sicherlich auch mal eine Diskussion über die Relation führen. Immerhin beträgt der Fördersatz 861 Euro im Monat. Diesen bezieht mehr als die Hälfte der Leistungsempfänger. Das ist nicht wenig in unseren Augen. Und auch Ihre Behauptung, durch die Verlängerung der Studienzeit aufgrund der Pandemie erhöhen sich die finanziellen Belastungen, dürfte in dieser Pauschalisierung mehrheitlich nicht zutreffen, da der maximale Rückzahlungsbetrag bei 10.000 Euro gedeckt ist. Wer den Fördersatz bezieht, hat diese Grenze bereits nach dem ersten Studienjahr erreicht und in der Folgezeit ergo entstehen keine weiteren finanziellen Verpflichtungen.

Es gilt also nun, die belastbaren Daten abzuwarten, und dann sollte dort entschieden werden, wo die Gesetzkompetenz liegt, nämlich im Bund, der übrigens auch die kompletten Kosten des BAföGs für die Länder übernimmt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Peters!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Stamer.

Dirk Stamer, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In Ihrem Antrag fordern Sie, die Landesregierung möge sich auf Bundesebene für eine Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes einsetzen. Förderung nach dem BAföG ist seit rund 50 Jahren für Ausbildungen möglich. Grundsätzlich möchte ich an der Stelle sagen, dass dieses Gesetz ein wirklich sehr großer Gewinn ist und entschieden dazu beiträgt, bei der Ausbildung eine Chancengleichheit zu befördern, und dabei verhindert, dass eine gute Ausbildung von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig ist.

Es stimmt aber auch, dass das BAföG reformiert werden muss. Den von Ihnen vorgebrachten inhaltlichen Kritikpunkten stimme ich weitestgehend zu. Und was auch noch nicht erwähnt worden ist, die derzeitige Coronapandemie hat auch noch weitere Schwächen der derzeitigen BAföG-Regelungen sichtbar gemacht, wie zum Beispiel die Überprüfung des Studienfortschritts nach dem 4. Semester. Mindestens hier hätte aus meiner Sicht die Bundesbildungsministerin zügig handeln müssen.

Doch trotz meiner großen Sympathie für die inhaltliche Überarbeitung des BAföGs stimmen wir Ihrem eher Wahlkampfantrag nicht zu,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh!)

denn zum einen sieht das im Jahr 2019 beschlossene 26. BAföG-Änderungsgesetz Anpassungen und Änderungen in den Jahren 2019, 2020 und 2021 vor, und die damit einhergehende gesetzliche Überprüfung und Evaluation des BAföGs steht für 2021 noch aus und ist nicht abgeschlossen. Hier muss der Bund noch handeln, und dies sollte abgewartet werden.

Weiterhin sind alle von Ihnen vorgebrachten Kritikpunkte – und darüber hinaus gibt es sicherlich noch mehr – den zuständigen Gremien auf Bundesebene, wo das Gesetz hingehört und geändert werden kann, bereits bekannt und werden in der anstehenden Überprüfung berücksichtigt.

Und drittens, ebenfalls ist unsere Landesbildungsministerin ohnehin mit den zuständigen Gremien und Ebenen auf Bundesebene im Austausch und adressiert dort die Probleme, die wir hier vor Ort sehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist gut. Das ist sehr gut.)

Zu guter Letzt ließe der für diesen Antrag gewählte Zeitpunkt der Antragstellung eine Behandlung des Themas auf Bundesebene wegen der sich dem Ende zuneigenden Legislaturperiode nicht mehr zu.

Sie haben grundsätzlich recht damit, dass das Bundesausbildungsförderungsgesetz im Interesse der Studierenden überarbeitet werden muss. Ihr Antrag trägt allerdings aus den genannten Gründen nicht zur Lösung dieses Problems des Bundes bei. Dies müssen der nächste Bundestag und die nächste Bundesregierung im Herbst machen. Ich bitte Sie daher um Ablehnung des Antrages.

Bevor ich allerdings für die Aufmerksamkeit danke, möchte ich an der Stelle noch einmal dem Herrn Kolbe für eine langjährige sehr gute Zusammenarbeit danken und ihm alles Gute wünschen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Stamer!

Das Wort hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE Herr Kolbe.

(Andreas Butzki, SPD: Der will jetzt den
Antrag zurückziehen, hat er gesagt. –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Nein, hat er nicht gesagt.)

Karsten Kolbe, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Stamer, das ist natürlich kein Wahlkampfantrag, sondern ich wollte mir noch zum Schluss der Legislatur Ihr Lob verdienen. Vielen Dank dafür!

(Beifall Dirk Stamer, SPD)

Ich bin geehrt.

(Andreas Butzki, SPD:
Du wolltest dich für die
sachliche Diskussion bedanken.)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich die Debatte zusammenfasse, haben wir eigentlich zwei Lager. Ich höre bei Frau Martin und auch bei Herrn Stamer, dass die inhaltliche Übereinstimmung eigentlich eine sehr große ist, wir sind uns da größtenteils sehr einig. Aber so, wie es in der Politik oft so ist, Ort, Zeit und Bedingungen spielen dann ja auch eine Rolle, und wer weiß, Sie haben ja die nächste Legislatur angesprochen, was wir da alles erleben werden auf den verschiedenen Ebe-

nen. Vielleicht kommen wir da ja auch beim BAföG ein großes Stück voran.

Was ich spannend finde, Sie haben alle rekuriert auf den Bundestagsantrag meiner Bundestagsfraktion. Ich muss Ihnen ein Geständnis machen: Den habe ich gar nicht gelesen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

den kenne ich gar nicht.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Worauf wir uns konzentriert haben,

(Andreas Butzki, SPD: Das ist
ein AfD-Antrag, oder was?!))

war insbesondere noch mal die Forderung der Hochschulrektorenkonferenz. Die ist ja nun wirklich kein Ort sozialistischer Fantastereien, ist sie nicht für bekannt, und die haben da insbesondere diese fünf Forderungen noch mal deutlich aufgemacht. Und wenn sogar die Rektorinnen und Rektoren der Universitäten und der Fachhochschulen das aufmachen und so fordern, kann das also so weltfremd gar nicht sein, was wir hier machen.

Ja, „zeitlich zu spät“ wurde angewandt – wir haben natürlich noch mal insbesondere auch nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes, was ja angemahnt hat, dass die Fördersätze verfassungswidrig sein könnten, und das deshalb ans Bundesverfassungsgericht weiterleitet, auch noch mal zum Anlass genommen, dieses Thema hier auch noch mal prominent in der letzten Sitzung zu platzieren, weil klar ist natürlich, wir arbeiten bis zum Schluss. Und zu sagen, heute nehmen wir uns des Themas nicht mehr an, weil wir keine Zeit mehr haben, ich sage mal, das Tourismusgesetz haben wir ja auch noch ruckzuck oder werden wir jetzt sehr ruckzuck hier-nach dann auch noch durchs Parlament peitschen. Also wo ein Wille ist, meine Damen und Herren, da ist sicherlich auch ein Weg.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Dann noch zur Regelstudienzeit und dem klassischen Vorwurf des Bummelstudenten, das kommt ja immer wieder ganz gerne. Ich glaube, wir haben insbesondere – da gucke ich mal den Kollegen Butzki an – bei der Debatte um das Lehramtsstudium gesehen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wieso fällt
dir bei „Bummelstudent“ Butzki ein?)

wie viele Studierende es schaffen, innerhalb,

(allgemeine Heiterkeit)

innerhalb der Regelstudienzeit fertig zu werden. Selbst wenn wir uns nicht die Lehramtsstudien angucken, sondern den breiten Schnitt,

(Andreas Butzki, SPD: Ich habe das in der
Regelstudienzeit von acht Semestern geschafft.)

stellen wir fest, dass gerade mal ein Drittel es schafft,

(Andreas Butzki, SPD: Mit Diplom!)

innerhalb der Regelstudienzeit fertig zu werden, und ich glaube, dass es manchmal auch natürlich, aber nicht in der Regel an den Studierenden selbst liegt, sondern auch die strukturellen Bedingungen dort den Unterschied machen.

Dann, ja, dann, würde ich sagen, stelle ich fest, dass wir leider höchstwahrscheinlich dann doch keine Mehrheit haben werden. Das tut mir sehr leid, soll dann aber so sein, so ist das manchmal.

Was mir bleibt, ist, mich bei Ihnen zu verabschieden. Vielen Dank für fünf kollegiale Jahre! Es war mir eine sehr schöne Zusammenarbeit.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Uns auch!)

Ich bedanke mich insbesondere bei unseren Mitarbeitenden, bei meinen Kolleginnen und Kollegen. Und wenn ich Ihnen noch einen Wunsch mit auf den Weg geben darf, ist er weniger hochschulpolitischer Natur. Sie wissen, ich bin leidenschaftlicher Europäer. Tun Sie mir den Gefallen – egal, wie groß die Differenzen auch an der einen oder anderen Stelle sein mögen –, leisten Sie Ihren Beitrag, leisten wir unseren Beitrag auch als Land Mecklenburg-Vorpommern, als Landtag, am Haus Europa weiterzubauen, dass es sozial gerecht wird, dass es friedlich im Inneren bleibt und friedlich im Äußeren wird! Das wäre ein großes Verdienst. Und wenn wir mit unseren Nachbarvölkern, insbesondere auch mit Russland – und ich weiß, das ist nicht immer einfach, und da haben wir manchmal auch Sturm auszuhalten, aber ich glaube, das sind wir hier im Norden gewöhnt, Sturm aushalten zu können –, deswegen, bleiben wir da eng zusammen, bauen Sie die Partnerschaftskooperation mit dem Lenin-Grader Gebiet unbedingt aus!

(Andreas Butzki, SPD: Da waren wir mit der Fraktion letztes Jahr.)

Das wäre mir ein Herzenswunsch. Und wenn Sie das machen, dann gucke ich hier fröhlich hin und wieder mal zu. – Vielen Dank, es war mir eine Ehre!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen herzlichen Dank, Herr Kolbe!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/6179. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – War da eine Stimmenthaltung oder eine Gegenstimme? Bitte die Stimmenthaltungen noch mal! Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/6179 bei Zustimmung durch die Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU, AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 59:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Festung Dömitz in Landesbesitz überführen, Drucksache 7/6162.

Antrag der Fraktion der AfD Festung Dömitz in Landesbesitz überführen – Drucksache 7/6162 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Liebe Landsleute, insbesondere liebe Dömitzer! Meine Damen und Herren! Wertes Präsidium! Frau Präsidentin! Vor drei Wochen schlug die Nachricht wie eine Bombe ein, dass die Festung Dömitz ab 1. Oktober 2021 aus Sicherheitsgründen geschlossen werden müsste. Diese größte Flachlandfestung Norddeutschlands, erbaut Mitte des 16. Jahrhunderts unter Herzog Johann Albrecht I., nach italienischer Manier in eindrucksvoller Pentagonform und gut erhalten, diese Festung stellt ein kulturhistorisch bedeutsames Juwel unseres Landes dar. Es ist kaum zu glauben, dass noch immer keine tragfähige Lösung zum Erhalt der Festung gefunden wurde. Das Land beteiligt sich zwar jährlich mit etwa einer halben Million Euro an Bau-, Unterhalts- und Betriebskosten, doch werden die Sanierungskosten allein schon für das teilweise einsturzgefährdete Kommandantenhaus auf etwa 17 Millionen Euro geschätzt, ganz zu schweigen von den Kosten für die übrigen Teile der Zitadelle. Selbst eine Notsicherung des Kommandantenhauses würde an die 400.000 Euro erfordern.

Hier haben sich jahrelange Versäumnisse angehäuft. Die kleine Gemeinde Dömitz mit ihren etwa 3.000 Einwohnern ist finanziell gar nicht imstande, die laufenden Kosten zu tragen, geschweige denn die nötigen Sanierungskosten. Hier hätte das Land schon viel eher aktiv werden müssen. Ein entscheidender Fehler wurde bereits 1993 begangen, als man die Festung auf Wunsch der Stadt in deren Eigentum übertrug, obwohl der Erhalt eines so großen und bedeutsamen Denkmals unmöglich als kommunale Aufgabe gelten konnte. Hat man damals etwa geglaubt, dass die erwarteten blühenden Landschaften mit reichhaltigem Tourismus dieses Juwel von selbst tragen helfen würden?

Es ist auch unverständlich, dass es erst der Petition eines Dömitzer Bürgers aus dem Jahre 2018 bedurfte, um die zuständigen Ministerien auf die Notlage hinzuweisen und Lösungen anzumahnen. Und noch unverständlicher ist die Verschleppung dieses Vorgangs durch die Landesregierung, noch dazu begründet mit der Corona-Pandemie, die eine dazu zu bildende Arbeitsgruppe nicht habe zusammentreten lassen.

(Beifall Bert Obereiner, AfD)

Die Landesregierung versucht offenbar aus Kostengründen, die mittel- und langfristig sinnvollste Lösung abzuwehren, nämlich die Übernahme der Festung durch das Land. Für ihre ablehnende Haltung gab sie rechtliche Gründe an und wird dies wohl auch heute wieder tun, nämlich den Paragraphen 63 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung, wonach das Land ein Grundstück nur erwerben darf, wenn es in absehbarer Zeit zur Erfüllung der Aufgaben des Landes erforderlich sei. Dies sei nicht gegeben, da die Festung nicht für die Unterbringung von Landesbehörden vorgesehen sei, eine Begründung, die allein schon reichlich vom Thema ablenkt.

Doch gestattet die Verwaltungsvorschrift zu Paragraph 64 der Landeshaushaltsordnung Abschnitt 4.4 den Erwerb

eines solchen Grundstücks, wenn es „von erheblichem künstlerischen, geschichtlichen und kulturellen Wert“ ist. Man muss kein ausgewiesener Kunst-, Kulturgeschichts- oder Militärgeschichtler sein, um diesen Wert für Dömitz zu bejahen,

(Beifall Horst Förster, AfD)

und doch behauptet der Finanzminister, ein solcher Wert sei nicht gegeben. Hat er als gebürtiger Bonner etwa kein Verständnis für unsere heimischen mecklenburgischen Kulturgüter?

Dagegen hat der Bildungsausschuss einen Entschließungsantrag verabschiedet, in dem festgestellt wird, dass die Festung Dömitz – und jetzt kommen Zitate daraus – „ein für Mecklenburg-Vorpommern bedeutsames Bau- und Kulturdenkmal ist“ und „ohne die Hilfe des Landes M-V akut in ihrer Substanz gefährdet“. Deshalb erhielt die Landesregierung den Auftrag, Hilfen für Dömitz zu prüfen und bis Ende April 2020 über die Ergebnisse der Prüfung zu berichten. Dieser Bericht ist aber leider nicht erfolgt.

Andere Gründe, die von der Landesregierung gegen eine Trägerschaft des Landes angeführt wurden, sind die Möglichkeiten der Stadt, Bundes- und EU-Mittel für den Denkmalschutz einzuwerben. Dagegen ist jedoch einzuwenden, dass dies ja erst einmal nur eine vage theoretische Möglichkeit ist und dass alle einzelnen Finanzhilfen die Stadt nicht von den laufenden Kosten entbinden können, zumal ja auch immer Eigenanteile fällig werden.

Es ist also an der Zeit, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung für den Erhalt dieser Festung gerecht wird und nachhaltige Schritte dafür einleitet. Mit unserem Antrag greifen wir die Einschätzung von Sachkennern vor Ort auf und fordern die Übernahme der Festung in Landesbesitz, um die kommunalen Haushalte oder den kommunalen Haushalt der Stadt Dömitz nachhaltig entlasten zu können. – Ich bitte um Zustimmung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schneider!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 58 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Frau Kröger.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Man verlässt sich auf dich,
mit gutem Grund!)

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als LINKE beschäftigen wir uns hier im Landtag und auch vor Ort schon seit längerer Zeit mit der Festungsanlage Dömitz, waren jetzt auch mit verschiedenen Kolleginnen und Kollegen in den letzten Monaten und Jahren schon häufiger vor Ort, haben mit der Gemeindevertretung gesprochen und natürlich auch mit den Engagierten, die

ja zu Recht versuchen, die Festungsanlage hier, ja, in die Zukunft zu bringen, einen Weg aufzuzeigen. Das werden wir auch in Zukunft machen. Das können wir den Dömitzerinnen und Dömitzern hier ganz klar zusagen. Wir haben uns als LINKE immer klar zur Festungsanlage positioniert, auch in den Ausschüssen, indem wir dieses Thema thematisiert haben, und das werden wir auch in Zukunft tun, da haben Sie ganz klar unsere Unterstützung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Aber nun zu diesem Antrag: Diesen Antrag brauchen sie nicht, und dieser Antrag hilft ihnen auch nicht, denn er kommt – und das gehört zur Wahrheit nun mal dazu – von einem Absender, der AfD, die vor Ort im Kreistag Ludwigslust-Parchim nichts zur Festung Dömitz gemacht hat. Stattdessen wollte die AfD vor Ort die Kulturmühle einstampfen, natürlich aus Kostengründen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Richtig, das geht ihnen
am Arsch vorbei!)

und wie immer findet man nur die üblichen hetzerischen Anträge zur Einrichtung einer Ausreiseeinrichtung für Asylsuchende oder aber, mit welchen Flaggen wann welche Gebäude zu beflaggen sind. Und wenn die Mitglieder der AfD vor Ort so wenig Interesse an der Festungsanlage zeigen, dann nützt es auch nichts,

(Jens-Holger Schneider, AfD:
Ich habe gesagt, Landesbesitz!)

jetzt hier kurz vor der Wahl mit einem solchen Wahlkampfantrag in den Landtag zu kommen. Wir lehnen als LINKE diesen Antrag ab. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Frau Kröger!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Liskow, Egbert Liskow.

(Zuruf aus dem Plenum: Senior!)

Senior!

Egbert Liskow, CDU: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder weiß, dass mir Kulturdenkmale, ganz besonders alte Schlösser, aber auch Burgen, Kirchen und ähnliche Gebäude, sehr wichtig sind. Ich kämpfe da, glaube ich, schon seit 19 Jahren dafür, und einiges ist uns auch gelungen, ganz speziell Ludwigsburg, aber auch, wenn man hier etwas rüberguckt nach Bothmer, so haben wir eigentlich einiges schon erreicht.

Aber jetzt geht es ja heute um die Festung Dömitz, und da haben wir ja auch schon mal eine Petition hier im Landtag gehabt, die erwähnt worden ist. Aber auch der Bildungsausschuss hat sich sehr intensiv damit beschäftigt und wir haben hier festgestellt, dass natürlich die Festung Dömitz auch Unterstützung braucht vom Land, haben aber gesagt, dass wir uns derzeit nicht in der Lage sehen, dieses zusätzlich in Landesbesitz zu übernehmen, sondern Möglichkeiten finden müssen, wie wir gemeinschaftlich und am besten mit dem Bund zusam-

men hier erst mal finanziell unterstützen können, um die Anlage wieder in einen guten Zustand zu bringen. Und ich glaube, da steht die CDU auch voll auf ihrer Seite, der Dömitzer und bei den Leuten, die sich um diese Festung Dömitz kümmern. Ich glaube, da sind wir uns, glaube ich, auch zum Großteil hier in der Koalition einig.

Ich sage mal, wenn man auch mal zurückguckt, wir haben ja alleine für den Kirchenfonds – und das sind ja die Dorfkirchen, die ja auch sehr wichtig sind – allein 17 Millionen als Land über den Strategiefonds ausgegeben. Wenn man weiß, dass jeder Euro, den wir da ausgegeben haben, noch mal die gleiche Summe oder mehr dazugebracht hat, hat man also auch für die Kulturgüter in diesem Bereich sehr viel gemacht. Und ich bin mir sicher, dass der neue Landtag in der nächsten Legislatur sich noch vielen anderen Kulturdenkmalen, die wir haben – da denke ich mal an das Haus Demmin oder an die Wasserburg, Gievizt oder viele, viele andere Sachen, die es ja hier in Mecklenburg und Vorpommern gibt –, sich darum kümmern wird und auch entsprechende Unterstützung leisten wird.

Aber letztendlich, Ihrem Wunsch, Herr Schneider, dass eben jetzt kurzfristig die Festung Dömitz in Landesbesitz übergehen kann, können wir leider heute nicht entsprechen.

(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)

Ich sage mal, ob es kurzfristig gelingt, da muss sich dann vielleicht auch ein zukünftiger Landtag mit beschäftigen. Also wir werden den Antrag ablehnen, auch wenn es vielleicht der Festung Dömitz gut zu Gesicht gestanden hätte, wenn sie in Landesbesitz übergegangen wäre.

Jetzt noch mal, heute ist auch meine letzte Sitzung und ich möchte die Chance nutzen, mich wirklich bei allen zu bedanken. Ich habe ja seit 2002 Finanzpolitik gemacht für unsere Fraktion und habe in der Zeit acht Referenten gehabt. Vielleicht ist es mal an der Zeit –

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE)

und alles sehr gute Referenten, das muss man sagen, der eine oder andere hat Sie ja auch kennengelernt, und ich möchte mich eigentlich bei allen bedanken, weil ohne die Arbeit der Referenten funktioniert eigentlich auch ein Sprecher einer Fraktion nicht. Und es sind ja nicht nur die Referenten, die man hat, sondern insgesamt das ganze Team, aber auch das Ausschussesekretariat, der Koalitionspartner. Und in diesem Falle ganz speziell, lieber Tilo, du bist jetzt Nachfolger von Rudi Borchert, mit dem ich am Anfang zusammengearbeitet habe, aber wir haben das, glaube ich, auch beide sehr gut zusammen hingekriegt. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit! Und natürlich bei meiner Fraktion, ohne Fraktion, glaube ich, funktioniert gar nichts. Und allen noch mal vielen Dank! Es fällt mir irgendwie schwer, nach 19 Jahren zu gehen, aber danke für die gute Zusammenarbeit ans ganze Haus!

(lang anhaltender Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE
und Christel Weißig, fraktionslos –
Die Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, AfD und DIE LINKE
erheben sich von ihren Plätzen.)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank an Egbert Liskow!

Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Herr Arppe.

(Der Abgeordnete Holger Arppe verzichtet.)

Der fraktionslose Abgeordnete Arppe hat seinen Redebeitrag zurückgezogen.

(Andreas Butzki, SPD: Sehr gut!)

Damit hat das Wort noch einmal für die Fraktion der AfD Herr Schneider.

Jens-Holger Schneider, AfD: Liebe Landsleute! Werte Gäste! Liebe Dömitzer! Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren!

Vorweg vielen Dank, Egbert Liskow, für die sachliche Auseinandersetzung! Das ist wohltuend gewesen.

Zu den Ausführungen von Frau Kröger bleibt mir nicht viel zu sagen, außer die Tatsache, dass das wenig mit dem Thema zu tun hatte – setzen, Sechs, nicht verstanden!

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Ich sitze schon, danke!)

Ja, trotzdem. Das ist wieder sehr bedauerlich und es hilft den Dömitzern in den Bemühungen um den Erhalt ihrer Festung herzlich wenig, wenn Sie hier von Sachen schwadronieren. Und Kreistagsabgeordnete können nun schwerlich Anträge im Landtag stellen, es sei denn, sie sind Landtagsabgeordnete.

(Zuruf von Karsten Kolbe, DIE LINKE)

Natürlich kann man darüber diskutieren, ob diese Hilfe in Form einer Übernahme der Festung durch das Land oder aus Denkmalschutzprogrammen erfolgen soll. Und um ein ständiges Klein-Klein zahlloser Förderanträge zu vermeiden, das dann doch immer nur zu zeitweiligen Teillösungen führt, halten wir die Übernahme der Festung in Landesbesitz trotz der Bedenken, die der Kollege Liskow geäußert hat, für die mit Abstand beste Lösung, um ihren Bestand auch langfristig zu sichern. Und wir haben auch nicht davon gesprochen, dass wir das kurzfristig in Landesbesitz übernehmen wollen, sondern dass das perspektivisch einfach geschehen muss, weil der Handlungsbedarf so groß ist. Und es hat ja in anderen Projekten, die von wirklich großer historischer Bedeutung für das Land sind, auch funktioniert.

Damit würden wir auch der historischen, wenn wir diese Festung in Landesbesitz übernehmen würden, damit würden wir auch der historischen und kulturellen Bedeutung dieser Festung am besten gerecht werden, denn sie ist untrennbar mit der Geschichte des Landes verbunden. Johann Albrecht I. war der regierende Herzog, der diese Festung erbauen ließ. Er war Herzog zu Mecklenburg im Landesteil Mecklenburg-Schwerin und sicherte damit die Südwestgrenze Mecklenburgs. Und insofern möchte ich Ihnen gerne das auch mal nahebringen, welche Bedeutung diese Festung für dieses Land M-V hatte und immer noch hat:

Von 1719 bis 1723 war sie sogar Regierungssitz unter Herzog Karl Leopold. Die Festung wurde genutzt tatsächlich neben einer Festungsanlage auch als Haftanstalt. Kein Geringerer als Fritz Reuter hat hier die letzten beiden Jahre seiner Festungshaft verbracht. Sie wurde lange genutzt als sogenannte Landesirrenanstalt, bis 1830 Friedrich Franz I. mit dem Sachsenberg hier in Schwerin eine für seine damalige Zeit fortschrittliche Nervenheilanstalt und eine Irrenanstalt bauen ließ und dort die Kranken aus unwürdigen Bedingungen aus dieser Festung Dömitz nach Schwerin überführt werden konnten. Das ist also eine ausgesprochen bedeutungsvolle Anlage insgesamt, in der gesamten wechselvollen Nutzung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)

Und Sie sagen, es gibt da Möglichkeiten, die sind ausgeschlossen. Bei den Möglichkeiten, die hier geschaffen wurden, wir reden hier über eine Gesamtverschuldung des Landes M-V von 2,85 Milliarden Euro, und Sie weigern sich, den Dömitzern hier mit vergleichsweise kleinen Beträgen unter die Arme zu greifen. Man muss sich immer diese Relationen,

(Nikolaus Kramer, AfD:
Das ist sehr traurig.)

diese Relationen vor Augen führen!

Man darf auch nicht vergessen, dass diese Festung fast bis zum Ende des 19. Jahrhunderts einer militärischen Nutzung diene. Sie erlebte unter anderem den 30-jährigen Krieg, war Garnisonssitz und war Nutzungssitz, Quartierssitz von Tilly und von Wallenstein. In den Befreiungskriegen spielte die Festung Dömitz eine Rolle. Holländer und Franzosen beschossen die Stadt und die Festung Dömitz. Fritz Reuter sprach ich an, er verbrachte hier die letzten beiden Jahre seiner Festungshaft.

Heute ist sie Museum und Veranstaltungsort. Ihr touristisches Potenzial ist keineswegs ausgeschöpft. Wenn wir nichts gegen den fortschreitenden Verfall der Anlage tun, werden künftige Generationen uns die Schuld dafür anlasten, und das zu Recht, weil wir uns nicht gekümmert haben. Die Festung Dömitz muss als steinernes Zeugnis unserer Geschichte und Kultur erhalten bleiben. Dazu soll dieser Antrag einen weiteren Anstoß geben.

Und um Ihnen die Bedeutung dieses Antrages einfach auch deutlich zu machen, so leid mir das tut, aber ich beantrage jetzt namens meiner Fraktion namentliche Abstimmung,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

um mal deutlich zu machen, wer hier sich für den Erhalt dieser Festung ausgesprochen hat und wer nicht. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Birgit Hesse: Vielen Dank, Herr Schneider!

Wir brauchen jetzt circa zwei Minuten, um die namentliche Abstimmung vorzubereiten. Für zwei Minuten unterbreche ich die Sitzung.

Unterbrechung: 16.10 Uhr

Wiederbeginn: 16.11 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Aussprache ist durch Herrn Schneider beantragt worden die namentliche Abstimmung gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zu dem Antrag „Festung Dömitz in Landesbesitz überführen“ auf Drucksache 7/6162.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann – das kennen Sie –, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer beziehungsweise die Schriftführerin, die Namen aufzuzuführen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? Dann bitte ich einmal um das Handzeichen.

(Die Abgeordneten
Rainer Albrecht, Tilo Gundlack,
Bert Obereiner und Torsten Renz
werden nachträglich zur
Stimmabgabe aufgerufen.)

Sind noch weitere Mitglieder des Hauses anwesend beziehungsweise ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Der Abgeordnete
Thomas de Jesus Fernandes wird
nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ich sehe jetzt keine Meldungen mehr von weiteren Abgeordneten. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Unterbrechung: 16.16 Uhr

Wiederbeginn: 16.17 Uhr

Präsidentin Birgit Hesse: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich verkünde das Abstimmungsergebnis. An der Abstimmung haben insgesamt 55 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 14 Abgeordnete, mit Nein 41 Abgeordnete, enthalten hat sich kein Abgeordneter. Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/6162 abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 60**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der CDU und SPD – Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Tourismusorten und Tourismusregionen, Drucksache 7/6168, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit, Drucksache 7/6241.

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Tourismusorten und Tourismusregionen

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– **Drucksache 7/6168** –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit (5. Ausschuss)

– **Drucksache 7/6241** –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Zwischen den Fraktionen ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der CDU und SPD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Tourismusorten und Tourismusregionen auf Drucksache 7/6168. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/6168 entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 7/6241 anzunehmen.

Ich rufe auf die Präambel, die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses. Wer der Präambel, den Artikeln 1 bis 3 sowie der Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Präambel, den Artikeln 1 bis 3 sowie der Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie Gegenstimmen durch die Fraktion der AfD und die fraktionslose Abgeordnete zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 7/6241 zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD entsprechend der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses auf Drucksache 7/6241 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie Gegenstimmen durch die Fraktion der AfD und die fraktionslose Abgeordnete zugestimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich bedanke mich bei Ihnen allen recht herzlich für die konstruktive und zügig abgehaltene Sitzung, wünsche Ihnen allen ein schönes Wochenende, gute Erholung und viel Kraft für

die anstehenden Monate, bezogen auf das Ereignis im September. Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Schluss: 16.20 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Dirk Friedriszik, Nadine Julitz, Holger Kliewe und Karen Larisch.

Namentliche Abstimmung
über den
Antrag der Fraktion der AfD
Festung Dömitz in Landesbesitz überführen
– Drucksache 7/6162 –

Jastimmen**AfD**

Förster, Horst
Grimm, Christoph
Hersel, Sandro
Dr. Jess, Gunter
de Jesus Fernandes, Thomas
Kramer, Nikolaus
Kröger, Jörg
Lerche, Dirk
Obereiner, Bert
Reuken, Stephan J.
Schneider, Jens-Holger
Dr. Weber, Ralph

fraktionslos

Arppe, Holger
Weißig, Christel

Neinstimmen**SPD**

Albrecht, Rainer
Aßmann, Elisabeth
Brade, Christian
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp
Dachner, Manfred
Dahlemann, Patrick
Drese, Stefanie
Gundlack, Tilo
Hesse, Birgit
Kaselitz, Dagmar
Mucha, Ralf
Pegel, Christian
Saemann, Nils
Schulte, Jochen
Stamer, Dirk

Tegtmeier, Martina
Wippermann, Susann
Würdisch, Thomas

CDU

Caffier, Lorenz
Ehlers, Sebastian
Eifler, Dietmar
Glawe, Harry
Grote, Thomas
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Liskow, Franz-Robert
Dr. Manthei, Matthias
Peters, Daniel
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Schlupp, Beate
Waldmüller, Wolfgang
Wildt, Bernhard

DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline
Foerster, Henning
Kolbe, Karsten
Kröger, Eva-Maria
Ritter, Peter
Dr. Schwenke, Mignon
Dr. Weiß, Wolfgang

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen 55
Gültige Stimmen 55
Jastimmen 14
Neinstimmen 41
Enthaltungen -